DIA

DUITSLAND INSTITUUT

6

FORSCHUNGSBERICHTE 2010

GLOBAL-REGIONAL
MACHT, OHNMACHT, GEGENMACHT

THEMENSCHWERPUNKT:

GELERNTE ERINNERUNG

DUITSLAND INSTITUUT

6

FORSCHUNGSBERICHTE 2010

aus dem Duitsland Instituut Amsterdam
Universiteit van Amsterdam

Herausgegeben vom
Duitsland Instituut bij de Universiteit
van Amsterdam
DIA

ISSN: .....

© 2010 – Stichting Duitsland Instituut
bij de Universiteit van Amsterdam

Redaktion
Nicole Colin

Fotos
...

Grafische Gestaltung
Max Beinema Graphic Design

Druck
Groen Offset Hoofddorp

Preis pro Heft
€ 10,- (plus Versandkosten)

Die jährlich erscheinenden Hefte
können beim DIA bestellt werden.

DIA
Duitsland Instituut Amsterdam
Prins Hendrikkade 189B
1011 TD Amsterdam
Tel.: +31 (0)20 525 3690
Fax: +31 (0)20 525 3693
E-mail: dia@uva.nl
Homepage: www.duitslandinstituut.nl

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

GLOBAL-REGIONAL

Kiran Klaus Patel 10
Transnationale Geschichte – Europäisierung
Europäische Integration in der Geschichte des 20. Jahrhunderts: Eine Annäherung

Katharina Garvert-Huijnen 28
Entscheidung für Europa
Die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und der Anfang des Europäischen Integrationsprozess

Rolf Parr 41
Von Schornsteinen, Stadtgrenzen und Metropolenträumen
Eine kleine Kulturgeografie des Ruhrgebiets seit den 1920er Jahren

THEMENSCHWERPUNKT: **GELERNTE ERINNERUNG**

Matthias Heyl 58
Der Holocaust im Unterricht
Entwicklungen der letzten 20 Jahre in Deutschland

Thomas Schaarschmidt 77
Geschichte als Last und Ressource
Die Erinnerungslandschaft der deutschen Hauptstadtregion

Marc van Berkel 90
Die Schweiz und die Ukraine: Eine doppelte Vergangenheitsbewältigung

Nicola Brauch und Jaron Sternheim (Mitarbeit) 97
Der Holocaust in Curricula und Schulgeschichtsbüchern nach PISA
Störfall oder Anlass historischen Lernens?

Jens Birkmeyer 111
Fakten und Fiktionen
Was vermag Literatur über den Holocaust im Unterricht?

Britta C. Jung 129
Der Holocaust in der Kinder- und Jugendbuchliteratur
In totaler Finsternis? Deutsche Jugendbücher zwischen Erinnerung und Zumutbarkeit

Piet Mooren 141
Kinderbücher, Holocaust und das Kollektivgedächtnis

MACHT, OHNMACHT, GEGENMACHT

Gisela Diewald-Kerkmann 154
Macht, Ohnmacht, Gegenmacht

Constant Hijzen 173
Nationale Sicherheit und Nachrichtendienste in den Niederlanden

Christie Miedema 188
Missverständnisse
Osteuropäische Exilanten und die Westeuropäische Linke in den 1980er Jahren

Julia Metger 209
„Die sieben noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe forderten am Donnerstag ...“
Auslandskorrespondenten und Dissidenten in Moskau, 1966-1980

Gründung des Arbeitskreises Deutsch-Niederländische Geschichte (ADNG) 229
Werkgroep Duits-Nederlandse Geschiedenis (WDNG)

Autorinnen und Autoren 231

Vorwort

GLOBAL-REGIONAL

Kiran Klaus Patel

Transnationale Geschichte – Europäisierung

Europäische Integration in der Geschichte des 20. Jahrhunderts: Eine Annäherung

Transnationale Geschichte und europäische Integrationsforschung finden erst seit sehr kurzer Zeit zusammen. Beide Felder können auf keine lange Historiographie zurücksehen – im Fall der transnationalen Geschichte setzte eine Debatte, die um diesen Begriff kreiste, erst in den 1990er Jahren ein und eine geschichtswissenschaftlich fundierte Forschung zur politischen und ökonomischen Einigung Europas gibt es seit den späten 1970er Jahren.[1] Beiden Bereichen ist bei allen Unterschieden gemeinsam, dass sie jene Nationalfixierung zu überwinden suchen, welche der Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert ihren prägenden Stempel aufgesetzt hat. Deswegen ist es eigentlich ziemlich erstaunlich, wie gering die Synergien zwischen diesen beiden Forschungsfeldern bisher geblieben sind.

Angesichts dieses Befundes soll hier in einem ersten Schritt kurz die Genese der transnationalen Geschichte reflektiert und die Frage beantwortet werden, welchen Stellenwert Europa, die Analyse von Europäisierungsprozessen aller Art und des europäischen Integrationsprozesses im Spezifischen in ihr haben. Darauf aufbauend werden einige forschungspraktische Konsequenzen gezogen. Ein zweiter Teil liefert eine empirische Fallstudie, welche die konzeptionellen Überlegungen auf die konkrete historische Arbeit bezieht.

***

Zunächst einige Überlegungen zur Genese der Debatte über transnationale Geschichte und der Rolle Europas darin: Anders als in anderen Disziplinen gewann die Untersuchung von Phänomenen, die explizit als transnati-

1 Vgl. zum Forschungsstand W. Kaiser/A. Varsori (Hg.): European Union History: Themes and Debates, Basingstoke 2010; Kiran Klaus Patel: Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung: Ein Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), 595-642.

onal bezeichnet wurden, in der Geschichtswissenschaft erst seit den frühen 1990er Jahren in unterschiedlichen nationalen und subdisziplinären Kulturen an Bedeutung. Natürlich waren derartige Erscheinungen schon lange davor untersucht worden, sie hatten sich aber nicht zu einer eigenständigen Debatte verdichtet. Dies geschah nun erstmals, vor allem in den Vereinigten Staaten. Die zentrale Stoßrichtung der Diskussion zielte darauf, das Primat der Nationalgeschichte kritisch zu hinterfragen und zu brechen – sei es für die Geschichte der USA selbst, für China oder andere Weltgegenden. Diese Motivation sollte bald danach auch den europäischen Debatten über transnationale Geschichte zugrunde liegen. In Europa hat heute, rund 15 Jahre nachdem die Diskussion hier eingesetzt hat, die „transnationale Geschichte" jedoch die verschiedenen historischen Subdisziplinen und die nationalen Wissenschaftskulturen sehr ungleichmäßig erfasst: Während sie Teile der Migrations- und die Kolonialhistoriographie inzwischen wesentlich prägt, ist ihr Einfluss zum Beispiel auf die Politikgeschichte deutlich geringer geblieben. Auch national lassen sich markante Unterschiede konstatieren. Im Gegensatz etwa zur Bundesrepublik, in der eine lebhafte Diskussion in Gang gekommen ist, hat die transnationale Geschichte die Forschungslandschaft in Italien oder Bulgarien bislang kaum berührt.[2]

Zusammen genommen verweist dieser äußerst knappe Einblick in die Historiographiegeschichte auf dreierlei: Transnationale Geschichte ist kein Zugriff auf die Vergangenheit, der spezifisch für die europäische Geschichte oder gar die Integrationsgeschichte entwickelt wurde. Die Debatte über transnationale Geschichte hat nicht in Europa, sondern in den USA ihren wichtigsten Ausgangspunkt und das Ausmaß, in dem sich Historikerinnen und Historiker in Europa, beziehungsweise Experten der europäischen (Einigungs-)Geschichte dieser Diskussion zugewandt haben, ist sehr unterschiedlich; transnationale Geschichte ist insofern bis heute zu keiner zentralen Verständigungsplattform einer europäischen Geschichtsschreibung geworden.

Was aber ist transnationale Geschichte? Auch nach 15 bis 20 Jahren Debatte gibt es in der Geschichtswissenschaft keine Einigkeit, was genau darunter zu verstehen sei – jenseits der Negativ-Definition, eine Alternative zur bislang vorherrschenden, nationalzentrierten Geschichtsschreibung zu bilden. In welcher Relation transnationale Geschichte jedoch zu Ansätzen mit ähnlicher Stoßrichtung steht – wie etwa globale Geschichte und post-colo-

2 Vgl. als wichtigen Ausgangspunkt der US-Debatte AHR-Forum, in: American Historical Review 96 (1991), 1031-1072; weiterhin zentral T. Bender (Hg.): Rethinking American History in a Global Age, Berkeley 2002; für die deutsche Debatte z. B. Jürgen Kocka: Einladung zur Diskussion, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), 463 und die danach in Geschichte und Gesellschaft erschienenen Beiträge sowie die online-Plattform geschichte.transnational; vgl. http://geschichte-transnational.clio-online.net/ [18.3.2011]; als ausführlicher Vergleich der Debatten über transnationale Geschichte in den USA und Deutschland, vgl. Kiran Klaus Patel: Transnations among Transnations? The Debate on Transnational History in the US and Germany, in: American Studies 53 (2009), 451-472.

nial studies, Weltgeschichte und histoire croisée, entangled history oder internationale Geschichte – bleibt strittig. Während manche transnationale Geschichte als Dachbegriff in der Debatte verstehen, sehen andere eine Pluralität unterschiedlicher Ansätze oder räumen einem der anderen Labels eine Vorrangstellung ein. Auch zur Frage, ob transnationale Geschichte sich epochal und bezüglich ihrer Gegenstände eingrenzen lässt, gibt es keinen Konsens. Weiter erschwert wird das Problem dadurch, dass sich die divergierenden Vorstellungen und Konzepte in den verschiedenen Sprachen nicht eins zu eins aufeinander abbilden.[3]

Es ist heute unentschieden, ob sich in diesen Fragen Einhelligkeit herstellen lassen wird. Aufgrund einer gewissen pragmatischen Grundorientierung haben es die verschiedenen Teilnehmer der Debatte jedoch zumindest bisher vermieden, diese Auseinandersetzungen als Glaubenskriege auszufechten. Stattdessen überwiegt der international geteilte, pragmatische Konsens, dass es wichtiger sei, derartige Studien transnationalen Zuschnitts empirisch zu fördern, als sich in konzeptionellen Debatten zu verstricken. Die positiven Effekte dieser Haltung liegen auf der Hand. Allerdings besteht aufgrund der fehlenden Rigidität auch die Gefahr, dass der Begriff „transnationale Geschichte" zu einer leeren Modeformel verkommt – woran eigentlich niemand ein Interesse haben kann.

Eine relativ offene – und damit in den Augen mancher vage – Definition haben Akira Iriye und Pierre-Yves Saunier kürzlich ihrem *Palgrave Dictionary of Transnational History* vorangestellt: Danach geht es bei der transnationalen Geschichte um die „links and flows", die „people, ideas, products, processes and patterns that operate over, across, through, beyond, above, under, or in-between polities and societies".[4] Zugleich lässt sich für Iriye und Saunier transnationale Geschichte nicht nur über ihren (breit gefassten) Gegenstand definieren. Sie verstehen diese auch als wissenschaftlichen Ansatz – nicht jedoch als Theorie oder Methode, sondern als „an angle, a perspective". Wenngleich der Begriff der Perspektive in der Geschichtswissenschaft untertheoretisiert ist, verweist er grundsätzlich auf das Beziehungsverhältnis zwischen dem Objekt der Analyse (den Überresten der Vergangenheit) und dem Betrachter (der Historikerin/dem Historiker). Im

3 Den wahrscheinlich besten Einblick in die Polyphonie der Stimmen gibt C. A. Bayly u.a.: AHR Conversation: On Transnational History, in: American Historical Review 111 (2006), 1441-1464; weitere Hinweise auf divergierende Positionen etwa bei G. Budde/S. Conrad/O. Janz (Hg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006; Michael Geyer: The Subject(s) of Europe, in: K. H. Jarausch/T. Lindenberger (Hg.): Conflicted Memories: Europeanizing Contemporary Histories, New York 2007, 254-280; S. Conrad/J. Osterhammel (Hg.): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914, Göttingen 2004; Bartolomé Yun: „Localism", Global History and Transnational History: A Reflection from the Historian of Early Modern Europe, in: Historisk Tidskrift 127 (2007), 659-678; Philipp Gassert: Transnationale Geschichte, in: Docupedia-Zeitgeschichte, online verfügbar über: http://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte [18.3.2011].

4 Vgl. Akira Iriye/Pierre-Yves Saunier: The Professor and the Madman, in: dies. (Hg.): The Palgrave Dictionary of Transnational History, New York 2009, XVII-XX, XVIII; vgl. auch Pierre-Yves Saunier: Transnational, in: ebd., 1047-1055.

Kern definiert sich der Ansatz transnationaler Geschichte demnach primär über das wissenschaftliche erkenntnisleitende Interesse, dass man und wie man den oben erwähnten „links and flows" nachzugehen trachtet. Eine derartige Definition haben schon andere zuvor vertreten. Dass sie sich im *Palgrave Dictionary* findet, gibt ihr jedoch ein gewisses Gewicht – die Publikation versammelt immerhin rund 350 Autorinnen und Autoren und damit einen wesentlichen Teil der „transnational historians".[5]

Zusammengefasst: Es wäre falsch zu meinen, dass sich hinter der transnationalen Geschichte ein bislang gänzlich unbeachteter Gegenstand oder ein völlig neuer Zugriff auf die Geschichte verberge. Verbindungen zwischen Gesellschaften haben stets die Aufmerksamkeit von Historikerinnen und Historikern gefunden – seien diese diplomatischer und politischer, kultureller und sozialer oder schließlich ökonomischer Natur.[6] Neu an der transnationalen Geschichte ist vielmehr zum einen die Idee, eine Alternative zur Dominanz einer nationalzentrierten Geschichtsschreibung zu bieten. Wenngleich die meisten Praktiker im Feld transnationale Geschichte nicht als neues Paradigma oder neue Meistererzählung verstehen wollen, sehen sie in ihr mehr als lediglich eine zusätzliche Ebene, die sich wie in einem Zwiebelmodell zwischen die lokale, regionale und nationale Geschichte einerseits und die globale andererseits schieben ließe. Denn transnationale Geschichte steht quer zu einer solchen Logik der Schichten und kann das Lokale direkt mit dem Übernationalen oder Transkontinentalen verbinden.[7]

Zum anderen gibt es einen relativen Konsens, den Begriff der transnationalen Geschichte selbst nicht zu stark theoretisch oder konzeptionell aufzuladen. Trotzdem verbindet sich mit dem Terminus ein explizites Interesse an methodischen Fragen. Ohne die vielen Forschungen in den letzten Jahrzehnten, die das Verständnis von Interaktionen über Grenzen hinweg verfeinert haben – sei es durch Arbeiten zum historischen Vergleich und zu kulturellen Transfers, zu Netzwerken und Diasporas, durch Inspirationen aus der Anthropologie oder den postcolonial studies –, ohne all dies wäre die transnationale Geschichte nicht denkbar.[8]

---

5 Vgl. Beckert, in: Bayly u.a., 1454; Kiran Klaus Patel: Nach der Nationalfixiertheit. Perspektiven einer transnationalen Geschichte, Berlin: Öffentliche Vorlesungen der Humboldt-Universität zu Berlin, 2004.

6 Vgl. etwa die Selbstreflexion über das Schreiben transnationaler Geschichte, bevor es dieses Label gab, bei Pierre-Yves Saunier: Learning by Doing: Notes about the Making of the Palgrave Dictionary of Transnational History, in: Journal of Modern European History 6 (2008), 159-179, 159 f.; zum Novitätscharakter auch bereits David Thelen: The Nation and Beyond: Transnational Perspectives on United States History, in: Journal of American History 86 (1999), 965-975.

7 Vgl. dazu etwa Yves Saunier, Learning by Doing.

8 Vgl. als einige der wichtigen Wegmarken in diesen Debatten: H.-G. Haupt/J. Kocka (Hg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/Main 1996; Hartmut Kaelble: Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1999; M. Espagne/M. Werner (Hg.): Tranferts. Les rélations interculturelles dans l'espace franco-allemand (XVIIIe et XIXe siècle), Paris 1988; Michael Werner/Bénédicte Zimmermann: Vergleich,

Darüber hinaus sollte man schließlich nicht unterschätzen, dass mit dem Begriff „transnational" eine gemeinsame Plattform, ein gemeinsamer Referenzpunkt für Arbeiten geschaffen wurden, die empirisch in extrem unterschiedliche Richtungen weisen. Solchen Labels kommt grundsätzlich die Rolle zu, Wissen zu ordnen und zu hierarchisieren. Mit „transnational" wurde dem dominanten Territorialitätsprinzip der historischen Wissensorganisation eine wichtige Alternative gegenübergestellt. Sie führt etwa dazu, dass unter diesem Rubrum ein japanischer, in Amerika lehrender Experte der US-ostasiatischen Beziehungen (Iriye) und ein französischer Stadthistoriker (Saunier) gemeinsame Forschungsinteressen entwickeln – was unter den Prämissen einer nationalzentrierten Historiographie kaum vorstellbar gewesen wäre.

Wo in der transnationalen Geschichte liegt nun aber Europa? Unabhängig davon, ob man transnationale Geschichte eher eng oder weit definiert, dürfte offensichtlich sein, dass sich in der europäischen Geschichte viele transnationale Phänomene finden und die transnationale Geschichte uns helfen kann, sie besser zu verstehen und zu erklären. Meines Erachtens kann die transnationale Geschichte zu einer vertiefenden Analyse der europäischen Geschichte in dreierlei Hinsicht beitragen.

Erstens ist es der europäischen Geschichte geradezu eingeschrieben, sich mit Verbindungen und Zirkulationen zu befassen, die Grenzen überschreiten. Die Aufklärung, die Industrialisierung oder die Entstehung des Wohlfahrtsstaats sind transnationale Phänomene mit stark europäischem Akzent und können deswegen in lokaler oder nationaler Perspektive nicht voll erfasst werden. Entsprechend werden solche Phänomene auch schon lange erforscht – etwa wenn sich Michael Werner und Michel Espagne in einer Art transnationaler Geschichte avant la lettre dem Kulturtransfer zwischen Frankreich und Deutschland widmen, wenn Johannes Paulmann über interkulturellen Transfer schreibt oder wenn neuerdings die Zirkulation von Elementen der Hochkultur besondere Aufmerksamkeit findet.[9]

Zugleich erinnert gerade die europäische Geschichte daran, dass transnationale Geschichte keineswegs ausschließlich den „links and flows" nachgehen darf, welche die obige Definition von Iriye und Saunier betont. Mindestens so sehr sollte sie sich für das Ausdünnen und Abebben, das Umleiten und Unterdrücken, die Vernichtung und das Vergessen transna-

Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), 607-636; R. Habermas/N. Minkmar (Hg.): Das Schwein des Häuptlings. Sechs Aufsätze zur Historischen Anthropologie, Berlin 1992; S. Randeria/S. Conrad (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt/Main 2002.

9 Vgl.z. B. Espagne/Werner: Tranferts; Johannes Paulmann: Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 267 (1998), 649-685; P. Stachel/P. Ther (Hg.): Wie europäisch ist die Oper? Die Geschichte des Musiktheaters als Zugang zu einer kulturellen Topographie Europas, München 2009, sowie die anderen Bände zur Geschichte der Oper dieser Reihe beim Oldenbourg-Verlag.

tionaler Beziehungen interessieren und diese systematisch untersuchen. Diese Dimension spielt meines Erachtens bei Iriye und Saunier eine zu kleine Rolle. Der Internationalismus vor dem Ersten Weltkrieg bietet dafür ein gutes Beispiel – denn viele der damals geschlossenen Verbindungen brachen im Zeitalter der Weltkriege ab. Eine einfache Aufstiegsgeschichte des Transnationalen lässt sich nicht schreiben. Zugleich geht es nicht nur um Chronologien, sondern auch um die Parallelität und Verschränktheit scheinbar widersprüchlicher Phänomene. Dass etwa Nationalisierung und Transnationalisierung, beziehungsweise Globalisierung Hand in Hand gehen, miteinander verwoben sein und ein dialektisches Potential entwickeln können, wird neuerdings in mehreren Studien zu Recht betont.[10]

Eine Beschäftigung mit der Geschichte Europas als des „dunklen Kontinents" im Sinne Mark Mazowers erinnert auch daran, dass das Transnationale nicht a priori positiv besetzt sein muss, wenngleich sich das Gros der Forschung bisher solchen Kontakten und Austauschbeziehungen zugewandt hat.[11] Die einer derartigen Eingrenzung zugrunde liegenden normativen Vorannahmen würden jedoch den Blick auf die Vielfalt transnationaler Strukturen, Prozesse und Erfahrungen versperren. So lassen sich etwa auch der Geschichte der europäisch geprägten Sklaverei, der nationenübergreifenden Kooperation von Antisemiten und Rassisten oder von Umweltkatastrophen viele transnationale Themen finden, und nicht alle werden in Erzählungen von Widerstand und Subversion aufgehen.[12]

Zweitens kann transnationale Geschichte nicht immer an den Grenzen Europas Halt machen. In ihrem Interesse für Verbindungen und Zirkulationen folgt sie idealiter ihren Objekten an all jene Orte, an die diese sie tragen – auch wenn solcher Itinerare gegen die Etikette einer weiterhin an territorialen Einheiten orientierten Geschichtswissenschaft verstoßen mögen. Viele Austauschbeziehungen umfassten nur Teile und nicht ganz Europa – und werden dennoch schnell zu einer europäischen Geschichte generalisiert, besonders wenn es sich um westeuropäische Kontakte handelt. Offensichtlich wirkt die Unterscheidung in „richtige"/„wichtige" und „periphere" Teile des Kontinents, die durch den Kalten Krieg einen Höhepunkt erlebte, bis heute nach. Dabei stellt sich die Frage, was sich aus solchen spezifischen Beziehungsgeschichten Allgemeines über Europa lernen lässt; groß ist die Gefahr vorschneller Kurzschlüsse.

Hinzu kommt, dass eine hohe Zahl von Austauschprozessen über Europa hinausreichte. Ebenso wenig wie Nationen oder Staaten war und ist

10 Pars pro toto: Sebastian Conrad: Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006.

11 Diese Tendenz findet man auch bei Iriye/Saunier: Palgrave Dictionary.

12 Vgl. z. B. R. Gerwarth/H.-G. Haupt (Hg.): Terrorism in Twentieth Century Europe: Transnational and Comparative Perspectives (Special Issue), in: European Review of History 14 (2007), 3, 275-445; Kiran Klaus Patel: In Search of a Transnational Historicization: National Socialism and its Place in History, in: Jarausch/Lindenberger, 96-116; Mark Mazower: Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000.

Europa eine Monade. Viele innereuropäischen Bindungen und Vernetzungen entstanden in Kontakt mit der weiteren Welt, und es wäre falsch, diese a priori auszublenden. Insofern sollte man nicht leichtfertig mit der Zuschreibung als europäische Geschichte umgehen. Vielmehr geht es darum zu untersuchen, welche Beziehungen tatsächlich als spezifisch europäisch zu gelten haben – und wodurch sich dieses „Europäisch-Sein" eigentlich auszeichnet.

All dies verweist auf eine Gefahr, die Konrad Jarausch einmal als die „Treitschke-Versuchung" der europäischen Geschichtswissenschaft jenseits der Nationalfixiertheit bezeichnet hat: Damit ist gemeint, dass Historikerinnen und Historiker heute der Gefahr ausgesetzt sind, „Europa" zu einem neuen Referenzraum und zu einer Essenz zu stilisieren, auf die sie ihre Untersuchungsgegenstände ausrichten – egal, ob diese territoriale Zuschreibung der Reichweite der Interaktionsformen der Vergangenheit entspricht oder nicht.[13]

Während diese beiden Punkte wahrscheinlich relativ konsensfähig sind, soll *drittens* auf eine bislang relativ wenig reflektierte, noch grundsätzlichere Herausforderung hingewiesen werden, die sich aus der Vagheit des Begriffs Europa ergibt. Viele Darstellungen zur europäischen Geschichte orientieren sich an einem geographisch oder kulturell-geschichtlich geprägten, häufig jedoch nicht durchdefinierten Europa-Begriff.[14] Es handelt sich somit zumeist um eine common-sense-Vorstellung, die klaren wissenschaftlichen Kriterien eigentlich nicht genügt.

Wie aber lässt sich Europa scharf stellen? Zunächst einmal teilt der Europabegriff mit der bisherigen, nationalzentrierten Historiographie den Bezug auf eine territorial gefasste Einheit – mit allen Problemen, die sich daraus ergeben. Werden diese Herausforderungen bei der Nationalgeschichte dadurch reduziert, dass sich die territoriale Gestalt zumindest mancher Nationalstaaten über lange Zeiträume kaum änderte, steht man bezüglich Europas vor einem größeren Problem.[15] Denn wie Forschungen an der Schnittstelle von Geschichtswissenschaft und Geographie verdeutlichen, sind alle Kriterien zur Definition des Kontinents sozial konstruiert, und sie unterliegen historischem Wandel. Bei der scheinbar so harten, geo-

13 Konrad H. Jarausch: Zeitgeschichte zwischen Nation und Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39, 20.9.2004; zu solchen Prozessen zwischen Europa und Außereuropa etwa Johannes Paulmann: Grenzüberschreitungen und Grenzräume: Überlegungen zur Geschichte transnationaler Beziehungen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Zeitgeschichte, in: E. Conze/U. Lappenküper/G. Müller (Hg.): Geschichte der internationalen Beziehungen, Köln 2004, 169-196.

14 Vgl. z. B. Norman Davies: Europe: A History, Oxford 1996; Bernard Wasserstein: Barbarism and Civilization: A History of Europe in our Time, Oxford 2007; Donald Sassoon: The Culture of the Europeans: From 1800 to the Present, London 2006.

15 Zugleich sollte man auch die Herausforderungen für die Nationalgeschichtsschreibung nicht unterschätzen; vgl.z. B. John Breuilly: Nationalismustheorien und kritische deutsche Gesellschaftsgeschichte, in: S.-O. Müller/C. Torp (Hg.): Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, 102-118.

graphischen Uralgrenze handelt es sich zum Beispiel um eine Konvention des 18. Jahrhunderts, die nicht zuletzt den Anspruch Russlands untermauern sollte, zu den europäischen Großmächten zu gehören. Gen Westen sieht es kaum besser aus: Es erwies sich zum Beispiel immer wieder als strittig, ob Großbritannien oder Island zu Europa gezählt werden sollten.[16]

Vor diesem Hintergrund haben einige Autoren vorgeschlagen, den Europa-Begriff sozialkonstruktivistisch zu fassen; verwiesen sei etwa auf Bo Stråth, Wolfgang Schmale oder eine Forschergruppe um Johan Schot. Diese Autoren gehen davon aus, dass Europa jeweils dort ist, wo Menschen es denken oder in performativen Akten mit einem expliziten Bezug auf Europa in Szene setzen.[17] Diese Literatur lässt sich stark von der sozialkonstruktivistischen Nationalismusforschung inspirieren und überträgt sie auf Europa.[18] In solchen Arbeiten erscheint Europa nicht als Ausgangspunkt oder Bühne transnationaler Prozesse, sondern als Resultat einer Vielzahl von Zirkulationsregimen, die in ihrer Überlappung und Verdichtung Europa als solches immer wieder neu hervorgebracht haben.

Für jene transnationalen Prozesse, die Europa in diesem Sinne geschaffen haben, bietet sich meines Erachtens ein eigener Begriff an: der der Europäisierung. Merkwürdigerweise fristet dieser in der Geschichtswissenschaft – wenn damit Prozesse innerhalb eines so erst entstehenden „Europas" gemeint sein sollen – bislang ein Schattendasein.[19] In der Politikwissenschaft etwa hat sich indessen in den letzten Jahren eine hoch differenzierte Debatte entfaltet. Da diese allerdings primär um die Effekte der politischen Integration Europas kreist, lässt sie sich kaum auf historische Debatten übertragen.[20] Ein expliziter Definitionsversuch würde jedoch darauf abzie-

16 Vgl.z. B. Frithjof Benjamin Schenk: Mental Maps. Die Konstruktion von geographischen Räumen in Europa seit der Aufklärung. Literaturbericht, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), 493-514; Achim Landwehr: Die unmögliche Definition Europas. Zu einem Artikel in Zedlers „Universal Lexicon" (1734), in: clio-online, verfügbar über: http://www.europa.clio-online.de/site/lang__de/ItemID__250/mid__11767/40208222/Default.aspx [18.3.2011]; Winfried Schulze: Europa in der frühen Neuzeit – Begriffsgeschichtliche Befunde, in: H. Durchardt/A. Kunz (Hg.): Europäische Geschichte als historiographisches Problem, Mainz 1997, 35-65.

17 Vgl. Wolfgang Schmale: Geschichte Europas, Stuttgart 2001; Bo Stråth: Europe and the Other and Europe as the Other, Brüssel 2000; Johan Schot/Thomas J. Misa: Inventing Europe: Technology and the Hidden Integration of Europe, in: History and Technology 21 (2005), 1-19; L. Bluche/V. Lipphardt/K. K. Patel (Hg.): Der Europäer – ein Konstrukt. Wissensbestände, Diskurse, Praktiken, Göttingen 2009.

18 Vgl. Benedict Anderson: Imagined Communities: Reflections on the Origins and Spread of Nationalism, New York 1991; ferner z.B. Breuilly: Nationalismustheorien.

19 Dagegen gibt es eine umfangreiche und etablierte Literatur zur Europäisierung außereuropäischer Gebiete; vgl. z.B. Wolfgang Reinhard: Geschichte der europäischen Expansion, 4 Bde., Stuttgart 1983-1990.

20 Vgl. als Einstieg und Überblick über die Debatte P. Graziano/M. P. Vink (Hg.): Europeanisation. New Research Agendas, Houndmills 2007; Tanja A. Börzel/Thomas Risse: Europeanization: The Domestic Impact of EU Politics, in: K. E. Joergensen/M. A. Pollack/B. Rosamond (Hg.): Handbook of European Union Politics, London 2007, 483-504; G. F. Schuppert (Hg.): The Europeanisation of Governance, Baden-Baden 2006.

len, unter Europäisierung all jene politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozesse zu verstehen, die eine nachhaltige Stärkung innereuropäischer Verbindungen und Ähnlichkeit gefördert oder verändert haben; sei es durch Formen der Anverwandlung, des Austauschs oder der Vernetzung. Damit einher gehen stets Formen der Abgrenzung und des „othering" sowie Fragmentierung und Konflikt.[21]

Um aber wirklich von Europäisierung sprechen zu können, muss meines Erachtens noch etwas Weiteres hinzukommen, und hierin unterscheidet sich meine Definition etwa von der, die Hartmut Kaelble in den letzten Jahren vertreten hat: dass historische Akteure ab einem gewissen Zeitpunkt diese Prozesse eben als „europäisch" wahrnehmen und so benennen. Verdichtungsprozesse kultureller, ökonomischer, politischer und sozialer Art gab es schon lange. Bindet man diese jedoch nicht an die Ebene der Bezeichnung durch die Akteure als „europäisch" zurück, so landet man unweigerlich bei einer Definition von Europa, die entweder normativ oder essentialisierend ist oder aber auf unbefriedigenden common-sense-Annahmen beruht. Denn was sonst macht den europäischen Charakter dieser Sinnwelten und Handlungsvollzüge aus? Genau dies ist der innovative Impuls, den man hier aus der Nationalismusforschung übertragen kann und der meiner Meinung nach die Europaforschung auf einen höheren Reflektionsgrad trägt.[22]

Folgt man diesem Ansatz, dann erscheint vor allem interessant, wann Prozesse jeder nur denkbaren Art als spezifisch europäisch wahrgenommen und als solche in Gang gesetzt werden. Dazu gehört natürlich auch das Problem der Anforderungen, Hoffnungen und Abgrenzungsbemühungen, die sich damit verbinden und die Frage, welche zuvor dominierenden oder bedeutsameren Zuschreibungen – wie etwa christianitas, Abendland, Nation oder Empire – damit an Einfluss verloren und begrifflich neu hierarchisiert und aufgeladen wurden.[23] Zugleich heißt dies nicht, dass man auf der rein diskursiven Ebene stehen bleiben sollte. Besonders interessant ist vielmehr das Zusammenspiel mit materiell-performativen Dimensionen.

Erst durch die Ähnlich-Gerichtetheit einer Vielzahl von Prozessen hat sich „Europa" seit der frühen Neuzeit, verstärkt seit dem 18. Jahrhundert und mehr noch seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer bedeutungsvollen Kategorie und zu einer Sinneinheit gesellschaftlicher Selbstverständigung entwickelt. Diesen Charakter hatte es zuvor kaum. Zugleich zeichneten sich viele dieser Prozesse durch einen transnationalen Charakter aus; sie enthielten außerdem eine Dimension des labelling, der eine solche

21 Vgl. M. Conway/K. K. Patel (Hg.): Europeanization in the Twentieth Century: Historical Approaches, New York 2010, darin v.a. Ulrike v. Hirschhausen/Kiran Klaus Patel: Europeanization and History. An Introduction, 1-18; Hartmut Kaelble: Europäisierung, in: M. Middell (Hg.): Dimensionen der Kultur- und Gesellschaftsgeschichte, Leipzig 2007, 73-89; grundsätzlich auch Peter Burke: Did Europe Exist before 1700?, in: History of European Ideas 1 (1980), 21-29.

22 Vgl. dazu ausführlicher Hirschhausen/Patel.

23 Vgl. ebd.

gemeinsame Stoßrichtung gen Europa identifizierte. Erst so wurde Europa immer mehr zu einem sich selbst verstärkenden Subjekt.

Eine derartige Europa-Historiographie muss zugleich stets bedenken, dass sie ohne den politischen und ökonomischen Integrationsprozess seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts höchstwahrscheinlich ein äußerst randständiges Dasein fristen würde. Roger Chartier hat einmal pointiert geschrieben, dass erst die Französische Revolution die Aufklärung gemacht habe. Daran angelehnt könnte man behaupten, dass es Europa ohne die europäische Einigung nicht gäbe. Das wäre sicherlich überpointiert – aber dennoch erkenntnisfördernd.[24] Zugleich stellt die europäische Einigung die Europa-Forschung nicht nur vor die alte Treitschke-Frage, ob sie mehr bieten kann als die Legitimation eines aktuellen politischen Projekts – ein Problem, das es nicht zu ignorieren, sondern konstruktiv zu reflektieren gilt. Sie sollte auch verstärkt Anlass dazu sein, den Integrationsprozess unter den Vorzeichen von EU, EFTA, RWG und ähnlichen politischen Projekten weiter historisch-kritisch zu untersuchen und zu anderen transnationalen Interaktionen in und um Europa in Beziehung zu setzen.[25] Nur wenn sie einen rein „intrinsischen" Blick auf ihren Gegenstand überwindet, wird die historische Integrationsforschung einen wirklich kritischen und bedeutsamen Beitrag zur Europaforschung leisten können.

Die zusammenfassende These des ersten Teils lautet somit: Europa ist mindestens so sehr ein Raum, in dem sich transnationale Bindungen besonders verdichtet haben, wie umgekehrt diese Verknüpfungen Europa erst als solches hervorgebracht haben. Die transnationale Geschichte kann unsere Sensibilität dafür schärfen, in der Konstituierung des Europäischen in Räumen aller Art durch Interaktion ein, wenn nicht das zentrale Moment der europäischen Geschichte zu verstehen. Zusammengenommen vermag so erst ein transnationaler Zugang, Europas Ort in der Welt angemessen zu bestimmen.[26]

***

Darauf aufbauend stellt sich die Frage, wie diese Agenda in konkrete Forschung überführt werden kann. Das hier herangezogene Beispiel bezieht sich auf die Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Welche zentrale Bedeutung die GAP nach-

24 Vgl. Roger Chartier: Les origines culturelles de la Révolution française, Paris 1990, 17.
25 Vgl. als Beispiele für die bislang wenigen Ansätze dazu Wolfram Kaiser: Christian Democracy and the Origins of European Union, Cambridge 2007; Kiran Klaus Patel: Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG, München 2009.
26 Vgl. grundsätzlich dazu Dipesh Chakrabarty: Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton 2000.

wie vor hat, verdeutlicht sich in der Tatsache, dass sie noch 2011 knapp über 40 Prozent des Gesamthaushalts der EU ausmachte.[27]

Wie lässt sich jedoch für diese gemeinsame Politik die Frage der Europäisierung in ihren transnationalen Bezügen untersuchen? Die politikwissenschaftliche Forschung hätte eine relativ einfache Antwort: Für sie liefe es darauf hinaus, die Veränderungen in den politischen und rechtlichen Systemen der Mitgliedsstaaten als Effekte der Integration in den Mittelpunkt zu stellen oder umgekehrt deren Einfluss auf die Entwicklungen auf Brüsseler Ebene. Integration und Europäisierung werden in einem Teil dieser Literatur fast schon synonym verwandt; auf jeden Fall beziehen sie sich auf gleichzeitig ablaufende Prozesse. Transnationale Dimensionen spielen bei diesem Zugriff keine große Rolle und das diskursive Element, jenes oben betonte labelling als europäisch, ist in den Forschungen zu Europäisierung in jenen Nachbardisziplinen nicht prägend.[28]

Hier soll daher ein anderer Zugriff gewählt werden. Durch die oben entfaltete sozialkonstruktivistische Konzeptionalisierung von Europäisierung und den Einbezug transnationaler Perspektiven ergeben sich neue Erkenntnisse. So lässt sich im Blick auf die GAP die These vertreten, dass die europäische Integration mindestens so sehr Ursache und Ergebnis weiträumiger, transnational angelegter Europäisierungsprozesse war, wie diese durch Integration lediglich ausgelöst und begleitet wurden.

Das konkrete Beispiel, an dem dies hier gezeigt werden soll, ist das Leitbild, das der GAP besonders in der Anfangsphase einen prägenden Stempel aufsetzen sollte: das Motiv des bäuerlichen Familienbetriebs.[29] Die Idealisierung der Landwirtschaft weist natürlich bis in die Antike zurück und gehört zu den zentralen Topoi abendländischen Denkens. Die Romantik im 19. Jahrhundert stellte lediglich eine von vielen Aktualisierungen dieses Themas dar, brachte aber auch neue Impulse. Technologischer Wandel, Globalisierung und Urbanisierung stellten die ländliche Welt damals vor grundsätzliche Herausforderungen und vor diesem Hintergrund verstärkte sich die Idealisierung der Landwirtschaft spürbar. Sie galt nicht nur als Wirtschaftszweig. Besonders im Bauerntum sah man zunehmend die Verkörperung besonderer sozialer und kultureller positiv besetzter Werte. Diese Überhöhung steigerte sich nach 1918 noch in vielen Teilen Europas und führte zum Aufstieg eigener Bauernparteien mit entsprechenden Ideologien. Derartige Parteien finden sich in Ostmittel- ebenso wie in Südeuropa oder Skandinavien; Deutschland, wo es keine wirkungsmächtige Bauernpartei gab, stellte

27 Vgl. http://ec.europa.eu/budget/budget_detail/current_year_de.htm [18.3.2011].
28 Vgl. z.B. Graziano/Vink; Börzel/Risse.
29 Vgl. zu dieser Problematik Kiran Klaus Patel: Interests and Ideas: Alan Milward, The Europeanization of Agricultural Protection, and the Cultural Dimensions of European Integration, in: F. Guirao/F. M. B. Lynch/S. Ramirez (Hg.), Alan S. Milward and a Century of European Change, Houndmills 2011 (forthcoming); Ann-Christina L. Knudsen: Romanticising Europe? Rural Images in European Union Policies, in: Kontur. Tidsskrift for Kulturstudier (12) 2005, 49-58; vgl. allgemein auch Patel: Europäisierung; Ann-Christina L. Knudsen: Farmers on Welfare: The Making of Europe's Common Agricultural Policy, Ithaca 2009.

eher eine Ausnahme dar. Entscheidend war jedoch, dass das Bauerntum und der bäuerliche Familienbetrieb in dieser Phase weitgehend national diskutiert wurden – sie galten nicht so sehr als spezifisch europäische Phänomene, sondern vielmehr als Quellen nationaler Identität und Stärke. Dieser Vorstellungswelt zufolge stellte das Bauerntum somit eine Stütze der Nation dar, während es umgekehrt eines starken Nationalstaats bedurfte, um den Landwirten hinreichenden Schutz vor den Mächten des Marktes zu gewähren.[30] Insgesamt gab es in den jeweils national geprägten Debatten dennoch viele strukturelle Ähnlichkeiten und bereits vor dem Ersten Weltkrieg fand eine Reihe von Agrarkongressen statt, auf denen Wissen grenzübergreifend ausgetauscht wurde.[31] All dies änderte jedoch nichts daran, dass vor 1914 explizit transnationale oder europäische Bezüge marginal blieben.

In der Zwischenkriegszeit begann sich dies langsam zu ändern, nicht zuletzt aufgrund der Aktivitäten des Völkerbundes und der ihn umlagerten, transnationalen Agrarinteressenverbände.[32] Insgesamt blieb der Fokus der Debatten über Bauerntum und Landwirtschaft dennoch im Wesentlichen national ausgerichtet. Erst nach 1945 wurde langsam eine Vorstellung vom bäuerlichen Familienbetrieb als europäischem Charakteristikum wirkungsmächtig. Zunächst bleiben die Kreise, die solche Ideen propagierten, recht übersichtlich und es gab viele Kontinuitäten zu den transnationalen Netzwerken der Zwischenkriegszeit. Zu einem ihrer prominentesten Vertreter entwickelte sich bald der Schweizer Agronom Ernst Laur (1871-1964), der bereits in der Zwischenkriegszeit für Agrarkooperation eingetreten war. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er zum ersten Präsidenten der Confédération Européenne de l'Agriculture (CEA), in der sich bei seiner Gründung 1948 zehn landwirtschaftliche Interessenvertretungen zusammenfanden; einige Jahre später waren es bereits 475 Organisationen aus 19 Ländern. Die CEA als die bedeutendste Agrarlobby im Westeuropa der frühen Nachkriegszeit erhob den bäuerlichen Familienbetrieb zu ihrem „Kernstück und eigentlichen pièce de résistance". Laut Laur unterschied sich die „Landwirtschaft Europas […] von derjenigen der Überseegebiete in durchgreifender Weise". „Der bäuerliche Familienbetrieb mit seiner vielseitigen Wirtschaft, dem starken Anteil der Selbstversorgung und der Betätigung von Frau und Kind" erschien als Spezifikum des Kontinents, das zugleich eines besonderen Schutzes bedurfte. Denn wiederum im Gegensatz zu „den Überseegebieten" seien die europäischen Bauern besonders bedroht vom „Vordringen

30 Vgl. dazu Pierre Barral: Les Agrariens français de Méline à Pisani, Paris 1966; H. Gollwitzer (Hg.): Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, Stuttgart/New York 1977.

31 Vgl. Rita Aldenhoff-Hübinger: Agrarpolitik und Protektionismus. Deutschland und Frankreich im Vergleich 1879-1914, Göttingen 2002, 42-70.

32 Vgl. Patricia Clavin/Kiran Klaus Patel: The Role of International Organizations in Europeanization: The Case of the League of Nations and the European Economic Community, in: Conway/Patel: Europeanization, 110-131; vgl. auch Fritz Georg v. Graevenitz: Internationalismus in der Zwischenkriegszeit. Deutschland und Frankreich in der globalen Agrarkrise, unpubl. Diss., Europäisches Hochschul-Institut, Florenz 2011, v.a. 110-139.

[der, Anm. d. Verf.] kommunistische[n] Idee und die Verdrängung der selbständigen, freien Familienbetriebe durch Staatsgüter, Kolchosen und ähnliche Gebilde."[33]

Was waren die Gründe für die Entstehung dieses von transnationalen Akteuren propagierten Leitbildes, das auch auf inhaltlicher Ebene transnationalisiert – oder genauer gesprochen „europäisiert" – war? Erstens lassen sich die Strukturprobleme weiter Teile der europäischen Landwirtschaft angesichts von Modernisierung und Globalisierung nennen, die im rein nationalen Rahmen oder dem der existierenden Modi internationaler Kooperation immer weniger als lösbar erschienen. Wie bereits Alan S. Milward gezeigt hat, diente die europäische Integration als Strategie, um die vorhandene Schwäche der Nationalstaaten zu kompensieren, ohne deren Bedeutung deswegen notwendigerweise relativieren zu wollen.[34] Zweitens erklärt sich die neu aufkommende Debatte vor dem Hintergrund des aufziehenden Kalten Krieges. Im Ostblock wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft, die in der Sowjetunion bereits in der Zwischenkriegszeit eingesetzt hatte, zu einem ideologisch überhöhten Vorzeigeprojekt im Kampf der Systeme. Der Westen sah sich somit gezwungen, einen alternativen Entwurf vorzulegen. Allerdings war der „bäuerliche Familienbetrieb" nicht einfach das Modell des Westens, da er sich immer wieder auch von durchrationalisierten, kapitalistischen Großbetrieben in den USA abgrenzte, mit denen er nicht konkurrenzfähig war.[35] Drittens erklärt sich die Europäisierung des Leitbildes vom bäuerlichen Familienbetrieb aus einem neuen, generellen Schub des Internationalismus nach 1945. Die UN, GATT, die OEEC, NATO, der Europarat und die verschiedenen weiteren Anläufe europäischer Integration erleichterten insgesamt transnationale Orientierungen und die Suche nach Lösungen, die über den Nationalstaat hinauswiesen.[36] Viertens sei schließlich auf den konservativ-christlich-abendländischen Wertbezug verwiesen, der die Gesellschaften des kontinentalen Westeuropas in der frühen Nachkriegszeit insgesamt prägte. Das Hohelied der Landwirtschaft schuf einen Bezugspunkt, der nach Weltkriegen, Weltwirtschaftskrise und einem Niedergang der globalen Bedeutung Europas einen stabilen Anker kollektiver Selbstverortung zu schaffen versprach.[37] Der bäuerliche Familienbetrieb sollte so sowohl Quelle, Legitimation als auch Zielvorstellung gemeinsam-europäischen Handelns sein.

---

33 CEA (Hg.): Festgabe zum Jubiläum des zehnjährigen Bestehens der CEA 1948-1958, Brugg 1958, 30 f.; zu Laur und seinen Aktivitäten auch Graevenitz: Internationalismus.

34 Vgl. Alan S. Milward: The European Rescue of the Nation-State, London ²2000 (1992), 224-317.

35 Vgl. z.B. Ansprache Hallstein, in: Dokumente der Landwirtschaftskonferenz der Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Strea vom 3.-12. Juli 1958, Köln o.J. [1959], 19-35.

36 Vgl. Akira Iriye: Global Community: The Role of International Organizations in the Making of the Contemporary World, Berkeley 2002, 37-59.

37 Vgl. zum gesellschaftlichen Klima Tony Judt: Postwar: A History of Europe since 1945, New York 2005.

Dieses Motiv wäre jedoch lediglich eine Fußnote wert, wäre es in den 1950er Jahren nicht zu mehreren Anläufen auf politischer Ebene gekommen, einen europäischen Agrarmarkt zu schaffen. Das in den frühen 1950er Jahren diskutierte „Pool vert"-Projekt scheiterte jedoch bald und die Denkfigur des bäuerlichen Familienbetriebs spielte dabei interessanterweise keine große Rolle.[38] Beim zweiten Anlauf sollte es sich anders verhalten: Bereits im Spaak-Bericht von 1956, einem Schlüsseldokument auf dem Weg zu den Römischen Verträgen von 1957, lag ein besonderes Augenmerk auf dem Schutz des bäuerlichen Familienbetriebs, was sich wiederum zu einem Gutteil dem Einfluss transnationaler und nichtstaatlicher Akteure verdankte.[39] Hier wie im EWG-Vertrag, der die Basis für die GAP schuf, blieben zwar alle Regelungen zur Landwirtschaft auffallend vage, dennoch gewann die Debatte nun deutlich an Fahrt. Den wichtigsten Knoten- und Referenzpunkt dieses Diskurses bildete die Konferenz von Stresa im Juli 1958, auf der die Europäische Kommission, Vertreter der Mitgliedsstaaten sowie der transnationalen Community der Agrarlobby aufbauend auf dem Rom-Vertrag die Grundzüge der zu schaffenden Agrarpolitik diskutierten. Dabei bildete der bäuerliche Familienbetrieb den zentralen Referenzpunkt. Bereits in seiner Eröffnungsansprache konstatierte der Präsident der Europäischen Kommission, Walter Hallstein:

Fast in ganz Europa zeigen die landwirtschaftlichen Betriebe die gleiche Familienstruktur. Gerade hierin werden sich Politiker wie Wirtschaftler einig sein: dass die Erhaltung der bäuerlichen Familie mit ihrer unabhängigen Arbeit und ihren menschlichen Werten im Gleichschritt mit der Entwicklung der modernen Gesellschaft bleiben muss.[40]

Auch die anderen offiziellen Vertreter der sechs EWG-Staaten sowie die transnationale Community identifizierte den bäuerlichen Familienbetrieb mit Europa. Das Abschlusskommuniqué hielt entsprechend fest, dass „alle Mittel eingesetzt werden" sollten, um diese Betriebsform zu erhalten und zu festigen.[41] Auf der Grundlage von Stresa wurde der bäuerliche Familienbetrieb in der Folgezeit somit zum offiziellen Leitbild der Agrarpolitik der EWG.[42]

Bei den Akteuren, die dieses Motiv in dieser Phase prägten und verbreiteten, handelte es sich in erster Linie um transnational vernetzte Interessensvertreter der Landwirtschaft selbst. In Westeuropa – der Ost-West-Konflikt

38 Vgl. v.a. Guido Thiemeyer: Vom „Pool Vert" zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik 1950-1957, München 1999; R. Griffiths/B. Girvin (Hg.): The Green Pool and the Origins of the Common Agricultural Policy, London 1995.

39 Vgl. Comité intergouvernemental crée par la conférence de Messine (Hg.): Rapport des chefs de délégation, 40.

40 Ansprache Hallstein, in: Dokumente, 34.

41 Vgl. Entschließung, in: ebd., 227-230, 229, vgl. auch allg. ebd.

42 Vgl. z. B. EWG-Kommission: Erster Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft, Brüssel 1958, 76; verstärkt wurde die Debatte noch durch den Schwerpunkt, den die päpstliche Enzyklika *Mater et Magistra* auf den bäuerlichen Familienbetrieb legte: J. Hirschmann (Hg.): Mater et Magistra, Paderborn 1963, 83.

und die Kollektivierung der Landwirtschaft im Osten hatten bis dahin längst bewirkt, dass sich die Debatte nur noch westlich des „Eisernen Vorhangs" abspielte – sprachen vor allem die Bauernverbände vom bäuerlichen Familienbetrieb als Charakteristikum der europäischen Landwirtschaft, seien es kleinere Verbände oder auch das Comité des organisations professionnelles agricoles (COPA), eine 1958 gegründete Dachorganisation aller Agrarverbände in der EWG.[43] Zugleich waren diese transnationalen und transnational agierenden nationalen Agrarvertreter in allen EWG-Staaten eng mit der staatlichen Administration verbunden. Deutschland gibt hierfür ein gutes Beispiel: In der ersten Verhandlungsrunde ging diese Vernetzung so weit, dass der Chef der wichtigsten Lobbyorganisation, des Deutschen Bauernbandes, jene staatliche Delegation führte, die im Rahmen einer zwischenstaatlichen Konferenz über den Aufbau einer gemeinsamen Agrarpolitik verhandelte.[44]

Wie eine genauere Analyse zeigen würde, blieb der genaue Inhalt dieser Leitvorstellung jedoch nicht nur vage, sondern auch umstritten. In Frankreich zum Beispiel war die Bindung der „exploitation familiale" an den Nationalstaat deutlich stärker als im Fall des westdeutschen „bäuerlichen Familienbetriebs", während der Antikommunismus östlich des Rheins größeren Einfluss ausübte. In den Niederlanden spielten dagegen ökonomische Argumente eine wichtigere Rolle, während die kulturell-identitäre Dimension nachrangig blieb. In Italien findet man ähnliche Stimmen. Darüber hinaus gab es natürlich in jedem Mitgliedsland der EWG eine Vielzahl von Positionen. Mit George Bernhard Shaw könnte man deswegen sagen: Die sechs Mitgliedsstaaten waren geteilt durch den Bezug auf einen gemeinsamen Begriff.[45]

Fragmentierung und Exklusion blieben auch in dieser Phase wichtige Bestandteile der Europäisierung. Das Europa des „europäischen bäuerlichen Familienbetriebs" machte nicht nur am Eisernen Vorhang Halt, sondern schloss nun auch Teile Westeuropas zunehmend aus. Das schlagende Beispiel dafür liefert der bereits erwähnte Laur: Ironischerweise sah sich nunmehr derjenige, der in der frühen Nachkriegszeit wie kaum ein anderer für dieses europäisierte Leitbild geworben hatte, marginalisiert – schließlich beteiligte sich die Schweiz nicht am EWG-Prozess. Das Europa dieser Europäisierung wurde stattdessen zunehmend auf das Kleineuropa der EWG reduziert, etwa wenn der Vizepräsident des mächtigen französischen Bauernverbandes FNSEA, André Genin, deklarierte, dass „das Europa

43 Vgl. z.B. Centre des Archives Contemporaines (CAC), Fontainebleau, SGCI, 771473-127, Rapport du comité agricole franco-allemand sur les problèmes agricoles de la Communauté Économique Européenne (Session des 21/22 avril 1958 à Bordeaux); J.-C. Clavel: La conférence de Milan, in: L'Information Agricole, 1.4.1962, 12.

44 Vgl. Patel: Europäisierung, 63.

45 Vgl. dazu ausführlich Lorraine Bluche/Kiran Klaus Patel: Der Europäer als Bauer. Das Motiv des bäuerlichen Familienbetriebs in Westeuropa nach 1945, in: Bluche/Lipphardt/Patel: Der Europäer, 142-153; Knudsen: Romanticising Europe, 52; zu Italien vgl. Giuliana Laschi: L'agricoltura italiana e l'integrazione europea, Bern 1999.

der ‚Sechs' […] den Beweis für die Lebensfähigkeit und Effizienz des landwirtschaftlichen modernen familiären Typus' antreten" solle.[46] Durch den Aufbau eines organisatorischen Kerns in Form der EWG kam es somit sowohl auf der Ebene der personellen Netzwerke wie jener der Inhalte zu einer Kontraktion des Transnational-Europäischen.

Zugleich muss betont werden, dass das Motiv des bäuerlichen Familienbetriebs den sozio-ökonomischen Status quo des primären Sektors nur sehr ungemessen auf den Punkt brachte. Die Realität sah selbst im kleinen Europa der Sechs anders aus, da hier große, industrialisierte Betriebe neben submarginalen Höfen existierten. Auch sozial und kulturell gab es eine große Spannbreite, die nun auf einen begrifflichen Nenner gebracht wurde.[47] Das europäisierte Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebs wurde seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre so wichtig, gerade weil es keine klare politische oder ökonomische Zielvorstellung enthielt, sich daher eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Motive und Interessen darauf projizieren ließen und es einen langen Vorlauf jeweils national geprägter Debatten gab.

Um den konkreten politischen und ökonomischen Einfluss dieses Leitbildes auf die GAP zu verstehen, muss man kurz auf die wirtschaftspolitischen Details der gemeinsamen Politik eingehen, die sich vor diesem Hintergrund seit der Konferenz von Stresa langsam entwickelte. Aus Gründen, die hier nicht weiter interessieren, einigten sich die sechs Mitgliedsstaaten bereits früh darauf, ihrer gemeinsamen Agrarpolitik eine stark interventionistische Ausrichtung zu geben. Für alle zentralen landwirtschaftlichen Produkte der EWG sollten gemeinsame Preise festgelegt werden, welche von der Gemeinschaft garantiert werden würden.[48] Ein solcher Mechanismus führt logischerweise dazu, dass die größten Erzeuger am meisten von der GAP profitieren würden – unabhängig von ihrer Betriebsform. Dies biss sich mit dem agrarpolitischen Leitbild, das mit dem bäuerlichen Familienbetrieb lediglich eine Unternehmensform privilegierte.

Vor diesem Hintergrund kam es bereits in den frühen 1960er Jahren zu intensiven Debatten, welche bäuerlichen Familienbetriebe man denn nun genau stützen wolle: Alle, die sich selbst als solche verstanden? Hieß dies zugleich, dass große staatliche oder privat geführte Betriebe mit anderer Inhaberstruktur nicht oder weniger begünstigt werden sollten? Oder sollte man lediglich die leistungsfähigen oder zumindest überlebensfähigen (Familien-)Unternehmen fördern?

Diese immens komplizierten Fragen rückte die Europäische Kommission mit ihren Vorschlägen vom November 1963 auf die politische Agenda. Unter Führung ihres durchsetzungsstarken Agrarkommissars Sicco Mans-

46 André Genin: Vers l'ère nouvelle de l'Agriculture européenne, in: L'Information Agricole 11/261, 15.1.1962 [eigene Übersetzung].
47 Vgl. zur Heterogenität Giovanni Federico: Feeding the World: An Economic History of Agriculture, 1800-2000, Princeton, 2005, 117-142.
48 Vgl. dazu im Detail Knudsen: Farmers, v.a. 122-206.

holt und vor dem Hintergrund seines niederländischen Erfahrungshorizonts schlug die Kommission vor, sich nach ökonomischen Kriterien vor allem auf die stärkeren Betriebe zu konzentrieren.[49] In einjährigen Verhandlungen wussten die Mitgliedsstaaten dies zu torpedieren und ein zentrales Argument war dabei der bäuerliche Familienbetrieb, dessen Bedeutung nicht relativiert werden sollte.[50] Dieses Insistieren der Mitgliedstaaten auf dem Status quo erklärt sich nicht zuletzt aus dem Druck der Interessensverbände, die sowohl auf nationaler wie auch transnationaler Ebene für jenes Leitbild warben, das sie zunächst transnational generiert hatten und dann weiterhin vertraten.[51]

Entsprechend sah das Ergebnis aus: Das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebs blieb im Wesentlichen erhalten, während die konkreten wirtschaftspolitischen Instrumente nicht fokussiert wurden. Auch einen erneuten Anlauf der Kommission in den späten 1960er Jahren, die Subventionen genauer zu kanalisieren, verwässerten die Mitgliedsstaaten so stark, das kaum etwas davon übrig blieb.[52] Diese Ausrichtung der GAP sollte dann enorme makroökonomische Effekte zeitigen: Sie war wesentlich mitverantwortlich dafür, dass die Landwirtschaft der EWG seit Mitte der 1960er Jahren mit hohen Kosten enorme Überschüsse produzierte. Da diese häufig mit weiteren Subventionen versehen auf dem Weltmarkt verkauft wurden, hatten sie nicht nur für die EWG selbst nachteilige Effekte, sondern reduzierten darüber hinaus auch die Marktchancen von Erzeugern in Drittländern.[53] Erst in den frühen 1990er Jahren rückte man von diesem Kurs ab; die rund dreißig Jahre davor gingen jedoch ohne größere Reformen ins Land.

Neben diesen politischen und makroökonomischen Wirkungen muss zumindest noch ein Schlaglicht auf die sozialen und ökonomischen Effekte dieser Politik für die bäuerlichen Familienbetriebe selbst geworfen werden. Ironischerweise hat sich deren Zahl trotz einer Politik, die sie zum Leitbild erhoben hatte, seit den frühen 1960er Jahren massiv reduziert. So sank der Prozentsatz der landwirtschaftlich Beschäftigten in den sechs EWG-Staaten allein zwischen 1958 und 1968 von rund 19 % auf rund 12 % der Erwerbstätigen.[54] Einerseits spiegelt sich darin die Abwanderung eines Großteils der landwirtschaftlich Beschäftigten in andere Wirtschaftssektoren, andererseits die Durchsetzungsfähigkeit des kapitalintensiven, arbeitsteiligen und

49 Vgl. das Kommissionsdokument COM (63) 430; vgl. auch Sicco Mansholt: Die Krise. Europa und die Grenzen des Wachstums, Reinbek bei Hamburg 1974, 19-20; Knudsen: Farmers, 267-271.
50 Vgl. die Debatten in Historical Archives of the European Union, CM2/1963.
51 Vgl. etwa Patel, Europäisierung, 113-227.
52 Le Plan Mansholt, Paris 1969; siehe dazu auch Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hg.): Der Mansholt-Plan – Kritik und Alternativen, Hiltrup 1969.
53 Vgl. Giovanni Federico: Was the CAP the Worst Agricultural Policy of the 20th century?, in: K. K. Patel (Hg.), Fertile Ground for Europe? The History of European Integration and the Common Agricultural Policy since 1945, Baden-Baden 2009, 257-271.
54 Vgl. Ian Bowler: Agriculture under the Common Agricultural Policy: A Geography, Manchester 1985, 16.

technologisch aufgerüsteten agrarischen Großbetriebs, der dem klassischen Familienbetrieb kaum noch entspricht. Ironischerweise waren somit nicht die bäuerlichen Familienbetriebe die Hauptnutznießer der GAP, sondern die wettbewerbsfähigen großen Höfe, unabhängig von ihrer Betriebsform. Um es in einem Paradox zu fassen: Es war nicht zuletzt die Festlegung auf die (allzu vage) Formel vom bäuerlichen Familienbetrieb, welche die überwiegende Mehrzahl der kleineren derartigen Höfe zur Aufgabe zwang. Insofern hatte das hier untersuchte Leitmotiv massive Auswirkungen auf politischer Ebene und gab nominell den Kurs vor. Auf ökonomischer und lebensweltlicher Ebene wiesen seine Effekte dagegen in Richtungen, die seinen eigentlichen Zielen widersprachen. Hier zeigt sich, wie vielfältig und ambivalent die Wirkung dieses Leitbildes auf den verschiedenen Ebenen war.

***

Zusammenfassend sollte im empirischen Teil dieses Beitrags gezeigt werden, dass transnationale Netzwerke bereits vor Beginn der technischen Verhandlungen über europäische Integration im Bereich des Agrarsektors ein europäisiertes Leitbild generierten, welches dann wesentlichen Einfluss auf die Ausrichtung der GAP nahm. Dieses Leitmotiv blieb weitgehend vage und stark an die jeweiligen nationalen Diskurse über die Sonderstellung der Landwirtschaft zurückgebunden. Trotz und wegen dieser Vagheit lässt sich die Geschichte der GAP ohne dieses Element nicht erklären. Der vorgestellte Ansatz führt zugleich transnationale Akteure in das Integrationsgeschehen ein, welche die Forschung in den letzten Jahrzehnten marginalisiert hat. Zugleich reduziert er Transnationalität nicht, wie dies in der politikwissenschaftlichen und einem Teil der jüngsten europäischen Integrationshistoriographie üblich ist, allein auf die Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure,[55] sondern fasst darunter im Sinne der oben entwickelten Perspektive eine weitere Agenda. Transnationale Geschichte, umfassende Prozesse der Europäisierung und Europäische Integration im engeren, technischen Sinne finden so in komplexer Weise zusammen.

55 Vgl. z.B. W. Kaiser/B. Leucht/M. Gehler (Hg.): Transnational Networks in Regional Integration: Governing Europe, 1945-83, Basingstoke 2010.

Katharina Garvert-Huijnen

Entscheidung für Europa

Die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und der Anfang des Europäischen Integrationsprozess

Lange hat es gedauert, bis sich die Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges normalisiert haben. Der Krieg und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft haben großes Leid über das kleine Nachbarland im Westen gebracht. Dem Schock des deutschen Angriffs auf die neutralen Niederlande am 10. Mai 1940 folgte der Schock der schnellen Niederlage vom 14. Mai. Die Bombardierung Rotterdams, die Deportation der niederländischen Juden, das Schicksal der niederländischen Zwangsarbeiter, das alles brannte sich in das kollektive Gedächtnis ein. Vor allem das letzte Kriegsjahr, in dem Teile der Niederlande selbst zum Frontgebiet wurden, nimmt in den Kriegserinnerungen einen zentralen Platz ein. Tausende verhungerten im sogenannten Hungerwinter von 1944-45. Die Verwaltung und Wirtschaft brachen weitgehend zusammen und der Terror durch die deutschen Besatzer nahm bis zur Befreiung durch die Alliierten und der deutschen Kapitulation am 5. Mai 1945 beispiellose Formen an.

Das Verhältnis beider Länder blieb auf psychologischer Ebene lange von der Erfahrung der deutschen Besatzung überschattet. Nach der Befreiung durch die Alliierten im Mai 1945 fehlte es in den Niederlanden an allem. Es fehlte an Nahrung, es gab keine Rohstoffe mehr und Energieträger waren knapp. Ein Großteil der niederländischen Infrastruktur – Häfen, Straßen, Brücken, Eisenbahnlinien war zerstört, das Material nach Deutschland abtransportiert worden.[1] Es dauerte bis 1963, bis die sogenannte Generalbereinigung unterzeichnet werden konnte, mit Hilfe derer die letzten, noch aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden, finanziellen und territorialen Fragen geklärt werden konnten.[2]

1 Vgl. C.W.A.M van Paridon: Wiederaufbau – Krise – Erholung. Die niederländische Wirtschaft seit 1945, in: F. Wielenga/I. Taute (Hg.): Länderbericht Niederlande. Geschichte – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2004, 363-422, 368.

2 Vgl. zur niederländischen Erinnerungskultur auch: M. de Keizer/M. Plomp: Een open zenuw. Hoe wij ons de tweede wereldoorlog herinneren, Amsterdam 2010 und hier im Besonderen: F. Wielenga: Eerst mijn fiets terug …, 147-158.

Das deutsche Volk wusste, welche Schuld es auf sich geladen hatte. „Erlöst und vernichtet in einem“ seien die Deutschen 1945 gewesen, sagte Theodor Heuss 1949 im Parlamentarischen Rat, erschüttert, verunsichert, ratlos und ohne Orientierung.[3] Deutschland stand jedoch nicht nur moralisch vor dem Ruin. Seine Städte waren zerbombt, die Ernährungslage und die Versorgung mit Trinkwasser waren katastrophal. Die Industrieproduktion war zum Erliegen gekommen und das Verkehrssystem funktionierte nicht mehr. Deutsche Soldaten befanden sich in Kriegsgefangenschaft oder irrten gemeinsam mit Flüchtlingen, Evakuierten und Millionen von *Displaced Persons*, darunter Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge durch das Land. Nach der Kapitulation am 8. Mai 1945 war Deutschland nur noch ein geographischer Begriff. Mit ihrer „Berliner Erklärung“ vom 5. Juni hatten die Alliierten die Regierungsgewalt in Deutschland übernommen.

Die Frage, ob es einen Weg aus dem Abgrund gab, in den man gestürzt war, war 1945 völlig offen. Auch wenn es aus der Retrospektive so erscheinen mag, als ob bereits in der Befreiung der Keim des Neubeginns gesteckt hätte und einen die wachsende Distanz dazu verleitet, das Ende als Anfang eines neuen Deutschland zu betrachten, wird man, wie Eckart Conze zu Recht konstatiert, „den Erfahrungen der Menschen und ihren Wahrnehmungen in jener Zeit nicht gerecht“.[4] Als den Deutschen das ganze Ausmaß der Gewalt, mit der sie Europa überzogen hatten, bewusst wurde, konnten sie kaum glauben, dass sie noch mal eine Chance bekommen würden, „zu gegebener Zeit einen Platz unter den freien und friedlichen Völkern Europas einzunehmen“, wie es die Siegermächte 1945 im Abschlußkommuniqué der Potsdamer Konferenz formuliert hatten.

Betrachtet man die Ausgangssituation des Jahres 1945 ist es mehr als erstaunlich, dass die Niederlande und die 1949 neu gegründete Bundesrepublik Deutschland, die vor kurzem noch Krieg gegeneinander geführt hatten, nicht nur den Weg zu einer friedlichen Konfliktaustragung gefunden haben, sondern bis heute ihre Beziehungen so gestaltet haben, dass es praktisch keinen Bereich gibt, in dem sie nicht zusammenarbeiten. Die Westintegration in Form der NATO-Mitgliedschaft und der Europäische Integrationsprozess haben nach Kriegsende die Grundlage für diese schnelle Annäherung geschaffen. Sie boten Antworten auf die akuten Fragen nach der Reintegration des besiegten Deutschlands, den Sicherheitsgarantien für Deutschlands Nachbarn, dem Ende des deutschen „Schaukelns“ zwischen Ost und West und für die Klärung der noch offenen Grenzfragen.[5]

---

3 Zitiert nach Andreas Wirsching: 8. Mai und 27. Januar 1945 – Zwei Tage der Befreiung?, in: Eckart Conze/Thomas Nicklas (Hg.): Tage deutscher Geschichte. Von der Reformation bis zur Wiedervereinigung, München/Stuttgart 2004, 239-255, 240.

4 Eckart Conze: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, 21.

5 Vgl. dazu: M. C. Brands/Patrick G. C Dassen: „Wohlverstandenes Eigeninteresse – Die Bedeutung Europas für Deutschland und die Niederlande“, in: Heiter bis Wolkig. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn

Für die junge Bundesrepublik bestand der „politische Gewinn" ihrer Europapolitik in der schnellen Zurückgewinnung außenpolitischer Entscheidungsfreiheit und damit staatlicher Souveränität. Um dies zu erreichen musste jedoch zunächst Schritt für Schritt das Vertrauen der europäischen Staaten zurückgewonnen werden. Die Einbindung des Landes in ein supranationales politisches System machte es dem „Erbfeind" Frankreich, ebenso wie den gerade erst von deutscher Besatzung befreiten Niederlanden leichter, der noch jungen Bundesrepublik wieder auf gleicher Augenhöhe zu begegnen. Für die Bundesrepublik Deutschland stellte die Beteiligung an der Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) einen ersten Schritt zurück auf die internationale Bühne und in Richtung eines Platzes unter den „freien und friedlichen Völkern Europas" da, der ihr bereits im Abschlußkommuniqué der Potsdamer Konferenz in Aussicht gestellt worden war.

Für die Niederlande eröffnete die Beteiligung am Europäischen Integrationsprozess den wirtschaftlichen Wiederaufbau, sie gab dem kleinen Land die Möglichkeit der Mitgestaltung und Mitsprache auf der internationalen Bühne. Die Integration der Bundesrepublik in die NATO, in die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der, im März 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bot aus niederländischer Perspektive eine Antwort auf die Frage wie man eine erneute Bedrohung durch die Deutschen verhindern könnten und gleichsam den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands ermöglichte, soweit dieser für den allgemeinen europäischen Wohlstand notwendig war.[6]

Unter dem sicherheitspolitischen Schutzschirm, den die Vereinigten Staaten nach Ausbruch des Kalten Krieges mit der NATO über Westeuropa aufgespannt hatten, konnte der wirtschaftliche Wiederaufbau beider Länder in einer relativ geschützten Atmosphäre stattfinden. Die Mitgliedschaft in EGKS und EWG führte in der Bundesrepublik und in den Niederlanden zu einer ungekannten ökonomischen Leistungssteigerung, die beide Länder – die Bundesrepublik voran – zu den wichtigsten Industrienationen der Welt machten. Gemeinsam bilden das wiedervereinigte Deutschland und die Niederlande heute – auch nach der jüngsten Wirtschaftskrise – die stärkste Wirtschaftsregion der Welt, wie der Vorsitzende des niederländischen Arbeitgeberverbandes VNO-NCW, Bernard Wientjes noch vor kurzem in der niederländischen Tageszeitung *De Volkskrant* feststellte.[7] Dieser rasante

vom 22. November 2000 bis 16. April 2001 und im Rijksmuseum Amsterdam vom 26. Mai bis 16. September 2001, Bonn 2000, 132-143.

6 BuZa, Code 9: 1945-54, Mappe 556 (912.230), Duitsland West. Conferentie van de Plv. Minister van Buitenlandse Zaken (deputies) der Grote Vier te London ter zake inzake Duitsland + Nederlandse standpunt. Deel: 1946-1947; Memorandum of the Netherlands Government on Allied policy with regard to Germany, 14. Januar 1947 [Übersetzung M. Lak: Eine Angelegenheit von fundamentaler Bedeutung. Die Wechselwirkung der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland, 1945-1949, in: Kleeman/Wielenga: Deutschland und die Niederlande, 45-86, 51.

7 B. Wientjes: Onze weg naar de wereld loopt via Duitsland, in: De Volkskrant, 14.01.2011, Opinie en debat, 22.

wirtschaftliche Aufschwung nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges ist ohne den europäischen Integrationsprozess schwer vorstellbar.

Der europäische Integrationsprozess hat die deutsch-niederländischen Beziehungen bis heute entscheidend geprägt und vollkommen verändert. „Kaum ein zweiter Prozess hat im 20. Jahrhundert die Öffnung, Mobilisierung und Verflechtung von Gesellschaften so sehr vorangetrieben wie die europäische Integration", stellt Kiran Klaus Patel zu Recht fest.[8] Das gilt mit Sicherheit im Hinblick auf diese beiden Nachbarländer. Friso Wielenga spricht an dieser Stelle von einer „Normalisierung plus" der deutsch-niederländischen Beziehungen auf wirtschaftlichem und sicherheitspolitischen Gebiet. Der Prozess der politisch-psychologischen Annäherung dauerte hingegen laut Wielenga bis weit in die 1990er Jahre hinein.[9]

Die Grundlage für diese Verflechtung wird in der Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaft zwischen Kriegsende und der ersten Erweiterung im Jahr 1973 gelegt. In dieser Phase, in der Ausgang und Erfolg des europäischen Integrationsprojektes noch völlig offen war, stellten sich für alle Länder, welche die Wahl hatten, sich am Europäischen Integrationsprozess zu beteiligen, drei Grundfragen, die Piers Ludlow folgendermaßen zusammengefasst hat:

1. Auf welchen Gebieten will man zusammenarbeiten?
2. Wer beteiligt sich am Europäischen Integrationsprozess?
3. Wie richtet man die Zusammenarbeit institutionell ein?[10]

Diese drei Fragen hängen unmittelbar miteinander zusammen. Da alle möglichen Mitgliedskandidaten eigene Präferenzen im Hinblick auf die Aktionsfelder und institutionelle Gestaltung der Zusammenarbeit haben, schließt eine mehrheitliche Einigung auf diesen Gebieten automatisch potentielle

8 K.K. Patel: Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland und die Agrarintegration der EWG, 1955-1973, 9.

9 F. Wielenga, Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945, Münster 2000; ders.: West-Duitsland. Partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949-1955, Utrecht 1989. Vgl. des Weiteren zum deutsch-niederländischen Verhältnis u.a. : R. Aspeslagh und H. Dekker (Hg.): Ein besonderes Verhältnis. Deutschland und die Niederlande, Baden-Baden 1999; H.J.G. Beunders und H.H. Selier, Argwaan en profijt. Nederland en West-Duitsland 1945-1981, Amsterdam 1983; F. Boterman, Duitsland als Nederlands probleem. De Nederlands-Duitse betrekkingen tussen openheid en eigenheid, Amsterdam 1999; J.C. Hess und H. Schissler (Hg.), Nachbarn zwischen Nähe und Distanz. Deutschland und die Niederlande, Frankfurt/M. 1988; H. Lademacher: Nederland-Duitsland. Opmerkingen over een moeizame relatie, Nijmegen 1995, ders.: Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1990, H. Lademacher und J. Bosman (Hg.): Tradition und Neugestaltung. Zu Fragen des Wiederaufbaus in Deutschland und den Niederlanden in der frühen Nachkriegszeit (Niederlande-Studien, Bd.1), Münster 1991; H.A.M. Klemann und F. Wielenga (Hg.): Deutschland und die Niederlande. Wirtschaftsbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2009.

10 Piers Ludlow u.a.: Ostpolitik/Westpolitik: European integration and the Cold War, 1965-1973. London 2007; The European Community and the crises of the 1960s: negotiating the Gaulist challenge. London 2006.

Kandidaten aus, die für sich eine solche Form der Zusammenarbeit nicht eignen.

Für die sechs Länder, die sich am 18. April 1951 auf die Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), dem Vorläufer der späteren Europäischen Gemeinschaft einigen konnten, war vor allem die Offenheit der Entwicklung in der Gründungsphase von großem Vorteil, wie Ludlow feststellt.[11] Das, was am Ende des Integrationsprozesses stehen, sollte war noch nicht geklärt: eine vollwertige europäische Föderation, in der sich nationalstaatliche Grenzen auflösen oder ein vorwiegend intergouvernemental arbeitendes Konstrukt, bei dem im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips nur dort Kompetenzen an eine höhere Instanz übertragen werden, wo dies zwingend notwendig erscheint. Diese Unentschiedenheit sorgte dafür, dass nicht nur jeder Mitgliedsstaat, sondern auch die unterschiedlichen Interessensgruppen in den Mitgliedsländern, davon ausgehen konnten, dass ihre Prioritäten umgesetzt werden würden und gleichsam Unerwünschtes verhindern werden könne.

Weder in der Bundesrepublik noch in den Niederlanden bestand unmittelbar nach Kriegsende ein europapolitischer Konsens. Der Weg stand offen, aber auch innerhalb der Länder standen sich unterschiedliche Interessen gegenüber. Im Verlauf der Gründungsphase zeichnete sich jedoch ab, dass man sich in beiden Ländern aus zum Teil sehr unterschiedlichen Gründen für eine Beteiligung am Europäischen Integrationsprozess entschied. Europa genoss so hohe Priorität, dass man bereit war, gemeinsam mit Frankreich, Italien, Belgien und Luxemburg auf bestimmten Gebieten Souveränitätsrechte auf eine supranationale Ebene zu übertragen und sich in bestimmten Fällen (wie zum Beispiel im Hinblick auf die Agrarpolitik in Deutschland) zugunsten des europäischen Kompromisses gegen die Interessen des eigenen Landes zu entscheiden.

Nach ihrer Gründung im Jahr 1949 war die Bundesrepublik zunächst überhaupt kein handlungsfähiges Subjekt der Weltpolitik. Da die Außenpolitik der Kontrolle der drei Westmächte unterlag, verfügte sie über keinerlei außenpolitische Entscheidungsfreiheit. Das außenpolitische Interesse des jungen Staates richtete sich daher in erster Linie darauf, Handlungsspielräume und damit staatliche Souveränität zurückzugewinnen. Dies war nicht einfach, denn nicht nur die Franzosen verfolgten die Gründung eines deutschen Staates so kurz nach dem Krieg mit großer Skepsis. Auch in Den Haag beobachtete man sehr aufmerksam, welchen Weg die junge Bundesrepublik außenpolitisch einschlug. Im ersten Bundestagswahlkampfes 1949 zeigte sich deutlich, dass die beiden größten deutschen Parteien eine sehr unterschiedliche Haltung einnahmen. Die Wahl des ersten Bundeskanzlers entschied somit maßgeblich über die Zukunft der jungen Bundesrepublik.

11 Ebd.

Die nach 1945 neugegründete, christlich-interkonfessionelle CDU mit ihrem Parteivorsitzenden Konrad Adenauer stand für ein klares Bekenntnis zum Westen. Auf diesem Weg versuchte Adenauer Vertrauen zurückzugewinnen und langfristig wieder eine ebenbürtige Position für das Land zu erlangen. Ein enges Verhältnis zu den USA sollte auf die Dauer gewährleisten, dass die Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied in eine europäische Föderation aufgenommen wird. Adenauer ging davon aus, dass eine demokratisch organisierte und wirtschaftlich erfolgreiche Bundesrepublik, eingebunden in die atlantische Allianz wie ein Magnet nach Osten strahlen und anziehend wirken würde. Mithilfe des von Ludwig Erhard erarbeiteten Konzepts der sozialen Marktwirtschaft, sollte die Bundesrepublik wirtschaftlich wieder aufgebaut werden. Adenauer hatte sich schon früh mit dem Gedanken abgefunden, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands in Kürze nicht zu erreichen sei. Es gab für ihn keine Alternative zur Westbindung, da er die Idee eines neutralen, aber wiedervereinigten Deutschlands strikt ablehnte. Neutralität war für Adenauer der erste Schritt zur Sowjetisierung Gesamtdeutschlands.

Ganz anders dachte der Vorsitzende der sozialdemokratischen SPD, Kurt Schuhmacher. Die auf die Westzonen beschränkte SPD war im Mai 1946 als Reaktion auf die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone unter altem Namen gegründet worden. Noch in den Leitsätzen vom Mai 1946 hatte Schuhmacher proklamiert: Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten, sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa." Dieses sozialistische Europa sollte Europa zur dritten Kraft zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten machen. Die Teilung Deutschlands, die Vertiefung des Ost-West-Konfliktes und die bürgerlich-liberal-demokratische Entwicklung entzogen Schumachers sozialistischen Dogmatismus jedoch zunehmend den Boden. Kurt Schumacher entwickelte den Gedanken zur ökonomischen Magnetisierung des Westens noch vor Konrad Adenauer, sein dogmatischer Sozialismus, sein Antikapitalismus und Antiamerikanismus raubte seinen Überlegungen zur Westorientierung allerdings die politische Basis, die er dringend benötigte. Sein oft herrisches, unsensibles Auftreten auch gegenüber den westlichen Besatzungsmächten kosteten ihn vor allem im Ausland viele Sympathien.

Der Wahlkampf entwickelte sich zu einem Kopf-an-Kopf- Rennen. Am 14. August 1949 entschieden sich die Wähler knapp für Konrad Adenauer. Die CDU kam, gemeinsam mit ihrer bayrischen Schwesterpartei CSU auf 31 Prozent der Stimmen. Die SPD kam auf 29,2 Prozent. Damit waren die Weichen für die zukünftige Außenpolitik der Bundesrepublik gestellt. Vier Jahre später gelang es Konrad Adenauer bei der Bundestagswahl sogar 45,2 Prozent der deutschen Wähler hinter sich bringen (SPD 28,8 Prozent). Seine erfolgreiche Wirtschaftspolitik garantierte Adenauer seinen politischen

Erfolg ebenso, wie seine Außenpolitik.[12] Seine Politik der Einbindung der Bundesrepublik in die entstehenden Allianz- und Gemeinschaftsstrukturen des Westens musste Adenauer zunächst gegen erbitterten Widerstand auch in seiner eigenen Partei durchsetzen. Seit den 1950er Jahren entwickelte sich aber in der Bundesrepublik ein außenpolitischer Grundkonsens, in dessen Zentrum die europäische Integration mit den wichtigen deutsch-französischen und transatlantischen Beziehungen zu den USA stand. Alle außenpolitischen- und sicherheitspolitischen Handlungsoptionen der folgenden Jahre wurden danach beurteilt, wie sie sich zu diesem Grundkonsens verhielten.[13]

Die von Konrad Adenauer, vor dem Hintergrund der deutschen Teilung und der von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ausgeübten Besatzungsmacht, bereits früh entwickelten Prämissen westdeutscher Außenpolitik waren von Anfang an auf nationale Interessen gerichtet, wie Eckart Conze bemerkt. Adenauers klares Bekenntnis zum Westen; seine Politik des Vertrauensaufbaus durch Kontinuität im außenpolitischen Handeln, außenpolitische Selbstbeschränkung und Zurückhaltung blieben, nicht zuletzt durch die Konstanz der internationalen Rahmenbedingungen, bis 1990 unverändert bestehen.[14] Die „Westernisierung" der jungen Bundesrepublik fand nicht losgelöst, sondern in einem transnationalen Bezugsrahmen statt, in dem es darum ging, im Kalten Krieg einen „gemeinsamen Westen" zu schaffen und zu gestalten, der nicht nur auf militärisch-politischen Bündnisstrukturen beruhte, sondern auch gemeinsame politische und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen mit einschloss.[15]

Auch für die Niederlande spielte dieser transnationale Bezugsrahmen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung ihrer Außenpolitik. Die erste niederländische Nachkriegsregierung stand 1945 vor riesigen Aufgaben. Der wirtschaftliche Wiederaufbau, die Einbindung in ein zuverlässiges Sicherheitssystem, bei diesen Fragen spielte das Verhältnis zum deutschen Nachbarn eine zentrale Rolle. Die Frage, wie man nach der Befreiung mit dem ehemaligen Besetzer umgehen sollte war für die Niederländer ein Dilemma. Auf der einen Seite fürchtete man ein Widererstarken des ehemaligen Besatzers, auf der anderen Seite brauchte man ein wirtschaftlich starkes Deutschland, um den eigenen Wiederaufbau zu realisieren. Natürlich bestimmte nach Kriegsende in erster Linie das Bedürfnis nach Genugtuung, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Rache und ein starkes Gefühl moralischer Überlegenheit das Verhältnis der Niederländer zu den Deutschen. Sowohl die Regierung als auch die Bevölkerung forderte eine harte Bestrafung des Kriegsgegners. Rufe nach Schadensersatz und Annektierung deutscher Gebiete sowie der

12 M. Drögemöller: Zwei Schwestern in Europa – Deutsche und niederländische Sozialdemokratie 1945-1990, Berlin 2008, 93.
13 Conze, Suche nach Sicherheit, 46.
14 Ebd., 45.
15 V. Conze: Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920-1970), München 2005, 385.

Ausweisung aller Deutschen aus den Niederlanden erklangen von unterschiedlicher Seite. Dennoch war weiten Teilen der Gesellschaft bewusst, dass es für die niederländische Wirtschaft unabdingbar war, so schnell wie möglich wieder Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland aufzunehmen.

Deutschland war vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges für die niederländische Industrie gleichsam Hauptlieferant für Rohstoffe und Kapitalgüter wie wichtigster Absatzmarkt der Landwirtschaft und wirtschaftliches Hinterland für den Transithandel. Die Niederlande hatten nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands ihren wichtigsten Handelspartner verloren. Die Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zum besetzten Deutschland hatte für die Niederlande daher höchste Priorität,[16] verlief allerdings sehr mühsam. Entgegen den niederländischen Interessen und im Gegensatz zu dem Beschluss der Potsdamer Konferenz, Deutschlands als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, entwickelten die deutschen Besatzungsmächte Russland, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, die vier Besatzungszonen in den ersten Jahren nach dem Krieg zu beinahe autarken Gebieten, mit denen es nahezu unmöglich war, Handelsabkommen abzuschließen. Alle internationalen Handelskontakte liefen über die Besatzungsmächte und die niederländische Regierung bekam zunächst keinen Fuß zwischen die Tür.

Bereits während seiner Zeit im Widerstand 1943/44 hatte der spätere Ministerpräsident Willem Drees festgehalten: „Wir sind durch unsere Lage vorbestimmt, ein Bindeglied in der Kette zwischen Deutschland und dem Überseehandel zu sein und sogar auch mit Deutschland einen umfangreichen Im- und Export zu pflegen. So macht es auch das Interesse Europas und insbesondere unseres eigenen Landes erforderlich, dass sich Deutschland erholen kann und wieder in die Kette aufgenommen wird.“[17] Danach sah es jedoch zunächst nicht aus. Anfang 1947 schickte die niederländische Regierung daher ein Memorandum an die Regierung der vier Besatzungsmächte, das den Kern niederländischer Deutschlandpolitik enthielt: „Das Hauptziel, dass die Niederlande mit Blick auf die deutsche Frage anstreben, ist die Schaffung ausreichender Garantien zur Gewähr von Frieden und Sicherheit einerseits und die Schaffung der Voraussetzungen für den Wiederaufbau und der nationalen Ökonomie und der Wiederherstellung des Wohlstands

16 M. Lak: Eine Angelegenheit von fundamentaler Bedeutung. Die Wechselwirkung der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland, 1945-1949, in: Kleeman/Wielenga, Deutschland und die Niederlande. 45-86, 45f.; vgl. auch H.A.M Klemann/C.W.A.M van Paridon: Waarom bestaat Nederland eigenlijk nog? Nederland-Duitsland: Economische integratie en politieke consequenties, 1860–2000, in: Diess. (Hg.): In voor- en tegenspoed: Verleden, heden en toekomst van de Nederlands-Duitse economische betrekkingen, Epe 2008, 3, 44, 79, 83; W.H. Salzmann: Herstel wederopbouw en Europese samenwerking. D.P. Spierenburg en de buitenlandse economische betrekkingen van Nederland 1945-1952, Leiden 1999.

17 W. Drees: Op de kentering. Toekomstbeschouwingen uit bezettingstijd, hg. von: H. Daalder/J.H. Gaemers, Amsterdam 1996, 77.

Deutschlands, soweit dieser für den allgemeinen europäischen Wohlstand notwendig ist, andererseits."[18]

Nach der Befreiung der Niederlande im Mai 1945 war jedoch zunächst völlig unklar, über wie viel Einfluss die niederländische Regierung im Hinblick auf die Deutschlandpolitik der Alliierten überhaupt verfügte und welche Rolle die Niederlande zukünftig im internationalen System spielen würden. Die internationale Position der Niederlande hatte sich als Folge des deutschen Einfalls grundlegend verändert. Konnte man sich vor Kriegsausbruch noch der Illusion hingeben, sich gemäß der außenpolitisch-neutralen Tradition der Niederlande aus den großen internationalen Konflikten heraushalten zu können, war seit Mai 1940 deutlich, dass das Land nach Kriegsende eine aktive Außenpolitik würde führen müssen. Wie dies zu realisieren sei, war jedoch zunächst noch ungewiss. Die politische Reformbewegung „Durchbruch" hatte sich während der Besatzungszeit mit einer Vielzahl von Fragen zur Gestaltung des Landes nach der Befreiung beschäftigt, die Frage nach der zukünftig zu führenden, aktiven Außenpolitik hatte in den Gesprächen jedoch kaum eine Rolle gespielt.

Die Ideen, die innerhalb der niederländischen Exilregierung in London zur Neugestaltung des internationalen Systems und zur zukünftigen Rolle der Niederlande entwickelt worden waren, blieben ebenfalls vage.[19] Die in London geführte Diskussion um die zukünftige Gestaltung der Sicherheitspolitik war allerdings deutlich international-atlantisch orientiert. Angesichts der modernen Kriegsführung war das Bewusstsein gewachsen, dass die Niederlande zukünftig nicht mehr alleine in der Lage sein würden ihre territoriale Integrität zu verteidigen. Der Gedanke, dass nur die Vereinigten Staaten als führende Atommacht die Sicherheit der Niederlande dauerhaft garantieren können, führte zu dem Wunsch, dass die Amerikaner auch nach Kriegsende weiter in Europa engagiert bleiben würden.

---

18 BuZa, Code 9: 1945-54, Mappe 556 (912.230), Duitsland West. Conferentie van de Plv. Minister van Buitenlandse Zaken (deputies) der Grote Vier te London ter zake inzake Duitsland + Nederlandse standpunt. Deel : 1946-1947; Memorandum of the Netherlands Government on Allied policy with regard to Germany, 14.01.1947 [Übersetzung M. Lak: Eine Angelegenheit von fundamentaler Bedeutung, 51].

19 Da eine weltumspannende Organisation wie der Völkerbund nicht in der Lage gewesen war, die Konflikte der 1930er Jahre friedlich beizulegen, schlug der niederländische Außenminister Van Kleffens in London die Gründung von regionalen Pakten vor. Das Vereinigte Königreich der Niederlande könnte dann aufgrund seines Kolonialbesitzes in Südamerika (Suriname), in Niederländisch-Indien (nach der Unabhängigkeit Indonesien) und den niederländischen Antillen Mitglied in mehreren regionalen Allianzen sein, was zu einem sehr ansehnlichen Status innerhalb des internationalen Systems führen würde. Das wichtigste Element, in dem von Van Kleffens entworfenen Szenario, war die permanente Unterstützung der Vereinigten innerhalb einer militärischen Allianz der um den Atlantischen Ozean gelegenen Staaten, die die Sicherheit der kleinen westeuropäischen Länder garantieren sollte, vgl. A.E. Kersten: Nederland en België in London, 1940-1944. Werken aan de na-oorlogse betrekkingen, in: Acta, Gent 1982, 495-520, 496f. und ders.: Buitenlandse Zaken in ballingschap. Groei en veradering van een ministerie 1940-1945, Leiden 1981.

Die Niederlande waren vor dem Zweiten Weltkrieg ein neutrales Land, das nicht gewohnt war, Bündnisse mit anderen Ländern einzugehen. Das Land verfügte bis zu diesem Zeitpunkt über keine Tradition einer aktiven Außenpolitik. Darüber hinaus hatten die Niederländer, als Seenation, den Blick in den letzen Jahrzehnten eher über den Atlantik, als zum Kontinent gerichtet. Der sich nach Kriegsende schnell abzeichnende Bruch zwischen den westlichen Alliierten und Russland und die damit verbundene Teilung Europas in einen östlichen und einen westlichen Einflussbereich war, ebenso wie der Verlust der Kolonien in Indonesien, die entscheidende Entwicklung im Hinblick die Entstehung eines niederländischen Europakonzeptes.

Eine zentrale Rolle spielte die Entscheidung der niederländischen Regierung, sich am amerikanischen Marshall Plan, dem sogenannten European Recovery Program (ERP), zu beteiligen. Das ERP war ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen Politik der „doppelten Eindämmung". Diese deckte sich in weiten Teilen mit dem Hauptziel niederländischer Deutschlandpolitik, das die niederländische Regierung in ihrem Memorandum an die vier Besatzungsmächte 1947 formuliert hatte. Die Akzeptanz der amerikanischen Marschall-Hilfe entsprach in sicherheitspolitischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht den Interessen der Niederlande. Sie ermöglichte den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands, soweit dieser für den allgemeinen europäischen Wohlstand notwendig war, und bot darüber hinaus nicht nur die Perspektive auf ein sicherheitspolitisches Schutzschild gegenüber dem ehemaligen Besatzer sondern, was mittlerweile mindestens ebenso wichtig geworden war, auch gegenüber der neuen kommunistischen Bedrohung durch die Sowjetunion.

Dennoch war die Teilnahme am ERP in den Niederlanden nicht unumstritten, denn sie hatte sehr weitgehende Konsequenzen. Sie bedeutete eine fundamentale Wende in der niederländischen Außenpolitik. Das Land wäre zukünftig eingebunden in ein multilaterales Verhandlungssystem unter US-amerikanischer Führung. Das ERP integrierte Westeuropa, und somit auch die Niederlande, in ein von den USA dominiertes Welthandels- und Weltwährungssystem. Der Beitritt zum Brüsseler Pakt und später zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis bedeutete darüber hinaus den endgültigen Bruch mit der früheren Neutralitätspolitik.

Noch 1941 war eine von Unilever-Präsident P. Rijkens ins Leben gerufene Arbeitsgruppe unter der Leitung des späteren Außenministers J.W. Beyen zu dem Schluss gekommen, dass im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen des Landes höchstens eine sehr begrenzte europäische Zusammenarbeit nützlich sein könne. Im Hinblick auf seine Geschichte, seine Kolonien, seine Handels und Bankinteressen empfanden sich die Niederlande keinesfalls als Kontinentalmacht. Vielmehr fand man noch 1941, dass nach Kriegsende vor allem eine weltweite Liberalisierung und Stabilisierung der Märkte und des Finanzsystems erforderlich sei und dass ein sammenschluss mit Amerika und Großbritannien, bei dem die Niederlande die Rolle eines Umschlagplatzes zum kontinentalen Hinterland (und hier vor

allem zu Deutschland) einnehme, den Interessen des Landes am ehesten gerecht werde.

Erst nach dem Verlust der Kolonien, nach der Übergabe der Souveränität an die Republik Indonesien am 27. Dezember 1949, kam man auch in Wirtschafts- und Finanzkreisen zu der Ansicht, dass sich das Land zukünftig in wirtschaftlicher Hinsicht auf Westeuropa konzentrieren müsse. Für die Niederlande, die bis 1949 ihren weltwirtschaftlichen Status in erster Linie mit ihrem Kolonialbesitz verbunden hatten, ging die Teilnahme am ERP also mit einer wirtschaftspolitischen Kurswende einher. Ab 1949 stand auf internationalem Gebiet die Zusammenarbeit im Benelux-Verband, eine international koordinierte Investitionspolitik, die Liberalisierung des internationalen Handels und mehr ausländische Investitionen im Zentrum niederländischer Wirtschaftspolitik. Die Niederlande wollten ein moderner, auf Export gerichteter Industriestaat werden. Dazu sollten ein schlüssiger nationaler Haushalt, die Vergrößerung von Export und die Begrenzung von Import, Lohnmäßigung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität beitragen.[20]

Um dieses Ziel zu erreichen, präsentierte der niederländische Außenminister Dirk Stikker 1949 im Rahmen der OEEC den Vorschlag einer sektorenweisen wirtschaftlichen Integration bestimmter Industriezweige auf der Basis der intergouvernementalen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Auf einen so weit reichenden Abbau von Tarifen und Zöllen konnten sich die Mitglieder jedoch nicht einigen.[21] Darüber hinaus wurden die Verhandlungen zum Stikker-Plan schnell durch einen neuen, vom französischen Außenminister Robert Schuman lancierten Vorschlag zur Gründung der EGKS überholt, dem mit der Unterzeichnung des Pariser Vertrags am 18. April 1951 tatsächlich Erfolg beschieden war.

Für die Niederlande blieb die Beschränkung der EGKS auf nur sechs kontinentaleuropäische Mitglieder, die das Land aus wirtschaftlicher Perspektive in einen viel zu kleinen Block einzuschließen drohte, ein großer Kritikpunkt.[22] Eine der Hauptziele niederländischer Europapolitik blieb daher auch die zukünftige Realisierung einer weitreichenden und institutionalisierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa, die möglichst vielen Ländern offen stehen sollte. Vor allem von einer Beteiligung Großbritanniens am Integrationsprozess versprach sich die niederländische Regierung ein Gegenwicht zu den großen Kontinentalmächten Deutschland und Frankreich.

Die Fokussierung auf die Realisierung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit bleibt in der formativen Phase des Integrationsprozesses bestimmend für die niederländische Europapolitik. Hingegen lehnten die

20 D. Hellema: Buitenlandse politiek van Nederland, Utrecht 2006, 138ff.
21 Ausführlicher zum Stikker-Plan und zur Benelux-Integration: J.J.C. Voorhoeve: Peace, profits and principles. A study of Dutch foreign policy, Den Haag 1979, 155 ff. und W. Asbeek-Brusse: The Stikker Plan, in: R.T. Griffith: The Netherlands and the Integration of Europe 1945-1957, Amsterdam 1990, 69-92.
22 Vgl. Voorhoeve: Peace, profits and principles, 160 f.

Niederlande Vorschläge für eine europäische Zusammenarbeit auf außen- und verteidigungspolitischem Gebiet, wie sie z.B. der französische Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu Beginn der 1950er Jahre oder der deutsch-französische Vorschlag für eine Europäische Politische Union aus dem Jahr 1960 vorsah, rigoros ab. Hintergrund für diese Haltung war die sicherheitspolitische Ausrichtung auf die Vereinigten Staaten. Jede Entscheidung hinsichtlich der europäischen Zusammenarbeit wurde zuerst auf ihre möglichen Konsequenzen für die Arbeit der NATO und für die niederländisch-amerikanischen Beziehungen untersucht. Kam es zu Kompetenzüberschneidungen oder wurde die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO tangiert, lehnte die niederländische Regierung den Vorschlag ab.

Neben dem wirtschaftlichen Fokus und der sicherheitspolitischen Ausrichtung auf die Vereinigten Staaten, bildete die Befürwortung einer supranationalen und demokratischen Europäischen Gemeinschaft, die eine Vorherrschaft und Direktoratsformung durch die größeren Mitgliedstaaten verhindern sollte, den dritten Grundpfeiler niederländischer Europapolitik. Diese europapolitischen Leitlinien, auf die man sich im Laufe der 1950er Jahre einigte, wurden in den Niederlanden sowohl in der Politik, als auch in der Gesellschaft breit getragen und behielten bis Mitte der 1970er Jahre unverändert ihre Gültigkeit.[23]

In den Beschreibungen und Analysen der Entstehungsgeschichte „Europas" dominiert bis heute die Interpretation des bis in die 1980er Jahre aktiven Neuzeithistorikers Walter Lipgens. Lipgens Ziel war die „Darstellung und Dokumentation der Geschichte der Europäischen Integration", die er „trotz aller Krisen und Schwierigkeiten auf dem Weg zum Ziel ‚Vereingte Staaten von Europa'" wusste und deren „historisch begründete[s] Selbstbewusstsein" er durch seine Forschungsarbeit unterstützen wollte.[24] Seine Interpretation des Europäischen Integrationsprozesses als dem Siegeszug des föderalistischen Idealismus über den Nationalstaat und seine verwüstenden Kriege behält bis heute, nicht nur in den Reden politischer Funktionäre ihre Strahlkraft, auch wenn unter anderem der Politikwissenschaftler Alan Milward mit seiner intergouvernementalistischen Gegeninterpretation nachzuweisen versucht hat, dass europäische Integration den Nationalstaat nicht

23 Vgl. zur niederländischen Europapolitik nach 1945 u.a. A.J. Harryvan/J. van der Harst/S. van Voorst: Voor Nederland en Europa. Politici en ambtenaren over het Nederlandse Europabeleid en de Europese integratie, 1945-1975, 17; D. Hellema: Buitenlandse politiek van Nederland, Utrecht 2006; R.T. Griffith: The Netherlands and the Integration of Europe 1945-1957, Amsterdam 1990; J.J.C. Voorhoeve: Peace, profits and principles. A study of Dutch foreign policy, Den Haag 1979; J. Harryvan/J. Reef: Die Niederlande im internationalen System, Münster 1995, 70-94; A.Schoneveld: Tussen Atlantica en Europa. Over opkomst en ondergang van de Spagaat in de Nederlandse buitenlandse politiek, Leiden 2000.

24 E. Fehrenbach: Nekrolog Walter Lipgens, 12.6.1925-29.4.1984, in: Historische Zeitschrift, Bd. 239, H. 3 (Dezember 1984), 757-759, 757.

überwindet sondern im Gegenteil, nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges gerade wieder zu seiner Stabilisierung beigetragen hat.[25]

Lipgens hegelianische Perspektive verleiht bis heute Akteuren und Motiven einen regelrecht mystischen Status. Das gilt in besonderem Masse auch für zwei der Gründungsstaaten, die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande, denen bis heute automatisch ein Image als Hüter europäischer Belange zugewiesen wird. Auch das herrschende Bild der engen deutsch-niederländischen Beziehung in Europa atmet diese Atmosphäre. Der Blick auf die Anfangsphase des Europäischen Integrationsprozesses zeigt jedoch deutlich, dass nicht europäischer Idealismus, sondern konkrete nationale Interessen im Zentrum der Beschlussfassung standen. Für die deutsch-niederländischen Beziehungen in Europa gilt, dass diese zwischen 1945 und 1973 kräftemäßig ausgeglichener sind, als zu jedem anderen Zeitpunkt im Integrationsprozess. Zwar treffen hier zwei Länder aufeinander, die sich im Hinblick auf ihre Größe, geographische Lage und ihr politisches System deutlich voneinander unterscheiden, die Bundesrepublik muss jedoch in dieser Phase ihre außenpolitische Souveränität und ihren Einfluss auf der internationalen Bühne erst langsam wieder zurück gewinnen, während die Niederlande alleine oder gemeinsam mit den Benelux-Ländern verhältnismäßig viel Einfluss ausüben können, da nur sechs Länder am Aufbau der ersten europäischen Gemeinschaften beteiligt sind. Mit steigendem Einfluss in den Europäischen Gemeinschaften seit den 1960er Jahren und der ersten Erweiterung um Großbritannien, Irland und Dänemark im Jahr 1973 nimmt für die Bundesrepublik die Wichtigkeit ihrer Beziehung zu den Niederlanden langsam ab, denen in einem stetig wachenden Europa immer mehr die Rolle eines Kleinstaates oder Juniorpartners zugeteilt wird.

25 A. Milward: The European Rescue oft he Nation State, Londen 1992. Auch Andrew Moravcsik hat sich die Überwindung einer finalistischen Interpretation des europäischen Integrationsprozesses zum Ziel gesetzt. Seine Hauptthese beruht auf der Annahme, dass nicht europäischer Idealismus, sondern ökonomische Interessen das Hauptmotiv waren, sich am Integrationsprozess zu beteiligen. Auch sein Ansatz ist nationalstaatzentriert. Er geht davon aus, dass „European integration resulted from a series of rational choices made by national leaders who consistently pursued economic interests" (Andrew Moravcsik: The Choice for Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, Ithaca/New York 1998; 3.

Rolf Parr

Von Schornsteinen, Stadtgrenzen und Metropolenträumen

Eine kleine Kulturgeografie des Ruhrgebiets seit den 1920er Jahren

I. Theoretischer Zugriff

In den Medien und insbesondere der Tagespresse wird das Ruhrgebiet immer wieder als „Herz", „Motor", „Mitte" oder ganz einfach auch als „Pott" bezeichnet. Offenbar kommt man ohne solche uneigentlich-bildlichen, d. h. symbolischen Anschauungsformen, die von jedermann verstanden und auch wieder weiterverwendet werden können, nicht aus, wenn es darum geht, das Besondere der Region prägnant herauszustellen. Wenn das aber so ist, dann ist unser Sprechen über das Ruhrgebiet zu einem nicht geringen Teil das Resultat einer über bildliche Redeweisen hervorgebrachten Raum-Konstruktion, bei der das Ruhrrevier nicht nur als mehr oder weniger konstant bleibender geografischer Raum in den Blick genommen wird, sondern in erster Linie als ein sich mit den verschiedenen symbolischen Diskursivierungen durchaus wandelnder, immer wieder neu und anders akzentuierender kulturell-sozialer Raum, dem aber trotzdem so etwas wie ein relativ konstant bleibender Charakter als „das Ruhrgebiet" zugesprochen wird. Die Raumsoziologen Helmut Berking und Martina Löw sehen solche kulturell-sozialen Räume und insbesondere Städte in Ballungsgebieten dementsprechend als „semantische Verdichtung[en]" an, als mental maps, „mittels derer sich […] nicht nur Wahrnehmungen, Bilder und Erfahrungen, sondern auch kulturelle Wissensbestände produzieren und organisieren lassen"[1].

Einigen solchen mental maps möchte ich im Folgenden nachgehen und zeigen, wie einzelne Symbole und auch ganze Symbolkomplexe seit den 1920er Jahren zu konstitutiven Elementen von Vorstellungen über das Ruhrgebiet wurden und welche Reibungen und Verwerfungen daraus bis heute entstehen können. Im ersten Teil stelle ich zunächst den theoretischen Rahmen und das zurzeit für den deutschsprachigen Raum gültige

1 Helmut Berking/Martina Löw: Wenn New York nicht Wanne-Eickel ist …. Über Städte als Wissensobjekt der Soziologie, in: Dies.: Die Wirklichkeit der Städte, Baden-Baden 2005, 9-22, 9.

System der kollektiv verbreiteten Symbole mit Blick auf Großstädte und Ballungsräume in einigen Grundlinien vor, um dann im zweiten Teil die symbolischen Anteile an verschiedenen Diskursivierungen des Ruhrgebiets zu einer neuen Metropole aufzuzeigen und so ein kleines Tableau der aktuell kursierenden Ruhrgebietsbilder zu gewinnen. Sichtbar wird auf diese Weise ein Spektrum sich teils überlagernder, teils miteinander konkurrierender Selbst- und Fremdbilder. Dabei wird sich herausstellen, dass sich die verwendeten Symbole fast ausnahmslos als Versuche darstellen, die für das Ruhrgebiet anscheinend nicht so ohne Weiteres zu besetzende Leerstelle eines integrierenden Zentrums wenigstens durch symbolische „Mitten" auszufüllen.

II. Grundlinien des aktuellen Symbolsystems

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich für das Sprechen und Schreiben über Städte, Metropolen und Regionen ein relativ konstantes System von Symbolen herausgebildet, für das sich drei konstitutive Achsen unterscheiden lassen:[2] erstens eine Rechts/Links-Achse, wie man sie aus der symbolischen Positionierung der politischen Parteien kennt, die vor allem das Symbol der „Waage" und damit den wegen seiner „Stabilität" besonders positiv gewerteten Ort der „Mitte" favorisiert; zweitens eine Oben/Unten-Achse, die häufig in Form von Körpersymbolen („Kopf", „Herz", „Bauch") realisiert wird; und drittens eine dynamische Achse von Fortschritt bzw. Modernisierung vs. Rückschritt. Führt man diese drei Achsen zu einem Modell zusammen, dann ergibt sich ein Koordinatensystem, das es erlaubt, solche als Subjekte mit individuellem „Charakter" imaginierten Regionen wie das Ruhrgebiet symbolisch zu verorten.
Die einzelnen Positionen in diesem Schema favorisieren nun jeweils spezifische Symbole, Konzepte, Begriffe, Reizwörter und Ideologeme: die „Mitte" z. B. vor allem „Herz"-Symbole, was für das Ruhrgebiet regionale Authentizität,[3] aber auch „Toleranz" konnotiert („wir können von der Mitte aus nach links, wir können aber auch nach rechts blicken") sowie „Mündigkeit" im Handeln („wir sind nicht von links und nicht von rechts abhängig", „wir sind der Nullpunkt, von dem aus gemessen wird"). Der quer durch die aktuellen Stadt-, Regionalitäts- und Globalisierungsdebatten immer wieder beschworene urbane Wert der „Toleranz" mit der Möglichkeit seiner Applikation auf ein kosmopolitisches Nebeneinander ist daher auf Ballungsgebiete als den topografisch-symbolischen „Integrations-Mitten" von Regionen besonders gut beziehbar.

2 Vgl. Andreas Disselnkötter/Rolf Parr: Kollektivsymbolsystem – Didaktisch aufbereitet, in: kultuRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie, Nr. 30, Oktober 1994, 52-65.
3 Vgl. Hans-Peter Ecker: „Authentizität" – Über eine problematische Qualität regional orientierter Literatur, in: A. Maler (Hg.): Literatur und Regionalität. Frankfurt/M. u. a. 1997, 9-22.

Umgekehrt sind es die „Ränder“, die die symbolische „Mitte” erst als solche Integrationszentren konstituieren. Sind sie vage oder – wie es in den Regionalitätsdebatten meist heißt – „ausgefranst“, wird auch die „Mitte“ schwerer bestimmbar, ihr Vorhandensein eventuell sogar gänzlich infrage gestellt. Genau dies konstatierte Heinrich Böll, als er 1958 schrieb, dass das Ruhrgebiet „noch nicht entdeckt worden“ sei, denn „die Provinz, die diesen Namen“ trage, „weil man keinen anderen für sie“ gefunden habe, sei „weder in ihren Grenzen noch in ihrer Gestalt genau zu bestimmen“.[4] Die dynamische Achse schließlich steht mit ihrem einen Ende für Konzepte wie „Modernität“, „Innovationsbereitschaft“ und „Kreativität” (einschließlich der ihnen entsprechenden Fortschrittssymbole), mit dem anderen für „Rückständigkeit”.

Auf Basis dieser wenigen Überlegungen kann man nun schon die maximal positive symbolische Positionierung für das Ruhrgebiet simulieren: „Wir sind Mitte (auf der Rechts/Links-Achse), weil wir Herz haben (auf der Oben/Unten-Achse), und durch beides, Herz und Mitte sind wir ganz weit vorne (auf der dynamischen Fortschrittsachse).” Ähnlich funktioniert die Rede vom Ruhrgebiet als „Pott”: Verstanden als „Schmelztiegel”, haben wir es mit dem Restbestand einer industriellen Prozessbildlichkeit zu tun, die für das Integrieren des Disparaten der Peripherie in ein Zentrum (die „Mitte” bzw. das „Herz”) steht, ganz nach dem Vorbild des „melting pot” USA. Als zukunftsweisende Identitätsformel ist die Symbolik aber auf der dynamischen Fortschrittsachse verortbar, denn das prozessuale Moment der Bildlichkeit des Schmelzens kann auch als Fortschritt, als Progress, angesehen werden. Daher konnte Hans-Jörg Heims 2006 in der Süddeutschen Zeitung unter dem Titel „Das Revier atmet nicht mehr Staub, sondern Zukunft” vom Ruhrgebiet als einem „Schmelztiegel der Kulturen” sprechen.[5]

Bereits hier wird deutlich, dass im Zusammenspiel der drei Achsen solche Oppositionen wie „Zentrum vs. Peripherie” oder „Metropole vs. Umland”, die die Spannbreite der jeweiligen Regionen gliedern, ganz verschieden akzentuiert werden können, nämlich erstens räumlich, zweitens temporal und drittens hierarchisch. Das eröffnet Übergangsmöglichkeiten zwischen Raum-, Zeit- und Konkurrenzdiskursen (Rankings), sodass etwa sportliche oder künstlerische mit wirtschaftlichen Erfolgen des Ruhrgebiets verrechenbar werden. Dadurch stabilisieren sich dann auch die entsprechenden Identitätsentwürfe wechselseitig. So schrieb die Westdeutsche Allgemeine Zeitung 2001 im Kontext der Olympiabewerbung des Reviers,l

4 Heinrich Böll: Im Ruhrgebiet, in: Heinrich Böll. Essayistische Schriften und Reden. Bd. 1, Köln 1976, 5-28, zit. nach E. Schütz (Hg.): Die Ruhrprovinz – das Land der Städte. Ansichten und Einsichten in den grünen Kohlenpott. Reportagen und Berichte aus den zwanziger Jahren bis heute, Köln 1987, 41-66, 41.

5 Hans-Jörg Heims: Das Revier atmet nicht mehr Staub, sondern Zukunft, in: Süddeutsche Zeitung, 12.4.2006.

dass „Deutschlands ökonomisches, sportliches und kulturelles Herz" im Ruhrgebiet schlage.[6]

III. Symbolische Codierungen von Ballungszentren

Bevor ich im Einzelnen auf das Ruhrgebiet eingehe, sollen aber einige theoretische Überlegungen vorangestellt werden, die deutlich machen, dass die Diskursivierungen des Ruhrgebiets keinen Einzelfall darstellen, sondern eine symbolische Basis haben, die sich seit etwa 1900 ähnlich auch für andere Ballungsgebiete und Großstädte finden lässt. Denn schaut man sich die für Städte und Regionen in Literatur, Presse und Politik in Umlauf gebrachten Symbole an, dann sind insbesondere drei Gruppen mit auffälliger Rekurrenz anzutreffen: erstens „Organismus"-Symbole wie „Kopf" und „Herz", zweitens „Maschinen"- und „Industrie"-Symbole wie „Schmelztiegel", drittens räumlich-taxonomische Relationierungen vom Typ „das Revier ‚liegt mitten drin'".[7] Die Entgegensetzung von „Organismus"- und „Maschinen"- bzw. „Konstrukt"-Symbolen bildet dabei eine wichtige Regel, um die verschiedenen Bildlichkeiten auch untereinander in Beziehung zu setzen. Daraus ergibt sich insgesamt ein Schema mit einer (von links nach rechts gelesen) Zone der negativ gewerteten „bedrohlichen und daher schlechten Natur", einer der positiv gewerteten „guten Natur", einer dritten der positiv gewerteten „guten Kultur/Technik" und schließlich einer der negativ gewerteten „bedrohlich-schlechten Kultur/Technik".[8]

Diese mental map der symbolischen Codierung von modernen Großstädten und Ballungsgebieten ist seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert erstaunlich konstant geblieben und ermöglicht es, verschiedene Typen von journalistischen, literarischen und auch filmischen Erzählungen zu produzieren, die das Nebeneinander der Symbole im Schema in ein erzählerisches Nacheinander überführen und sie so miteinander verknüpfen:

Ein erster Erzähltyp lässt die Extremzonen zwecks Erzeugung von Spannung aufeinanderprallen.

Zweitens können Geschichten von der Vermittlung „guter Natur" mit „guter Kultur/Technik" erzählt werden.[9] Damit arbeitet häufig die Bild- und Textästhetik von Ruhrgebietsreiseführern, die mit Vorliebe das „grüne

6 Uwe Knüpfer: Die NRW-Olympiabewerbung nimmt Formen an. Der Startschuss, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5.4.2001, 2.

7 Vesper sieht Revier in zentraler Rolle bei Olympia-Plänen, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5.4.2001, 1.

8 Schema in vereinfachter Form aus Rolf Parr: Kollektivsymbole als Medien der Stadtwahrnehmung, in: B. Henningsen u. a. (Hg.): Die inszenierte Stadt. Zur Praxis und Theorie kultureller Konstruktionen, Berlin 2001, 19-42, 35.

9 Zur Entwicklung dieser Taxonomie im theoretischen Kontext der Definition von „Mythos" als Ausgleich zwischen Natur und Kultur bei Claude Lévi-Strauss vgl. Rolf Parr: „Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust." Strukturen und Funktionen der Mythisierung Bismarcks 1860–1918, München 1991. – Zur Narrativierung von Kollektivsymbolen vgl. Rolf Parr: Mythische Narrationen und Kollektivsymbolik, in: W. Grünzweig/A. Solbach (Hg.):

Schema 1: **Wahrnehmung von Städten, Ballungsräumen und Regionen**

Natur- und Organismus-Symbole (semantisches Merkmal [+] Natur)		**Maschinen- und Konstrukt-Symbole (semantisches Merkmal [+] Kultur/Technik)**	
„schlechte Natur"	**„gute Natur"**	**„gute Kultur/ Technik"**	**„schlechte Kultur/ Technik"**
• Stadtwüste, Wildwuchs • Einöde, Brache • Sumpf, Dschungel • Dickicht • Stillstand bzw. • Wuchern, Krebs	• Organismus • (pulsierendes) Herz • (kreatives) Gehirn • gesundes Wachstum	• Motor • quirliger techni-scher • Rhythmus • Schmelztiegel • Fortschritt, Dynamik • Beschleunigung • Tempo	• Stadtmaschine • Betonwüste • Babylon, Kloake • Gefängnis, Labyrinth • Moloch • Raserei • aggressive Dynamik
Peripherie	**Vorstadt**	**Zentrum, Zentrale**	**Trabantenstadt**
• Schieflage • Natur-Chaos • Oberflächlichkeit • das Weiße vom Spiegelei • „land's end"	• steinernes Meer, Meer von Häusern • Stadt als „Schiff" • Ordnung, Tiefe • das Gelbe vom Spiegelei • Mitte, Kern, Herz im Herzen, Herz-Motor • Knotenpunkt in überregionalen Netzen • Kreativität		• wüstes Meer von Stein • Schieflage • leckes Schiff, Kultur-Chaos • Oberflächlichkeit • das Weiße vom Spiegelei • Straßen-, Leitungs-, Informationsende
Extrem(e)	**Mitte(n)**		**Extrem(e)**

Ruhrgebiet" neben stillgelegte Zechen stellen[10] und dem Besucher einen „Pott zum Baden"[11] versprechen. Das negativ gewertete Symbol „Pott" (im Sinne von „pottdreckig" durch schlechte Kultur) und das positive Naturelement „Baden" werden so verknüpft, dass zunächst ein Paradox entsteht, das aber diachron auflösbar ist: Da wo früher dreckiger Pott war, kann man heute in schönster Natur baden.

Ein dazu gegenläufiger dritter Narrationstyp dreht unser Schema um und akkumuliert in Form von Negativszenarien „schlechte/gefährliche Kultur" mit „schlechter/gefährlicher Natur". Das ist der Stoff, aus dem beispielsweise das Hollywoodgenre urbaner Katastrophenfilme gemacht ist.

Grenzüberschreitungen: Narratologie im Kontext/Transcending Boundaries: Narratology in Context, Tübingen 1999, 247-261.

10 Vgl. in Merian Extra: Essen. Kunst, Kultur, Natur, Wissenschaft, 15.2.2006, 40, die Abbildung einer Flusslandschaft mit paddelnder Familie und Förderturm im Hintergrund.

11 Ebd., 39.

Viertens lassen sich Narrationen des Verfalls von Metropolen antreffen, in denen „Mischung" zu „Segregation", „Urbanität" zu „Barbarei", „Einheit" zu „Vielheit", „Ganzheit" zu „Zerrissenheit", „Zentrum" zu „Peripherie" wird.[12] Ein literarisches Beispiel für diesen letzten Aspekt bietet Joseph Roths berühmter Reisebericht „Der Rauch verbindet Städte" von 1926, der für das Ruhrgebiet das Fazit zieht: „Eine einzige, grausame Stadt aus Stadthäufchen, aus Städtchengruppen. Dazwischen läuft eine eingebildete Landesgrenze. Aber darüber wölbt sich ein einheitlicher Himmel aus Rauch, Rauch, Rauch."[13]

Erfolgsstorys als fünfter denkbarer Typ sehen allerdings anders aus. Sie machen es nämlich genau umgekehrt und berichten davon, wie „Zerrissenheit zu Einheit", „Peripherie zu Zentrum" und „Rückschritt zu Fortschritt" wird.

Es verwundert nun sicher nicht, dass es dieser letzte Erzähltypus ist, der seit etwa 2000 die verstärkt zu beobachtenden Versuche, das Ruhrgebiet zu einer im internationalen Ranking wahrgenommenen und konkurrenzfähigen Metropole im Weltmaßstab zu machen, dominiert. Das wiederum kann zum einen mit kompensatorischer Akzentuierung geschehen (beim „Global-Werden" die lokale Identität nicht vergessen), aber auch mit Blick auf den zu gewinnenden Anschluss an globale Rankingkonkurrenzen.

Das Ruhrgebiet stellt sich damit als regionale Globalität bzw. globale Regionalität dar, was möglich ist, da es das zu seiner Diskursivierung genutzte Set von Symbolen erlaubt, Bezüge nach innen wie auch nach außen herzustellen. Daraus erklärt sich aktuell das Neben- und teilweise Ineinander von drei Diskussionen: einer um die „Metropole Ruhrgebiet" als Region (im Blick nach innen), einer damit nicht identischen zweiten um das Projekt einer im Idealfall aus allen 53 Ruhrgebietsstädten integrierten Mega-Ruhr-Stadt (im Blick nach außen den globalen Vergleich suchend) und einer noch einmal davon abweichenden dritten um die Bemühungen, eine „Ruhrstadt Essen" zu etablieren (zugleich mit Blick nach innen und nach außen). Alle drei Diskussionen haben eine teils gemeinsame, teils leicht differierende symbolische Basis, die in einem chronologischen Durchgang ihrer Entwicklung aufgezeigt werden sollen.

IV. Diskursivierungen des Ruhrgebiets

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts ist für die Industrielandschaft zwischen Rhein und Ruhr von „Ruhrgebiet", dann „Ruhrrevier" und in Kurzform von „Revier" die Rede. Das nimmt ein Element der Bergmannssprache auf und überträgt es nach dem Modell des Pars pro Toto zunächst nur auf den

12 Ich folge hier Markus Schroer: Stadt als Prozess. Zur Diskussion städtischer Leitbilder, in: Berking/Löw: Wirklichkeit, 327-344.

13 Joseph Roth: Der Rauch verbindet Städte, in: Joseph Roth: Werke in vier Bänden. Bd. 3, Köln 1976, 545-548, zit. nach Schütz: Ruhrprovinz, 33-36, 36.

Teil des heute viel umfassender gedachten Ruhrreviers, in dem Kohle gefördert wurde. Die Konnotationen sind dementsprechend die von „Dreck" und „Kohlenstaub", prägnant zusammengefasst in „Kohlenpott". Mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch französisches und belgisches Militär 1923 kommt temporär die Zuschreibung von „kommunistisch", langdauerstabil die von „politisch rot" hinzu, vor allem aber wird das Ruhrgebiet erstmals als einheitliche und bedeutende Entität wahrgenommen, so aus Berliner Regierungssicht als der „Gigant im Westen". In der NS-Zeit wird das Revier dann als „Waffenschmiede des Reiches" codiert und damit zum „schlagenden Herzen des Vaterlandes".[14] Festhalten kann man also, dass in dem Moment, in dem das Revier zentrale Bedeutung erhält, auch die „Mitte/Herz"-Symbolik realisiert werden kann.

Nach dem Zweiten Weltkrieg etablieren sich in den 1950er und 60er Jahren die Bezeichnungen „Industriemetropole" und weiterhin „Kohlenpott" aus der Sicht von außen, „Ruhrpott" bzw. kurz „Pott" dagegen eher in der Binnenperspektive, wobei „Pott" zunächst noch an das redensartliche „pottdreckig" und die damit verbundene negative Akzentuierung anschließt. Mit dem sukzessiven Wegfall der Kohleförderung und der nahezu vollständigen Aufgabe der Stahlindustrie musste dann jedoch etwas anderes an diese Stelle treten, d.h. die Bildseite der Symbole „Herz", „Mitte", „Motor" konnte beibehalten, das eigentlich damit Gemeinte musste jedoch erneuert werden. Ein Versuch, der in diese Richtung ging, war der Slogan „Essen die Einkaufsstadt", was letztlich bedeutete, dass der „Motor" der „Mitte-/Herz"-Stadt des Ruhrgebiets jetzt der Einzelhandel sein sollte (in der aktuellsten Version heißt das „Metropolenshopping"). Eine ähnliche Erneuerung des mit der beibehaltenen Symbolik Gemeinten ließ sich etliche Jahre später für Oberhausen beobachten, als an die Stelle des „heißen Herzens" der Hochöfen die „neue ökonomische Mitte" einer Einkaufsmall mit fast schon amerikanischen Ausmaßen trat.[15] In symbolischer Hinsicht und mit Blick auf das ganze Ruhrgebiet blieb die „Neue Mitte Oberhausen" aber so etwas wie ein subdominantes „Herz" am „Rande" des Reviers.

Ein deutlicher Wandel der „Pott"-Symbolik fand dann in den 1980er Jahren statt. „Pott" und „Ruhrpott" wurden jetzt als positiv gewertete Selbstbezeichnungen genutzt, häufig im Zusammenhang mit positiv erlebter Solidarität bei Streiks (etwa dem der Duisburger Stahlarbeiter 1987) oder bei Gemeinschaftserlebnissen wie Fußballspielen sowie verstärkt auch in alternativen bzw. linken politisch-kulturellen Zusammenhängen, wie beispielsweise den Aktionen „Der Pott kocht" und „Der Pott rockt gegen rechts". „Pott" wurde dadurch schon tendenziell zu einem „Mitte"- bzw.

14 Vgl. dazu Jan-Pieter Barbian: „Schau in den Ofen, da glüht die Kraft". Der Widerschein des Ruhrgebiets in der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts, in: K. Ditt/K. Tenfelde (Hg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn 2007 (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 57), 289-311, 299f.

15 Hans Joachim Rech: Oberhausen – die Neue Mitte. Vom Aschenputtel zum Schwan, in: http://www.urlaubsspass.de/fuer_sie_entdeckt/oberhausen/oberhausen.htm [25.5.2009].

„Herz"-Symbol; der politische Kontext ließ es zugleich als „fortschrittlich" erscheinen. In der Folge wurde das vormals negativ gewertete Image „Pott" vielerorts demonstrativ „auf die eigene Kappe genommen", um es so zum positiven kulturellen Imagebegriff zu machen.

Eine andere Strategie, die vakante „Mitte" zu besetzen, versuchte, die Region als integriertes Netz von Beziehungen und Interaktionen zu konzipieren, um auf diese Weise die dichte Ansammlung von vielen „Mitten" zu integrieren.[16] Zur Unterstützung dieses Bildes wurde für die verschiedensten gesellschaftlichen Spezialbereiche das „einzigartige Geflecht" des Reviers herausgestellt: „Kreuz und quer auf engstem Raum. Im Ruhrgebiet spinnt sich ein einzigartiges Netz von Pendlerbeziehungen",[17] und gleich noch einmal: „Ruhrgebiet: Hauptstadt der Pendler. Millionen überschreiten täglich die Stadtgrenzen […] Einzigartiges Pendlernetz: Das Revier wächst aus vielen Zentren zur Metropole." „Anders als im Umland von Metropolen wie München, Hamburg oder Hannover" gebe es im Revier jedoch keine eindeutige Ausrichtung der Pendlerströme von der Peripherie ins Zentrum und wieder zurück, sondern ein „Gewimmel" von gleichberechtigten hin und her Beziehungen. In vielen Städten betrage die Pendlerquote inzwischen um 50 %.[18]

Die Gegenüberstellung mit München macht dabei deutlich, dass es im Symbolsystem nicht so ohne Weiteres möglich ist, einem „Gewimmel", und sei es noch so dicht, den Status eines handelnden Individualsubjekts zuzusprechen und als positiv gewertetes Bild zu nutzen. Das bedeutet: Wenn man „Netz"-Symbole benutzt, dann müssen sie – will man nicht auf das Konstrukt einer imaginierten regionalen Identität mit Subjektcharakter verzichten – immer auf den „Knotenpunkt" in der „Mitte" gebracht werden.[19] Die Grafik für das Ruhrgebiet läuft dagegen letztlich auf ein symbolisches „Gewimmel" hinaus und schreibt die Vorstellung einer „Mitte

16 Vgl. dazu Rolf Parr: Pendler-„Netz" oder „kochender Pott"? Kollektivsymbolische Alternativen für das Ruhrgebiet, in: kultuRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie, Nr. 41/42, August 2001, 17-19.

17 Tobias Blasius/Jürgen Polzin: Kreuz und quer auf engstem Raum. Im Ruhrgebiet spinnt sich ein einzigartiges Netz von Pendlerbeziehungen, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 6.1.2001 (Bericht und Hintergrund).

18 Tobias Blasius/Jürgen Polzin: Ruhrgebiet: Hauptstadt der Pendler, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 6.1.2001 (Titelseite).

19 Birger P. Priddat, Präsident der Universität Witten/Herdecke, beschrieb seine Zukunftsvision für das Ruhrgebiet daher unlängst so: „Wir holen nichts mehr aus der Tiefe, sondern verteilen unser Wissen und unsere Kompetenzen in horizontale Netzwerke. In Netzwerken sind die Knoten wichtig, an die sich andere wenden. Wer sind, in den Visionen, auch in der Vision Ruhr, die Knoten? Wer sind die entscheidenden Vermittler und Verknüpfer?" (34). Priddats Antwort ist, dass der „Knotenpunkt" in einer neuen Art von „Gesundheitswertschöpfungskette" (37) bestehen könnte, in der Medizin, Dienstleistung, High Tech und ein neues Bewusstsein von Gesundheit als einem zu erlernenden Prozess der Lebensführung (vgl. 36) zusammen kommen (Birger P. Priddat: Eine Vision von Verknüpfungen, in: Ch. Peck [Hg.]: Ruhrkraft. Eine Region auf dem Weg zur Weltspitze. Hamburg 2008, 33-39).

aus lauter Mitten" einfach nur fort: „Es gibt keine wirkliche Hierarchie der Standorte"; „die Grenzen verschwimmen".[20]

Die fehlende „Zentralmitte" lieferte NRW-Verkehrsminister Christoph Zöpel dann sofort nach, und zwar indem er in einer Art Neuauflage von Alfons Paquets Essay „Die Rhein-Ruhrstadt" von 1930 „für eine Metropole von Dortmund bis Köln" plädierte. „Wenn im Zuge weltweiter Globalisierung eine deutsche Region „die Chance haben könnte, eine Global City zu sein, dann nur das Rhein-Ruhr-Gebiet"",[21] wobei auch Zöpel vorwiegend auf „Netz"-Symbole zurückgriff: „[...] die Zukunft gehöre urbanen Netzwerken, in denen das Grundlagenwissen an Universitäten verknüpft ist mit globalen Informationssystemen, Designschulen und der Produktion."

Im Vorfeld der Bewerbung des Ruhrgebiets um die Austragung der Olympischen Spiele kam dann der zunächst rein verwaltungspolitische Gedanke einer integrierten „Ruhrstadt" (wieder einmal) auf, für die Essen wegen seiner geografischen Mittellage prädestiniert erschien und schnell als die „Ruhrmetropole" gehandelt wurde. Politik und Wirtschaft übernahmen dieses Konzept und schlossen es vor dem Hintergrund zunehmender Orientierung an internationalen Rankings mit Globalitätsdiskursen kurz, wofür die Rede von einer „Metropole" den notwendigen Brückenschlag bildete. Häufig wurde etwa die hohe Gesamtbevölkerungszahl des Ruhrgebiets mit internationalen Metropolen und Megacitys verglichen.[22] Als Symbole liefen „Herz" und „Mitte" zugleich weiter, allerdings jetzt nicht nur mit lokalem, sondern zusätzlich auch mit globalem Anschluss, während das Symbol „Motor" (der Wirtschaft, der politischen Entwicklung, der Kultur) in den medialen Diskursivierungen des Ruhrgebiets wieder neu hinzukam und die dynamische Fortschrittsachse stärker ins Spiel brachte.

Mit Beginn der 2002/03 verstärkt einsetzenden Vorbereitungen für die Bewerbung des Ruhrgebiets als Europäische Kulturhauptstadt unter Führung von Essen begann dann die Bezeichnung „Kulturhauptstadt" auch ruhrgebietsintern erfolgreich zu sein. Parallel wurde die Ruhrstadt-Essen-Diskussion vorläufig ad Acta gelegt, sodass Essen nur noch als „heimliche Metropole" erschien. Als Essen dann im April 2006 tatsächlich zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 gewählt wurde, entstand in der Folge eine ganze Reihe von prägnanten Formulierungen, denen die Orientierung auf „Mitte"- bzw. „Zentrums"-Symbole hin gemeinsam war:[23]

20 Ebd.

21 Zöpel plädiert für die Ruhrstadt, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 17.3.2001, 1. – Eine solche Vision hatte Alfons Paquet schon 1930 in dem Essay „Die Rhein-Ruhrstadt" entworfen (in: Hochland. Monatszeitschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und der Kunst [Februar 1930], 385f., zit. nach Schütz: Ruhrprovinz, 94-107). Vgl. dazu auch Gertrude Cepl-Kaufmann: Megalopolis Rhein-Ruhr-Stadt. Schriftstellervisionen im frühen 20. Jahrhundert, in: Ditt/Tenfelde: Ruhrgebiet, 85-114.

22 Die größten Städte der Welt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.6.2007, 49.

23 Ausgewertet wurde die freundlicherweise überlassene Sammlung von Presseausschnitten („Medienresonanz. Essen für das Ruhrgebiet. Kulturhauptstadt Europas 2010. Juryvotum 11.4.2006") der RUHR 2010 GmbH.

„Kulturmetropole",[24] „Reviermetropole", „Ruhrgebietsmetropole",[25] „Essen – Hauptstadt der Kultur"[26] und wieder neu „Revier-Hauptstadt".

Ein alternatives symbolisches Konzept, das sich jedoch langfristig nicht durchgesetzt hat, wenn auch bis heute in die verschiedensten Diskussionen sporadisch immer wieder einmal eingebracht wird, stellt die Rede von einer „polyzentrischen Städteregion im Herzen Europas" dar, also von so etwas wie einer Ansammlung von Mitten in der Mitte Europas, die ein „Kulturgebiet"[27] bilden. Das aber hätte bedeutet, an die Stelle der „Herzmitte" gleich 53 Herzen zu setzen, also nichts anderes als Joseph Roths „Stadt aus Stadthäufchen",[28] womit man jedoch wieder in den Aporien der „Netz"-Symbolik gesteckt hätte. Nach dem Motto „auch wir sind ein Stückchen Kulturhauptstadt"[29] assoziierten sich daher selbst die randständigeren Ruhrgebietsstädte nach der Wahl Essens emphatisch der symbolischen Mitte: „Bottrop ist jetzt auch Hauptstadt"[30] und „am Rande ist mitten drin: Wir sind dabei",[31] „wir alle haben gewonnen".[32] Nur selten hörte man offene Kritik, die auch hier wieder auf die negativen Wertungen der Symbolmatrix zurückgriff und vom Revier als „Frankensteinische[m] Monster, zusammengeflickt aus einem städteübergreifenden Zweckbündnis"[33] sprach. Der starken Orientierung auf eine Hauptstadt hin entsprachen dann auch wieder die favorisierten Symbole: Wer „Herz" am rechten Fleck, nämlich in der symbolischen „Mitte" aufzuweisen hat,[34] kann auch „Motor" der kommenden Entwicklung sein, steht für „Vitalität" im neu-alten Ballungsraum Ruhrgebiet und kann als „hellster Stern am Nachthimmel Europas" strahlen und so die Fortschritts-/Ranking-Achse endgültig positiv erobern; eine Narration, die die Ruhrgebietspresse gleich mehrfach wiederholte: „Einer

24 T. Stachelhaus: Essen strahlt. Die Stadt und das Ruhrgebiet feiern ihre Wahl zur Kulturmetropole 2010, in: NRW, Welt kompakt, 12.4.2006.
25 Essen wird Kulturhauptstadt 2010. Ruhrgebietsmetropole setzt sich im EU-Wettbewerb gegen Görlitz durch, in: Handelsblatt, 12.4.2006.
26 Essen – Hauptstadt der Kultur, in: Generalanzeiger, 12.4.2006.
27 Andreas Rossmann: Kulturgebiet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.4.2006.
28 Roth: Der Rauch, 38.
29 Auch wir sind ein Stückchen Kulturhauptstadt. Kulturszene begrüßt die Entscheidung, in: Ruhr-Nachrichten, Castrop-Rauxel, 12.4.2006.
30 Bottrop ist jetzt auch Hauptstadt, in: Stadtspiegel Bottrop, 15.4.2006.
31 Am Rande ist mitten drin; Wir sind dabei. Schwerte gehört zur Kulturhauptstadt, in: Ruhr-Nachrichten, Schwerte, 12.4.2006.
32 „Wir alle haben gewonnen". Hagen sitzt mit im Kulturhauptstadt-Boot, in: Westfalenpost, 12.4.2006.
33 Peter Ortmann: Die schlafende Metropole, in: die tageszeitung, nrw, 12.4.2006.
34 Vgl. beispielsweise Rudolf Albert: Das Herz schlägt im Revier. Das Ruhrgebiet. Hochburg des Frauenfußballs, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (28.9.2007); Anika Fischer/Thomas Mader: Die Kraft in der Mitte. Das Ruhrgebiet steht im Wettbewerb mit anderen Metropolen um kreative Köpfe. Doch es muss sich nicht anpassen, sondern echt bleiben. Denn Szene braucht auch Bodenständigkeit, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 23.10.2007; Mike Röser/Thomas Richter: Das Revier ist die Herzkammer. Frauenfußball Saisonauftakt in der 1. Bundesliga, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 16.8.2007.

von drei strahlenden Punkten: Rechts ist das Ruhrgebiet bei Nacht, links oben der Großraum London, unten Paris."[35]

Die aus diesem Rohmaterial der kollektivsymbolischen Codierungen generierten Narrationen sind u. a.: „Kultur als Motor im Wandel einer Industrieregion begreifen und stärken", „mit Mitteln der Kultur 53 Städte der Region vereinen", „Kohle in Kultur verwandeln", „Kreativität statt Kohle fördern". Die Fortführung „und so wieder welche zu machen" bleibt anfangs noch unausgesprochen, was dann etwas später die Rede von der zu fördernden „Kreativwirtschaft" offen ausspricht)[36]. Alles das erlaubt auch hier wieder den Anschluss an quantitative Rankings und damit Vergleiche im globalen Rahmen. Essen als Stadt wird in diesem Prozess erst durch die erfolgreiche Bewerbung zur „Ruhrmetropole", was sich aber schnell umkehrt zu einem „die Ruhrmetropole soll im Jahr 2010 Kulturhauptstadt für die gesamte Ruhrregion sein". Damit wird die Außenperspektive in eine von innen verwandelt; zugleich wird die eigentlich auf die Zukunft gerichtete Forderung nach „künftiger Kreativität" zum Befund bereits vorhandener Kreativität, was dann auf die Region selbst übertragen wird: Das Ruhrgebiet ist eine Kreativregion, ja sogar ein „Zentrum der Kreativindustrien". Wir haben es hier also mit einem Prozess der wechselseitigen Stabilisierung zweier eigentlich grundverschiedener Blickrichtungen in ein und demselben Prozess zu tun.

„Kreativität" ist damit zunächst einmal insofern ein Integrationsfaktor, als unter diesem Schlagwort ein breites Spektrum von Aktivitäten subsumiert werden kann,[37] das von noch Industrie („Kreativitätsindustrie" beispielsweise im Sinne der durch Hightech gestützten Branchen Musik, Werbung, Software, Computerspiele, Film, Fernsehen[38]) über „creative industries – made by design" bis hin zu praktizierenden Künstlern reicht, die ihre spezifische Kreativität erst im Prozess des Ausprobierens finden wollen und für die mit Beginn des Kulturhauptstadtjahres 2010 sogenannte „Kreativ-Quartiere" eingerichtet wurden. Damit soll das Ruhrgebiet anschließbar an andere Kreativmetropolen wie etwa New York gemacht werden, auch wenn das vorläufig noch eher eine Art von Suchbewegung ist, oder schlicht nur ein Traum.

---

35 Thomas Wels: Wer sind wir im Revier? Initiativkreis Ruhr will für die Metropolregion eine Vision entwickeln […], in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (7./8.6.2007). – Vgl. auch Wolfgang Pott: Mehr Strahlkraft fürs Lichtmeer, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (19.11.2007); Boris R. Rosenkranz: Revier erleuchtet, in: die tageszeitung, nrw (11.4.2006).

36 Siginifkant für diese Kopplung ist die als Weltkulturerbe ausgezeichnete Zeche Zollverein, die einerseits die alte Industriekultur repräsentiert, andererseits inzwischen genau jene kreative Intelligenz beherbergt, von der man sich kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt verspricht. Einen parallelen Fall von Konversion stellt die Umwandlung des „Herzens" der ehemals Kruppschen Industrieanlagen im Essener Westen zu einer neuen Kreativ-„Mitte" entlang des „Berthold-Beitz-Boulevards" dar.

37 Vgl. dazu SICA/Dutch Center for International Cultural Activities (Hg.): European Year of Creativity and Innovation. Lecture serie: EUNIC's Creative Cities, Amsterdam 2009.

38 So die als „Hintergrundinfos für Redaktionen" gedachte Presseinformation des Regionalverbands Ruhr, verfasst von Frank Bretschneider, zum Thema „Das Ruhrgebiet im Umbruch – Strukturwandel einer Region" (Pressestelle Regionalverband Ruhr o.J.).

So optimal das Label „Kreativität" aber auch geeignet ist, das Ruhrgebiet als moderne und sogar integrierte Metropole auf dem Weg des Fortschritts auszuweisen, so ambivalent ist es doch zugleich auch. Denn „Kreativität" im Sinne von „Kreativindustrien" zielt nicht auf die traditionellen, in der Regel subventionierten Produzenten von Hochkultur ab, sondern auf die neuen, wohlsituierten Experten in den populären Kultur- und Medienunternehmen, die kommerziell erfolgreich sind.[39] Daneben gibt es aber auch diejenigen, die „kreativ prekär" sind, die eine postfordistische Subjektivität vom Typ der „Ich-AG" mit ihrer künstlerischen Arbeit verbinden, die sich von Projekt zu Projekt, von einer kurzfristigen Arbeit zur nächsten hangeln, was einen hohen Grad an Mobilität voraussetzt, also alles andere als regionale Verwurzelung im Ruhrgebiet.[40] An einem Punkt wie diesem beginnt das gerade so mühsam integrierte Metropolenbild der Gleichzeitigkeit von Regionalität und Globalität schon wieder auseinanderzufallen, was sich verallgemeinern lässt: Die Kehrseite des Prozesses zentrierender Ausrichtung einer Region auf eine im selben Prozess allererst als Metropole diskursivierte Hauptstadt ist nämlich, dass es an den Rändern zu „bröckeln"[41] beginnt.

Gekoppelt an die Bezeichnung „Metropole" blieb die Orientierung auf Essen als „Mitte" dennoch relativ stabil. Im Dezember 2006 konnte die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" dann prognostizieren: „Die neue Mega-City. In 15 bis 20 Jahren wird die Innenstadt von Essen die Downtown des Ruhrgebiets sein."[42] Entsprechend wird der internationale Spitzenvergleich geradezu gesucht. Fritz Pleitgen, ehemaliger Intendant des WDR und jetziger Mitpromotor der Kulturhauptstadt 2010, will sogar „London und Paris Paroli bieten".[43]

Im August 2006 – und damit zum vorläufig letzten Entwicklungsschritt – wurde Essen, nachdem Berlin nicht mehr zur Verfügung stand, Veranstaltungsort der Loveparade. Die Berichterstattung in Presse, Rundfunk und auch Regionalfernsehen nutzte dies, um zum einen durchgängig darauf

39 Vgl. dazu Richard Florida: The Rise of the Creative Class. And How It's Transfroming Work, Leisure, Community and Everyday Life, New York 2002.

40 Vgl. auch Bernadette Loacker: kreativ prekär. Künstlerische Arbeit und Subjektivität im Postfordismus, Bielefeld 2010, sowie Ulrich Bröckling: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt/M. 2007.

41 Einige Belege: „An den Rändern könnte es bröckeln. Auf der Konferenz ‚Landschaften – kulturelles Erbe in Europa' warnt Bochums Kulturdezernent Hans-Georg Küppers davor, die Anstrengungen im Rahmen der Kulturhauptstadt 2010 zu stark auf Essen zu konzentrieren." (Werner Streletz: An den Rändern könnte es bröckeln, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung [11.6.2006]); „‚Das Ruhrgebiet franst an den Rändern aus'" (ebd.); „Flucht aus dem Revier" (Ulrich Horn/Wolfgang Pott: Flucht aus dem Revier, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung [26.7.2007], 1); „Gerade jetzt, wo das wirtschaftlich fast schon ausgetrocknete Revier wieder Saft zieht, wird an der Peripherie über den Ausstieg […] nachgedacht" (ebd.); „Verlässt Dortmund das Revier? Oberbürgermeister Langemeier (SPD) denkt über Austritt aus dem Regionalverband Ruhrgebiet nach" (Rolf Maug: Verlässt Dortmund das Revier?, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 24.8.2007).

42 Wulf Mämpel: Die neue Mega-City. In 15 bis 20 Jahren wird die Innenstadt von Essen die Downtown des Ruhrgebiets sein, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 28.12.2006.

43 Ruhrgebiet als neue Metropole. Pleitgen will London und Paris Paroli bieten, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 28.6.2007.

abzuheben, dass damit ein Stück Hauptstadt von Berlin auf Essen übergegangen (zufällig wurde in Essen auch noch auf dem „Berliner Platz" gefeiert), also ein Stück Metropole im Ruhrgebiet jetzt tatsächlich realisiert sei. Hier einige der Schlagzeilen: „Hauptstadtgefühle",[44] „Das Ruhrgebiet habe gezeigt, ‚dass es dynamisch und weltoffen ist'", „schöner als in Berlin", „hier ist das Zentrum",[45] „Das Partyvolk hat eine neue Hauptstadt",[46] „Diese Mega-Party passt hervorragend zur Entwicklung der Metropole Ruhr […]. Dass die Loveparade nun hier stattfindet, ist ein weiterer Beleg dafür, dass das Ruhrgebiet eine dynamisch-kreative Metropole ist, die sich mit anderen führenden Metropolen Europas messen kann",[47] und schließlich die Kurzform: „Geiler als Berlin".[48]

Sind das die Anschlüsse in Richtung „Globalität", so gab es parallel dazu wiederum deren Verankerung in der Regionalität. Auch hier nur einige Schlagzeilen: „Techno im Pott",[49] „Positives für den Pott",[50] „Riesen-Rave mit Kumpels-Mentalität".[51] Dass man allemal „Mittelpunkt" ist, machte die Berichterstattung schließlich dadurch deutlich, dass sie genauestens aufzeigte, von wo her die Menschen zur Loveparade ins Revier kamen. Jeder Kilometer Entfernung wertete das Ruhrgebiet in dieser Logik global auf und machte es ein wenig mehr zum Zentrum im Weltmaßstab; kein Wunder also, dass besonders ausführlich über Teilnehmer aus Australien berichtet wurde: „16 000 Kilometer bis zur Parade. Bleiben die Ruhrgebietler bei der Loveparade unter sich? Weit gefehlt. Auch aus Australien kommen Gäste in die Region."[52] Mit der Loveparade konnte also das eingelöst werden, was die Matrix der Pendlerströme gerade nicht hergab: eine „Mitte", die durch den Zustrom von außen konstituiert und aufgewertet wird. Zugleich wurde mit der Loveparade als einem auch wirtschaftlichen Faktor die mögliche Ruhrgebietsidentität stärker in Richtung „Kreativwirtschaft" gelenkt und seit 2008 die Parallele zu den großen „creative citys" wie New York gesucht.[53] Für die Ruhrstadt wurden jetzt Slogans wie „Künstlerhauptstadt"[54] ins Spiel gebracht. Die einmal eingeführten Symbole ließen sich dabei problem-

44 Love Parade am 25. August. Hauptstadtgefühle. Berlin hat einst vibriert, aber das kollektive Rhythmus-Erlebnis wechselt ins Revier, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 26.7.2007.
45 Kai Süselbeck u.a.: Bunt, Sexy, Friedlich. 1,2 Millionen Menschen feierten die Loveparade im Revier, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 27.8.2007, 1.
46 Feiertag!, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 25.8.2007, 1.
47 Peter Szymaniak: Die Loveparade passt zum Ruhrgebiet, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 24.8.2007, 1.
48 Kai Süselbeck: Loveparade. „Geiler als Berlin", in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 27.8.2007.
49 Dirk Graalmann: Techno im Pott, in: Süddeutsche Zeitung, 27.8.2007, 10.
50 Wolfgang Pott/Michael Kohlstadt: Loveparade: Echo und Ausblick: Positives für den Pott, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (28.8.2007), 2.
51 Riesen-Rave mit Kumpels-Mentalität, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 28.8.2007, 2.
52 Christoph Dittmann: 16000 Kilometer bis zur Parade, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 25.8.2007.
53 Christina Wandt: Das Ruhrgebiet als „deutsches New York", in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 11.3.2009, 1; Gudrun Norbisrath: Zeit zum Klappern, in: ebd.
54 Jens Dirksen: Künstlerhauptstadt Ruhrgebiet, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 4.6.2009, 1.

los weiterschreiben: „Motor des Wandels"[55] sollte jetzt nicht mehr der im Ruhrgebiet nie wirklich dominante Dienstleistungssektor und auch nicht die Hightech-Branche, sondern das große Kreativpotenzial sein. Entsprechend heißt es im Grußwort der beiden Geschäftsführer der RUHR.2010 GmbH zu einer Ruhrgebietsanthologie: „Kultur und Kreativität sind mittlerweile die Bodenschätze des Ruhrgebiets."[56]

V. Zusammenfassung

Als kulturell-sozialer Raum betrachtet ist das, was wir das Ruhrgebiet nennen, das Resultat einer hochgradig auf kollektiv verbreiteten Symbolen basierenden Raum-Konstruktion, die vor allem darauf abzielt, das von den realen Gegebenheiten her nur schwer auszuweisende Zentrum, also das, was die Einheit des Ruhrgebiets ausmachen könnte, wenigstens symbolisch zu besetzen. Die Reihe der Versuche ging von „Der Gigant im Westen" (um 1923), dem „Schmelztiegel", der „Waffenschmiede des Reiches" (spätestens ab 1939), dem „Herz des deutschen Fußballs" (seit den 1950er Jahren), dem „Motor der deutschen Nachkriegswirtschaft" (ab 1949) bzw. dem „Motor des Wirtschaftswunders" (ab Mitte der 1950er Jahre), dem „Pott" (in den 1980er Jahren) bis hin zur „Metropole aus Städten", „Ruhrmetropole", „Ruhrhauptstadt", „Ruhrstadt" und „Kreativmetropole" (verstärkt seit 2007/2008).

Bei den aufgezeigten Besetzungen der vakanten „Mitte" des Ruhrgebiets durch symbolische Redeweisen gibt es zum einen den Blick von innen nach außen, von einem Punkt im Ruhrgebiet auf das ganze Revier und evtl. auch noch auf einen globalen Kontext, zum anderen einen Blick von außen nach innen. D. h. mal ist gleichsam der integrierende Rahmen „Ruhrgebiet" schon da und nur die fehlende „Mitte" muss noch „gefüllt" werden; mal ist umgekehrt die „Mitte" anscheinend da und von außen her muss davon nur noch Gebrauch gemacht werden, um die Entität Ruhrgebiet zu den Rändern hin zu bestimmen. Dass beide Blickrichtungen ständig nebeneinander eingenommen werden, macht es einmal mehr schwierig, selbst eine auf Symbolen beruhende Identität des Ruhrgebiets breiter zu verankern.

Wichtig für das langdauerstabile Funktionieren eines zu einem guten Teil auch auf symbolischen Redeweisen beruhenden Ruhrgebietsbildes ist die Verwendung seiner tragenden Symbole in möglichst vielen Kontexten. Kollektivsymbolen kommt dabei zugute, dass sie auch einzelne Teilelemente einer eingeführten Bildlichkeit realisieren können. Denn wenn das Ruhrgebiet ein „Herz" ist, dann der Ruhrschnellweg die – de facto allerdings

55 Jürgen Rüttgers: Grußwort: Kultur als Motor des Wandels, in: RUHR.2010.LIVe. Das Magazin für die Kulturhauptstadt, Nr. 1, 2009, 2.
56 Fritz Pleitgen/Oliver Scheytt: Grußwort, in: G. Gumpert/E. Tucai (Hg.): RUHR.BUCH. Das Ruhrgebiet literarisch. München 2009, 2.

ziemlich verkalkte – „Hauptschlagader".[57] Und eine Baustelle auf der A 40 gleicht dann einer „Operation am offenen Herzen".[58] Stabilisierend wirken auch alle Formen von Realreferenzen, die an eine Symbolik rückgebunden werden können, etwa die Tatsache, dass mit Essen das symbolische „Herz" des Ruhrgebietes auch ein medizinisches Herzzentrum besitzt.[59]

Damit bin ich am Ende angelangt und könnte Ihnen den folgenden, ganz pathetischen Schluss anbieten: „Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen verbal die beeindruckende Skyline eines Zentrums, ja einer Mitte gezeigt, die das Ruhrgebiet nicht nur darstellt, sondern auch tatsächlich ist: Essen. Essen war Industriestadt, wurde Einkaufsstadt, ist Kulturstadt. Und ist auf dem Weg zu neuen Horizonten." – Wenn ich ehrlich bin, wäre das aber nicht mein Schluss, nicht der eines dort wohnenden Menschen, sondern eher der einer Marketingagentur. Darum gleich ein zweiter Schluss hinterher, diesmal der des Ruhrgebietsbewohners, der auch das manchmal etwas angeschmuddelte seiner Region ganz gern mag: „Schauen Sie doch einfach mal vorbei, wir haben gerade Kulturhauptstadt."

57 Boris R. Rosenkranz: Essen ist fertig – jetzt zählt der ganze Pott, in: die tageszeitung, 12.4.2006.

58 Tobias Bolsmann/Jürgen Polzin: Operation am offenen Herzen, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 23.6.2009.

59 Als besonders attraktive Location für Hochzeiten wird das Ruhrgebiet von einer Agentur mit dem Slogan „Mitten im Herz" beworben. „Mitten im Herz" geht es also „mitten ins Herz", in: http://www.heiraten-im-ruhrgebiet.com [geöffnet am 12.10.2009).

THEMENSCHWERPUNKT

GELERNTE ERINNERUNG

Matthias Heyl

Der Holocaust im Unterricht

Entwicklungen der letzten 20 Jahre in Deutschland[1]

Mein Beitrag entfernt sich vom vorgegebenen Titel. Die unterrichtliche Praxis zum Themenfeld Holocaust und nationalsozialistische Massenverbrechen ist bislang nur in Ansätzen in das Blickfeld empirischer Untersuchungen und theoriefähiger Analysen geraten.[2] Anders als Dienke Hondius, die gerade ihre fulminante Studie über den „Unterricht über den [Zweiten Welt-]Krieg seit 1945" vorgelegt hat,[3] will ich hier auch nicht die Entwicklung der schulischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen, für die der Terminus „Holocaust" zentral steht, nachzeichnen. Ich habe das 1996 in meiner Dissertation, einer vergleichenden Studie zur Profilierung einer „Erziehung nach Auschwitz" als Erziehung über Auschwitz in Deutschland, den Niederlanden, Israel und

1 Ich bedanke mich für die Einladung seitens des Duitsland-Instituut Amsterdam, die es mir ermöglicht hat, an der Tagung „Gelernte Erinnerung: Der Holocaust im Unterricht heute. Neue Perspektiven für die 4. Generation?" – und nun mit einer Verschriftlichung auch an ihrer Dokumentation – teilzunehmen. Ein wiederkehrendes Hindernis für Publikationen wie diese ist, dass ich meine Vorträge in der Regel frei halte. Ich versuche, darin den Vorzug zu erkennen, die Tagungseindrücke mit zu reflektieren.

2 Vgl. Meik Zülsdorf-Kersting: Sechzig Jahre danach: Jugendliche und Holocaust. Eine Studie zur geschichtskulturellen Sozialisation, Berlin 2007 und W. Meseth/M. Proske/F.-O. Radtke (Hg.): Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts, Frankfurt/M. 2004, darin insbesondere: Wolfgang Meseth/Matthias Proske/Frank-Olaf Radtke: Nationalsozialismus und Holocaust im Geschichtsunterricht. Erste empirische Befunde und theoretische Schlussfolgerungen, 147-157; Andreas Gruschka: Didaktische Analyse als Kern der Rekonstruktion der Fallstruktur „Unterricht". Beobachtungen zu Beobachtungen von Unterricht, 158-188 sowie Wolfgang Ludwig Schneider: Die Unwahrscheinlichkeit der Moral. Strukturen moralischer Kommunikation im Schulunterricht über Nationalsozialismus und Holocaust, 205-234. Für die niederländische Wahrnehmung vgl. den Rapport des Ministerie VWS (Hg.): Jeugdvoorlichting over de tweede wereldoorlog en de relatie tot het heden. Een oriënterend onderzoek naar opvattingen en ervaringen in Nederland, België, Denemarken, Duitsland en Frankrijk, Den Haag 1999, Deel 1, VIII. Duitsland, 102-143, darin: Matthias Heyl: Commentaar op de samenvatting van de resultaten, 117-143.

3 Dienke Hondius: Oorlogslessen. Onderwijs over de oorlog sinds 1945, Amsterdam 2010. Vgl. auch: Dienke Hondius: Gewichtige lessen. Het onderwijs over de Tweede Wereldoorlog in de eerste jaren na de bevrijding, in: F. van Vree/R. van der Laarse (Hg.): De Dynamiek van de Herinnering. Nederland en de Tweede Wereldoorlog in een internationale context, Amsterdam 2009, 85-105.

den USA aus den gesellschaftlichen, erziehungswissenschaftlichen und geschichtsdidaktischen Debatten heraus darzustellen versucht.[4]

Aus der Erfahrung in der thematischen deutsch-niederländischen Zusammenarbeit möchte ich einige bewährte Formen und Perspektiven der Auseinandersetzung skizzieren und diskutieren, die nicht nur in die unterrichtliche Praxis, sondern auch in die außerunterrichtliche Auseinandersetzung mit dieser Geschichte Einlass gefunden haben – wenn es etwa um das „Lernen vor Ort", um lokalhistorische Projekte beiderseits der deutsch-niederländischen Grenze oder um die Arbeit mit und an Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Massenverbrechen geht.

Multiperspektivität und Subjektorientierung[5]

1996 habe ich in dem gemeinsam mit dem niederländischen Erziehungswissenschaftler Ido Abram herausgegebenen Band „Thema Holocaust. Ein Buch für die Schule" das Modell einer „Gesellschaft des Holocaust" publiziert, das der Forderung nach einer stärkeren multiperspektivischen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Holocaust Rechnung tragen sollte.[6]

Vier Jahre zuvor war Raul Hilbergs viel beachtete Studie über „Täter, Opfer, Zuschauer" im englischsprachigen Original und in deutscher Übersetzung erschienen.[7] Deutlich wurde, dass es nicht nur für die geschichtswissenschaftliche, sondern auch für die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Holocaust einige Anregungen bot, sich in der biographischen Konkretion den Handlungs- und Entscheidungsräumen einzelner Akteure des Geschehens zu widmen. Dabei ging es zunehmend darum, die dichotome Gegenüberstellung von Tätern und Opfern, im Niederländischen von „goed en fout", nicht aufzulösen, sondern zu balancieren. Eine zunehmende identifikatorische Hinwendung auf die Opfer der Verfolgung in der pädagogischen Praxis in Deutschland seit den 1980er Jahren hatte zuweilen die Täter fast zum Verschwinden gebracht, was die Historikerin Monika Richarz pointiert von einer „Tat ohne Täter" sprechen ließ.[8] Es scheint mir

4 Matthias Heyl: Erziehung nach Auschwitz. Eine Bestandsaufnahme. Deutschland, Niederlande, Israel, USA. Hamburg 1997. Den Versuch einer Skizze der gesellschaftlichen Diskursentwicklung in niederländischer Sprache findet sich in Matthias Heyl: Duitse herinneringscultuur. Gedachten en patronen, in: van Vree/van der Laarse, De Dynamiek van de Herinnering, 221-244, übersetzt von Annette Förster.

5 Vgl. hierzu ausführlicher Heyl: Erziehung nach Auschwitz, insbesondere 220-248, und Matthias Heyl: Erziehung nach Auschwitz – Bildung nach Ravensbrück. Historisch-politische Bildung zur Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen, in: K. Ahlheim/M. Heyl (Hg.): Adorno revisited. Erziehung nach Auschwitz und Erziehung zur Mündigkeit heute, Hannover 2011, 89-125, 110f.

6 Ido Abram/Matthias Heyl: Thema Holocaust. Ein Buch für die Schule, Reinbek 1996.

7 Raul Hilberg: Perpetrators, Victims, Bystanders. The Jewish Catastrophe, New York 1992; in deutscher Übersetzung: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945, Frankfurt/M. 1992.

8 Monika Richarz: Schwierigkeiten der Heimatforscher mit jüdischer Geschichte, in: Babylon 8/1991, 27-33, 30. Dort heißt es über lokalgeschichtliche Studien rund um den 50. Jah-

daher auch kein Zufall zu sein, dass in der für die öffentliche (im Allgemeinen) wie pädagogische (im Speziellen) Wahrnehmung des Themas enorm bedeutsame TV-Serie „Holocaust" die meisten deutschen ZuschauerInnen der Erstausstrahlung 1980, die ich heute befrage, sich an die Geschichte der dort porträtierten jüdischen Familie Weiss zuweilen sehr genau erinnern, während ihnen die dort entfaltete Parallelgeschichte des Juristen Erik Dorf, der 1935 in die SS eintritt und 1938 zum persönlichen Referenten Heydrichs avanciert, also die Täter repräsentiert, hingegen keineswegs mehr präsent ist.

Anfang der 1990er Jahre formulierte der israelische Historiker Yehuda Bauer als zentrale Lehre aus dem Holocaust in biblischem, den Zehn Geboten nachgeformtem Englisch: „Thou shalt not be a victim. Thou shalt not be a perpetrator. Above all, thou shalt not be a bystander."[9] Es ging ihm darum, die „Zuschauer" in den Blick zu nehmen, da die Zuschauer-Position in jeder herkömmlichen Gesellschaft gleichsam die anfängliche Position der Mehrheit ausmacht. In der internationalen Diskussion um Ziele und Möglichkeiten einer „Holocaust Education" nahm die oft mit Bauers Überlegungen begründete zunehmende Fokussierung auf Täter und Zuschauer, die stärker auch durch eine geschichtswissenschaftlich[10] und sozialpsychologisch[11] fundierte Täterforschung unterfüttert wurde, immer größeren Raum ein. Eine Grundannahme war, dass sich aus dem Reservoir der „Zuschauer" die Täter, Helfer (gleichermaßen die der Täter und die der Verfolgten), die Widerständigen entwickelten, dass es also darum gehen müsse, ihnen gleichsam bei ihrer Rollenfindung retrospektiv zuzuschauen und nicht bei der statischen, finalen Rollenzuschreibung zu verharren. Der deutsche Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries formulierte für die notwendige Beschäftigung mit den Tätern: „Wir müssen die Täter in den Blick bringen, und zwar nicht nur, weil man das Geschehen erst dann versteht, sondern weil das Wiederholungsrisiko auf der Täterseite liegt und nicht auf der Opferseite, das hat schon Adorno erkannt."[12]

In dem dynamischen Schema der „Gesellschaft des Holocaust" von 1996 hatte ich ursprünglich versucht, die gesellschaftliche Realität der deutschen Gesellschaft während des Nationalsozialismus in Hinblick auf die Juden-

---

restag des Novemberpogroms: „Sie beschreiben die Geschichte der Judenverfolgung am Ort genau und versuchen, die Namen aller Deportierten ausfindig zu machen. Aber die Namen der örtlichen Täter erscheinen kaum. Es gab Verbrechen, aber niemand beging sie – eine Tat ohne Täter. […] Die Beleuchtung der Opfer ermöglicht das Verdunkeln der Täter. Auf diese Weise wird die jüdische Geschichte zum Feigenblatt."

9 Yehuda Bauer nach Michael Berenbaum: The World Must Know – The History of the Holocaust as told in the United States Holocaust Memorial Museum, Boston/Toronto/London 1993, 221.

10 Hier sind insbesondere die Arbeiten von Michael Wildt und Ulrich Herbert zu nennen. Einen guten Überblick liefert auch der Band von G. Paul (Hg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Göttingen 2002.

11 Etwa: Harald Welzer: Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt/M. 2005.

12 Bodo von Borries nach H. Schreier/M. Heyl (Hg.): „Dass Auschwitz nicht noch einmal sei…". Zur Erziehung nach Auschwitz, Hamburg 1995, 369.

verfolgung zu fassen. Ziel war es, mit diesem Schema zu einer differenzierteren Deutung und Darstellung von individuellen „Rollenfindungen" in diesem Modell beizutragen.

Mit dieser Skizze der deutschen, nationalsozialistischen Mehrheitsgesellschaft und der Gesellschaft in den von Nazi-Deutschland besetzten Gebieten in Hinblick auf ihr Verhalten zum Mord an den europäischen Juden verbindet sich die grundsätzliche Annahme, dass die Gruppe der Zuschauer das Zentrum bildete. Die Zuschauer konnten und mussten unter bestimmten Bedingungen entscheiden, wie sie sich zu dem Geschehen verhalten wollten. Einerseits konnten sie als „Mitläufer" den Nazis folgen, ohne selber explizit Nazis zu sein; sie konnten zu Anhängern der NS-Ideologie (Nazis) oder sogar zu Helfern der Täter (Kollaborateure) werden; sie konnten sich auch selbst als Täter am Geschehen beteiligen. Anderseits war es unter bestimmten Umständen auch möglich, dass sie Verfolgten halfen (Retter) oder selber zu Verfolgten wurden. Eine Gruppe, die keinerlei Wahl im Rahmen dieser Gruppierung hatten, wie sie sich zum Geschehen stellen wollten, war die der Juden aufgrund der rassistischen Setzung – ähnliches gilt für Roma und Sinti und andere Opfer der Nazis. Einige entkamen zwar dem Mordgeschehen, die anderen blieben aber – gleichgültig, ob sie etwa Widerstand leisteten oder den Befehlen gehorchten – Verfolgte.

In der Interpretation einzelner Biographien sollte das Modell ein strukturierendes Angebot sein, um Entscheidungs- und Handlungsräume auszuloten und zu deuten. Als weithin bekanntes Beispiel mag Oskar Schindler dienen, der als „Zuschauer" begann, NSDAP-Mitglied wurde, Profiteur der „Arisierungen" und der Zwangsarbeit, bis er sich mehr und mehr für „seine" Juden zu interessieren und einzusetzen begann und erhebliche Risiken auf sich nahm. Ich habe einige Diskussionen mit Jugendlichen erlebt, die den Versuch unternahmen, Schindlers Rollenwechsel unter Zuhilfenahme dieses Modells zu interpretieren. Dabei wurde deutlich, dass die Stärke des Schemas vor allem darin liegt, widersprüchlichen Deutungen Raum zu geben. Der Fall Oskar Schindler erscheint höchst ambivalent, ein Fakt, der sich oft auch in den Interpretationen niederschlägt. Ist er im Moment seines NSDAP-Beitritts noch Mitläufer oder schon Nazi? Wird er als „Ariseur" Helfer der Täter? Wo tritt er selber als Täter auf?

Können diese Begriffe überhaupt bei der Beantwortung solcher Fragen helfen? Je mehr das Modell auch in seiner intendierten interpretatorischen Dynamik (Individuen wechseln innerhalb des Schemas ihre Position) fragwürdig wird, je unbefriedigender der schematische interpretatorische

Zugriff im Einzelfall scheint, desto größer die Chance, die eigenen Begriffe und Vorstellungen diskursiv zu schärfen. Die Jugendlichen führen in der Debatte das Wort und versuchen zu erklären, wo eine Biographie mit der ihr in der Regel innewohnenden oder zugeschriebenen Ambivalenz und Ambiguität im Schema der „Gesellschaft des Holocaust" verortet werden kann. Unterschiede in der Interpretation werden ebenso kenntlich wie die Unzulänglichkeit des Schemas, das sich im besten Falle als interpretatorische Gehhilfe erweist, die man ab einem bestimmten Punkt, an dem man merkt, dass man ohne sie besser gehen kann, hinter sich lässt.

Die mehrfache „Wendung aufs Subjekt"[13]

Historisch-politische Bildung über die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen hat in den vergangenen Jahren, insbesondere seit den 1990er Jahren, einen Turn zu einer stärkeren Multiperspektivität erfahren, mit der Täter, Opfer, Zuschauer und die Grauzonen dazwischen in den Blick genommen werden. Die Annäherung an das Thema über oft biographisch konkrete Fallstudien oder situative Beschreibungen komplexer Sachverhalte bietet dabei die besondere Chance, das „historische Personal" in seiner individualisierenden Konkretion und seinem jeweiligen Subjektstatus wahrzunehmen und auf diese Weise Entscheidungs- und Handlungs(spiel)räume auszuloten. Damit konkretisiert sich die generelle geschichtsdidaktische Forderung nach Multiperspektivität in der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen und ist auch in der schulischen Thematisierung zu einem Standard geworden.

Ähnlich wie in der niederländischen Debatte um Chris van der Heijdens Buch „Grijs verleden"[14] ging es auch in der deutschen Debatte um Täter, Opfer und Zuschauer in den vergangenen Jahren immer stärker auch um die Wahrnehmung von Grauzonen und um eine „Wendung aufs Subjekt", in der individuelle Entscheidungs- und Handlungsräume von Tätern und Zuschauern deutlich, analysier- und besprechbar wurden. In dem Maße, in dem in der individualisierten, biographischen Konkretion Sachverhalte verhandelt werden, die eben noch als Historie dem eigenen Horizont gänzlich entrückt schienen, verliert sich Distanz.

Eine deutliche Orientierung auf den Subjektstatus des „historischen Personals" in multiperspektivischer Wahrnehmung von Opfern (etwa:

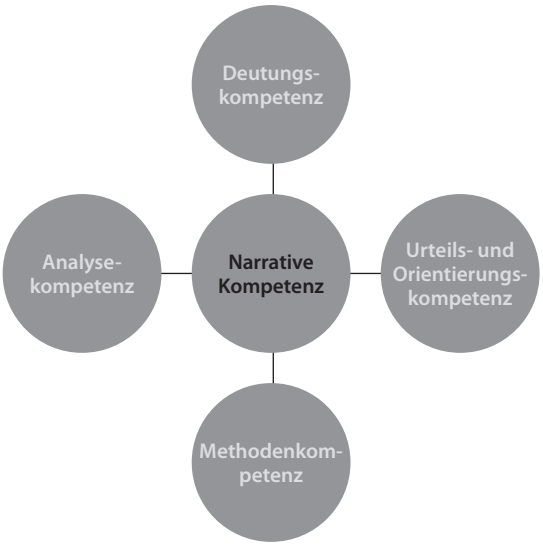
13 Vgl. Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit (1959), in: ders.: Gesammelte Schriften, Band 10: Kulturkritik und Gesellschaft I/II, Frankfurt/M. 1997, 571: „Aufarbeitung der Vergangenheit als Aufklärung ist wesentlich solche Wendung aufs Subjekt, Verstärkung von dessen Selbstbewusstsein und damit auch von dessen Selbst."; vgl. auch Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz (1966), in: Adorno, Gesammelte Schriften, Band 10: Kulturkritik und Gesellschaft I/II, 676; vgl. auch: Theodor W. Adorno: Einleitung, in: ders.: Gesammelte Schriften, Band 5: Zur Metakritik der Erkenntnistheorie. Drei Studien zu Hegel, 39.

14 Chris van der Heijden: Grijs verleden. Nederland en de Tweede Wereldoorlog, Amsterdam/Antwerpen 2001.

Zwangsarbeitern, Häftlingen der Konzentrationslager, Ermordeten und Überlebenden), Tätern (etwa: an Verbrechen beteiligten Wehrmachtsangehörigen, SS-Angehörigen und Aufseherinnen „im Gefolge der SS"), Zuschauern (etwa den „Nachbarn" der Deportierten oder der Lager) und den Grauzonen dazwischen wurde zum „state of the art". Dabei erhielt im Blick auf die Opfer der Verfolgung eine besondere und vorrangige Subjektorientierung auf die Ermordeten auf die Überlebenden und deren Lebensgeschichte eine besondere Bedeutung, um ihren in der Verfolgung existentiell geschändeten Subjektstatus wiederherzustellen.

Neben der „Wendung aufs Subjekt" für die historischen Akteure steht eine zweite deutliche Wendung in der Diskussion, nämlich die Orientierung auf den Subjektstatus der Akteure unserer pädagogischen Auseinandersetzung mit dieser Geschichte. Während Adorno explizit die Wendung aufs Subjekt für das historische Personal des Nationalsozialismus forderte, um das Geschehen selber genauer in den Blick nehmen zu können, braucht Pädagogik generell, aber eben auch in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen – jenseits einer verkürzten „Zielgruppenorientierung" – in der Entwicklung einer Partizipation fördernden partnerschaftlichen Bildungsanstrengung die Wendung aufs Subjekt bzw. auf die Subjekte des Bildungsprozesses. Das heißt, dass sowohl die Schülerinnen und Schüler nicht als Objekte wahrgenommen und behandelt, sondern in ihren eigenen thematischen Interessen unter Wahrnehmung der (höchst unterschiedlich begründeten) Differenz und Vielfalt in den Gruppen wahrgenommen, respektiert und behandelt werden müssen, als auch die Lehrerinnen und Lehrer mit ihren jeweiligen Interessen am Thema. Ziel ist es, die Akteure in ihrem Subjektstatus ernst zu nehmen und Formen partizipativer und aktiver Auseinandersetzung mit Geschichte zu entwickeln.

Für diese Arbeit haben sich gerade projektförmige Arbeitsweisen als besonders geeignet erwiesen, die Standards der Projektarbeit mit einer Subjekt- (oft verkürzt als Zielgruppenorientierung) sowie Themen-, Handlungs-, Prozess-, Produkt- und Reflexionsorientierung einhalten, wobei sich in den vergangenen Jahren die Forderung nach einer Kompetenzorientierung („narrative Kompetenz") in den Vordergrund gedrängt hat.



Exkurs „Narrative Kompetenz"

Historisch-politische Bildung soll heutige Jugendliche als Akteure „aktiver Erinnerung" in die Lage versetzen, sich in der lebendigen und lebensnahen Beschäftigung mit Geschichte zu üben. Bezogen auf die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Massenverbrechen können sie etwa erfahren, wie unter unterschiedlichsten Bedingungen Gelegenheit Täter macht, wie einzelne sich einer wahnhaften Realität mit hohem Risiko entgegenstellten, andere wegschauten und wieder andere mithalfen, Wahn Wirklichkeit werden zu lassen. Diese Beschäftigung ist aber im Sinne einer historisch-politischen Bildung auch darauf ausgerichtet, sie für Deutung und Gestaltung gegenwärtiger und künftiger gesellschaftlicher Prozesse kompetenter zu machen. Insofern ist historisch-politische Bildung eine der fundamentalen Voraussetzungen für die Entwicklung gegenwärtiger narrativer Kompetenz, wie sie zunehmend in der geschichtsdidaktischen Debatte diskutiert, ausformuliert und – bis hin in Rahmenlehrpläne für das Fach Geschichte – eingefordert wird. Narrative Kompetenz soll Deutungs-, Analyse-, Methoden-, Urteils- und Orientierungskompetenz mit einschließen und Voraussetzung aktueller Handlungskompetenz ist.[15]

Deutungs-, Analyse-, Methoden-, Urteils- und Orientierungskompetenz lassen sich aber am ehesten an relevanten, d.h. als relevant erkannten Inhalten üben. In der Auseinandersetzung mit Geschichte narrative Kompetenz bilden zu wollen, ohne gleichzeitig auch den jeweiligen historischen Inhalten gerecht werden zu wollen, führte dabei m.E. in die Irre. Narrative Kompetenz bedarf des nachvollziehbaren Bezugs auf Themen, Inhalte und Sachverhalte, auf konkrete historische Akteure, Situationen, Umstände und Verhältnisse. Wenn wir diese Kompetenzorientierung für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Massenverbrechen als Chance begreifen, dann hoffentlich nicht nur als einen an Schülerinnen und Schüler gerichteten Anforderungskanon – auch die professionellen pädagogischen Akteure in der Bildungsarbeit müssen selber über narrative Kompetenz verfügen, bevor sie ihr thematisches Curriculum entwerfen, das dazu beitragen kann und soll, die narrative Kompetenz anderer zu entwickeln.

---

15 Deutungskompetenz umfasst demnach das „Identifizieren und Ordnen von Wissenselementen zu Zeitverläufen und Strukturen, die als Zusammenhänge betrachtet und beurteilt werden können", Analysekompetenz die Kompetenz, „wissenschaftliche und geschichtskulturelle Darstellungen und Deutungen auf ihre Voraussetzungen, Strategien und Absichten hin beurteilen [zu] können". Methodenkompetenz bedeutet, „selbstständig Fragen an die Vergangenheit und an Deutungen von Vergangenheit [zu] stellen und quellenorientiert beantworten [zu] können", während die Urteils- und Orientierungskompetenz heißt, „Geschichte nutzen [zu] können zur reflektierten und vernunftgeleiteten (Wert-) Urteilsbildung, zur individuellen Identitätsbildung und zu sinnvollem Tun." Daraus ergibt sich Narrativität als „reflektiertes historisches Erzählen (sinnbildende Darstellung von Geschichte formulieren, analysieren und beurteilen)" (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin/Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Land Brandenburg (Hg.): Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe – Gymnasien, Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe, Berufliche Gymnasien, Kollegs, Abendgymnasien – Geschichte, Berlin 2008, 11.

Betroffenheit, Empathie und „anamnetische Solidarität"

Die pädagogische Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen konfrontiert uns mit einer vielfach überwältigenden Geschichte von erlittener Pein, von Individuen erfahrener und von Überlebenden mitgeteilter Gewalt (Gewalterfahrung) und von einzelnen und Gruppen ausgeübter Gewalt (Gewaltausübung). In den 1980er Jahren war – auch unter dem Eindruck der individualisierenden Darstellung in der TV-Serie „Holocaust" – die Betroffenheit über das Geschehene eine vielfach thematisierte und für die schulische Beschäftigung eingeforderte Kategorie. Auch durch die mit affektiven Mitteln erzielte Betroffenheit nach der Ausstrahlung des TV-Films „Holocaust" erschien ein ausschließlich kognitiver Ansatz vielen Lehrerinnen und Lehrern zumindest teilweise fragwürdig. In einer Tendenzwende wurden Fragen einer affektiven Vermittlung verstärkt diskutiert.[16] Hermann Glaser etwa merkte 1980 an, der Film „Holocaust" habe „deutlich gemacht, dass die Forderung, sich mit der braunen Diktatur auseinanderzusetzen, auf sehr große Resonanz stößt, wenn man einen Weg findet, der auch emotionale Betroffenheit zu bewirken vermag. Die Grundfrage, wie es möglich war, dass die Ideologie von Rassenhass, Rassenwahn, ‚Blut und Boden' Millionen mitriss bzw. Millionen zu moralisch abgestumpften gleichgültigen oder ängstlichen Mitläufern machte […], lässt sich nicht nur dadurch beantworten, dass man kognitiv erkennbare, logisch-rational erklärbare institutionell-strukturelle Fakten, sondern dass man auch Emotionen, Stimmungen, ‚Atmosphären', ‚Unterbewusstseinsnebel' [sic!] vermittelt, diese aber aufzuklären versucht. Vor allem ist der Alltag im totalitären Staat Hitlers aufzuzeigen. […] So wichtig und unverzichtbar geschichtliches Verständnis und damit individuelle wie kollektive Reflexion auch sind: Holocaust hat deutlich gemacht, dass die Notwendigkeit des Mitfühlens, Mitleidens und Nacherlebens bislang zu wenig beachtet wurde."[17] Emotionale Betroffenheit bewirken, also mit pädagogischen Mitteln herstellen zu wollen, steht dabei in einem gewissen Widerspruch zum mühsam Mitte der 1970er Jahren zur Rettung der historisch-politischen Bildung gesuchten und gefundenen „Beutelsbacher Konsens" (1976), der ein Überwältigungs- und Indoktrinationsverbot für die politische Bildung festzuschreiben versuchte.

In der Diskussion, die eine „Betroffenheitspädagogik" einer kritischen Analyse unterzog, ging es keinesfalls darum, das Überwältigende massenhafter individueller Gewalterfahrung, das in den Stimmen und Zeugnissen der Überlebenden Worte suchte und fand, zum Schweigen zu bringen, sondern es vor einer pädagogischen Abnutzung zu bewahren, die den Zeug-

16 Chaim Schatzker: Die Juden in den deutschen Geschichtsbüchern – Schulbuchanalyse zur Darstellung der Juden, des Judentums und des Staates Israel, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 173, Bonn 1981, 143-145.

17 Hermann Glaser, zit. n. Schatzker, 144.

nissen der Überlebenden und den ihnen ausgesetzten Jugendlichen gleichermaßen nicht gerecht geworden wäre.[18]

Schema **„Beutelsbacher Konsens"**

Der niederländische Erziehungswissenschaftler Ido Abram hat in seinen Beiträgen zur deutschen Debatte um eine „Erziehung nach Auschwitz" nachdrücklich auf Theodor W. Adornos Position hingewiesen, die er bereits in seinem zentralem Text zur „Erziehung nach Auschwitz" 1966 formulierte, dass die „Unfähigkeit zur Identifikation fraglos die wichtigste psychologische Bedingung dafür [war], dass so etwas wie Auschwitz sich inmitten von einigermaßen gesitteten und harmlosen Menschen hat abspielen können. […] Die Kälte der gesellschaftlichen Monade, des isolierten Konkurrenten, war als Indifferenz gegen das Schicksal der anderen die Voraussetzung dafür, dass nur ganz wenige sich regten. Das wissen die Folterknechte; auch darauf machen sie stets erneut die Probe."[19] Gegen „das Prinzip von Auschwitz" setzte er als „einzig wahrhafte Kraft […] Autonomie, wenn ich den Kanti-

18 Vgl. Matthias Heyl: Lernziel „Betroffenheit", in: Abram, Heyl, Thema Holocaust, 128-131.
19 Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz, 688.

schen Ausdruck verwenden darf; die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen."[20]

Auch um den Fallstricken einer vorschnellen Identifikation zu begegnen, hat in den vergangenen Jahren der Begriff der „Empathie" eine wachsende Bedeutung in der Diskussion um die pädagogische Auseinandersetzung mit der Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen erhalten. Mit dem Begriff geht es eben nicht um Identifikation – oder, bestenfalls, um eine lediglich temporäre Identifikation, welche die Differenz zwischen sich identifizierendem Subjekt und Identifikationsobjekt deutlich markieren sollte und dazu beiträgt, das Geschehene mit Hilfe einer empathischen Hinwendung auch kognitiv zu durchdringen.

Ein kurzer Exkurs zur Begriffsgeschichte soll dazu dienen, eine genauere inhaltliche Füllung vornehmen zu können, damit es nicht bei dem bleibt, was der Psychoanalytiker Theodor Reik bereits 1948 bemängelte: „The word empathy sometimes means one thing, sometimes another, until now it does not mean anything, at all."[21] Der dem Begriff der Empathie zugrundeliegende Terminus der „Einfühlung" geht im Wesentlichen auf den Philosophen Friedrich Robert Fischer (1873) zurück und wurde 1897 von Theodor Lipps aufgenommen, der ihn in seiner 1903 veröffentlichten „Ästhetik" popularisierte. Sigmund Freud verwendete in seinen Schriften den Begriff der „Einfühlung". Der Begriff der „Empathie" wird als Neologismus dem Psychologen Edward Bradner Titchener (1909) zugeschrieben.[22] Anton P.M. van Strien zeichnet die Begriffsentwicklung im psychologischen und psychoanalytischen Feld nach und erinnert an Carl Rogers Deutung der Empathie als eine „Als-ob-Identifikation", die mit der Warnung verbunden ist, dass „wenn dieser als-ob-Aspekt (als ob man der andere sei) verloren zu gehen droht, eine Identifikation auftritt, oder zumindest eine ungenügende Distanz."[23] Insbesondere seit den 1990er Jahren hat der Begriff der Empathie in der deutschen erziehungswissenschaftlichen Debatte über die pädagogische Auseinandersetzung mit der Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen an Bedeutung gewonnen. Ido Abram schrieb 1996 im Rückgriff auf Adorno, dass er das, „was bei Adorno ‚Identifikation' heißt" als „Empathie" bezeichne: „Die Fähigkeit, sich in andere Menschen und unbekannte, ‚fremde' Situationen hineinzuversetzen." Da das „Unvermögen, sich mit anderen zu identifizieren und sich für andere einzusetzen", eine „Indifferenz gegenüber dem Schicksal anderer" bewirke, was mit Auschwitz „zur Vernichtung und Ermordung von Millionen Menschen" geführt habe und zu ähnlichem wieder führen könnte, sei „das Sich-

20 Ebd., 679.
21 Theodor Reik: Listening with the Third Ear, New York 1948, 357.
22 Vgl. Mohammadreza Hojat: Empathy in Patient Care. Antecedents, Developments, Measurements, and Outcomes. New York 2007, 4f; vgl. Anton P.M. van Strien: Empathie. Een kwaliteitsaspect van de psychoanalytische praktijk? Een exploratief onderzoek van een concept, Amsterdam 1999, 9; vgl. auch http://plato.stanford.edu/entries/empathy/ [29.6.2009].
23 Vgl. van Strien, 13.

hineinversetzen in Menschen, die anders fühlen und handeln, nicht nur ein humanes, sondern auch ein erzieherisches Ziel".[24] Erziehungswissenschaft und Geschichtsdidaktik sind sich dabei – mit Bodo von Borries gesprochen – der Situierung von „‚Empathie'-Versuche[n] in der Klemme zwischen Kognition und Affekt" seit den 1990er Jahren ebenso bewusst geworden wie der Notwendigkeit einer Klärung der Beziehung zwischen Sachinformation, Moral und Wirklichkeitssinn.[25] Hier deutet sich die Notwendigkeit an, den Begriff der „Empathie" für die pädagogische Debatte um historisch-politische Bildung, die sich der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Massenverbrechen widmet, noch einmal genauer in den Blick zu nehmen.

„Empathische" Annäherung kann kaum als genuine Annäherung an Geschichte vorausgesetzt werden. Sie ist bestenfalls eine – in Anlehnung an die psychoanalytische Theorie – Form der analytischen Hinwendung, in welcher der temporären Identifikation oder Einfühlung die Funktion zukommt, Motive des „historischen Personals", der Akteure eines historischen Geschehens, näherungsweise nachzuempfinden, sich in sie hineinzuversetzen, um ihre Entscheidungs- und Handlungsräume, ihre Motive und die Bedingungen ihres Tuns oder Unterlassens auszuloten, d.h. zu deuten und zu analysieren. Dies ist ein hermeneutischer Prozess, in dem in der empathischen Hinwendung die notwendige Differenz zwischen dem Analytiker und dem Analysiertem aufrechterhalten und reflektiert werden muss, um sich die eigenen Motive, Ressentiments, projektiven Zuschreibungen und dergleichen bewusst zu machen, die eine genaue Analyse des „Anderen" und seiner Beweggründe nur hemmen. Empathische Hinwendung ist also nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Reflexion und des Erkenntnisgewinns. Sie stellt einerseits eine temporäre „Ähnlichkeit" her, um etwas einfühlend nachzuvollziehen; andererseits fokussiert sie gleichzeitig auf Differenz, Ambivalenz und Ambiguität, damit sie nicht zur bloßen Spekulation oder naiven und verschleiernden Übernahme und Aneignung vermeintlich erfühlter Motive verkommt, die im Zweifel schon als Annahme über den anderen vor der empathischen Hinwendung in einem selbst bestanden.

Mehrfache Subjektorientierung setzt voraus, dass sowohl der Subjektstatus des mittels empathischer Zuwendung in seinen Motiven analysierten Individuums bewahrt bleibt, als auch der Subjektstatus des „empathischen Analytikers" reflektiert wird. Dass sich eine Person durch empathische Hin-

24 Ido Abram: Erziehung und humane Orientierung, in: Abram/Heyl: Thema Holocaust, 11-60, 18. Es hat dabei eine gewisse Ironie, dass durch die Gleichsetzung von „Identifikation" und „Empathie" die in Adornos Gesamtwerk wiederholt geäußerte Skepsis gegenüber dem Begriff der „Empathie" oder ihrer deutschen Entsprechung, der „Einfühlung", übergangen wird. Allerdings ist Abrams Empathie-Begriff nicht der Ästhetik des anbrechenden 20. Jahrhunderts entnommen, an der sich Adorno skeptisch mit dem Vorwurf der Verschleierung abarbeitet.

25 Bodo von Borries: Faktenerfassung, Parteinahme und Einfühlung? Zum Umgang von Schülerinnen und Schülern mit historischen Entscheidungssituationen, in: K. Fröhlich/H. T. Grütter/J. Rüsen (Hg.): Geschichtskultur – Jahrbuch der Geschichtsdidaktik 1991/92, Pfaffenweiler 1992, 215-249, 226 und 238.

wendung in ihrer Komplexität völlig erschlösse, wäre eine naive Annahme, die der Person nicht gerecht wird und ihren Subjektstatus wieder radikal in Frage stellt. Empathische Annäherung sollte nicht zur empathischen Aneignung oder gar zur überwältigenden empathischen Vereinnahmung verkommen. Das Ergebnis empathischer Zuwendung ist selber als bedingte und begrenzte Annahme zu reflektieren, die nur durch nur die informierte Einbettung in ihren historischen Kontext näherungsweise plausibel wird.

Ich will es an einem konkreten Beispiel nachvollziehbar machen: Eine Leserin des Tagebuchs von Anne Frank, die nach empathischer Hinwendung glaubt, zu wissen, wie Anne Frank dachte, fühlte oder war, wird Anne Frank kaum gerecht, und sie weiß damit nicht notwendigerweise mehr über die Formen und den Ablauf der nationalsozialistischen Verfolgung. Wer im empathischen Prozess glaubt, eine Person hinreichend erschlossen zu haben, macht sich mit vorschnellen Antworten eher taub gegenüber den Fragen, die bleiben. Die Skepsis gegenüber dem eigenen Urteil, die sich annähernd mit dem Freud'schen Aperçu fassen lässt, dass der Mensch nicht Herr im eigenen Hause sei,[26] bleibt besser erhalten. In diesem Sinne stellt die empathische Zuwendung keine hinreichende Annäherung an das historische Geschehen und seine Akteure dar, sondern ist nur ein Teil davon. Hier deutet sich an, dass eine empathische Annäherung, die sich dem Bildungsziel historischen Erkenntnisgewinns verpflichtet weiß, sehr anspruchsvoll ist und kein einfaches, schnelles didaktisches Tool. Sie ist ein notwendigerweise aktives und partizipatives Element eines Bildungsprozesses, bleibt aber in ihre Aussagekraft unter ständigem Vorbehalt der eigenen Subjektivität.

Für die erziehungswissenschaftliche Diskussion um eine „Erziehung nach Auschwitz" mag das Ziel, „Empathie" zu üben, als Konzept gegen die „Unfähigkeit zur Identifikation", zur Kälte, die nach Adorno Voraussetzung für Auschwitz war, stehen. Es ist aber nicht die reduzierte „Übung am Objekt" und schon gar nicht am historischen, sondern Dauerauftrag an jede Erziehung nach Auschwitz. Im pädagogischen Prozess bedeutet dies etwa, eine Atmosphäre, eine Lernkultur, ein Setting und ein „Environment" zu schaffen, in dem ein empathischer Umgang miteinander unhinterfragbar selbstverständlich ist.

Eine methodisch und didaktisch empathische Annäherung an „historische Stoffe und Akteure" gewinnt an Überzeugungskraft, wenn Empathie nicht nur an einem wie auch immer gearteten „Objekt" geübt, sondern selber erfahren wird, also der Subjektstatus aller pädagogischen Akteure – im schulischen Rahmen: der Jugendlichen und ihrer LehrerInnen – reflektiert und respektiert wird.

Didaktisch und im „wahren Leben" geübte Empathie scheint mir unabdingbare Voraussetzung für die von Micha Brumlik, Helmut Peukert und Jean Baptist Metz mit Verweis auf Walter Benjamin eingeforderte „anamne-

26 Sigmund Freud: Eine Schwierigkeit der Psychoanalyse, in: ders.: Gesammelte Werke, Bd. XII, 3-12, 11.

tische Solidarität" zu sein.[27] Auch die besondere „anamnetische Solidarität" mit den oftmals als solche charakterisierten Opfern als Bildungsziel einer „Erziehung nach und über Auschwitz" ist dabei keine selbstverständliche, genuine oder mit besonderen pädagogischen „Kniffen" leicht herstellbare Annäherungsweise, sondern – im besten Falle – Ergebnis eines Bildungsprozesses, in dem die zweifache Subjektorientierung – auf den Subjektstatus sowohl des „historischen Personals" als auch der am Bildungsprozess Beteiligten – respektvoller Standard ist.

Aber auch methodisch-didaktisch gesprochen kann der Versuch, eine Betroffenheit über die Identifikation mit den Opfern und die Konfrontation mit dem Grauen herbeizuführen, für das etwa Auschwitz steht, zu einer Abstumpfung, zur Indifferenz, zu verstärkten Abwehr und schließlich auch zu einer ungewollten Faszination führen. Abram schreibt: „Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass sich das Grauen nicht wiederholen wird, wenn man es ausführlich und detailliert darstellt. Gräueltaten wirken nicht unbedingt abschreckend, weder im Unterricht noch im wirklichen Leben. Besäße die These, dass Menschen durch erlebtes Elend geläutert würden, nur Gültigkeit – meistens trifft eher das Gegenteil zu. […] Und auch in der Schule gilt, dass man noch längst kein Gegengift erzeugt, wenn man sich der Barbarei – in visueller, verbaler oder auditiver Form – aussetzt. Man kann Schüler dadurch erst auf falsche Gedanken bringen: Verhältnismäßig viel Aufmerksamkeit für extreme Grausamkeiten führt zu einer Verharmlosung der kleinen Grausamkeiten."[28]

Zugleich neigen wir dazu im Unterricht über den Holocaust von den Schülern insbesondere eine Identifikation mit den jüdischen Opfern zu erwarten. Ich fürchte, dass dies auch dazu beiträgt, die Auseinandersetzung mit Tätern und Zuschauern auszusparen und damit zu verdecken. Es gibt an vielen deutschen Schulen heute Projekte und Dokumentationen über die Geschichte ehemaliger jüdischer Schüler und Lehrer während der Nazi-Zeit – weit mehr, als dass die Geschichte von Tätern und Zuschauern, die jeweils unsere Schule besuchten, bearbeitet worden wäre. Indem man nur oder vorrangig von den Opfern spricht, lassen sich die Täter und Zuschauer wiederum guten Gewissens zum Verschwinden bringen.

---

27 Vgl. Micha Brumlik, Nationalsozialistische Identifikation oder anamnetische Solidarität? Zu einer neuen Auseinandersetzung um den 20. Juli 1944, in: J. Assmann / D. Harth (Hg.): Kultur und Konflikt. Frankfurt/M. 1990. 304-321, 304; Helmut Peukert: „Erziehung nach Auschwitz" – eine überholte Situationsdefinition? Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Erziehungswissenschaft. In: Neue Sammlung (1990). 346-354, 351; Micha Brumlik: Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Berlin 1995, 112-115. Vgl. Johann Baptist Metz: Für eine anamnetische Kultur, in: H. Loewy (Hg.): Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Reinbek 1992. 35-41; Jürgen Habermas: Israel oder Athen: Wem gehört die anamnetische Vernunft? Johann Baptist Metz zur Einheit in der multikulturellen Vielfalt, in: ders., Vom sinnlichen Eindruck zum symbolischen Ausdruck, Frankfurt/M. 1997, 98-111. Siehe auch: Antje Kahl: Erziehung zur Erinnerung – Die Frage nach den Konzeptionen von KZ-Gedenkstätten in den deutschen Staaten vor und nach der Vereinigung. Magisterarbeit an der Universität Hamburg 1994 (unveröffentlicht).

28 Ido Abram: Erziehung und humane Orientierung. In Abram/Heyl: Thema Holocaust, 37.

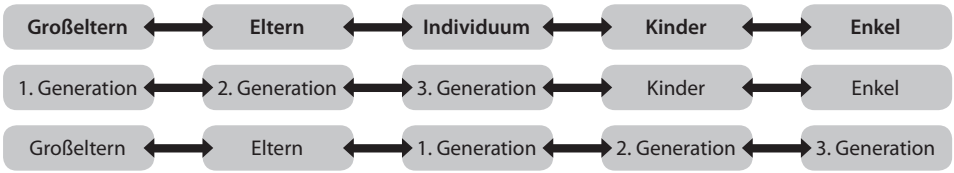
Für die methodisch-didaktische Konzeption der politisch-historischen Bildung ergeben sich aus den veränderten Wahrnehmungsweisen heutiger und künftiger Generationen (immer wieder) neue Herausforderungen. Während es in den 1970er und 1980er Jahren vielleicht einfacher schien, emotionalisierende Elemente aufzunehmen, die auf einen gewissen moralischen (und gelegentlich pubertär aufgeladenen) Rigorismus unter den Jugendlichen trafen, sehen wir uns heute häufiger mit einer andersartig motivierten Indifferenz konfrontiert.

Identifikatorische Elemente, über die Empathie mit den Opfern hergestellt wird, „funktionieren" meiner Erfahrung nach immer seltener. Das mag zum Teil an fehlenden eigenen Empathie-Erfahrungen mancher Jugendlicher liegen. Die als ritualisiert wahrgenommene Auseinandersetzungsformen Erwachsener machen Jugendliche gleichzeitig zuweilen misstrauisch gegenüber einer von außen auf sie ausgeübten „Choreographie der Emotionen" und verstärken so eine auch intergenerationell vermittelte Abwehr gegenüber dem Thema.

Exkurs: Generationalität

In der Diskussion um die schulische wie, allgemeiner, um die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Massenverbrechen wird in den vergangenen Jahren häufig auf den Aspekt der Generationalität der Akteure abgehoben. Die Situation am Anfang des 21. Jahrhunderts wird als Umbruchsituation beschrieben, in der sich kommunikatives oder kommuniziertes Gedächtnis in kulturelles Gedächtnis verwandle. Die Begriffe gehen auf die vielzitierte Arbeiten von Jan und Aleida Assmann zurück, die sich wiederum auf den Soziologen Maurice Halbwachs beziehen und mittlerweile selber einer durchaus kritischen Diskussion unterzogen worden sind.[29]

Der Psychoanalytiker Martin Wangh hat mit einem Verweis auf die biblische Überlieferung, die einen Horizont von vier Generationen in den Blick nimmt, den Generationenhorizont eines lebendig kommunizierten Gedächtnisses beschrieben.[30] Ein Individuum kann in der Regel den Bogen



29 Etwa: Ulrike Jureit, Christian Schneider: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010.

30 Martin Wangh: How to teach the Holocaust, in: H. Schreier/M. Heyl (Hg.): Das Echo des Holocaust, Hamburg 1992, 161-167, 167.

von den erzählten Geschichten der eigenen Großeltern bis zu den Enkeln schlagen, so dass Zeitzeugenschaft eine mittelbare Wirkungszeit von fünf Generationen hat.

Heutige Schülerinnen und Schüler in Deutschland sind in der Regel Angehörige der Geburtsjahrgänge 1992 bis 2005. Die jüngsten sind also sechzig Jahre nach Kriegsende geboren, und selbst die älteren trennen fast fünfzig Jahre vom Ende des Nationalsozialismus. Die Großeltern der Jugendlichen mit nicht-migrantischem Hintergrund gehören meist nicht einmal mehr „Generation HJ", sondern bereits der Nachkriegsgeneration an. In den Lehrerkollegien gehen die Jahrgänge der „Zweiten Generation" bereits in Pension. Das heißt, dass der Nationalsozialismus und seine Verbrechen in der schulischen Wahrnehmung zunehmend zu einem historischen Faktum werden, das sich der lebendigen Kommunikation gelebter Geschichte entzieht. Selbst ein zweiter einschneidender historischer Komplex deutscher Geschichte, die Geschichte der deutschen Teilung im Kalten Krieg und ihr Ende ist für heutige Schülerinnen und Schüler nicht mehr Teil ihres eigenen Erfahrungshorizontes, wohl aber Gegenstand kommunizierten Gedächtnisses.

Das heißt, dass generationelle Verortungen nach „Erster", „Zweiter" und „Dritter Generation", wie sie in den 1980er und 1990er Jahren dominant und bedeutend waren, für die heutige Generation von Schülerinnen und Schülern ebenso wenig hilfreich sind, wie sie zunehmend an Bedeutung für die heutigen und künftig an Schulen tätigen Lehrerinnen und Lehrer verlieren.

Es gibt vermehrt kritische Stimmen zu den Generationenzuschreibungen, die den Diskurs um die gesellschaftliche und schulische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Massenverbrechen begleitet haben.[31] Letztlich ließe sich – frei nach Alain Finkielkrauts Bemerkung „Ich bin zwanzig Jahre, das ist mein Alter, aber nicht mein Wesen, und ich werde mich von niemandem darauf festlegen lassen"[32] – gegen die generationelle Fremdzuschreibung nachdrücklich argumentieren, dass der Aspekt der Generationszugehörigkeit etwas über das Alter eines Individuums aussagt, nicht aber sein Schicksal ist. In jeder generationellen Alterskohorte finden wir bei näherem Hinsehen eine hohe Heterogenität auch hinsichtlich des Umgangs mit Geschichte. So sind beispielsweise die oft in den Beschreibungen zum Stereotyp geronnenen „68er", die in den Diskussionen zum generationellen Umgang mit der NS-Geschichte in Deutschland in vergangenen Jahren wiederholt Objekt eines „Generationen-Bashings" geworden sind,[33] nur ein Teil ihrer Generation. In ihr finden wir Bereitschaft zur Auseinandersetzung wie alle Formen der

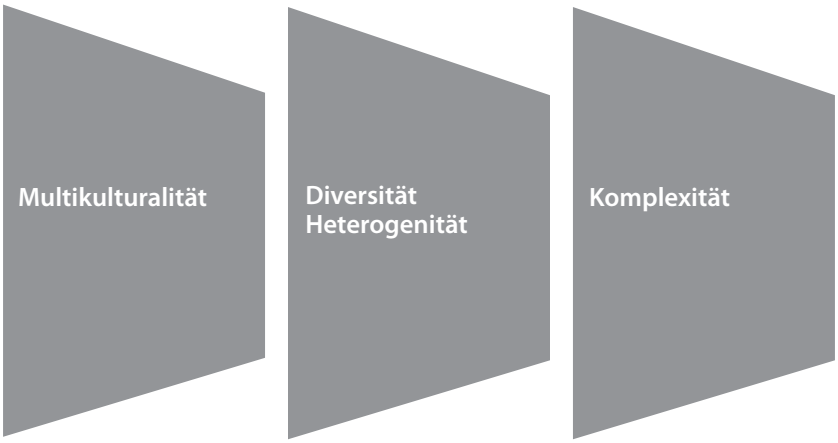
31 Vgl. Heyl, Erziehung nach Auschwitz, 122-125; Jureit und Schneider, Gefühlte Opfer, 77-85; vgl. auch U. Jureit/M. Wildt (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg 2005.

32 Alain Finkielkraut, Die Niederlage des Denkens, Reinbek 1989, 138

33 Etwa: Götz Aly: Unser Kampf 1968, Frankfurt/M. 2008; vgl. Heyl, Erziehung nach Auschwitz, 134-136 – dort auch mit Verweisen auf die niederländische Wahrnehmung,

Abwehr. In manchem scheint mir unser Blick noch bei weitem nicht differenziert genug und oft genug zur Wendung aufs Subjekt nicht fähig.

Schema Vielfalt vs. Einfalt | Multikultur vs. Monokultur



Für viele, die sich heute mit dem Thema in der multikulturellen Schule befassen, ist die generationelle Distanz zur Zeit des Geschehens nicht die einzige – Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund haben oft gar keine familiären Bezüge zum Geschehen – oder diese wurden ganz anders vermittelt. Seit einigen Jahren beschäftigt uns nun auch im Erinnerungsdiskurs zu den nationalsozialistischen Massenverbrechen die Frage, wie sich die Bildungsarbeit zu diesem Themenfeld unter den Bedingungen einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft verändert hat und verändern muss.[34] In der Gedenkstätte Ravensbrück, in der ich arbeite, ist unser gedenkstättenpädagogischer Alltag maßgeblich geprägt in der Arbeit mit Jugendlichen aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg – aus Landstrichen also, in denen die Anteile von Jugendlichen mit Migrations-

etwa bei Friso Wielenga: Schaduwen van de Duitse geschiedenis, Amsterdam 1993, insbesondere: 67f.

34 Siehe die Beiträge zur Diskussion insbesondere von Elke Gryglewski, Astrid Messerschmidt, Viola Georgi und Rainer Ohliger, z.B. Viola Georgi: Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland, Hamburg 2003; Jan Motte/Rainer Ohliger: Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004; Franziska Ehricht/Elke Gryglewski: Geschichten teilen. Dokumentenkoffer für eine interkulturelle Pädagogik zum Nationalsozialismus, Haus der Wannseekonferenz, Berlin 2009; Astrid Messerschmidt: Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte, Frankfurt/M. 2009; V. Georgi/R. Ohliger (Hg.): Crossover Geschichte. Historisches Bewusstsein Jugendlicher in der Einwanderungsgesellschaft, Hamburg 2009; Matthias Heyl: „Conflicting Memories" - Vom Nutzen pädagogischer Erinnerungsarbeit im „Global Village", in: R. Leibrecht/A. Kerber (Hg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach/Ts. 2005, 192-217.

hintergrund eher vergleichsweise niedrig sind. Gruppen aus Berlin und den westdeutschen Bundesländern erscheinen aufgrund häufig erkennbar höherer Anteile von Jugendlichen mit Migrationshintergrund vielfältiger, multikultureller. Hier setzen indes häufig frühzeitig Zuschreibung ein, die sowohl allochthonen als auch autochthonen Jugendlichen nicht gerecht werden. Die polare Paarung Vielfalt versus Einfalt oder Multikultur versus Monokultur geht bei näherem Hinsehen in der Regel nicht wirklich auf. Die Erfahrungen, die Jugendliche verschiedener Migrationshintergründe machen, und die Erfahrungen, die Jugendliche vermeintlich gleicher Migrationshintergründe unterschiedlicher sozialer Herkunft in Deutschland machen, scheinen mir oft ebenso vielfältig, wie die der autochthonen Jugendlichen. Schnell stolpern wir in eine ethnisierende Kulturalismusfalle, bei der soziale Verortungen und differente Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe aus dem Blick geraten. Ethnisierende Fremdzuschreibungen helfen, Differenz, Diversität, Heterogenität und Komplexität auszublenden. Und auch die mecklenburgische Schulklasse, deren Jugendliche mir auf den ersten Blick „monokulturell" erscheinen, erweist sich im Umgang mit dem in Ravensbrück zu verhandelnden Themenfeld im Blick auf ihre Erfahrungen und Erwartungen oft sehr viel heterogener, als ihre vermeintliche autochthone Homogenität nahelegt.

Jugend ist und Jugendkulturen sind vielfältig. Diese Vielfalt erzeugt ebenso Multikulturalität, wie das Zusammenleben von Autochthonen und Allochthonen. Diese beiden Gruppenzuschreibungen verweisen eben nur auf eine Komponente von Identität und Imago – den Status einer wahrgenommenen „Herkunft". Ob und wie relevant sie für die einzelnen ist – als Teil ihrer identitären, eigenen Wahrnehmung oder des von anderen ihnen zugeschriebenen Imagos – steht dahin und bedarf jeweils einer näheren Betrachtung. In welcher Weise dies für die Wahrnehmung von Geschichte – und insbesondere für die Wahrnehmung der Geschichte nationalsozialistischer Massenverbrechen – wichtig ist, scheint mir – jenseits schneller Positionierungen in der pädagogischen Praxis und Reflexion – noch weitgehend unerforscht. Der Versuch der Wendung aufs Subjekt (und, pädagogisch gewendet, der Binnendifferenzierung) erscheint mir lohnender, als der hohe Aufwand, mit dem wir neue Stereotypen „vom anderen" bildeten. Differenz nicht zu negieren, sondern wahr- und anzunehmen und zum Sprechen zu bringen, heißt im besten Falle, sich der Komplexität zu stellen.

„Conflicting Memories"

Erinnerungskulturen sind eigentlich ein Pluraliatantum, wenn wir die Komplexität, Ambiguität und Ambivalenz des Erinnerns und der Erinnernden wahr- und ernstzunehmen bereit sind. Die Wahrnehmung der Heterogenität von Erinnerungen wird uns durch unsere eigene Fähigkeit möglich, die eigene Zwiespältigkeit zu erfahren. „Conflicting Memories" und „Struggle of Memory" bezeichnen daher nicht die Krise des Erinnerns, sondern ihren Normalfall. Ihnen eine Arena[35] zu bieten, wo die Konflikte eingebracht, ausgetragen und ausgehalten werden können, ist meines Erachtens eine der basalen Forderungen an jede historisch-politische Bildung, die es mit der mehrfachen Wendung aufs Subjekt ernst meint.

Letztlich verweist Adornos Forderung, dass aller politische Unterricht sich in Soziologie verwandle,[36] auch auf die Forderung, „to take them for us". Das bedeutet, in einer gleichsam empathischen Wendung wahrzunehmen, dass das „Potential" der Täter, Opfer und Zuschauer auch in uns selber liegt.

Damit ist und bleibt die Auseinandersetzung mit Geschichte, insbesondere mit der Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen, riskant. Denn das Risiko der Wiederholung bleibt, wie Primo Levi schreibt: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben."[37] Aus diesem Grund lässt Woody Allen einen seiner Protagonisten in dem Film „Hannah und ihre Schwestern" zu seiner Frau sagen:

> **Du hast dir eine unglaublich dämliche Sendung über Auschwitz entgehen lassen. Noch mehr Gräuelszenen [...] und noch mehr verwunderte Intellektuelle, die ihre Ratlosigkeit über den systematischen Mord an Millionen bekennen. Und dass sie die Frage „Wie konnte das passieren?" nie werden beantworten können, hat einen ganz bestimmten Grund. Es ist die falsche Frage. So, wie die Menschen sind, muss die Frage „Warum passiert das nicht öfter?" lauten.**

Und Allen ergänzt: „Natürlich passiert das öfter, nur nicht so offen."[38] Geschichte in den Blick zu nehmen, scheint mir hilfreich, um ihrer Wieder-

35 Vgl. Ido Abrams Arena-Modell, das unter http://www.stichtingleren.nl/downloads in deutscher, niederländischer und englischer Sprache heruntergeladen werden kann [6. April 2011].

36 Adorno: Erziehung nach Auschwitz, 690; vgl. auch Matthias Heyl: Dass der Unterricht sich in Soziologie verwandle... Erziehung nach und über Auschwitz, in: C. Lenz/J. Schmidt/O. von Wrochem (Hg.): Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit, Münster 2002, 231-241; ausführlicher in: Matthias Heyl: Nevelés Auschwitzról, Auschwitz után. Az oktatás változzék szociológiává, in: M. Kovács (Hg.): Holokausztoktatás és autonómiára nevelés, Budapest 2001, 43-62.

37 Primo Levi: Die Untergegangenen und die Geretteten, München/Wien 1990, 205.

38 Woody Allen: Hannah und ihre Schwestern, Zürich 1986, 150.

holung zu entgehen. Mit narrativer Kompetenz Geschichte so zu deuten, dass „Conflicting Memories" nicht bedrohlich erscheinen, nicht homogenisiert werden, sondern sie in ihrer Vielfalt wahrgenommen und die ihnen zugrundeliegenden Konflikte ausgetragen oder zumindest ausgehalten werden können, wäre zumindest ein lohnender Versuch, etwas aus den Gräueln dieser Geschichte zu lernen.

Thomas Schaarschmidt

Geschichte als Last und Ressource

Die Erinnerungslandschaft der deutschen Hauptstadtregion

Als im November und Dezember 1989 die Berliner Mauer fiel, konnte es den meisten Menschen gar nicht schnell genug gehen, die Überreste des Kalten Krieges zu beseitigen. Jenes monströse Bauwerk, das West-Berlin 28 Jahre lang von Ost-Berlin und seinem Brandenburger Hinterland abgeschnitten hatte, wurde binnen weniger Monate – teils mit moderner Technik, teils in minutiöser Handarbeit – dem Erdboden gleichgemacht und das mit solcher Gründlichkeit, dass sich viele Touristen, die heute nach Berlin kommen, enttäuscht fragen: „Where the hell is the Berlin wall?" Das wohl berühmteste Berliner Bauwerk zeichnet sich dadurch aus, dass es de facto nicht mehr existiert. Die Überreste der Mauer, die man vereinzelt noch antrifft,[1] wirken in ihrer Verinselung oft so harmlos, dass es großer Vorstellungskraft oder einer umfassenden Kommentierung bedarf, um sich das perverse System einer bewaffneten Grenze mitten in einer europäischen Großstadt noch heute bewusst zu machen.

Wie verwirrend die wenigen baulichen Überreste wirken können, mag eine kleine Geschichte zur Mauergedenkstätte an der Bernauer Straße veranschaulichen. Obwohl dort neben den dem Westen zugewandten Mauersegmenten mit den charakteristischen Rundteilen auf der Mauerkrone sogar die Hinterlandmauer erhalten geblieben ist, fragten einige Besucher, die die Aussichtsplattform der Gedenkstätte erklommen hatten, allen Ernstes, wie es den DDR-Flüchtlingen gelungen sei, die hohen Edelstahlwände zu überwinden, die quer zur Bernauer Straße stehen. Dass diese im rechten Winkel zu den originalen Mauerteilen aufgestellten Platten Teil der Inszenierung waren, die das authentische Material quasi ins Unendliche spiegeln sollten, war ihnen entgangen[2]. Aber die Touristen hatten natürlich Recht. Im Vergleich zu den Edelstahlwänden wirkten und wirken die Betonplatten nicht

1 Leo Schmidt u. Axel Klausmeier: Mauerreste – Mauerspuren. Der umfassende Führer zur Berliner Mauer. Berlin 2004; Hans-Hermann Hertle: Die Berliner Mauer. Monument des Kalten Krieges, Berlin 2007, 166-175.

2 Vgl. Kommentar von Neil Woodburn, www.gadling.com/2008/01/04/where-on-earth-week-39-berlin-wall; [20.9.2010]; Kerstin Rottmann: Steine, die Antwort geben auf Fragen zur deutschen Teilung. Der Mittelweg zwischen künstlerischer Überhöhung und Authentizität: in Berlin wird heute die neue Mauergedenkstätte eröffnet, http://www.welt.de/

sonderlich spektakulär, ein fataler Eindruck, der in Zukunft durch eine weiträumige Neugestaltung der Mauergedenkstätte behoben werden soll.

Auch wenn es zu den Paradoxien des Berlin-Tourismus gehört, dass die meisten Ausländer in die Stadt an der Spree kommen, um ein Bauwerk zu sehen, das eigentlich nicht mehr existiert, ist es an sich eher eine banale Feststellung, dass Geschichte eine wichtige Ressource für eine Großstadt wie Berlin ist. Man braucht das Gebäude des Duitsland Instituuts gar nicht weit zu verlassen und steht schon im Herzen der historischen Altstadt von Amsterdam, in die natürlich auch jedes Jahr zig-tausende Touristen strömen, weil sie sich von den Zeugnissen der niederländischen Geschichte angesprochen fühlen. „History sells"[3] und das nicht erst seit dem „memory boom" der letzten 30 Jahre. Man denke nur an die Tradition der klassischen Bildungsreisen im 18. und 19. Jahrhundert, die übrigens auch damals schon zu manchen Ruinen führten, die dem Betrachter viel Phantasie und eine profunde Kenntnis der antiken Autoren abverlangten, um sich unter Skulpturenfragmenten und umgestürzten Säulentrommeln erhabene Bauwerke der Vergangenheit vorstellen zu können.

In der Bedeutung von Geschichte als Ressource unterscheidet sich Berlin nicht sonderlich von Amsterdam, London oder Paris, vielleicht nur insofern, als es Berlin an nennenswerten anderen Ressourcen mangelt. Es gibt im Großraum Berlin drei Universitäten, wenn man die Uni Potsdam und die Viadrina in Frankfurt/Oder, die hauptsächlich von Berliner Studierenden besucht werden, hinzuzählt, sogar fünf, zentrale Verwaltungen, einige Firmensitze, Verlage – jetzt zuletzt als Neuzugang Suhrkamp aus Frankfurt am Main –, kulturelle Einrichtungen, aber eben keine breite wirtschaftliche Basis. Diese wurde während der Zeit der Teilung Berlins durch Subventionen künstlich am Leben erhalten, ist seit den 1990er Jahren aber immer weiter geschrumpft. Heute gehört Berlin zu den am höchsten verschuldeten Städten Deutschlands, was der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit etwas drastisch mit den Worten auf den Punkt brachte: „Arm, aber sexy!"[4]

Zur großen Freude der Historiker hat daher auch der Berliner Senat erkannt, dass Geschichte in Berlin eine wichtige Ressource ist. Geschichte ist in der deutschen Hauptstadt aber nicht nur ein Kapital, sondern gleichzeitig ein permanenter Anlass zu Erinnerungskonflikten. Nicht dass es diese in anderen Städten nicht auch gäbe, aber in Berlin erreichen sie eine besondere Heftigkeit, die sich unmittelbar aus der historischen Rolle der Stadt im Verlauf des 20. Jahrhunderts ergibt. Hier befanden sich jene Zentralen der nationalsozialistischen Verfolgungsapparate, von denen aus während des Zweiten

print-welt/article624904/Steine_die_Antwort_geben_auf_Fragen_zur_deutschen_Teilung.html [20.9.2010].

3 Vgl. Wolfgang Hardtwig/Alexander Schug (Hg.): History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt, Stuttgart 2009.

4 Vgl. Martina Löw: Soziologie der Städte, Frankfurt/M. 2008, 187-230.

Weltkrieges die Unterjochung Europas, der Holocaust und die rassistische Neuordnung Europas erdacht und vorangetrieben wurden. Hier war es aber auch, wo der Zweite Weltkrieg auf dem europäischen Kontinent nach dem Selbstmord Hitlers und der Erstürmung Berlins durch die Rote Armee zum Ende kam und mit dem Beginn des Kalten Krieges die bipolare Weltordnung für mehr als vier Jahrzehnte zementiert wurde. Entlang der Sektorengrenzen und der Außengrenze West-Berlins zu seinem Brandenburger Umland standen sich die Ordnungssysteme der westlichen Demokratie und des kommunistischen Lagers unversöhnlich und auf Sichtweite gegenüber. Mit gutem Grund entwickelte sich die seit 1961 in mehreren Etappen errichtete Berliner Mauer daher international zum wichtigsten Symbol der Blockkonfrontation im Kalten Krieg. Fast zwangsläufig konzentrierte sich daher aber auch das Interesse der Welt auf Berlin, als die SED-Diktatur im Herbst 1989 ins Wanken geriet und sich schließlich dammbruchartig in der Nacht vom 9. zum 10. November die Schleusen zum Westen öffneten.

Berlin war schon immer ein heißes Pflaster für geschichtspolitische Auseinandersetzungen. Das galt schon für die Zeit der Nazi-Herrschaft und die Systemkonfrontation des Kalten Krieges und setzte sich in den Deutungskonflikten nach dem Sturz der SED-Diktatur und der Wiedervereinigung Deutschlands unter neuen Vorzeichen fort. Abgesehen vom Ende des Kaiserreichs schrieben sich nach den Systembrüchen des 20. Jahrhunderts alle Umdeutungen der deutschen Geschichte ins Stadtbild von Berlin ein. Dieses Bestreben drückte sich sowohl in der Errichtung neuer markanter Gebäude als auch in der Zerstörung architektonischer Symbole der vorangegangen Perioden aus. Bekannt sind vor allem die Sprengung des Berliner und des Potsdamer Stadtschlosses sowie die Zerstörung der Potsdamer Garnisonkirche in den 1950er und 60er Jahren,[5] mit denen die deutschen Kommunisten die Erinnerung an die preußische Tradition ein für allemal tilgen wollten. Last but not least gehört dazu aber auch der Abriss des Palastes der Republik als wichtigstem architektonischem Symbol der Honecker-Ära in der Mitte Berlins, der in den letzten Jahren vollzogen wurde.
Auch die Nationalsozialisten hatten nach ihrer Machtergreifung nicht lange gezögert und 1935 das erst 9 Jahre zuvor auf dem Berliner Zentralfriedhof eingeweihte Grabmonument für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zerstört. Für Hitlers Gefolgsleute waren die beiden im Januar 1919 ermordeten Heroen der kommunistischen Bewegungen die Inkarnation des Dolchstoßes, der das Deutsche Reich am Ende des Ersten Weltkrieges in den Abgrund gestürzt hatte. Die Zerstörung des von Ludwig Mies van der Rohe entworfenen Denkmals erschien den Nazis daher als eine zwingende pat-

5 Vgl. Martin Sabrow: Steine des Anstoßes. Der Abriss der Potsdamer Garnisonkirche 1968 als Lehrstück ostdeutscher Herrschaftskultur. In: Geschichte als Experiment, in: Daniela Münkel/Jutta Schwarzkopf (Hg.): Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2004, 297-306.

riotische Tat[6]. Gleichzeitig trieben sie den Ausbau Berlins zur repräsentativen Hauptstadt des Dritten Reiches voran, dessen Monumentalarchitektur die des bewunderten Achsenpartners Italien möglichst noch übertreffen sollte[7]. Und obwohl der Krieg Albert Speers gigantomanischen Neubauplänen schließlich einen Strich durch die Rechnung machte, prägen einige der Großbauten der 1930er Jahre das Stadtbild Berlins bis heute, allen voran das Reichsluftfahrtministerium an der Ecke Wilhelmstraße/Leipziger Straße und das Olympiastadion von 1936.

Während sowohl das Ministeriumsgebäude als auch das Stadion über alle Systembrüche bis heute weitergenutzt werden, galten neben dem Stadtschloss auch andere Gebäude wie Hitlers Neue Reichskanzlei an der Ecke Wilhelmstraße/Voßstraße als politisch so stark kontaminiert, dass sie schließlich abgerissen und in den späten Achtzigerjahren durch unverdächtige Wohnhäuser ersetzt wurden. Gleichzeitig erfolgte die Schaffung neuer urbaner landmarks, die die sozialistische Vision des Arbeiter- und Bauernstaates repräsentieren sollten, sei es in Form der Stalinallee, der Höhendominante des Fernsehturms auf dem Alexanderplatz oder des Palastes der Republik, mit dem in den 1970er Jahren der Ort des alten Berliner Stadtschlosses symbolträchtig überbaut wurde.

Nach 1990 bot Berlin dem Betrachter eine verwirrende Vielfalt historischer Bezugspunkte, die vielleicht Anhänger der post-histoire begeistern mochte, aber jene, die sich ein stringentes Narrativ der Geschichte des 20. Jahrhunderts wünschten, zur Verzweiflung trieb. Auch wenn in Berlin schließlich die Freiheit über die Diktatur und der Wille zur Einheit über die künstliche Teilung Europas triumphiert hatten, ergab sich daraus noch keine plausible Erzählung, die die architektonischen Überreste des 20. Jahrhunderts in einen sinnvollen Deutungszusammenhang brachte. Nicht einmal die Idee, die Geschichte des Revolutionsjahres 1989/90 mit einem Freiheits- und Einheits-Denkmal im Herzen Berlins zu dokumentieren, die im letzten Jahr anlässlich des 20. Jahrestags der friedlichen Revolution noch einmal intensiv diskutiert wurde, ist bis heute realisiert worden.

Worauf sich Politiker, Experten und ehemalige DDR-Bürgerrechtler in den 1990er Jahren in zwei Bundestag-Enquete-Kommissionen verständigen konnten, waren Maßstäbe für das Gedenken an die Opfer beider deutscher Diktaturen. Fast ist man geneigt zu sagen, der neue antitotalitäre Grundkonsens der Berliner Republik erschöpfte sich in der Feststellung, dass in der Erinnerung an die Opfer nicht die Verbrechen der einen Diktatur gegen die der anderen aufgerechnet werden durften.[8] In Anbetracht der Prämisse des DDR-Antifaschismus, die Gegner der sozialistischen Ordnung summa-

6 Barbara Könczöl: Die SED und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Frankfurt/M. 2008, 108-115.

7 Vgl. Sven Felix Kellerhoff: Hitlers Berlin. Geschichte einer Hassliebe, Berlin 2005; Matthias Donath: Bunker, Banken, Reichskanzlei. Architekturführer Berlin 1933-1945, Berlin 2005.

8 Schlussbericht der Enquete-Kommission. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit" (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. 1, Baden-Baden 1999, 615;

risch unter Faschismus-Verdacht zu stellen, war das nicht ganz so banal wie es auf den ersten Blick erscheinen mochte, zumal erst Anfang der Neunzigerjahre das ganze Ausmaß der Verfolgungspraxis in den sowjetischen Speziallagern auf dem Boden der späteren DDR bekannt geworden war.[9]

Eine rein opferzentrierte Sicht provozierte aber automatisch zwei Gegenfragen:

1. Kann man der „Opfer an sich" gedenken und dabei den historischen Kontext ausblenden? Konkret: wie gedenkt man eines NS-Täters, der nach 1945 in einem sowjetischen Speziallager gesessen hat oder von einem Sowjetischen Militärtribunal zum Tode oder einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden ist?[10] Aus diesem Problem leitete sich der Vorwurf ab, dass eine Entkontextualisierung des Gedenkens der Komplexität der deutschen Geschichte nicht gerecht wird.

Diese Kritik richtete sich direkt gegen die Entscheidung der Regierung Helmut Kohls von 1993, in der Neuen Wache Unter Linden eine Gedenkstätte für alle „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft" einzurichten.[11] Die zentrale Lage des vor knapp 200 Jahren von Karl Friedrich Schinkel errichteten klassizistischen Gebäudes zwischen Humboldt-Universität, Zeughaus und Staatsoper war bewusst gewählt, um die Neue Wache zu einem prominenten Ort für Kranzniederlegungen durch Staatsgäste zu machen. Die Entscheidung für die Neue Wache stand aber auch in der Tradition des Gebäudes als Stätte des Totengedenkens seit der Weimarer Republik.

Nachdem die Neue Wache von den Nationalsozialisten mit NS-Attributen zum „Reichsehrenmal" aufgerüstet worden war, hatte die DDR am selben Ort in den 1960er Jahren an die Tradition des Totengedenkens angeknüpft, dieses aber nunmehr um das Gedenken an die Opfer der NS-Diktatur erweitert. Im „Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus", wie die Neue Wache seit den späten 1960er Jahren hieß, standen die Urnen eines unbekannten von der SS erschossenen KZ-Häftlings und eines gefallenen deutschen Soldaten stellvertretend für die beiden Opfergruppen, derer im Sinne des staatsoffiziellen Antifaschismus gedacht

---

vgl. Andrew Beattie: Playing Politics with History. The Bundestag inquiries into East Germany, New York 2008.

9 Peter Reif-Spirek/Bodo Ritscher (Hg.): Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit", Berlin 1999; Empfehlungen zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten, Berlin 1992.

10 Annette Weinke: Nachkriegsbiographien brandenburgischer „Euthanasie"-Ärzte und Sterilisationsexperten. Kontinuitäten und Brüche, in: Wolfgang Rose (Hg.): Anstaltspsychiatrie in der DDR. Die brandenburgischen Kliniken zwischen 1945 und 1990, Berlin 2005, 179-235, 225.

11 Stefanie Endlich: Wege zur Erinnerung. Gedenkstätten und -orte für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin und Brandenburg, Berlin 2006, 188-192; Brian Ladd: The Ghosts of Berlin. Confronting German history in the urban landscape, Chicago 1998, 220-224.

werden sollte. Besonders in Erinnerung blieben die DDR-Gedenkrituale vor der Neuen Wache vor allem durch das Zeremoniell der Wachablösung, bei dem die Soldaten der Nationalen Volksarmee mit preußischem Stechschritt vor Schinkels Säulenhalle aufmarschierten.

Um die DDR-Symbolik im Gedenkraum zu überschreiben, wurde in den 1990er Jahren eine schlichte Gestaltung mit einer stark vergrößerten Kopie von Käthe Kollwitz' Skulptur „Mutter mit totem Sohn" von 1937 gewählt. Hatte die DDR in der Neuen Wache der Opfer des NS-Diktatur und des Zweiten Weltkrieges gedacht, so sollten nun auch die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in das Gedenken einbezogen werden.

2. Das war nach dem Umbruch von 1989/90 einerseits konsequent, provozierte aber andererseits die Gegenfrage, wo in einer opferzentrierten Interpretation der deutschen Geschichte die Täter blieben.[12] Nachdem sich seit den 1980er Jahren in der westdeutschen Öffentlichkeit ein weitgehender Konsens herausgebildet hatte, die Mitverantwortung der deutschen Gesellschaft an den nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen anzuerkennen, war es äußerst problematisch, wieder in eine Geschichtsdeutung zurückzuverfallen, die die Verschränkung von Herrschaft und Gesellschaft ausblendete. Dagegen sprachen auch starke bürgerschaftliche Initiativen, die sich erfolgreich darum bemüht hatten, Orte der Täter im Berliner Stadtraum zu markieren und als Stätten des Gedenkens und der politischen Bildung zu nutzen. Zu nennen wäre hier allen voran das Haus der Wannsee-Konferenz, das nach unzähligen Rückschlägen endlich Anfang der 1990er Jahre als Gedenkstätte eingerichtet werden konnte, um am authentischen Ort mit einer Dauerausstellung und Seminarveranstaltungen an die Durchführung des Holocaust unter der Regie des Reichssicherheitshauptamts zu erinnern.[13]

Jenseits schlichter historischer Narrative erschließen sich komplexe Sinnzusammenhänge der Berliner Stadtlandschaft am besten, wenn man die urbane Topographie als archäologische Landschaft versteht. Dann sieht man an der Oberfläche das aktuelle Stadtbild mit Gebäuden und Ensembles aus unterschiedlichen Epochen, die teils weitergenutzt und umgedeutet wurden, daneben Zonen, die – wie im alten Troja – immer wieder überbaut wurden, und andere, die aus unterschiedlichen Gründen Brachland blieben, obwohl sie zeitweise von zentraler Bedeutung waren und die erst heute wieder nach ihrer Freilegung und Markierung im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen.

---

12 Vgl. Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, 183-204.

13 Die Wannsee-Konferenz und der Völkermord an den europäischen Juden. Katalog der ständigen Ausstellung, Berlin 2006, 184-193.

Eine fiktive Probegrabung im Herzen Berlins mag das veranschaulichen. Konkret geht es um das alte und teilweise auch neue Regierungsviertel in Berlin-Mitte, das sich seit dem Kaiserreich um die Wilhelmstraße zwischen Unter den Linden im Norden bis zur Anhalter Straße im Süden konzentrierte[14]. An der Wilhelmstraße lagen das Reichsernährungsministerium, das Reichsjustizministerium, das Auswärtige Amt, Goebbels' Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, die Reichskanzlei mit dem Neubau in der Voßstraße, das Reichsverkehrsministerium, das Reichsfinanzministerium, der Machtkomplex Hermann Görings mit dem Reichsluftfahrtministerium, dem Haus der Flieger im vormaligen Preußischen Landtag und dem Preußischen Staatsministerium in der Leipziger Straße sowie die Terrorzentrale des Reichssicherheitshauptamtes in dem anschließenden Gelände zwischen Wilhelmstraße und Prinz Albrecht-Straße.

Im Zuge der Teilung Berlins kam dieser zentrale Bereich zum Bezirk Mitte und damit zum sowjetischen Sektor. Lediglich die bei Kriegsende teilweise zerstörten Gebäude von Himmlers Terror-Apparat lagen auf West-Berliner Seite. Die ehemals berühmt-berüchtigte Prinz-Albrecht-Straße gehörte hingegen schon zum Ostteil der Stadt und wurde symbolträchtig nach der im KZ Ravensbrück ermordeten kommunistischen Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner umbenannt.[15]

Das bis heute auffälligste Gebäude an dieser Strecke ist Görings Reichsluftfahrtministerium. Es wird heute vom Bundesfinanzministerium genutzt und trägt den Namen „Detlev-Rohwedder"-Haus. Das 1933/34 von Ernst Sagebiel entworfene Monumentalgebäude war der erste Großbau des „Dritten Reichs" in Berlin und stellte eine bewusste Machtdemonstration der neuen Herrschaftseliten dar[16]. Speers Neue Reichskanzlei und der Neubau für Goebbels' Propagandaministerium wurden dagegen erst kurz vor Kriegsausbruch fertig.

Da Hermann Göring als preußischer Ministerpräsident, Beauftragter für den Vierjahresplan und Vorsitzender des Ministerrats für Reichsverteidigung während des Krieges eine zentrale Rolle in der Politik des NS-Staates spielte, wurde sein Ministerium immer wieder zum Ort für strategische Entscheidungen der politischen und rassistischen Verfolgungsmaßnahmen des Dritten Reichs. Nur zwei Tage nach den Novemberpogromen von 1938 fand hier unter Görings Vorsitz jene berüchtigte interministerielle Konferenz statt, mit der die völlige Entrechtung und Enteignung der deutschen Juden durchgesetzt wurde, die ihrer Existenz in Deutschland die Grundlage entziehen sollte. Und es war wiederum Göring, der – bildlich gesprochen: nur über die Straße hinweg – den Chef des RSHA Reinhard Heydrich zunächst im Januar 1939, dann nach dem Überfall auf die Sowjetunion noch

14 Zur Topographie des Berliner Regierungsviertels vgl. Materialien zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Hg. v. der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Berlin 2005, 17.
15 Vgl. Stefanie Endlich: Wege zur Erinnerung, 247f.
16 Ebd., 250.

einmal unter ganz anderen Rahmenbedingungen am 31. Juli 1941 beauftragte, die Endlösung der Judenfrage vorzubereiten.[17]

Obwohl das Reichsluftfahrtministerium ganz zweifellos zu den Orten der Täter gehörte, bot es sich aufgrund seiner zentralen Lage und der minimalen Kriegszerstörungen für eine Weiternutzung nach 1945 an. Nachdem es zeitweilig von der Sowjetischen Militäradministration genutzt worden war, tagte hier seit 1947 die Deutsche Wirtschaftskommission, die – parallel zum Frankfurter Wirtschaftsrat der westdeutschen Bizone – zur Keimzelle der späteren DDR-Regierung werden sollte. Zwei Jahre später konstituierte sich im Festsaal die Provisorische Volkskammer, die am 7. Oktober 1949 die DDR proklamierte. Seit 1950 beherbergte das Gebäude mehrere Ministerien der DDR und erhielt daher den Namen „Haus der Ministerien".

Was den Charakter des Gebäudes als NS-Täterort nach 1945 etwas abmilderte, war die Tatsache, dass in Görings Reichsluftfahrtministerium wichtige Mitglieder der der Sowjetunion nahe stehenden Widerstandsorganisation „Rote Kapelle" gearbeitet hatten, so Harro Schulze-Boysen, der der Nachrichtenabteilung des Hauses seit 1934 angehört hatte. Im Andenken an dieses antifaschistische Erbe wurde im Haus der Ministerien eine „Schulze-Boysen/Harnack-Gedenkstätte" eingerichtet[18].

Um die an die NS-Vergangenheit erinnernde äußere Gestalt des Gebäudes nicht nur mit Fähnchen und Bannern zu verhängen, sondern dauerhaft zu überschreiben, wurde 1952 im Säulenhof ein 24 Meter langer Wandfries aus Meißner Porzellankacheln angebracht, der die DDR und den Siegeszug des Sozialismus im Stile der sowjetischen Propagandakunst verherrlichte. Das Bildprogramm Max Lingners spiegelte die Euphorie der SED-Parteiführung wider, als sie auf der II. Parteikonferenz vom Juli 1952 mit dem Segen Stalins den Aufbau den Sozialismus in der DDR proklamieren konnten.[19]

Die nachfolgende politische Radikalisierung stürzte den jungen Arbeiter-und-Bauern-Staat dann aber in seine erste Existenzkrise, die dazu führte, dass ein knappes Jahr später genau auf diesem Platz der Auftakt zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 stattfand. Gerade jene Arbeiter, die auf dem Wandfries idealisiert worden waren, traten nun ihren angeblich so „geliebten Führern" gegenüber und forderten ihren Rücktritt, demokratische Wahlen und das Ende der deutschen Teilung. Von daher ist das „Haus der Ministerien" in der Topographie Berlin auch ein zentraler Ort der Opposition gegen den SED-Staat und des Bekenntnisses zur deutschen Einheit.

37 Jahre später, nach dem Ende der DDR wurde das Gebäude zum Sitz der Treuhandanstalt und damit einer der wichtigsten Behörden im Prozess der Herstellung der inneren Einheit. Sie war verantwortlich für die gesamte Transformation der volkseigenen Wirtschaft der DDR in das privatkapi-

17 Faksimile in: Die Wannsee-Konferenz, 78 (Dok. 7.4.4).
18 Stefanie Endlich: Wege der Erinnerung, 250.
19 Zu Max Lingner vgl. Andreas Schätzke: Rückkehr aus dem Exil. Bildende Künstler und Architekten in der SBZ und frühen DDR, Berlin 1999, 101-109.

talistische System der Bundesrepublik.[20] Dabei überlagerten sich im deutschen Fall die „normalen" Probleme der Systemtransformation in allen postkommunistischen Staaten mit alten Eigentumsansprüchen aus der Zeit vor der Enteignung durch die DDR, durch die sowjetische Besatzungsmacht oder im Prozess der sogenannten „Arisierung". Die Kritik an der praktischen Arbeit der Treuhand nutzte schließlich auch die längst tot geglaubte RAF, um im April 1991 mit der Ermordung des ersten Treuhandchefs Detlev Carsten Rohwedder spektakulär auf sich aufmerksam zu machen. Er war quasi eines der letzten Opfer des westdeutschen Terrorismus, so dass sich das Gebäude auf tragische Weise auch mit diesem Kapitel der deutschen Geschichte verbindet.

In Anbetracht dieser komplexen Zusammenhänge wird heute versucht, die verschiedenen Zeitschichten zu dokumentieren und zu kommentieren.[21] Ein Projekt, das nicht nur die Geschichte des Reichsluftfahrtministeriums, sondern aller wichtigen Dienstgebäude im Regierungsviertel erläutert, wird von der Stiftung Topografie des Terrors betreut. Unter dem Titel „Geschichtsmeile Wilhelmstraße" geben 23 Bild- und Texttafeln Auskunft über die Geschichte der prominenten Adressen.[22]

Quasi in Kontinuität der Schulze-Boysen/Harnack-Gedenkstätte im Haus der Ministerien befindet sich heute im Foyer des Bundesfinanzministeriums eine Dokumentation der Widerstandsgruppe, die von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand betreut wird.[23] Heftige Auseinandersetzungen gab es um die Formen der Erinnerung an den 17. Juni 1953. So wurde zunächst nur eine Gedenktafel neben dem Wandfries in der Säulenhalle anlässlich des 40. Jahrestags des Volksaufstandes 1993 angebracht. Zu diesem Zeitpunkt war der 17. Juni als Nationalfeiertag bereits zugunsten des 3. Oktober abgeschafft worden. Erst 2000 konnte ein großflächiges in den Boden eingelassenes Denkmal des Künstlers Wolfgang Rüppel mit einem Foto des Aufstands vis-à-vis des Wandbildes 1952 eingeweiht werden, das dessen Dimension aufgreift und seiner Bildsprache entgegentritt[24]. Der gravierende Nachteil dieses Denkmals besteht allerdings darin, dass es von den meisten Passanten rein optisch weitaus weniger wahrgenommen wird als das Wandbild von 1952.

Wo früher hinter dem Haus der Ministerien direkt die Systemgrenze des Kalten Krieges verlief, geht man heute einfach über die schon genannte Niederkirchnerstraße und steht dann tatsächlich vor der Mauer, denn dank des beherzten Eingreifens einiger Denkmalschützer ist hier ein längeres Teil-

20 Wolfgang Seibel: Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990-2000, Frankfurt/M. 2005.
21 Laurenz Demps/Eberhard Schultz/Klaus Wettig (Hg.) Bundesfinanzministerium – ein belasteter Ort?, Berlin 2002.
22 Geschichtsmeile Wilhelmstraße. Eine Begleitbroschüre zur gleichnamigen Ausstellung, bearb. v. Claudia Steur, Berlin 2006.
23 Stefanie Endlich: Wege der Erinnerung, 250.
24 Anne Kaminsky (Hg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, Bonn ²2007, 84-86.

stück erhalten geblieben. Unmittelbar dahinter befindet sich das Gelände des Reichssicherheitshauptamtes. In diesem waren seit 1939 alle Dienststellen der Gestapo und der SS unter der Leitung Reinhard Heydrichs vereinigt, mithin die Zentrale des gesamten NS-Terrorapparats, die mit dem Krieg ihren Aktionsradius auf alle Länder des von der Wehrmacht besetzten Europas ausdehnte.

In Anbetracht der Kriegszerstörungen an den von Gestapo und SS genutzten Gebäuden wurde in den Fünfzigerjahren darüber nachgedacht, alle architektonischen Reste abzureißen und auf den Trümmern einen Hubschrauberlandeplatz als Zentrum einer modernen urbanen Infrastruktur zu errichten. Mit dem Bau der Mauer geriet das Areal jedoch völlig ins Abseits, und obwohl es nur wenige Meter vom historischen Regierungsviertel entfernt lag, verwahrloste es in den Sechziger- und Siebzigerjahren zusehends. Mitte der Siebzigerjahre erinnerte nichts mehr an seine frühere Funktion. Unter West-Berliner Jugendlichen war es berühmt-berüchtigt für sein Autodrom („Fahren ohne Führerschein") und eine Transvestitenbar („Dreamboy's Lachbühne"), die vom Besitzer des Autodroms betrieben wurde[25].

Erst die Geschichtswerkstättenbewegung der späten Siebzigerjahre und der Berliner „Tunix-Kongress" von 1978 lenkten den Blick auf die historische Bedeutung des Ortes. In den folgenden Jahren schufen Aktivisten aus der alternativen Gegenkulturbewegung ein neues Bewusstsein für die dunklen Seiten der städtischen Topographie, indem sie das Motto der „Grabe, wo du stehst"-Bewegung ganz wörtlich nahmen und zum Spaten griffen, um die Fundamente der Gebäude auf dem Areal des Reichssicherheitshauptamtes mit archäologischen Mitteln freizulegen. Die Freilichtausstellung, die daraus in den späten Achtzigerjahren entstand und die der Öffentlichkeit anlässlich der 750-Jahrfeier der Stadt 1987 zugänglich gemacht wurde, ist trotz oder vielleicht gerade wegen ihres provisorischen Charakters zu einem Besuchermagneten in Berlin geworden[26].

Das zeigt aber, dass sich in den 1980er Jahren auch die Mehrheitsgesellschaft gewandelt hatte. Seit den Neunzigerjahren wurden zunächst der Berliner Senat und dann der Bund zu Trägern der neuen Stiftung Topographie des Terrors, die sich seither um die museale Gestaltung des ehemaligen Gestapo-Geländes kümmert. Nach vielen Rückschlägen ist für dieses Jahr die Eröffnung der Dauerausstellung vorgesehen, für die zurzeit ein neues Museumsgebäude entsteht. Wichtig ist, dass dieses nicht nur den Verfolgungsapparat des Reichssicherheitshauptamts, den Terror gegen politisch Andersdenkende und die Durchsetzung des rassistischen Prinzips bis zur letzten Konsequenz des Völkermords dokumentiert, sondern auch den

25 Stefanie Endlich: Wege der Erinnerung, 98f.
26 Dies.: Orte der Erinnerung. Relikte, Überformungen, Interpretationen, in: Thomas Schaarschmidt (Hg.): Historisches Erinnern und Gedenken im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2008, 91-107.

nachlässigen Umgang mit diesen Schattenseiten der eigenen Geschichte in der deutschen Nachkriegsgesellschaft bis in die 1970er Jahre[27].

Der prominenteste Ort im alten Regierungsviertel um die Wilhelmstraße, an dem nach 1990 durch eine bewusste Überschreibung der Topographie eine neue historische Sinndeutung erreicht wurde, ist das Denkmal für die ermordeten Juden Europas auf halber Strecke zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz direkt am Tiergarten. Bis zum Fall der Mauer lag das Areal mitten im Grenzgebiet und war normal Sterblichen nicht zugänglich. Vor 1945 erstreckten sich hier die Gärten der angrenzenden Ministerien. Eines der wenigen Gebäude auf diesem Gelände war Goebbels Dienstvilla, von der nur der Bunker erhalten geblieben ist.

Als 1988 der Plan für ein Denkmal zur Erinnerung an die Opfer des Holocaust erstmals öffentlich diskutiert wurde, war das Grundstück des Reichssicherheitshauptamts noch im Gespräch. Die Vorstellungen eines Denkmals passten zu aber schon diesem Zeitpunkt nicht mehr zu den Plänen für eine Markierung des Gestapo-Geländes als Ort der Täter und wurden daher verworfen. Nachdem die Mauer gefallen war, erkannten die Initiatoren des Denkmals um die Publizistin Lea Rosh die einmalige Chance, die sich bot, und schlugen als neuen Standort das Gelände [Zitat] „zwischen dem Brandenburger Tor und der ehemaligen Reichskanzlei […] auf den Trümmern des Zentrums der Nazi-Macht“ vor[28]. Die Debatte über den Ort und die Gestaltung des Denkmals zog sich dann allerdings noch bis 1999 hin. Nachdem der Entscheidungsprozess über die Gestaltung des Denkmals Mitte der 1990er Jahre in eine schwere Krise geraten war, votierte der Bundestag erst unter der rot-grünen Koalition Gerhard Schröders dafür, den repräsentativen Ort in der Mitte Berlins zu nutzen, um mit dem großflächigen Denkmal Peter Eisenmans an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte zu erinnern.

Obwohl immer wieder prominente Vertreter – wie der Berliner Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, der Schriftsteller Martin Walser und zeitweilig sogar der spätere Kulturstaatsminister Michael Naumann – das Wort ergriffen und das gesamte Denkmals-Unternehmen ablehnten, gehört es doch zu den bemerkenswerten Erfolgen des Denkmalstreits, dass das Zustandekommen des Projektes nie grundsätzlich in Frage stand. Natürlich fand ein Schriftsteller wie Martin Walser gerade auch in der älteren Generation Resonanz, als er 1998 das Denkmal in der Mitte Berlins als „Dauerpräsentation unserer Schande“ verurteilte,[29] aber es zeugte letztlich davon, wie stark der politische und gesellschaftliche Konsens über die grundlegende Bedeutung des Holocaust als moralisches Fundament der

27 Vgl. Topograpie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt in der Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße. Eine Dokumentation. Katalogband zur gleichnamigen Präsentation, Berlin ²2010. Der Umgang mit dem historischen Ort nach 1945 nimmt in der neuen Ausstellung nur geringen Raum ein.

28 Zit. nach Günter Schlusche: Ein Denkmal wird gebaut. Geschichte, Planung und baulicher Kontext, in: Materialien zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas, hg. v. der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Berlin 2005, 14-29, 15.

29 Ebd., 23f.

demokratischen Nachkriegsordnung in den 1990er Jahren etabliert war, dass er sich damit automatisch ins politische Abseits manövrierte.

Daran änderten auch die geschichtspolitische Neuverortung des wiedervereinigten Deutschlands nach dem Sturz der SED-Diktatur und die Formulierung eines neuen antitotalitären Grundkonsenses nichts. Obwohl die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in den 1990er Jahren breiten Raum einnahm, blieb die Erinnerung an die Menschheitsverbrechen des nationalsozialistischen Deutschland primärer Referenzpunkt für die politische Kultur. Von vornherein war die Aufarbeitung der SED-Diktatur mit der etablierten Gedenkkultur gekoppelt,[30] im Falle des DDR-Antifaschismus könnte man mit Christoph Kleßmann auch sagen „asymmetrisch verflochten". Von daher blieben Stimmen, die versuchten, den einen Verbrechenskomplex gegen den anderen aufzurechnen, Randerscheinungen, die in den Debatten um das Holocaust-Mahnmal keine Rolle spielten.

Entscheidend waren die Fragen der Gestaltung, des Ortes und der Opfer, derer gedacht werden sollte. Das Ergebnis, das seit 2003 gebaut und 2005 eröffnet wurde, ist Eisenman II mit dem unterirdischen „Ort der Information". Letzterer war ein Kompromiss zwischen dem von Peter Eisenman und ursprünglich auch von Richard Serra entworfenen 19.000 m2 großen Stelenfeld und dem Wunsch der politisch Verantwortlichen nach einer didaktischen Komponente.[31] Der „Ort der Information" ist quasi eine Umkehrung des archäologischen Prinzips, das ich eingangs erwähnte. Mit den vier Themenräumen wird die Geschichte quasi wieder in den Boden eingegraben. An einem Ort wie Berlin, der in der öffentlichen Wahrnehmung als zentraler Ort der Täter im Nationalsozialismus konnotiert ist, entfaltet die Ausstellung zusammen mit dem Denkmal eine enorme suggestive Wirkung. Während das Stelenfeld ganz unterschiedliche Aneignungsformen zulässt, die oft sehr profan sind,[32] bieten die Themenräume eine außerordentlich gelungene Mischung aus emotional bewegenden Zeugnissen und grundlegenden Informationen über den Holocaust.

Eine Frage, die die Planung des Denkmals von Anfang an begleitete, war die Erinnerung an andere Gruppen rassisch Verfolgter. Nachdem die Entscheidung gefallen war, das Holocaust-Mahnmal ausschließlich den jüdischen Opfern des NS-Terrors zu widmen, entstanden sofort Pläne, parallele Denkmäler für andere Opfergruppen zu schaffen. Das älteste Projekt ist das Denkmal, das an die ermordeten Sinti und Roma erinnern soll. Nachdem es

30 Thomas Schaarschmidt: Auf dem Weg zu einem neuen antitotalitären Grundkonsens? Die Erinnerung an die Diktaturvergangenheit und der Übergang zur Demokratie in Deutschland nach 1945 und 1989, in: Thomas Großbölting/Raj Kollmorgen u.a. (Hg.): Das Ende des Kommunismus. Die Überwindung der Diktaturen in Europa und ihre Folgen. Essen 2010, 29-41, 36f.

31 Schlusche: Denkmal, 25-29.

32 Vgl. Christian Saehrendt: Information beeindruckt mehr als Kunst. Eine Umfrage unter Schülern nach deren Besuch des Holocaustmahnmals, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.1.2007.

lange Zeit am Streit um die angemessene Bezeichnung der Opfer als „Sinti und Roma“ oder als „Zigeuner“, als die sie verfolgt wurden, scheiterte, wurde Ende 2008 mit dem Bau des von Dani Karavan entworfenen Denkmals am Reichstag begonnen.[33]

Die Berliner Geschichtslandschaft ist bis heute in Bewegung. Es wird eingegraben und ausgegraben, abgerissen und überbaut – fast möchte man sagen: wie in jeder anderen Stadt auch. Was Berlin vielleicht doch von anderen Städten unterscheidet, ist der politisch-historische Symbolgehalt dieser Maßnahmen. Das große öffentliche Interesse, das die Debatten um die historische Topographie der Stadt hervorrufen, und die Ernsthaftigkeit, mit der diese Grundfragen der deutschen Geschichte verhandelt werden, zeigen, dass dieser Stadt und der deutschen Gesellschaft insgesamt ihre Geschichte sehr wichtig ist, sie zeigen aber auch, dass es im wachsenden zeitlichen Abstand und nach dem Generationenwechsel der letzten Jahrzehnte leichter wird, unverkrampft über die schwärzesten Seiten der deutschen Geschichte zu sprechen.

Das führt mich zu meiner Ausgangsfrage zurück: Geschichte nicht nur als Last, sondern auch als Ressource? Natürlich freuen wir uns als Historiker darüber, wenn die Stadt Berlin die Schattenseiten ihrer Geschichte nicht mehr verstecken will, sondern viel Geld in Gedenkstätten investiert und schon heute langfristig für Veranstaltungen zum 80. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung 2013 plant. Auf der anderen Seite schwingt immer etwas die Sorge mit, dass Geschichte, wenn sie als Ressource entdeckt wird, hemmungslos kommerzialisiert werden kann – und kommerzialisiert wird. Wer wollte das verhindern? Zuletzt sicherlich die Fachhistoriker. Für Berlin spricht aber, dass es hier bei allen Projekten des Senats und der Bundesregierung eine intensive wissenschaftliche Beratung gegeben hat, die als Korrektiv wirkt. Das hat Berlin bisher davor bewahrt, zu einem Disneyland des Zeitalters der Diktaturen zu werden. Was dem Besucher in Berlin geboten wird, ist kein bebildertes Narrativ, sondern im besten Sinne des Wortes „work in progress“ mit vielen offenen Wunden, die vielleicht gerade deshalb attraktiv sind, weil sie zum Nachdenken anregen und den Besucher berühren. Wenn das erreicht werden könnte, wären Last und Ressource kein Widerspruch.

33 An die Verbrechen erinnern. Pressemitteilung der Bundesregierung, www.bundesregierung.de/Content/DE/ Archiv16/Artikel/2008/12/2008-12-19-denkmal-sinti-und-roma.html [14.9.2010].

Marc van Berkel

Die Schweiz und die Ukraine: Eine doppelte Vergangenheitsbewältigung

Im März 2009 besuchte ich im Rahmen des Austauschprogrammes *Lessons from the Holocaust* zusammen mit niederländischen Kollegen die Ukrainische Hauptstadt Kiew. Wir trafen dort Lehrer und Wissenschaftler, mit denen wir uns über die methodischen Probleme der Vermittlung des Holocausts an Schulen, Hochschulen und Universitäten in der Ukraine und den Niederlanden unterhielten. Einer von ihnen, Leiter der ukrainischen Delegation, ist Geschichtslehrer an einem Gymnasium in Gadiach, einer ukrainische Kleinstadt südöstlich von Kiew. Zu unserem Staunen behauptete er, dass er erst im Jahre 2002 vom Ausmaß der Judenpogrome in seinem Land zwischen 1941 und 1943 erfahren hatte. „Wir wussten, dass es früher mehr Juden gab als jetzt", sagte er uns, „aber wir haben nie gewusst, wie schrecklich die Lage für Juden eigentlich gewesen ist."

„Der Holocaust durch Gewehrkugeln", so wird diese erste Stufe des Massenvernichtungsprozesses genannt. Die Ukraine – und andere Sowjetrepubliken – waren Schauplatz von Massenerschießungen noch bevor es Pläne zum Bau von Vernichtungslagern gab. Zwischen Juni und Dezember 1941 wurde die Ukraine erobert und durch Einsatzgruppen von unerwünschten Elementen „gesäubert". In diesen sechs Monaten wurden ungefähr 300.000 Menschen ermordet: Juden, Sinti, Roma, sowjetische Kriegsgefangene und Partisanen. Während der deutschen Besatzung des Reichskommissariats Ukraine (bis März 1944) wurde schätzungsweise eine Million jüdischer Ukrainer umgebracht. Laut sowjetischer Angaben lebten über 1,5 Millionen Juden 1939 in der ukrainischen SSR (5% der Bevölkerung). Heute gibt es noch ungefähr 90.000 Juden in der Ukraine.[1]

Den tragischen Höhepunkt dieser Maßnahmen bildeten die Ereignisse am 29. und 30. September 1941. An diesen zwei Tagen wurden, westlich von Kiew in der Nähe der Schlucht Babi Yar, 33 771 Juden von Angehörigen der SS, der Deutschen Polizei und dem Sechsten Armeekorps erschossen. In anderen Städten ereigneten sich ähnliche Schießereien: in Djenpropretrovsk wurden im Oktober 1941 ungefähr 10 000 Juden getötet.

1 Karel Berkhoff Harvest of despair: Life and death in Ukraine under Nazi Rule, Cambridge 2004, 10-16

Wir besuchten, ebenfalls im März 2009, ein modernes Gymnasium in Kiew. Im gesamten Lehrplan wird diesem ukrainischen Holocaust nur eine Unterrichtstunde eingeräumt. Dreißig Minuten in der 10., und dreißig in der 11 Klasse. Seit 1998 werden die Geschichtslehrer allerdings zu einem Pflichtkurs über Holocaustvermittlung geschickt und mehr als tausend junge ukrainische Dozenten wurden mit Unterstützung der Anne Frank Stiftung und des niederländischen Bildungsministeriums weitergebildet. Das jetzige politische Klima in der Ukraine scheint sich aber eher ungünstig auszuwirken: 34% der Ukrainer wählten die antisemitische und xenofobe Nationale Partei. Es gibt kein Museum zu Babi Yar oder dem Holocaust in der Ukraine.

Wie war es möglich, dass so viele Ukrainer so lange nichts von diesen Ereignissen ahnten? Und weshalb wird dies in den ukrainischen Schulen noch immer nicht unterrichtet? Es ist in den letzten Jahrzehnten viel gesagt und geschrieben worden über die Verknüpfung des Themas „Holocaust" mit Begriffen wie Vorurteile und Stereotypen, Demokratie, Menschenrechte, individuelle und kollektive Verantwortung und Zivilcourage. Diese Begriffe sind vielleicht vermittelbar, aber in diesem historischen Kontext nicht einfach zu konkretisieren. Die verschiedenen Problemfelder sind von großen nationalen Unterschieden geprägt – hinsichtlich der komplexe Historisierung des Themas oder der pädagogisch-didaktischen Verbindung zur Aktualität. Denken Sie nur an unsere multikulturellen Schulklassen oder den real-existierenden Rechtsextremismus bzw. Antisemitismus. Ein weiteres Problem bildet die staatlich beeinflusste Historiographie, einschließlich des national beschränkten Geschichtsunterrichts oder, besser gesagt: die Abwesenheit transnationaler Vergleiche und eines Austausches von Geschichtsschreibung, für die der Geschichtsunterricht einen kontinuierlichen Prozess der Selbstvergewisserung darstellt.

Ich werde versuchen mich hier auf das letztgenannte Problemfeld zu beschränken, die Darstellung der Nation im Geschichtsunterricht. Wirkt die Nationalgeschichte als eine „Falle" in Bezug auf die fruchtbare Vermittlung des Themas Holocaust? Und wenn ja, in welcher Hinsicht? Dazu erlaube ich mir einen kleinen Ausflug in zwei Staaten, die auf den ersten Blick wenig übereinstimmen, was ihre Aufarbeitung der unmittelbaren Vergangenheit anbelangt. Der schon seit 1291 bestehende Kleinstaat Schweiz mit einer Bevölkerung von rund 7,4 Millionen und vier Landessprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch) und der erst 1991 aus den Ruinen des Sowjetkommunismus entstandene (mehrsprachige) Staat Ukraine mit 45 Millionen Einwohnern. Beide Staaten haben sich aber seit 1945 in sehr mühsamer Weise mit ihrer nationalen Vergangenheit im historischen Kontext vom Nationalsozialismus, Zweiten Weltkrieg und Holocaust auseinandergesetzt. In beiden Gesellschaften scheinen breite Schichten der Bevölkerung noch einem mythologisierten Geschichtsbild verhaftet zu sein. Teilweise wurde – und werden – diese Vorstellungen von den politischen Eliten unterstützt und sogar geprägt; sie sind oft eng mit der nationalen Identität verknüpft und damit Teil des Geschichtsbewusstseins geworden.

Laut Schweizer Historikern wie Georg Kreis, Edgar Bonjour oder Urs Altermatt lassen sich mindestens zwei Nationalmythen unterscheiden: der Neutralitätsmythos und der Mythos des Abseitsstehens. „Viele Schweizer sind halt der Überzeugung dass man besser fährt, wenn man sich aus vielem zurückhält."[2] Der Schweizer Schulbuchforscher Markus Furrer hat sich 2004 mit der Vermittlung dieser Mythologisierung der Geschichte in eidgenössischen Unterrichtsmaterialien beschäftigt[3]. Bis Ende der 1980er Jahre blieb die „volle und bewaffnete Neutralität" während des Zweiten Weltkrieges in den meisten Geschichtsbüchern Erklärungsgrund dafür, warum das Land sich erfolgreich aus dem Krieg heraushalten konnte. Von wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Dritten Reich, wie etwa die Lieferungen von Industrieprodukten und Waffen, der über die Schweiz abgewickelte Gold- und Devisenhandel oder die Dienstleistungen der Schweizerischen Bundesbahnen, war nicht oder allenfalls nur indirekt die Rede.

Die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg wurde Mitte der 1990er Jahre jedoch zur wichtigsten Frage in einem Historikerstreit. Inwiefern war die intensive Kooperation mit dem „Dritten Reich" notwendig gewesen für das Überleben dieses Kleinstaates und inwieweit war sie Ausdruck eines politisch-ideologischen Nachgebens? Das schwärzeste Kapitel in dieser Kontroverse betrifft die Schweizer Flüchtlingspolitik kurz vor und während des 2. Weltkriegs. Es bedeutete eine deutliche Zäsur mit der helvetischen humanitären Tradition; das eidgenössische „terre d'asile", Sitz des Roten Kreuzes, wurde zwischen 1933 und 1945 völlig von einer Politik des Überlebens und Selbstschutzes überschattet.

Einige Beispiele. Nach dem Anschluss 1938 flüchteten tausende österreichische Juden in Richtung Schweizer Grenze. Ab dem 4. Oktober 1938 galt aber für alle deutschen „Nicht-Arier" die Visumpflicht. Der Zulauf von Juden aus den Nachbarländern – die damals noch mit deutschen Pässen reisen konnten – wurde vom Bundesrat zum Anlass genommen, um alle Reisedokumente von „Nicht-Ariern" – d.h. auch Schweizer Juden – mit einem gelben J zu kennzeichnen. Inhaber von solchen Pässen bekamen kein Schweizer Visum. Damit wurde das Los vieler jüdischer Flüchtlinge, die nach oft monatelangen und lebensgefährlichen Reisen meinten, endlich die rettende Insel Schweiz erreicht zu haben, rücksichtslos besiegelt: Sie wurden der Gestapo übergeben. Obwohl viele Schweizer Behörden die Weisungen nicht immer sehr streng befolgten und es auch erfolgreichen Menschenschmuggel gab, wurden während des Krieges zehntausende jüdische Flüchtlinge nach Deutschland abgeschoben. „Das Boot war voll", schrieb Alfred Häsler 1967,[4] die Angst vor Überfremdung und einer „Verjudung" des Landes war anscheinend groß in der Schweiz, obwohl damals auf

2 Markus Furrer: Die Nation im Schulbuch – zwischen Überholung und Verdrängung. Leitbilder der Schweizer Nationalgeschichte in Schweizer Geschichtslehrmitteln der Nachkriegszeit und Gegenwart, Hannover 2004.
3 Ebd.
4 Alfred A. Häsler: Das Boot ist voll..Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, Zürich 1967.

eine Gesamtbevölkerung von 4 Millionen nur etwa zehntausend Einwanderer kamen. Erst 1999 wurde im sogenannten Bergier-Bericht eine Schätzung der Anzahl der durch Schweizer Grenzbeamten zurückgewiesenen jüdischen Flüchtlingen genannt: Es dürften rund 25 000 gewesen sein.

Als beispielhaft für die mangelnde Schweizer Vergangenheitsbewältigung kann der Fall Paul Grüniger genannt werden. Während seiner Dienstzeit als Hauptmann half er hunderten von Flüchtlingen über die Grenze – nach seinen eigenen Angaben 2 bis 3 000 – und wurde darum 1939 wegen Urkundenfälschung und Vergehen gegen den Staat angeklagt und vom Dienst suspendiert. Erst im Jahre 1993 wurde Paul Grüniger von der Schweizer Regierung politisch und 1995 vom St. Galler Bezirksgericht juristisch rehabilitiert – 13 Jahre nach seinem Tod.

Die Schweiz entging auf diese Weise einer Besetzung durch fremde Mächte; die Einwohner erlebten die Epoche des Faschismus nicht als Bruch in ihrer Geschichte. So hielt sich über die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges hinaus ein Geschichtsbild, das den Krieg und den Holocaust als außernationale Ereignisse der Weltgeschichte einordnet. Der Schweizer Historiker Urs Altermatt stellte dies wie folgt da:

> **Die Schweizer sahen sich gleichsam als ein von Gott auserwähltes Volk, das Dank Opfermut, einer klugen Regierung und einer starken Armee die Kriegszeiten aus eigenen Kräften überlebt, die Souveränität des Staates und die immerwährende Neutralität bewahrt sowie die Traditionen der humanitären Dienste aufrechterhalten habe.**[5]

Am populären Geschichtsbild änderte sich in der Schweiz also wenig.

Warum ist das wichtig? Die Haltung zur eigenen Geschichte, so wie sie sich im Bewusstsein der Schweizer Bevölkerung manifestiert, erweist sich als einer der stärksten Einflussfaktoren bezüglich der Werthaltung gegenüber der Welt- und Europa-Politik. In Abstimmungsfragen in den 1980er und 90er Jahren, entschieden sich viele Schweizer gegen das Mitmachen im europäischen Wirtschaftsraum bzw. einen UNO- oder EU-Beitritt.

Das kollektive Gedächtnis in Bezug auf den Holocaust ist in beiden Staaten von Mythenbildung geprägt. In der ehemaligen Sowjetunion wurden nationale Helden geehrt und Militärerfolge gefeiert. Natürlich wurde nach Stalins Tod die Lage etwas besser – 1961 erschien z. B. Jevtoesjenkos Gedicht Babi Yar – aber nicht wesentlich. In der westlichen Welt war der Eichmannprozess (1961-1962) ein bedeutender Moment in der Entwicklung eines kollektiven Gedächtnisses bezüglich des Holocausts. Die jüdische Identität (und damit die des Staates Israels) wurde durch diese Ereignisse bestätigt.

5 Furrer: Die Nation im Schulbuch, 41.

Außerdem wurde das Thema endgültig Teil eines westlichen Bildungssystems.

Nicht aber in der Ukraine. Hier entstand zu Sowjetzeiten eine individuelle Selbstzensur als Überlebungsstrategie inmitten dieses Kollektivzwangs.[6] Auf diese Weise verschwanden langsam konkrete Erinnerungen an die Holocaustopfer. Diese Mentalität existiert noch immer; in unsicheren Zeiten braucht die sich entwickelnde „civil society" einen zukunftsorientierten geistigen und nationalen Neuanfang. Opfer brauchen Erinnerungen, Täter und Zuschauer nicht. Die wollen vergessen.

Die nationale Geschichtsschreibung baut auf solche Mythenbildung. Für sogenannte westliche Staaten wie Deutschland, die Niederlande oder die Schweiz trifft das genauso zu wie für die neuen Staaten Osteuropas. Das Ende des Kalten Krieges deutete sich zudem eine Veränderung der nationalen Identität an. Die Entwicklung supranationaler Strukturen, Einwanderungsfragen und das Verschwinden traditioneller Feindbilder entfaltete neue Diskussionen zum Thema nationale Identität. Entscheidend dabei ist, inwiefern diese Identität mythologisch beladen ist. Manch staatliche Identität ist nämlich eine historisch und nicht ethnisch definiert. Viele Länder können sich nicht auf eine ethnisch homogene Abstammungsgemeinschaft berufen. Die Politik der Schweiz ist durch ihr Selbstverständnis als Willensnation geprägt. Die nationale Identität basiert nicht auf einer gemeinsamen Sprache und Kultur, sondern auf einer gemeinsamen Geschichte. Als neutraler und mehrsprachiger, auf sich selbst gestellter Kleinstaat bildet sie einen Sonderfall in Europa. In der Schweiz stehen sich grundsätzlich zwei Positionen gegenüber. Auf der einen Seite ein nationalkonservatives Konzept der eidgenössischen Vergangenheit, das der politischen Neutralität als nationalem Archetypus nachtrauert, auf der anderen Seite ein modernes und weltoffenes Lager, das die nationale Vergangenheit eher als eine Reihe von Diskontinuitäten betrachtet.[7]

In der Ukraine ist die politische Lage ebenso uneinheitlich. Während die pro-westlichen Parteien eine baldige EU- und NATO-Mitgliedschaft anstreben, ist die südliche und östliche Bevölkerung für eine Annäherung an Russland. Eben in diesem Teil des Landes gibt es viel Widerstand gegen die Aufarbeitung der Vergangenheit. Dank des französischen Priesters Patrick Desbois wissen wir inzwischen viel mehr über den Holocaust in der Ukraine. Desbois hat hunderte von Massengräbern ausfindig gemacht und mehr als 800 Zeitzeugen befragt. Rund 800 Schauplätze von Erschießungen hat er entdeckt, von denen mehr als zwei Drittel zuvor unbekannt waren. In seinen Interviews erinnern sich alte Männer und Frauen, wie jüdische Mitbürger und Dorfbewohner erschossen oder lebendig begraben wurden. Als Kinder mussten sie damals helfen die Leichen zu begraben oder zu verbrennen. Mehr als sieben Jahre widmete sich Desbois der Forschung und der

6 O. Figes: The Whisperers. Private Life in Stalin's Russia, London 2007, Kapitel 4 (The great fear); C. Merridale: Night of Stone, London 2000, Kapitel 6 (The great silence).

7 Markus Furrer: Die Nation im Schulbuch, 237 f.

Erinnerung und ließ die Kinder von damals über ihren Schmerz und ihre Schuld sprechen. Jüdische Gemeinden in der Ukraine sind dankbar für Desbois' Bemühungen, vermissen aber weiterhin die Unterstützung der Regierung. Der Leiter des Ukrainischen Zentrums für Holocaust-Studien, Anatoli Podolski, formulierte es so: „Als ukrainischer Bürger und Historiker tut es mir weh, dass es keine Politik des nationalen Gedenkens gibt." Patrick Desbois hat mit seiner Arbeit als relativer Außenseiter die nationale ukrainische Vergangenheitsbewältigung in Gang gesetzt.

Vaclav Havel hat einmal gesagt: „Die Art und Weise, wie wir den Holocaust unterrichten, ist maßgebend für das Niveau der Demokratie einer Gesellschaft." Die jüngere Generation osteuropäischer Dozenten hat in dieser Hinsicht einen dringenden Bedarf an Dialogen mit westlichen Kollegen. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass wir alle lernen können von einer Entnationalisierung der Geschichte. Transnationale Vergleiche der tragischen Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges geben die Möglichkeit, so scheint mir, einer wirkliche Vertiefung, Bereicherung und Erneuerung des Erinnerungs- und Bildungskurses.

Der Geschichtsunterricht an Schulen unterliegt einem neuen und auch grundlegenden Wandel, der sich an Methodiken aber auch an Inhalten aufzeigen lässt. Vor dem paradoxen Hintergrund eines „Neu-Nationalismus" sowie der gleichzeitigen Entwicklung supranationaler Strukturen gibt es seit Jahrzehnten Diskussionen zum Thema nationale Identität. Wirkliche Vergangenheitsbewältigung und Erinnerung stellen aber eine moralische Herausforderung für jeden Einzelnen dar, die nicht immer von einem emotional getragenen Kollektivritual unterstützt wird. Das Gewissen soll sich der innerlichen Konfrontation mit der Gemeinschaft stellen.

In Kiew sprach ich mit Zhanna Kovba, einer Autorin vieler Bücher über den ukrainischen Holocaust. 1955 durfte sie mit ihrer Mutter nach Babi Yar. „Hier liegen deine Tanten, die Großmutter und die Urgroßmutter begraben", sagte die Mutter. Sie durfte mit niemandem darüber reden. Es war gefährlich; in Babi Yar lagen Sowjetbürger, über Juden wurde nicht gesprochen.[8]

Die Wiederkehr des Nationalismus am Ende des 20. Jahrhunderts kam für viele überraschend. Sie blieb zudem nicht allein auf Osteuropa beschränkt, wie wir wissen. Wir haben den Aufschwung von Populismus, rechtsnationalen und xenophoben Strömungen erlebt, die tief in die Gesellschaften eingreifen. Der Rückzug auf das Eigene sowie die Distanz zum Anderen ist die Konsequenz und gleichsam der Grund von Fremdenangst, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Die Geschichte, oder das Geschichtsbewusstsein bzw. die Geschichtsvermittlung, könnten sowohl Bestätigung als auch als Brechstange dieses Nationalismus sein. Entscheidend beim letzteren ist die Frage, inwieweit Geschichtslehrer im Stande sind, ein Bewusstsein davon zu vermitteln, dass es sich bei der Idee der Nation um eine

8 Zhanna Kovba, Kiew, 17. März 2009.

Konstruktion handelt. Mit der Entstehung eines neuen Nationalismus in Europa, wie er sich etwa in der ukrainische Nationale Partei, der Schweizer SVP oder der niederländische PVV spiegelt, droht das national-liberale Konzept der Geschichte als Identitätsfundament wieder in den Vordergrund zu geraten. Wie Markus Furrer behauptet: „Das stärkt in manchen Staaten die illusionäre Vorstellung, die großen historischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ließen sich im nationalstaatlichen Alleingang angehen."[9] Die Beispiele von der Ukraine und der Schweiz zeigen uns vielleicht, dass grenz- und generationsübergreifende Bildung viel sinnvoller sein kann.

9 Markus Furrer: Die Nation im Schulbuch, 237 ff.

Nicola Brauch und Jaron Sternheim (Mitarbeit)

Der Holocaust in Curricula und Schulgeschichtsbüchern nach PISA

Störfall oder Anlass historischen Lernens?

> **Wir hatten noch nie so viele Nachrichten [...]. Umso mehr würden wir einen multiperspektivischen [...] Zugriff auf die Quellen [...] brauchen. Am übereindeutigen Nationalsozialismus lernen wir das alles nicht.**
>
> Bodo von Borries, 2004

Als Bodo von Borries 2004 aufgrund empirischer, auch international vergleichender Studien zu dem Schluss kam, dass der Nationalsozialismus als Thema aufgrund seiner moralischen „Übereindeutigkeit" wenig zur Förderung historischen Denkens beitrage, befand sich die Diskussion um PISA noch in ihren Anfängen. Bildungspolitik und Wissenschaft arbeiteten fieberhaft an der Ursachenanalyse für das schlechte Abschneiden deutscher Schüler in der PISA-Studie im Bereich der Lesekompetenz **(Artelt, 2001).** Durch die Initiative der Kultusministerkonferenz und des Bundes wurden zunächst Maßnahmen zur curricularen Umsetzung des von PISA angelegten Lernbegriffes ergriffen, sodass inzwischen von einer flächendeckenden curricularen Integration der PISA Terminologie von Kompetenzen und Standards gesprochen werden kann. Darüber hinaus erging der Appell an die akademische Geschichtsdidaktik zur Entwicklung eines Kompetenzmodells und an den Verband der Geschichtslehrer zur Formulierung von Standards. Der vorliegende Beitrag untersucht die Folgen dieses Diskurses in Bezug auf den Geschichtsunterricht. Dies ist mit Blick auf das Thema Holocaust insofern von besonderem Interesse, weil an diesem nach wie vor „heißen" historischen Thema **(Schreiber, 2010; Goldberg, 2010)** der revolutionäre Charakter der curricularen Reformen besonders deutlich zum Vorschein kommt.

In unserem Beitrag möchten wir die Hypothese von Bodo von Borries aus dem Jahr 2004 unter den Vorzeichen des Lernbegriffs von PISA und dem inzwischen erreichten Stand der Kompetenzdidaktik im Fach Geschichte überprüfen. Da es in der deutschsprachigen Geschichtsdidaktik

inzwischen mehrere konkurrierende Kompetenzmodelle gibt[1] ist zunächst die Auswahl des hier zugrunde gelegten Modells zu begründen. Wir arbeiten mit dem Modell der internationalen FUER Gruppe[2] **(Körber ua., 2007)**, dessen Lernbegriff anschlussfähig an denjenigen von PISA zu sein scheint, wie unten auszuführen ist. Ein zweites Argument besteht in der Rezeption des Modells in der internationalen geschichtsdidaktischen Diskussion, die unter dem Begriff des Historical Reasoning geführt wird **(Logtenberg, 2010; Van Drie/Van Boxtel, 2008)**.[3] Weil der Begriff Geschichtsbewusstsein in der theoretischen Begründung nach Jörn Rüsen zentraler Gegenstand dieser Diskussion wie der Fundierung des FUER Modells ist, lässt sich der theoretische Rahmen zur Überprüfung der Schulbuchnarrative auch im internationalen Forschungskontext verorten.

Wenn Bodo von Borries Multiperspektivität im Geschichtsunterricht einfordert, so bezieht er sich auf einen zentralen Begriff der Geschichtsdidaktik vor PISA **(Bergmann u.a., 1997)**. Das Kompetenzmodell historischer Reflexion denkt diesen Begriff weiter. Es begründet theoriebezogen, warum historisches Lernen nicht in der Reproduktion von Fakten besteht, sondern darin, alltagsförmiges von wissenschaftsförmigem historischen Denken und Arbeiten exemplarisch unterscheiden und sich beider Formen sinnvoll bedienen zu können. Voraussetzung historischen Arbeitens ist die Erkenntnis des Konstruktcharakters jedweder historischer Erzählung, was nach dem Linguistic Turn (**White, sy**) Konsens in der internationalen Geschichtsdidaktik zu sein scheint **(Zajida, 2009).** Das Geschäft des Historikers besteht damit entgegen der im täglichen Leben anzutreffenden Meinung nicht darin, historische Wahrheiten zu begründen, sondern historische Probleme im Kontext von Forschungsstand und Diskurs zu diskutieren, um zu einem evidenzbasierten Urteil zu gelangen. Weil Menschen und vor allem Heranwachsende aber in erster Linie wissen wollen, ob eine historische Aussage richtig oder falsch ist **(Kölbl, 2004)**, stellt die Vermittlung dieses Indikators wissenschaftlichen historischen Arbeitens didaktisch eine große Herausforderung dar. Wenn mit der Entwicklung evidenzbasierter historischer Erzählungen[4] das Ziel geschichtswissenschaftlichen Arbeitens beschrieben ist, so lässt sich die Natur des darin unternommenen Denkens mit den Kategorien von Zeit, Wandel und Veränderung charakterisieren. Weil das Gelingen solcher Formen des historischen Lernens davon abhängt, dass wissenschaftsförmiges Denken an relevanten historischen Exempeln eingeübt werden kann, zielt das Kompetenzmodell von FUER auf einen Geschichtsunterricht, der entsprechende Lerngelegenheiten bereitstellt. Inhalte generieren sich in Abhängigkeit von der historischen

1 Einen Überblick über den Diskurs bietet die **Zeitschrift für Pädagogik 2008.**
2 Das Akronym bezieht sich auf das mit der Entwicklung verbundene Projekt und dessen Namen „Förderung und Entwicklung reflektierten Geschichtsbewusstseins".
3 In diesen Aufsätzen der niederländischen Geschichtsdidaktik ist der internationale Forschungsstand akribisch aufgearbeitet.
4 Der Begriff der Erzählung wird in diesem Beitrag analog zum Begriff Text intermedial verstanden.

Fragestellung. Weil diese sich sowohl individuell als auch aufgrund sozialer und politischer Kontexte und auch hinsichtlich des Forschungsstandes sowie dem Wandel von Forschungskonzepten ändern, sind Inhalte hybrid. Die Kompetenz historischen Denkens dagegen zeigt sich unabhängig vom Inhalt, dessen Erarbeitung abhängig ist von der initiierenden Forschungsfrage. Inhalte und damit verbundenes Wissen sind damit stetem Wandel unterworfen. Die Vorstellung, es gebe einen bildungsbürgerlichen Wissenskanon, wie sie im deutschen Bildungsverständnis seit den Zeiten Humboldts vorherrschte, ist daher zu überdenken. Inhalte und Wissen wandeln sich analog politischer und sozialer Diskurse, die wiederum Auswirkungen auf heuristische Konzepte geschichtswissenschaftlichen Forschens haben. Entsprechend wandeln sich auch Arbeitstechniken und rhetorischen Konventionen der Geschichtswissenschaft.

Dieser Beitrag nimmt den Holocaust als Inhalt von Geschichtsunterricht zum Anlass einer Überprüfung der Kompetenzorientierung von Schulbuchnarrativen. Darunter wird das Arrangement von Inhalt, Text und Aufgaben verstanden, das durch die Autoren zur Thematisierung eines curricular validen Inhalts ausgewählt wurde. Insofern es sich um eine wertende Auswahl von Unterthema, Texten und Aufgaben handelt, wird der Schüler zu spezifischen historischen Werturteilen auf Grundlage dieser Auswahl geleitet. Die kompetenzdidaktische Überprüfung zielt auf die Offenlegung der Auswahlkriterien für die didaktischen Arrangements.

Im ersten Teil wird ein theoretischer Rahmen als Analyseinstrument auf der Grundlage des Bildungsbegriffes von PISA entwickelt und auf das Kompetenzmodell historischen Denkens angewendet. Im Anschluss daran setzen wir dieses Instrument auf die Überprüfung eines ersten Samples von Schulbuchnarrativen zum Thema Holocaust ein. Dabei interessiert uns in erster Linie, inwiefern Arrangements von Thema, Leitfrage, Texten und texterschließenden Aufgaben Schülern Einblick in die Epistemologie historischer Wissenschaft ermöglichen, und welche Deutungsmuster Schulbuchautoren zur Beantwortung aufgeworfener Fragen unterlegen.

1. Kompetenzorientierung im Geschichtsunterricht nach PISA

PISA bestimmte in den letzten Jahren als Stichwortgeber unterschiedlichster Zielsetzungen die Bildungsdiskurse und diente dabei den einen als Schreckgespenst, den anderen als Durchbruch in der Bildungslandschaft. Insofern die Autorin sich zu den gemäßigten Verfechtern des letzteren bekennt, liegt diesem Beitrag der theoretische Ausgangspunkt der 1999 der von der OECD initiierten Studie zugrunde. Ausgehend von einem pragmatischen Verständnis von Lesefähigkeit (Literacy) ging es PISA von vornherein darum, Kompetenzen zu beschreiben, die in Schulfächern unterrichtet werden mit dem Ziel, aus Kindern mündige Demokraten zu machen. Dass Inhalte einer bestimmten akademischen Disziplin als notwendig zur Weitergabe an Heranwachsende zu erachten sei, indiziert sich nach diesem Verständnis

hinsichtlich ihrer Beitragsfähigkeit zur Erziehung mündiger Bürger. Kompetenzen beziehen sich dann darauf, in alltäglichen Anforderungssituationen auf in der Schule erlernte Kompetenzen zurückgreifen zu können. Im Fach Geschichte sind solche Situationen öffentliche Diskurse und manifeste Repräsentationen mit historischem Inhalt, die sich (nicht nur) im Fall des Themas Holocaust auf Erinnerungspolitik und kollektive Identitätsfragen beziehen. In der Folge schlagen wir vor, zunächst nach dem Bildungsziel und dann nach dem damit verbundenen Kompetenzbegriff von PISA zu fragen, um abschließend den Begriff der Standards zu thematisieren.

1.1 Ziele und Inhalte von Geschichtsunterricht nach PISA

Ziele

Das Bildungsziel schulischer Erziehung definiert die OECD 1999 im Anschluss an die amerikanische Lernforschung mit einem pragmatisch gefassten Begriff von Lesefähigkeit „Literacy" (Dewey, Bybee). Der Gegenstandsbereich von Literacy umfasst dabei sehr viel mehr als „Lesenkönnen" im herkömmlichen Sinn des Wortes und entspricht annäherungsweise dem deutschen Wort „Bildung". Literacy zielt auf die Erlangung wissenschaftsförmigen Denkens und Handelns. Es wird hier im Text aber weiter von Literacy die Rede sein, um die Begriffsvielfalt in Grenzen zu halten. Warum sollen Heranwachsende Literacy in Schulfächern erwerben? Die OECD begründet dies mit dem Ziel, „concerned, constructive and reflective citizens" in Schule zu erziehen. Akademische Disziplinen sind dann relevant für dieses Ziel, wenn sie für die Erziehung mündiger Bürger einen fachspezifischen Beitrag leisten können. Im FUER Modell wird als Ziel historischen Lernens die Ausbildung reflektierten historischen Denkens im wissenschaftsförmigem Sinn definiert, das zur Teilhabe an gesellschaftlichen Diskursen historischen Inhalts befähige (Körber et al., 2007; Schreiber, 2008). Historische Lesefähigkeit (Historical Literacy) bedeutete dann im Falle des Holocaust die reflektierte Teilhabe an gesellschaftlich relevanten Diskursen zum Beispiel in Bezug auf Fragen der Erinnerungspolitik oder dem verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Familiengeschichte.

Ein kompetenzorientiertes Arrangement eines Schulbuchkapitels zum Thema Holocaust zu entwickeln, stellt die Autoren vor die Aufgabe dreier grundsätzlicher didaktischer Entscheidungen. Erstens geht es um die Grundsatzentscheidung zu Thema und exemplarischer Problemstellung, deren Bearbeitung im Schulbuch angeregt werden soll. Zweitens ist für geeignete Texte im intermedialen Sinne (auch Bilder, Abbildungen, Karten) zu sorgen und drittens, und für das Anliegen dieses Beitrages entscheidend, die Konzeption einer dem Bildungsziel adäquaten lernprozessanregenden Aufgabenstellung zu entwickeln.

Zu den umstrittensten Begrifflichkeiten der curricularen Reformbewegung nach 2002 gehört derjenige der Standards **(Abs, 2009).** Die Gegner der nach PISA durchgeführten Reformen argumentieren dabei häufig auf Basis eines antagonistischen Wissensbegriffes, der Kompetenzen mit Metho-

den und im Gegensatz dazu Standards mit Wissen gleichsetzt. Das führt häufig dazu, dass Standards synonym zu Kanon interpretiert werden, Beispiele dafür sind die Standards des Geschichtslehrerverbandes in Deutschland aber auch die niederländische Bildungspolitik. Standardisierung im Sinne empirischer Bildungsforschung fokussiert hingegen Ziele von Lernprozessen – im Falle von Geschichte also die Entwicklung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins und dessen Ausweis auf mindestens basalem Niveau **(Körber, 2007).** Zu vergleichen und zu messen sind demnach Denkprozesse, in denen sich Niveaus im wissenschaftsförmig angemessenen Argumentieren unterscheiden lassen. Ausschlaggebend für die Bewertung ist dann der Vergleich vor und nach der unterrichtlichen Intervention. Als Output kann das gemessene Niveau historischen Denkens am Ende einer Lerneinheit verstanden werden. Entsprechende Lernumgebungen sind daraufhin zu konzipieren und zu überprüfen, inwiefern sie Gelegenheit geben, reflektiertes Geschichtsbewusstsein bei Schülern aus- und weiter zu entwickeln. In Abhängigkeit von der Aufgabe sind die historischen Inhalte und Konzepte und deren Begriffe zu definieren, die zur Entwicklung von Bearbeitungsstrategie und evidenzbasiertem Urteil notwendig sind.

Dennoch sind die im Sinne eines Kanons inzwischen vorliegenden Listen auch kompetenzdidaktisch von Belang, denn sie führen zu den politisch, sozial und wissenschaftlich aktuell relevant erachteten Lerngegenständen. Sie repräsentieren insofern fachbezogene Konventionen an der Schnittstelle von Fachwissenschaft, Fachdidaktik, Unterrichtspraxis und Bildungspolitik, die aktuell Gültigkeit beanspruchen. Wie kommt es zu diesen Konventionen? Eine Untersuchung dieser Frage bedarf der politischen und sozialen Bedingungsanalyse von Themen und Tendenzen, die sich darin niederschlagen. Es ist zu unterscheiden, welche Standards sich auf Konventionen der Fachwissenschaft und welche sich möglicherweise eher auf Konventionen aktueller öffentlicher Diskurse zurückführen lassen. Am Beispiel des Themas Holocaust kann dieser Umstand verdeutlicht werden, wie unten zu zeigen sein wird.

1.2 Kompetenzerwerb historischen Denkens – Inhalte, Texte und Aufgaben

Inhalte

Wenn die Relevanz des Themas „Holocaust“ wenig fraglich zu sein scheint, bedarf die Argumentation bei anderen „klassischen“ Themen des Geschichtsunterrichts wie etwa dem Kaisertum Karls des Großen eines etwas größeren Aufwandes. Die gesellschaftliche und lebensweltliche Relevanz auszuweisen ist aber entscheidend bei der Auswahl von Inhalten für einen Geschichtsunterricht, der Kompetenzen historischen Denkens im wissenschaftsförmigen Sinne zu fördern sucht – zunächst einmal aus den bereits geschilderten Gründen des überfachlichen Ziels schulischer Bildung in der Bürgerschaftserziehung. Das zweite Argument bezieht sich auf die Ergebnisse der empirischen Lernforschung, denen zufolge nachhaltiges

Lernen situierter Lernumgebungen bedarf. Damit sind reale Anforderungssituationen des täglichen Lebens gemeint, die den Lernenden bekannt sind bzw. die auf sie später zukommen. Die Kompetenzen historischen Denkens an bekannten Situationen einzuüben und diese im Übertrag auf neue Situationen zu festigen ist ein Grundsatz kompetenzorientierten Lernens in Anschluss an die empirische Bildungsforschung. Der auf Basis von Datenanalysen am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) entwickelte Kompetenzbegriff berücksichtigt diese Erkenntnis in einschlägigen Veröffentlichungen zur Präzsisierung der Definition (**Klieme & Hartig, …**).

Der Fokus liegt hier also auf der Beschreibung und Messung kognitiver Kompetenzen. Der Anspruch dieses Verständnisses bescheidet sich daher und verzichtet zunächst auf die motivationalen und volitionalen Aspekte, die der weitere Begriff nach Weinert **(2001)** beinhaltet. Zur Analyse von Schulbuchaufgaben und Curricula scheint ein solcher enger Begriff insofern geeignet zu sein, als weder Schüler- noch Lehrerhandeln in Bezug auf das Schulbuch aufgrund fehlender empirischer Daten zu Rate gezogen werden können. Gegenstände kompetenzorientierten historischen Lernens generieren sich an Beispielen relevanter gesellschaftlicher Diskurse mit historischen oder geschichtskulturellen Inhalten. Die Auswahl orientiert sich daran, künftige Bürger darauf vorzubereiten, in reflektierter Form an gesellschaftlich relevanten Diskursen historischen Inhalts zu partizipieren. Dieses Ziel hat auch für die didaktische Begründung in der Auswahl von Texten und Aufgaben Konsequenzen.

Texte

Kompetenzen historischen Denkens erwerben bedeutet zu allererst sich über den Unterschied alltäglichen historischen Denkens und wissenschaftsförmigen, reflektierten historischen Denkens klar zu werden. Ein wesentlicher Indikator dieses Unterschieds ist die Art des Fragens. Alltägliches historisches Denken stellt meist Fragen nach der „historischen Wahrheit", bezieht sich auf nachvollziehbare Fakten und kommt nach landläufigem Verständnis in einem möglichst umfangreichen Repertoire an Ereignissen, Daten und Wissen über wichtige Persönlichkeiten zum Ausdruck. Personen mit solcherlei Expertise gewinnen historische Quizsendungen im Fernsehen und beeindrucken die versammelte Familienrunde. Wissenschaftsförmiges historisches Fragen kennt die Zielvorstellung von Wahrheit höchstens im Sinne einer regulativen Idee und ist sich der Unabgeschlossenheit menschlichen Denkens auch hinsichtlich der Erforschung von Geschichte bewusst.

Der Beobachtung, dass es die Forschungstexte sind, die den Charakter einer Wissenschaft repräsentieren, haben sich in den letzten Jahren Lernforscher aus den USA und Israel für kognitionspsychologische experimentelle Forschung bedient. Am Beispiel der Biologie- und Mathematikdidaktik konnte gezeigt werden, dass sich die Auffassungen von Schülern über die Epistemologie der mit dem Schulfach verbundenen Wissenschaft ändern, wenn sie auf Basis adaptierter Forschungsliteratur (sogenannter Adapted

Primary Literature, kurz APL) unterrichtet werden. Insofern Historical Literacy wissenschaftsorientiertes historisches Denken meint, so die daraus mögliche Schlussfolgerung, ist das Arbeiten an exemplarischen Texten der Forschung zu gesellschaftlich, wissenschaftlich wie curricular relevanten historischen Problemstellungen dem Kompetenzerwerb historischen Denkens förderlich.

Aufgaben

Multiperspektivität wurde bereits als eine der zentralen geschichtsdidaktischen Kategorien in Zusammenhang mit den Inhalten und Texten für kompetenzorientierten Geschichtsunterricht erwähnt. Ein zweiter Schlüsselbegriff der Geschichtsdidaktik vor PISA ist die Problemorientierung. Dieser Begriff lässt sich durch die jüngere allgemeindidaktische Aufgabenforschung aufgreifen und für die kompetenzorientierte Geschichtsdidaktik fruchtbar machen.

Die fachdidaktische Forschung der bislang von den international und national vergleichenden Large Scale Assessments erfassten Schulfächer untersuchte unter anderem die Wechselwirkung von Lernsituation und Lernprogression bei Schülern. Geht man mit dem Literacy-Begriff an diese Frage heran, so ist die Hypothese naheliegend, dass, wie im Fall der Forschungstexte, Situationen besonders lernfördernd sind, die denjenigen vergleichbar sind, denen sich Wissenschaftler stellen. Ausgangspunkt wissenschaftlichen Arbeitens sind Probleme und die Hypothesen, die Wissenschaftler zu deren Lösung auf Grund des aktuellen Forschungsstandes entwickeln, um schließlich eine Untersuchungsstrategie zu Verifikation oder Falsifikation der Hypothese zu verfolgen. Im Zuge einer solchen Untersuchung wird neues Wissen generiert, denn zur Natur der Forschungsfrage gehört, dass sie eine wirkliche Frage ist, auf die die Forschung bislang keine oder wenig zufriedenstellende Antworten gefunden hat. Die Motivation des Forschers rührt daher aus Willen, innovative Lösungswege zu entwickeln und neue Antworten zur Diskussion zu stellen. Am Anfang des Vorgangs steht ein Problem oder eine Aufgabe im weiteren Sinne des Wortes. Aus dieser Perspektive entwickelten die Mathematikdidaktiker um Sigried Blömeke eine Aufgabentheorie, die vier unterschiedliche Problembeschreibungen als „Komplexe Aufgaben" unterscheidet: Problemlösung, Entscheidungsfindung, Werturteil treffen und Produktentwicklung. Diese Art der Aufgabenbeschreibung steht am Beginn einer Lehreinheit von mehreren Stunden, Ziel dieser Einheit ist die abschließende Diskussion von wissenschaftsadäquaten Lösungswegen und entsprechenden Aufgabenlösungen. Auf dem Weg dorthin stehen den Lernenden (adaptierte) Forschungstexte im intermediären Sinne und diese erschließende Textaufgaben zur Verfügung, die ihnen die Entwicklung von Lösungswegen und die darauf fußende eigenständige Bewertung des Problems mit den Begriffen von Forschungsstand und Forschungsdiskursen ermöglichen. Voraussetzung für die Entwicklung solcher Aufgaben ist der Ausgangspunkt bei einem gesellschaftlich relevanten Problem mit historischen Aspekten, die curriculare und fachwissenschaftliche Synthese sowie die exemplarische Auswahl

von Texten, die den Forschungsstand und die unterschiedlichen Perspektiven von Forschungsdiskursen repräsentieren. Das didaktische Charakteristikum von situierten Lernumgebungen dieser Art liegt in der Qualität der kognitiven Aktivierung von Lernenden auf Grundlage der Spannung zwischen alltagsförmigem Denken, das aus der lebensweltlichen Situation bekannt ist, und wissenschaftsförmigem Denken, das auf die lebensweltliche Situation anzuwenden ermöglicht wird.

2. Der Holocaust im Schulgeschichtsbuch

Inwiefern bieten Schulgeschichtsbücher zum Thema Holocaust eine kognitive Aktivierung zur Förderung reflektierten und selbst-reflexiven Geschichtsbewusstseins?

In einer explorativen Vorstudie wählten wir ein Sample an Geschichtsbüchern aus, das in baden-württembergischen Gymnasien aktuell in Gebrauch ist, hier aufgelistet in der Chronologie des Publikationsjahres:

- Geschichte und Geschehen, Band 4, Leipzig: Klett 1999.
- Kursbuch Geschichte. Oberstufe Baden-Württemberg, Berlin: Cornelsen 2002.
- Geschichte und Geschehen, Band 4, Leipzig: Klett 2006.
- Geschichte und Geschehen, Band 11, Stuttgart: Klett 2009.

Im Folgenden präsentieren wir die vorläufigen Ergebnisse einer ersten Sichtung hinsichtlich Inhalten, Texten und Aufgaben unter den oben entwickelten Kriterien: erstens der situierten Lernsituation in Bezug auf Inhalt und Problemstellung, zweitens der Repräsentanz wissenschaftsförmiger multiperspektivischer Texte und deren Konfrontation mit alltagsförmigen historischen Narrativen und drittens die Komplexität der Aufgabenstellung. Für den Bereich der Inhalte haben wir uns auf die Frage des Werturteils konzentriert, die dem jeweiligen Schulbuchnarrativ zugrunde gelegt ist. Wir konzentrieren uns damit auf die Behauptung des Eingangszitates, indem wir danach fragen, ob die von Borries´ diagnostizierte moralische Übereindeutigkeit unter Vernachlässigung der Multiperspektivität auch in Büchern, die nach der Wende zur Kompetenzorientierung entwickelt wurden, zu finden ist. Ausgangspunkt sind Kriterien, die von Gerhard Henke-Bockschatz im selben Band zur Hollein Studie „Schule und Nationalsozialismus“ vorgeschlagen wurden, aus dem auch das Zitat von Bodo von Borries entstammt. Diese Überprüfung hat Jaron Sternheim im Rahmen seines Praxissemesters an einem Baden-Württembergischen Gymnasium durchgeführt, auf deren Grundlage er Kapitel 2.1 verfasst sowie die Beispiele für die in 2.2 durchgeführte Analyse ausgewählt hat. Die fünf genannten Schulbücher lassen sich als randomisierte Stichprobe bezeichnen, die sich auf die an diesem Gymnasium in Gebrauch befindlichen Bücher bezieht.

2.1 „Moralisch eindeutiger Nationalsozialismus?" – Implizite Werturteile der Inhalte (Jaron Sternheim)

In diesem Teilabschnitt wird untersucht, inwiefern die von dem Frankfurter Geschichtsdidaktiker Gerhard Henke-Bockschatz identifizierten Leitkategorien zum Thema Nationalsozialismus in der randomisierten Stichprobe Baden-Württembergischer Schulbücher zu finden sind. Die von Henke-Bockschatz genannten Kategorien im Umgang mit dem Holocaust sind Betroffenheit, die Frage „Wie konnte es dazu kommen?", die Darstellung der Geschehnisse als „böse und unerklärlich" und zuletzt die Frage „Wie hätte ich mich verhalten?". Henke-Bockschatz geht davon aus, dass sich die Behandlung des Themas Holocaust in der Schule innerhalb dieser Leitkategorien, in welchen sich die gewünschte moralische Haltung niederschlägt, bewegt.[5]

Deutlich tritt in den Schulbüchern die gesteuerte Erzeugung von Betroffenheit hervor; Bilder der Leichenberge von Auschwitz sowie Karten mit Standorten von Konzentrations- und Vernichtungslagern mit geschätzten Opferzahlen erzeugen auf Seiten der Schüler vor allem eine von Betroffenheit dominierte Arbeitsatmosphäre bei der Bearbeitung des Kapitels Holocaust.[6] „Emotional überfordert", so beschreibt ein Schüler eines Gymnasiums in Baden-Württemberg sein Empfinden nach der Bearbeitung der ersten Schulbuchseiten zum Thema Holocaust.

Für die Frage, wie es dazu kommen konnte, wird im Schulbuch der Begriff des „modernen Antisemitismus" verwendet. Durch die Trennung des Antisemitismus-Begriffes in gesellschaftlichen, politischen und modernen Antisemitismus wird der Versuch einer konstruierten Verbindung von traditionell christlichem Antijudaismus zu dem durch Propaganda und Ideologie aufgeheizten Antisemitismus in der Zeit des Nationalsozialismus hergestellt – so soll für den Schüler eine Kette von Verbrechen auf ideologischer Grundlage nachvollziehbar werden. Begleitende Themenseiten im Schulbuch belegen die Aktualität des Antisemitismus und verweisen auf die Verantwortung der mündigen Bürger dafür zu sorgen, dass eine Wiederholung des Geschehens ausgeschlossen ist.[7] Auch die Frage, wie es zum Holocaust kommen konnte, wird im Schulbuch kommentiert: Verbreitete Gleichgültigkeit habe die Ausweitungen der Entrechtung und Verfolgung europäischer Juden möglich gemacht, so der Verfassertext eines Schulbuches.[8]

Dass der Holocaust böse und unerklärlich ist, scheint ein logischer Schluss in der Bewertung der Frage, wie es dazu kommen konnte, zu sein. Die moralische Wertung des Geschehens als „böse" spiegelt sich in den For-

5 Henke-Bockschatz, Gerhard: Der „Holocaust" als Thema im Geschichtsunterricht, **Ort** 2004, 298-322.
6 Kursbuch Geschichte. Oberstufe Baden-Württemberg, Berlin: Cornelsen 2002, 293.
7 Geschichte und Geschehen. Band 11, Stuttgart: Klett 2009, 257.
8 Ebd., 295

mulierungen von Verfassertexten, die Auswahl von Bildern und Kartenmaterial sowie durch die drastische Nennung von geschätzten Opferzahlen wider. Ebenso wird der Holocaust als unerklärlich beschrieben; auch wenn in den aktuellen Schulbüchern innerhalb von Unterkapiteln gefragt wird, ob der Mord an Sinti, Roma und Juden erklärbar sei, bleibt das der Holocaust und der massenhafte Mord anderer Gruppen ein „nur begrenzt erklärbares historisches Phänomen".[9]

Für eine Überraschung in der Stichprobe sorgt die Überprüfung der vierten Bockschatz'schen Leitkategorie, der Frage „Wie hätte ich mich verhalten?". Eine Vorannahme der Stichprobe war, dass gerade bei der Fokussierung die Perspektive des Schülers im kompetenzorientierten Bildungsplan von 2004 die selbstreflexive Frage, wie der Schüler sich selbst in zum Holocaust im historischen Umfeld des nationalsozialistischen Deutschlands verhalten hätte, deutlich in Schulbüchern nachgezeichnet werden müsste. Bei der Überprüfung der Geschichtsbücher wurde diese deutlich moralisch oktroyierte Leitkategorie jedoch in keinem untersuchten Schulbuch aufgefunden. Fündig bei der Beantwortung der Frage wird man nicht in einem Geschichtsbuch, sondern einem Schulbuch aus dem Fachbereich Ethik. Hier werden, speziell für die Mittelstufe, Aufgabenstellungen präsentiert, in welchen sich der Schüler in die Rolle Oskar Schindlers hineinversetzen oder einen Nachruf auf das Leben von Sophie Scholl verfassen soll.[10]

Die randomisierte Stichprobe zeigt, dass sich Gerhard Henke-Bockschatzs Leitkategorien im Kontext des Themas Holocaust in deutschen Schulbüchern auffinden lassen. Die drei themennahen Leitkategorien lassen sich direkt in den Geschichtsbüchern der Mittel- und Oberstufe nachweisen, während die vierte Leitkategorie in den Bereich des Schulfaches Ethik ausgelagert ist. Die Erzeugung der gewünschten moralischen Haltung seitens der Schüler wird durch die Gestaltung des Kapitels Holocaust im Schulbuch gefördert. Problematisch ist dabei jedoch, dass diese moralische Haltung extern oktroyiert wird und dem mündigen, kritisch-reflexiven Denken des Schülers hinderlich ist. Vor allem implizite Werturteile, welche durch die Leitkategorien in Verfassertexten, Quellen und Aufgabenstellungen konstruiert werden, lassen Schülern keinen Raum zur Entwicklung eines eigenen Geschichtsbewusstseins.

2.2 Leitfragen, Texte und texterschließende Aufgaben

Das Ergebnis zur Überprüfung der Textsorten ist klar: Forschungskontroversen repräsentierende Texte sind nicht repräsentiert. Als dominierend erweist sich der Verfassertext sowie Quellen unterschiedlicher medialer und modaler Ausprägung. Der Verfassertext ist um die Wiedergabe des Forschungsstandes bemüht, verzichtet aber bei allen untersuchten Bänden auf

9 Ebd.
10 Fair Play. Standpunkte der Ethik für die 9./10. Klasse, Paderborn: Schöningh 2002, 36.

die Darstellung von Kontroversen. Der Autor des Verfassertextes wird nicht als schreibendes Subjekt identifiziert, ebenso wenig wie es Hinweise auf die von ihm konsultierte Literatur und deren Autoren gibt. Die zur Texterschließung intendierten Aufgaben dienen der Informationsentnahme und lassen dabei gattungs- und autorenkritische Fragen außen vor, insbesondere nichtschriftliche Quellen sind häufig ganz ohne Verweise auf Autoren, Herkunftsmedien und Erscheinungsdatum.

Eine Ausnahme stellen Ausschnitte aus geschichtskulturellen Kontroversen auf der Ebene des öffentlichen Diskurses dar, deren Interpretation mit Methoden der Geschichtswissenschaft aber nicht angeregt wird. Texterschließung intendiert in diesem Fall die Aufforderung an den Schüler sich zu positionieren. Eine solche Positionierung zielt beim Thema Holocaust meist auf die Entscheidung für ein moralisches Urteil, wie oben gezeigt werden konnte. Wissenschaftliche Argumente für und gegen die (zumeist überregionalen Printmedien oder literarischen Schriften entnommenen) Texte werden dem Schüler nicht zur Verfügung gestellt. Damit bleibt die Aufgabe, sich eine Meinung zu bilden vor der Qualität der Anregung historischen Denkens auf basalem Niveau im Sinne der Graduierungslogik nach FUER. Im Folgenden zeigen wir ein Schulbuchnarrativ, dem aus unserer Sicht die Bewertung des Holocaust als „böse und unerklärlich" zugrunde liegt. Wir untersuchen in zwei Schritten jeweils die didaktische Passung erstens von Leitfrage und Verfassertext (Beispiel 1) und zweitens von Primärquelle mit Anschlussfrage (Beispiel 2).

Didaktische Analyse von Epistemologie und sinnbildendem Narrativ

Beispiel 1: Didaktische Analyse – Passung Leitfrage und Verfassertext

> **Teilkapitel „Ist der Mord an Juden, Sinti, Roma und anderen erklärbar?"**
>
> **VT: Das KZ-System war ein System absoluter Herrschaft. Die dort vorgenommene Klassifizierung, Instrumentalisierung und Verdinglichung von Menschen ist zwar beschreibbar, entzieht sich aber einem Sinn. Seine ganze Irrationalität zeigt sich auch daran, dass das Morden mit modernster Technik die Kriegsführung beträchtlich behinderte, indem es Personal und Transportkapazitäten band. Insofern bleibt der Holocaust der Juden und der hunderttausendfache Tod anderer Gruppen ein nur begrenzt erklärbares historisches Phänomen.**[11]

Die Überschrift beinhaltet zwar eine Leitfrage, die an der Oberfläche insofern eine historische zu sein scheint, als sie nach Ursachen und Bewer-

11 Geschichte und Geschehen. Band 11, Jahrgangsstufe 1, Baden-Württemberg, Stuttgart: Klett 2009, 295.

tung des Geschehens fragt. Mit Hilfe des Verfassertextes kann der Schüler die Leitfrage beantworten: Weil das System irrational war, lässt es sich als „begrenzt erklärbares historisches Phänomen" beschreiben. Allerdings bleibt der Begriff der Ratio – der im Verfassertext offensichtlich mit „Sinn" synonym verwendet wird – unklar. Sinn ist nach den Erkenntnissen der hermeneutischen Geschichtstheorie das, womit Menschen ihr Tun begründen. Sinnvoll im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie war es möglicherweise, so zu agieren, wie im Text beschrieben. Sinnlos war es aus der Sicht der Autoren. Damit operiert der Text mit Werturteilen, deren Herkünfte anachronistisch in die Vergangenheit transferiert werden. Das daraus resultierende Narrativ begründet die begrenzte Erklärbarkeit mit der Sinnlosigkeit und Irrationalität aus Sicht der Autoren, deren Deutung in gewisser Weise als repräsentativ für die politisch als korrekt betrachtete Bewertung des Geschehens steht. Geschichtswissenschaftliche Epistemologie findet an dieser Stelle nicht statt, dem Schüler bleibt bei der Bearbeitung des Frage-Antwort-Settings der Einblick in die Natur geschichtswissenschaftlicher Rhetorik und Denkens verschlossen. Dazu trägt weiterhin bei, dass die Autoren das Geschehen entpersonalisiert darstellen, eben als System, das zu einem „Phänomen" – nämlich dem Holocaust führte. Dass es Menschen sind, die Systeme entwickeln, diesen Sinn oder Vernunft in bestimmter Hinsicht verleihen – oder eben auch nicht –, bleibt außen vor. Es fehlt damit ein entscheidender Aspekt zur geschichtswissenschaftlichen Bewertung der im Teilkapitel aufgeworfenen Frage.

Beispiel 2: Didaktische Analyse der Passung von Primärquelle und darauf bezogener Frage[12]

Quellentext Günther Grass (1985):

„[…] das übergroße Verbrechen, auf den Namen Auschwitz gebracht, ist heute, aus 40 Jahren Distanz begriffen, unfasslicher noch als zur Stunde des ersten Schocks, als ich sah und nicht glauben wollte. Unbewältigt, nicht zu bewältigen, wie ein Mühlstein hängt uns Deutschen, auch den nachgeborenen, der geplante, vollstreckte, geleugnete, verdrängte und doch offen zu Tage liegende Völkermord an."
Frage: Wie soll man Ausschwitz erinnern?

[BITTE NOCH NACHWEIS EINFÜGEN – sowohl Grass als auch Schulbuch]

Das Beispiel 2 zeigt, wie ein literarischer Text als Stichwortgeber zur Information des Schülers zur Bewertung des Geschehens im Schulbuch einge-

12 Insofern hier keine Operatoren zur Texterschließung vorliegen, kann der Terminus texterschließende Frage nicht verwendet werden.

setzt wird. Die Quelle wird nicht flankiert durch differierende Bewertungen der Literatur oder kontextualisiert durch Aspekte aus Forschungsstand und Diskursen. Das in der potenziellen Beantwortung der Frage fokussierte Narrativ bleibt unscharf und evoziert eine Erinnerungskultur der Betroffenheit und Unerklärlichkeit. Weder Multiperspektivität noch Problemorientierung haben Raum innerhalb dieser Aufgabenstellung, sie erlaubt keinen Einblick in die Natur geschichtswissenschaftlichen Arbeitens. Insofern repräsentiert die hier vorgenommene Text-Aufgaben-Passung den Kern der Aussage von Borries' im Eingangszitat. Etwas anders verhält es sich mit Beispiel 2, das zur Überprüfung des zugrundeliegenden Narrativs in der Passung von Überschrift und Verfassertext gewählt wurde.

Diese Beobachtungen stützen die Hypothese, dass Schulbuchnarrative zum Thema Holocaust für sich genommen auch nach PISA Schülern wenig Möglichkeit zur Einübung historischer Lesefähigkeit gewähren. Dies bezieht sich allererst auf die Feststellung, dass dem Schüler ein Einblick in den Konstrukt-Charakter historischer Narrative nicht ermöglicht wird. Die anonymisierten Aussagen des Verfassertextes bleiben unhinterfragt und werden durch die Informationen illustriert, die der Schüler über Primärquellen und anschließende Teilaufgaben aufzufinden hat. Es kommt hier gerade nicht zu dem wissenschaftsförmigen Prozess der ergebnisoffenen Überprüfung einer Hypothese – der Schüler wird vielmehr dazu angeregt, die im Verfassertext geäußerten Thesen im Quellenmaterial bestätigt zu finden und anschließend eine Meinung zu äußern, für deren wissenschaftliche Fundierung ihm keine Texte zur Verfügung gestellt werden. Damit bleibt die initiierte Urteilsbildung auf einem vorwissenschaftlichen Niveau historischen Denkens stehen. Insofern der Schüler nicht dazu angeregt wird, dieses Wissen in seiner Unabgeschlossenheit im Sinne der historisch-kritischen Methode und ihrer Überprüfung von Medium, Autor und Rezipienten-Orientierung zu hinterfragen, gibt das Schulbuch ihm keinerlei Anregung, einen Ausbruch aus seinem alltagsförmigem, positivistisch geprägten Geschichtsbewusstsein **(Kölbl, 2004; Borries, 2008)** zu wagen.

Zusammenfassung und Diskussion

In unserem Beitrag haben wir versucht aufzuzeigen, inwiefern Schulbuchnarrative zum Thema Holocaust dem Bildungsverständnis von PISA Folge leisten. Wir interessierten uns dafür, ob Schüler an Aufgaben im Schulbuch lernen, wie sich alltagsförmiges historisches Denken von demjenigen der Geschichtswissenschaft unterscheidet. Ausgehend von der geschichtsdidaktischen Hypothese im Anschluss an Bodo von Borries wählten wir das Thema Holocaust als Ausgangspunkt unserer Überprüfung, weil wir annahmen, dass sich dessen Behauptung auch nach umgesetzter Lehrplanreform im Anschluss an PISA in Schulgeschichtsbüchern bestätigten ließe.

Die Annahme gründete in der geschichtsdidaktischen Analyse der Hollstein-Studie von 2002, in der Gerhard Henke Bockschatz zu dem Ergebnis kam, dass Schülern im Geschichtsunterricht eher das Fällen politisch

korrekter Werturteile als historisches Denken beigebracht werde. In einer ersten Überprüfung an Schulgeschichtsnarrativen zum Thema Holocaust erwies sich das didaktische Analyseinstrument als hilfreich für die Ermittlung der lernprozessanregenden Qualität von Schulbuchnarrativen. Beide Hypothesen konnten damit vorläufig bestätigt werden. Zunächst stellte sich heraus, dass die didaktische Passung der Narrative den Ansprüchen von PISA nicht genügt. Der Erwerb von Historical Literacy im Sinne eines wissenschaftsförmigen historischen Arbeitens und Urteilens als Beitrag des Faches Geschichte zur Erziehung mündiger Bürger wurde in den untersuchten Beispielen im Sinne von Borries' mehr verhindert als gefördert. Dies bestätigte sich in der Analyse der zu Grunde liegenden Narrative, welche die von Henke-Bockschatz identifizierten politisch korrekten Werturteile repräsentierten, insonderheit im Aufgreifen der ahistorischen Bewertung des Holocaust als „böse und unerklärlich".

Der empirische Beweis dafür, welche Aufgabenlogik Schülern dabei hilft, im Fach Geschichte Denken und Handeln mündigen Bürgerseins einzuüben steht noch in den Anfängen. Gleichwohl, so das Fazit unseres Beitrages, stellt der Literacy Begriff von PISA Indikatoren für einen Geschichtsunterricht bereit, dessen Aufgabenkultur künftige Bürger sprach- und handlungsfähig macht für den engagierten Umgang mit öffentlichen Diskursen zum Thema „Holocaust".

Jens Birkmeyer

Fakten und Fiktionen

Was vermag Literatur über den Holocaust im Unterricht?

I. Vorbemerkung

In den folgenden Überlegungen sollen skizzenartig einige Motive benannt werden, die im Hinblick auf die Unterschiede zwischen historiographischem und ästhetischem Wissen für den Literaturunterricht relevant sind. Diese Unterscheidung ist deshalb nötig, um von hier aus eine didaktische Perspektive formulieren zu können, die im Umgang mit literarischen Texten eine vor allem ästhetisch angemessene Erschließung begründen kann. Was unterscheidet etwa den schulischen Umgang mit Literatur und Kunst von dem mit historischen Dokumenten und Quellen? Und was sollte im heutigen Umgang mit fiktionaler Holocaustliteratur im Zentrum der didaktischen Reflexion und Begründung stehen? Nach einer einleitenden Vorbemerkung (I) werden in fünf Schritten Argumente für die Relevanz literarischer Bildung über den Holocaust angedeutet. Es wird hierbei um Unterschiede zwischen historischem Wissen und fiktionaler Literatur gehen (II) und den hierbei maßgeblichen didaktischen Kontext (III) sowie um die ethische (IV) und ästhetische (V) Fokussierung im Rahmen einer literaturdidaktisch ausgerichteten Erinnerungsperspektive(VI).

Unter Didaktik der Literatur soll hier grundsätzlich eine Reflexion darüber verstanden werden, wie Gegenstände von der Gleichgültigkeit der Menschen befreit werden können. Als eine Wissensform zur Begründung von Bildungs- und Lernrelevanz liefert eine so verstandene literaturdidaktische Argumentation kein Vermittlungswissen, das Gegenstände zu schulischen Themen vereinfacht.[1] Wissen lässt sich ohnehin nicht vermitteln, falls damit bereits der Lernvorgang selbst gemeint sein sollte, da sich dessen Verlauf ohnehin nicht verlässlich voraussehen oder planen lässt. Statt Lernprozesse zu didaktisieren, will Didaktik als Reflexion über die Bildungsrelevanz beschreiben, wie Autodidaktik, als einzige Form des Lernens überhaupt, ermöglicht wird.

1 Andreas Gruschka: Verstehen lernen. Ein Plädoyer für guten Unterricht, Stuttgart 2011.

Didaktik macht damit auch per se nichts einfacher, sondern erklärt und begründet den Umgang mit Komplexität. Für den sensiblen Umgang mit Literatur über den Holocaust, bedeutet dies in erster Linie, zwischen den historisch-gegenständlichen Aspekten der Texte und den ästhetisch-literarischen Dimensionen selbst zu unterscheiden, sodass eine genuin medienbewusste Erschließung sichtbar wird. Diese soll jedoch weder auf Aspekte historisch-politischer Bildung reduziert werden noch die jeweiligen Variationen des Imaginären als vermeintlich unmittelbaren Ausdruck einer sich hinter den Texten befindlichen Wirklichkeit annehmen, die nur auf die eine oder andere Weise abzubilden wäre.

Immer dann, wenn es um literarische Dokumente und Zeugnisse geht, hat der Leser es bekanntlich mit einer zunächst schwer zu durchschauenden Kombination aus menschlicher Erfahrung, sprachlich codierter Imagination und spezifisch medialer Diegese zu tun. Wirklichkeit tritt ihm insofern als semiotisch hergestellter Effekt entgegen, nicht jedoch als Referenz einer „wirklichen" Wirklichkeit selbst. Dieser in literaturtheoretischer Hinsicht sicherlich triviale Hinweis ist aber an dieser Stelle deshalb von Belang, weil es sowohl im Hinblick auf die literarische Wissensform als auch ästhetisch eine grundsätzliche Frage ist, ob der Umgang mit Holocaust-Literatur als ein Unternehmen verstanden wird, in dem es darum geht, anhand von Sprachgebilden etwas Unmittelbares über das Geschehene zu erfahren oder vielmehr das Erfahrene als etwas zu begreifen, das immer schon durch die Darstellung vermittelt ist. Wenn es also etwas im Literaturunterricht zu berücksichtigen gilt, dann vor allem dies, dass das zu Vermittelnde selbst bereits ein Vermitteltes ist.

Insofern geht es nicht um eine Vermittlung, die immer nur eine beliebige pädagogische Setzung sein kann, sondern vielmehr eine Erschließung von Literatur, die bereits ihrerseits eine unverständliche Vergangenheit zu erschließen trachtet. Es wäre also eine falsche Annahme zu glauben, Gedichte, Erzählungen, Dramen oder Autobiographien etc. könnten darüber Auskunft geben, wie etwas war, ohne damit zugleich auch auszudrücken, dass dies immer nur auf eine bestimmte mediale Art möglich oder unmöglich ist. Es ist hier vor allem eine konstruktivistische Grundskepsis und ein gewisser Relativismus dem literarischen Material gegenüber notwendig, um nicht durch ein naives Bild von semantischer Referentialität den Umgang mit kulturspezifischen Zeichencodes in fataler Weise mit einer Pädagogik der gefühlten Opfermimesis kurzzuschließen.[2]

Der im Unterricht stets drohenden Gefahr, die Beschäftigung mit dem Holocaust an überzogenen pädagogischen Ansprüchen scheitern zu lassen, ist damit zu begegnen, dass der besonderen Leistungsfähigkeit guter Texte, Filme und Medien selbst vertraut wird. Überzogen sind die erzieherischen und aufklärerischen Erwartungen etwa dann, wenn beispielsweise Informationsarbeit, Geschichtsaufklärung, Toleranzedukation, Kritik des

2 Ulrike Jureit/Christian Schneider: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010.

Rechtsextremismus und Antisemitismus, Menschenrechtserziehung und Xenophobieabwehr gleichermaßen verfolgt werden sollen. Hierdurch kann die angemessene Betrachtung literarischer Zusammenhänge rasch in Mitleidenschaft gezogen werden. Bekanntlich ist inzwischen eine 4. Generation herangewachsen, für die der Genozid und Völkermord an den europäischen Juden nicht nur längst ferne Geschichte des vergangenen 20. Jahrhunderts geworden ist, sondern die auch ganz eigene Deutungen und generationsspezifische Interpretationsperspektiven gegenüber dem Nationalsozialismus hervorbringt.

Zugleich ist aber auch ein intensives Bemühen zu beobachten, der Erinnerung an den Holocaust eine transgenerationelle feste und zeitstabile Form zu geben, ob in Büchern, Filmen, Museen, digitalen Medien oder mit einem Denkmal für die Opfer in Berlin. Die Befürchtung, das Verbrechen könnte historisch entrücken, aus dem Gedächtnis entschwinden, beschäftigt freilich nicht nur Pädagogen. Fast scheint es, als sollte massenkulturell eine bestimmte hegemoniale Erinnerung für alle nachgeborenen Generationen festgeschrieben werden. Hierbei wird gerne und leicht übersehen, dass Erinnerungen diesbezüglich kulturelle Konstruktionen von Wissen und Verhaltensorientierungen sind, die immer auch eine elementare Funktion für politische und soziale Sinnstiftungen haben. Denn Menschen erinnern sich primär, um Sinnhaftigkeit für ihre Gegenwart zu erzeugen, und diese Praxis ist immer an die jeweiligen sozialen Rahmungen der Lebenswelten gebunden.

Der Literaturunterricht steht insbesondere vor der Aufgabe, angemessen sichtbar zu machen, was Literatur diesbezüglich in besonderem Maße auszeichnet und prädestiniert. Zum einen transformiert bereits die Verwendung von Literatur im Unterricht Kunst zum Material des Lernens, zum anderen gilt es, die besonderen Perspektivierungen und Codierungen dieser Materialien als ästhetische Mittel sichtbar, vergleichbar und verstehbar zu machen. Erst durch das ästhetisch und medial realisierte Wie einer Darstellung lässt sich das Was ihres Dargestellten angemessen beschreiben und erschließen. Oder mit Sem Dresden formuliert: „es gibt keine Fakten ohne Interpretationen und keine Wahrheit, keine Wirklichkeit, die nicht bearbeitet wäre“.[3] Diese Prämisse müsste jeweils im Mittelpunkt eines Umgangs mit Literatur stehen – im deutlichen Gegensatz zu einem bloß vordergründigen sozial erwünschten Sprechen über den Nationalsozialismus. Zu diesen negativen pädagogisierten Fetischbildungen gehören etwa auch Rituale erzwungener Betroffenheit mit der Folge einer „historisch entkernten Pietät“[4], die letztlich nur hoch rhetorische Posen einübt, statt Wissen, Perspektiven und ethisch begründete Haltungen zu fundieren.

3 Sem Dresden: Holocaust und Literatur. Aus dem Niederländischen von Gregor Seferens und Andreas Ecke, Frankfurt a. M. 1997, 48f.

4 Volkhard Knigge: Zur Zukunft der Erinnerung, http://www.bpb.de/themen/ROC1G3,1,0,Zur_Zukunft_der_ Erinnerung.html [4.1.2011].

II. Historisches Wissen vs. Literatur/Kunst

Fraglos haben sich in den letzten Jahren unter dem Einfluss der kulturellen Erinnerungskonjunktur auch literaturdidaktische Sichtweisen gegenüber den zu simplen moralisierenden Bekenntnisimperativen verändert.[5] Der erstaunlich lang anhaltende Erinnerungsboom signalisiert nicht bloß seit den 1990er Jahren einen kulturwissenschaftlichen Paradigmenwechsel, sondern auch ein deutlich verändertes Terrain, auf dem sich diesbezügliche Diskurse über Unterricht, Bildung und Schule überhaupt bewegen. Es dürfte allerdings zu kurz gegriffen sein, die Konjunktur des Erinnerns allein positiv in Anschlag zu bringen, ohne zugleich auch die darin enthaltenen Risiken der Selbsttäuschung zu sehen.[6] Unter Umständen hat sich die inzwischen vierte Generation nach dem Genozid ohnehin ganz neu zu entscheiden, ob sie das Vergangene eher vergessen oder eigene Formen des historischen Gedächtnisses und der Bearbeitung des Vergangenen hervorbringen will.

Um den schulischen Umgang mit Literatur zum Holocaust heute in besonderer Weise erinnerungsdidaktisch zu begründen, müssen daher sowohl Aspekte der Generationserfahrung als auch die Relevanz des Konzeptes Erinnerung im schulischen Rahmen selbst bedacht werden. Da sich Heranwachsende heute ihr historisches Wissen nicht mehr gegen eine schweigende Mehrheitsgesellschaft erstreiten müssen, wird es eher darauf ankommen, angesichts der Flut an Materialien und medialen Angeboten über den Nationalsozialismus eine angemessene Auswahl zu treffen. Umfragen und Stellungnahmen von Jugendlichen zu Themenbereichen des Holocaust deuten seit längerem darauf hin, dass sich Schüler rasch von den vielfältigen Erinnerungsangeboten überfordert und von den sogleich mitgelieferten moralischen Anforderungen unangenehm bedrängt oder mitunter sogar belästigt fühlen.[7] Die keineswegs erloschene Neugier und der durchaus immer noch vorhandene Wille, die Bedeutung der Vergangenheit begreifen zu wollen, verlangen daher eher nach zeitgemäßen Antworten und Begründungen, die sich nicht darin erschöpfen dürfen, einfach Erinnerungsroutinen abzurufen oder eine mitunter groteske Choreographie der Emotionen zu betreiben. Ein diesbezüglich über sich selbst aufgeklärter Unterricht kann insofern kein Interesse an zeremonieller Erinnerung haben. Er ist vielmehr Teil einer selbstkritischen und reflexiven Erinnerungskultur und er benötigt

5 Juliane Köster: Archive der Zukunft. Der Beitrag des Literaturunterrichts zur Auseinandersetzung mit Auschwitz, Augsburg 2001.

6 Jens Birkmeyer/Cornelia Blasberg (Hg.): Erinnern des Holocaust? Eine neue Generation sucht Antworten, Bielefeld 2006.

7 Meik Züsdorf-Kersting: Sechzig Jahre danach: Jugendliche und Holocaust. Eine Studie zur geschichtskulturellen Sozialisation, Münster 2007; Jens Birkmeyer/Annette Kliewer (Hg.): Holocaust im Deutschunterricht. Modelle für die Sekundarstufe II, Hohengehren 2010, 139ff.

eine autoreflexive didaktische Begründung für einen angemessen Umgang mit Literatur über das Dritte Reich und die Shoah.[8]

Die grundlegende Aufgabe von Kunst und Literatur über den Holocaust sehe ich darin, eine letztlich unannehmbare wie unverständliche Erfahrung überhaupt erzählbar zu machen. Eine zweite Funktion von Kunst und Literatur über Auschwitz wirkt komplementär zur Erzählbarkeit der Erfahrung, die uns das Erzählte ja näher bringt. Kunstwerke gestatten uns, uns in ein ästhetisch distanziertes Verhältnis zu den historischen Ereignissen zu setzen, deren Erzählungen ihrerseits auch nie ausschließlich auf Fakten beruhen. Hier soll daher die These vertreten werden, dass künstlerische Darstellungen dank ihrer komplementären Leistungen, dem Leser durch Erzählung Vergangenes nahe zu bringen und zugleich durch ästhetische Distanz den Abstand zur Geschichte zu wahren, die Verbindung von Einfühlungsvermögen und Reflexion fördern. Die Frage danach, wie ethische und ästhetische Aspekte hinsichtlich des Holocaust zusammenhängen, kann ethisch reflektiert nicht mehr gestellt werden, ohne dieses zu bedenken: Aufgrund der Überforderung ist ein kontinuierliches und vollständiges Erinnern an den Holocaust weder denkbar und möglich, noch uneingeschränkt wünschenswert.

Es geht hier auch um die Erkenntnis, dass ein fiktionales Narrativ selbst eine ethische Dimension besitzt, weil narrative Strukturen einen inhärenten Bezug zur Moral enthalten. Die Aufgabe des Literaturunterrichts wäre es dann, einen offenen Denk- und Erfahrungsraum zu schaffen, sodass im Umgang mit Literatur und Kunst weder eine Kryptogeschichtsbetrachtung betrieben wird noch moralische Einstellungen kalkuliert vermittelt werden. Eher ginge es darum, anhand der Literatur ethischen Sichtweisen und Begründungshaltungen auszubilden und einzuüben. Im Mittelpunkt steht hierbei nicht die Erinnerung, sondern das literarisch gestützte Bewusstsein einer generellen zivilisatorischen Gefährdung, aus der heraus Literatur entsteht und auf die sie umgekehrt auch reagiert. Seitdem man weiß, dass es eine Illusion war, zu meinen, der Zivilisationsprozess sei insgesamt unumkehrbar, weiß man auch, dass diese Gefährdung immer aktuell bleiben wird. Hierbei ist auch die ethische Dimension im Ästhetischen als ein mitlaufendes ideelles Korrektiv mitgedacht, das auf ein uneingelöstes Zukünftiges gerichtet ist.

Für das Verhältnis von Ethik zur Literatur teile ich Josef Früchtls Prämisse, das Ästhetische als eine paritätische Dimension zu fassen, in der die „anderen Dimensionen sich zu einer spielerischen Einheit zusammenfinden."[9] So gesehen stünden Ethik und Ästhetik, Moral und Literatur nicht in einem agonalen und inkommensurablen Verhältnis, sondern

8 Jens Birkmeyer (Hg.): Holocaust-Literatur und Deutschunterricht. Erinnerungskultur in schulischer Perspektive, Hohengehren 2007; Jens Birkmeyer/Annette Kliewer (Hg.): Holocaust im Deutschunterricht. Modelle für die Sekundarstufe I, Hohengehren 2010.

9 Josef Früchtl: Die moderne Moral der Literatur, in: Christof Mandry (Hg.): Literatur ohne Moral. Literaturwissenschaften und Ethik im Gespräch, Münster u.a. 2003, 29-42, 39.

einer komplementären Beziehung zueinander. Damit wäre eine Erfahrung als ästhetische zu fassen, wenn etwa kognitive, moralische oder hedonistische Aspekte zugleich und ohne Dominanz im synthetischen Spiel sind. Gegenüber einer oft mit disparaten Quellen arbeitenden, rekonstruierenden historischen Arbeit, die ihren Interpretationsrahmen immer erst gewinnen muss, fundiert und erschließt Literatur eine grundsätzlich andere Dimension, da sie mit Perspektive, Horizont und zeitlich-narrativer Struktur über die wesentlichen Elemente einer verstehenden und nicht nur nachvollziehenden, sondern den Blick öffnenden, (weiter-)fragenden, also didaktisch aussichtsreichen Rezeption implizit verfügt.

Gerade für historisch-politische Themen hat die erzählende Literatur spezifische aufschließende Qualitäten, weil sie Themen, Probleme, Ereignisse eben in eine Narration konvertiert. Literatur konstituiert somit eine temporale Struktur, d.h. sie erzählt einen Geschehenszusammenhang mit Anfang und Ende und sie schafft eine personale Konstellation, in der sich Positionen, Sicht- und Verhaltensweisen sachlich und subjektiv plausibel gestalten lassen. Daneben ist es die der Erzählung eingeschriebene Perspektivität, die thematische Komplexität reduziert, sie kommensurabler macht, weil sie Themen und Probleme nicht isoliert, sondern in einen perspektivisch organisierten, d.h. Relationen erzeugenden Zusammenhang rückt.[10]

III. Didaktischer Horizont

Über diese grundlegende Erkenntnis erleichternde Leistung hinaus bietet die spezifische literarische Perspektivität weitere Chancen des Lernens und Erkennens, die gerade für politisch-gesellschaftliches Lernen wichtig sind. Es lassen sich hier vier Aspekte anführen, die für eine Begründung des Literaturunterrichts von besonderer Bedeutung sind. Es gilt hierbei zu bedenken, dass (1) Wahrnehmung und Erkenntnis ebenso wie Textverfassungen selbst grundsätzlich immer auf je besondere Art und Weise perspektivisch ausgerichtet sind; (2) die jeweils eigene Perspektive, die eingenommen und auch ausgebildet werden muss, niemals die einzig mögliche ist. Daher kann auch keine Einzelperspektive bereits aus sich selbst heraus den eigenen Standpunkt begründen, ohne diese mit anderen möglichen Perspektiven in Beziehung zu setzen; (3) eine Pluralität von Perspektiven und der vernunftorientierte, dialogische Umgang mit diesen sind konstitutiv für das Zusammenleben von Menschen; und (4) schließlich, dass die Irritation durch andere Perspektiven sowie die Dezentrierung der eigenen Perspektive lernstimulierend sein kann – ebenso wie der damit einhergehende Perspektivenwechsel und die anzustrebenden Verschränkungen von Perspektiven,

10 Vgl hierzu Gerd Steffens: Verstehen als Überlebenskunst. Zu Louis Begleys Roman-Autobiografie *Lügen in Zeiten des Krieg*. Ein interpretierender Essay, in: Birkmeyer/Kliewer (Hg.): Modelle für die Sekundarstufe II, 107ff.

wenn diese nicht bloß darauf ausgerichtet sind, die eigenen Perspektiven zu wiederholen, zu stützen und absichernd zu konservieren.

Wenn sich Schüler anhand literarischer Texte mit dem Holocaust und dem Schrecklichen der Geschichte befassen, geht es für sie gleichzeitig immer um eine zu leistende Geistesanspannung (Wissen, Wahrheit, Details, Kontexte etc.) und um eine Betätigung der Phantasie (Illusion, Zeichen, Authentizität, Imagination, Vorstellungsvermögen etc.). Zugleich stellt sich die Frage, wie die Vorstellungskraft und das nötige Phantasievermögen stimuliert werden können und in welchem Bezug der Verstand hierzu steht. Somit kann der Schüler an Literatur und Kunst auch nachvollziehen, inwieweit die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit immer auch ein Projekt des eigenen Kopfkinos ist. Diese Beschäftigung ist nicht nur eine mit vergangenem Material, sondern mit den Sichtweisen auf ein Vergangenes, das nur durch den Akt der präsentischen Vergegenwärtigung überhaupt relevant wird. Dieses individuell-überindividuelle Vergangenheitskino besteht aus Wissen, Bildern, Tönen, Texten, Vorstellungen, Hoffnungen, Einstellungen, Irrtümern und vor allem aus zahllosen Fragen. Es dürfte wohl eine der maßgeblichen Aufgaben und Leistungen des Umgangs mit Kunst sein, derartige Fragmente und Aspekte überhaupt in kommunizierbare Kontexte des Erschließens, Aneignens und Lernens zu überführen.

Das Denken benötigt aber nicht nur Gegenwartserfahrung, sondern auch einen Bezug zur Vergangenheit als Gedächtnisraum und eine antizipierende, entwerfende Vorerinnerung auf ein Zukunftsgedächtnis. Vorgriffe auf etwas erst in der Zukunft Existierendes spielen als Orientierungsmittel für die Ausrichtung von Entscheidungen und Handlungen eine mindestens so wichtige Rolle wie der Rückgriff auf real oder vorgestellt erlebte Vergangenheiten. Neben dem zeitlichen Nacheinander gibt es auch das Gleichzeitige und das Nebeneinander als geistige Parallelen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, die nie nur Gegenwart ist. Wann immer von der Zukunft der Erinnerung die Rede sein mag, so geht es hierbei stets auch, vielleicht sogar in besonderem Maße, um die Erinnerung als Modus der Konstituierung von etwas relevantem Zukünftigen. Das Gedächtnis folgt nicht der Chronologie der Zeit und zielt zudem stets auch auf ein Zukünftiges. Mit Harald Welzer gesprochen ist die konstruierende und selektierende Funktion des Gedächtnisses hierbei so zu fassen: „Das Gedächtnis ist opportunistisch. Es nimmt, was ihm nützt, und sortiert aus, was ihm überflüssig oder unangenehm erscheint.“[11]

Aus dem Umstand, dass das Gedächtnis auch einem entworfenen Zeithorizont unterliegt, wäre zu folgern, Literatur über den Holocaust grundsätzlich als ein unzuverlässiges Gedächtnissystem zu rezipieren, auf das der Leser erneut mit einer sekundären Gedächtnisbildung reagiert. „Daher ist die Kategorie ‚Vergangenheit‘ für die Theorie und Empirie von Erinnerung und Gedächtnis in Zukunft vielleicht weniger wichtig als die Katego-

11 Harald Welzer: Kriege der Erinnerung. In: Gehirn & Geist 2005, H. 5, 40-46, 43.

rie ‚Zukunft'."Ð Diese temporale Paradoxie ist schon deshalb von Belang, weil sie ihr Augenmerk darauf richtet, Erinnerung immer auch als einen narrativen Vorgang zu verstehen, der Bedeutsamkeit, Sinn und Orientierung anstrebt und hervorbringt. Wenn demnach Erinnerung per se ein auf Gegenwartsorientierung ausgerichteter Modus der Zukunftsbewältigung ist, dann ist es auch von Belang, diesen mehrdimensionalen Erinnerungsvorgang verstärkt als eine ethische Praxis zu betrachten. Der Wert der Erinnerung bemisst sich nicht allein aus der Beurteilung des jeweils Vergangenen, sondern speist sich in besonderem Maße auch aus der ethischen Setzung in Bezug auf die Relevanz von Erinnerungen für ein antizipiert Zukünftiges.

Es sind vor allem zwei Grundfähigkeiten, über die sich Heranwachsende Wege des Verstehens in die Welt bahnen können. In einer selbstreflexiven Moderne ist es notwendig und unerlässlich, sich prüfend und argumentierend auf einen Horizont geteilter rationaler Regeln der Geltung zu beziehen; sich somit suchend und klärend diskursiv verhalten zu können und den Dingen auf den Grund ihrer Entstehung gehen zu können. Zugleich gilt es damit auch, Verhältnisse durch die Rekonstruktion ihrer Entwicklung verstehen zu wollen und sie als einen sinnfälligen, mitunter auch sinnvollen Zusammenhang darzustellen, d.h. sich zu ihnen erzählend, narrativ verhalten zu können. Die Frage lautet nicht allein, warum ist es wichtig zu erinnern? Sondern auch weitergehend selbstreflexiv: Warum ist es wichtig, Erinnerung als wichtig zu erachten und aus welchen Gründen und zu welchem Zweck sollte Erinnerung eine Rolle und Funktion übernehmen, die über ihren Zusammenhang mit Vergangenem hinausgeht? Nicht die Erinnerung selbst ist hierfür ausschließlich oder maßgeblich relevant, ließe sich an dieser Stelle mit einiger unbeabsichtigter Übertreibung sagen, sondern das Wissen um das Erinnern selbst, um seine Funktion, seine Wirkungsweise und vor allem um seine ethische Dimension für die Bearbeitung von Gegenwartsfragen und Zukunftslösungen. Gerade dieses autonoetische Gedächtnis, das um sich selbst weiß, muss in ethischer Hinsicht auch zu einer Größe im literaturdidaktischen Diskurs werden.

Literatur als Teil des kulturellen Gedächtnisses zu fassen, heißt dann auch, dass eine sich selbst reflektierende Lektüre vergangenheitsorientierter Texte ebenso um deren immanenten Bezug auf Zukunft weiß. Dies vermag Kunst besser als jedes rein Faktische. Hier trifft Walter Benjamins Hinweis aus dem Denkbild „Ausgraben und Erinnern" zu,

> **„daß das Gedächtnis nicht ein Instrument für die Erkundung des Vergangnen ist, vielmehr das Medium. Es ist das Medium des Erlebten wie das Erdreich das Medium ist, in dem die alten Städte verschüttet liegen. Wer sich der eigenen verschütteten Vergangenheit zu nähern trachtet, muß sich verhalten wie ein Mann, der gräbt. Vor allem darf er sich nicht scheuen, immer wieder auf einen und denselben Sachverhalt zurückzukommen – ihn auszustreuen wie man Erde ausstreut, ihn umzuwühlen, wie man Erdreich umwühlt. Denn ‚Sachverhalte' sind nicht mehr**

als Schichten, die erst der sorgsamsten Durchforschung das ausliefern, um dessentwillen sich die Grabung lohnt."

Überträgt man Benjamins Schichten-Metapher auf unseren Kontext, nämlich Argumente zu formulieren und Begründungshorizonte zu liefern für die Relevanz des schulischen Umgangs mit der Holocaust-Literatur als Literatur, dann gilt es nicht bloß im autobiographischen Gedächtnis zu graben, um sich zu erinnern, sondern sich lesend als grabender Archäologe zu verhalten, der Schichten abzutragen hat. Es wäre insofern wichtig im Umgang mit kulturellen Zeugnissen über den Holocaust zu bemerken, dass die historische Wirklichkeit selbst ein umkämpftes Gebilde aus Narrativen ist, wobei das Faktische nur eine Dimension ausmacht, das Imaginäre hingegen eine weitere. Diese Konstellation aus Faktischem, Imaginärem und Narrativem wird nun im Folgenden unter den drei Aspekten der ethischen und ästhetischen Fokussierung sowie der Perspektive der Erinnerung angesprochen.

IV. Ethische Fokussierung

Für den Umgang mit Literatur über den Holocaust im Unterricht sind hinsichtlich der ethischen Dimensionen dieser Literatur drei mögliche didaktische Fokussierungen besonders relevant. Als erstes ist hier die strikte Trennung einer Binnenmoral von jeder Außenmoral als Machtdispositiv des Nationalsozialismus zu nennen. Das zentrale Betriebsgeheimnis der nationalsozialistischen Weltkonstruktion liegt ja in der grundsätzlichen Zerstörung des Geltungsanspruches eines moralischen Universalismus. Durch die manifeste, rassisch begründete Mobilisierungskraft, die von einem hohen Gefälle von Gleichheit nach innen und Ungleichheit nach außen ausging, wurde fatalerweise eine strikte Trennung von Binnen – und Außenmoral erzwungen. Weil Ansprüche an Ungleichheiten in Extermination überführt und okkasionelle Gewalt planmäßig zu einer systematisch autotelischen Eliminationsgewalt dynamisiert werden, ist die Literatur ein Medium, an dem sich diese ethischen Phänomene beobachten und beschreiben lassen.

In diskursethischer Hinsicht kann etwa gezeigt werden, wie in die Grundstrukturen von Kommunikation und Argumentation Verhältnisse wechselseitiger Anerkennung eingewoben sind, nach welchem ex negativo ein prinzipiengeleiteter, autonomiebasierter moralischer Universalismus auch einen Maßstab zur Beurteilung der nationalsozialistischen Vergangenheit liefert.[12] Wenn in diesem Zusammenhang verstanden wird, inwieweit Verhältnisse wechselseitiger Anerkennung nicht partikularisierbar sind, dann erschließt sich ansatzweise ein grundsätzliches ethisches Verständnis des diktatorischen Regimes und seiner Politiken aber auch des Genozids, das

12 Christian Gudehus/Ariane Eichenberg/Harald Welzer (Hg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010, 2.

nicht ausschließlich vor der Monstrosität des vollzogenen Verbrechens oder der erdrückenden Übermacht der Gewaltverhältnisse kapitulieren muss.

Ein zweiter ethischer Aspekt hat mit der Frage zu tun, was im Hinblick auf moralische Gewissheiten von Heranwachsenden geschieht, wenn sie mit den grundlegenden Erschütterungen und Entgrenzungen eines sicher geglaubten Weltverständnisses konfrontiert sind, wie dies angesichts von Völkermorden und Menschheitsverbrechen der Fall ist. Nichts ist so wichtig für Heranwachsende wie Vertrauen haben und sich verlassen zu können im gegenseitigen Verstehen – vor allem unter Gleichaltrigen. Was, wenn dem eigenen moralischen Urvertrauen plötzlich der Boden entzogen würde, weil das Sich-Hineinversetzen, der Blick aus den Augen der anderen verweigert, unmöglich gemacht wird? An diesem Punkt, der ja von zahllosen Texten über Auschwitz, Holocaust und Genozid angedeutet oder berührt wird, dehnt sich die Frage nach ethischen Grundsätzen, Gewissheiten und Gefahren im gesellschaftlichen Zusammenleben und in historischen Kontexten rasch zu einer Dimension aus, die auf der einen Seite subjektive Orientierungen ins Wanken bringen können und auf der anderen Seite die gesamte Zivilisation als fragil und höchst gefährdet erscheinen lassen. Wer von hieraus beginnt, sich mit der gesamten Katastrophengeschichte der Moderne zu befassen, betritt ein Gelände mentaler Erschütterungen, die weit tiefer reichen als nur bis in die Refugien der subjektiven Orientierungen. Diese trachten zwischen moralisch guten und unmoralisch verwerflichen Handlungen und Einstellungen zu unterscheiden, ohne hier bereits unbedingt zu erahnen, welche Abgründe die Geschichte, moralische Gewissheiten vollständig außer Kraft setzend, tatsächlich hervorgebracht hat , an denen sich ethische Orientierungen erst zu messen und zu bewähren haben.Đ

Ethische Dimensionen liegen den Texten selbst zugrunde und müssen den Rezeptionsvorgang bestimmen, wenn die Texte zugleich als Reaktionen und Angebote auf die antimoralische Katastrophe gelesen werden und eine ständig fortschreitende ethische Reflexion in Gang halten sollen, die die Voraussetzung dafür ist, lesend, verstehend und wertend einen Diskursraum zu betreten, der vom Leser eine doppelte Bewegung verlangt: die Bedrohung der Menschheit durch die Möglichkeiten der Zivilisationskälte zu verstehen und gleichzeitig die eigene ethische Orientierung begründbar zu kommunizieren. Der Holocaust ist nicht der Testfall für die abendländische Moral, sondern die Moral ist der Testfall hinsichtlich der Barbarei. Insofern bedeutet Erinnerung als ethische Haltung nicht, den Holocaust als Testfall für die Menschenrechte zu instrumentalisieren. Die eigenen ethischen Reflexionen müssen so bewusst gemacht werden, dass der Holocaust in seiner barbarischen Evidenz sinnfällig wird. Erinnerung ist im didaktischen Kontext das an Texten diskursiv herzustellende Terrain, auf dem ethische Fragen an Texten erst abgelesen werden können. War Adorno noch der Auffassung, dass Unterricht soziologisch zu werden habe, so hat der Literaturunterricht ethisch zu werden, auch um zu zeigen, dass es nach Auschwitz keine unbeschädigte Ethik mehr geben kann.

Ein dritter Punkt, an dem eine ethische Fokussierung gegenüber der Holocaust-Literatur virulent wird, hat etwa Wolfgang Sofsky in einer Inter-

pretation von Häftlingsberichten aus Konzentrationslagern vorgeführt und dabei plausibel gezeigt, wie der Terror der Lager ein „Universum völliger Ungewissheit" erzeugt. Die „universalen Strukturen des menschlichen Weltbezugs" „wie Raum und Zeit, das soziale Verhältnis zu anderen, das Sachverhältnis zur Arbeit, die Selbstverhältnisse der Menschen" werden zerstört, weil „absolute Macht aus jeder Situation eine Situation auf Leben und Tod macht" und damit „die fraglose Idealisierung der eigenen Fortexistenz, auf der alles Handeln aufruht," zersprengt.[13]

Die Berechenbarkeit des Handelns der anderen, die auf der Möglichkeit der Perspektivenverschränkung beruht, wird durch die prinzipielle Unberechenbarkeit des Terrors zerstört. Daran lässt sich unter anderem verdeutlichen, was in ethischer Hinsicht Literatur über den Holocaust mit dem jugendlichen Interesse an der eigenen Zukunft verbindet, das sich auf ein Urvertrauen in eine moralisch sicher geglaubte Idealisierung der eigenen Fortexistenz im Sinne der prospektiven ethischen Gewissheit stützt. Gerade an den alltäglichen Details amoralischer Regelverletzungen in Bezug auf elementare zivilisatorische Grundsätze, die in literarischen Zeugnissen über die Shoah geschildert werden und die dort als gewaltförmige Brechungen vermeintlich allgemeingültig gesicherter moralischer Geltungsansprüche zu beobachten sind, teilt sich auch eine Ahnung davon mit, dass es gerade die Verweigerung einer elementaren moralischen Wechselseitigkeit sowie deren ethische Legitimation ist, die den von Dan Diner so bezeichneten „Zivilisationsbruch" ausmacht.[14] Durch diesen Bruch wird den Marginalisierten und Exkludierten rabiat jenes Mindestmaß zivilisatorischer Gewissheit vorenthalten, das die Möglichkeit eines perspektivenverschränkten Verstehens überhaupt erst bildet. Wenn die Lektüre dieser extremen Texte jedoch in einer ethisch erhellenden Perspektive erschlossen wird, kann auch sichtbar werden, dass alle Beteiligten schlicht an einem fortdauernden unabgeschlossenen Projekt beteiligt sind, nämlich ein humanes Zusammenleben der Menschen und das Überleben der Menschheit insgesamt zu garantieren.

Dem Unterworfenen dies zu verweigern und ihm damit auch die Planungen des Alltäglichsten unmöglich zu machen, ihm den Raum persönlicher Zukunft zu entziehen, ihn als noch Lebendigen schon zum Toten zu machen, bildet offenbar die äußerste Grenze einer exkludierenden Praxis, worin sich auch ausdrückt, dass hierin vice versa exklusive Lebensrechte reklamiert werden. Die Rede ist von der ständigen praktischen Widerlegung der Möglichkeit einer Mitmenschlichkeit als Nukleus der Barbarei. Ohne an dieses prinzipielle innere Bewegungsmoment des Nationalsozialismus zu

13 Walter Benjamin: Ausgraben und Erinnern, in: Benjamin GS IV.1 (Werkausgabe Bd. 10), Frankfurt/M. 1980, 400f., 400; s. hierzu Jens Birkmeyer: Rettendes Erinnern. Die Ordnungen des Gedächtnisses im Werk Walter Benjamins, in: Jens Birkmeyer/Thomas Kleinknecht/Ursula Reitemeyer (Hg.): Erinnerungsarbeit in Schule und Gesellschaft. Ein interdisziplinäres Projekt von Lehrenden und Studierenden der Universität in Zusammenarbeit mit dem Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster 2007, 35-55.

14 Vgl. Rolf Zimmermann: Philosophie nach Auschwitz. Eine Neubestimmung von Moral in Politik in Gesellschaft, Reinbek 2005.

gelangen, ist dessen Herrschaftsform und soziale Alltagspraxis überhaupt nicht zu verstehen.

Diese grundlegenden Zusammenhänge in ihrer ethischen Fundamentalität verstehen und auch argumentativ erschließen zu können ist beispielsweise ein Unterfangen einer ethisch orientierten Literaturbetrachtung. Was grundsätzlich hierbei auch zu verstehen ist, hat mit der historischen Differenz unserer eigenen Gegenwartsperspektive zu tun. Wo unser normativ gesättigter Blick heute ethische Grenzen sieht, die realiter permanent überschritten wurden, bestanden für die damaligen Täter überhaupt keine Grenzen, warum es auch stets eine Illusion war zu glauben, der Zivilisationsprozess sei insgesamt stabil und unumkehrbar.[15] Es kommt daher vor allem darauf an, neben dem Blick auf das Grauen auch die Frage zu stellen, wie sich überhaupt in modernen Gesellschaften solche gravierenden normativen Verschiebungen etablieren und durchsetzen können.[16]

Wenn man nun im Hinblick auf den Literaturunterricht versucht, diese ethischen Fragehorizonte mit der Kategorie der Erinnerung in Verbindung zu bringen, um eine gedächtnistheoretische Fundierung der Lektüre begründen zu können, dann käme es zuerst einmal darauf an, Erinnerung nicht als Modus des autobiographischen Gedächtnisses zu verstehen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts vermag ein Schüler keine unmittelbar autobiographisch gestützten Erinnerungen mehr an die Zeit vor 70 Jahren herzustellen. Anders sieht es hingegen aus, wenn man die Zusammenhänge von kollektivem und kommunikativem Gedächtnis in einem überindividuellen Sinne im Auge hat. Ohne an dieser Stelle auf die kulturwissenschaftlich orientierten Gedächtnisdiskurse der letzten 20 Jahre einzugehen, muss aber die Frage aufgeworfen werden, was es eigentlich für einen Heranwachsenden genauer heißen mag, mit der Lektüre von Literatur über den Holocaust so etwas wie Erinnerung auszubilden oder zu praktizieren. Kann es überhaupt ratsam und sinnvoll sein, den Begriff der Erinnerung auf diese Weise ins Spiel zu bringen?

V. Ästhetische Fokussierung

Was heißt es nun genau, das spezifisch Ästhetische von Literatur über den Holocaust literaturdidaktisch zu reflektieren? Das Ästhetische an Literatur zeichnet sich auch dadurch aus, dass es, im Gegensatz zur Moral und ihren Begründungsformen, grundsätzlich Bedeutungen und Sichtweisen vervielfältigt und dadurch auf besondere Art und Weise ein besonderes Irritationspotential repräsentiert. Ästhetische Erfahrungen sind im Kern als eine Form oder Variante nichtinstrumenteller Aufmerksamkeit auf anderes um des

15 Vgl. etwa Primo Levi: Ist das ein Mensch? München 1992; Jean Amery: Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten. Essays, München 1966.

16 Wolfgang Sofsky: Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager. Frankfurt a. M. 1993, 29, 36.

anderen selbst willen zu verstehen.[17] Im Gegensatz zum allgemeinen Begriff der Wahrnehmung kann eine ästhetische Empfindung spezifische Reaktionen auslösen, durch die Formen als Formen wahrgenommen werden. Ästhetische Gegenstände fordern hermeneutisches Bemühen heraus und weisen es zugleich abermals gegen den Totalitätsanspruch des Verstehens in die Schranken. Ein ästhetisches Grundproblem ist auch didaktisch relevant, da Bilder semiotische Vollständigkeit und authentische Nähe suggerieren, deren Illusionscharakter aber erst durch ein distanzierendes Narrativ sichtbar gemacht werden kann.

Die didaktische Perspektive auf den Holocaust soll hier daher als Horizont erschließender Fragestellungen gedacht werden, weil es auch darum gehen muss, den Schein des Authentischen nicht mit einer historischen Wahrheit oder Evidenz zu verwechseln. Anders als im Geschichtswissen vermag Literatur und Kunst ja gerade durch ihre Zeitreserve eine Verlangsamung der historischen Zeit und eine perspektivische Dehnung des Augenblicks zu bewirken. Auf diesem Wege entsteht ein metaphorischer Text- bzw. Zeichenraum, in dem sich die Vorstellungskraft mit der Deutungsarbeit des Verstandes berühren kann. Didaktische Horizonterschließung hieße dann, den Erzählraum des Textes (Perspektiven, Zeitmaße, narrative Logik, Sinnangebote etc.) mit den Fragehorizonten eines aufmerksamen Lesers so zu verbinden, dass durch metaphorisierende Fragestellungen Imaginationsräume eröffnet werden, die eine Lektüre als genuin ästhetisch-mediales Unterfangen und nicht bloß als historisches Wissen erfahren lassen. Die Suche nach Sinnstiftung ist durch die Geschichtsschreibung allein nicht zu befriedigen, denn erst das ästhetische Narrativ entwirft den mythischen Horizont, das, wovon erzählt wird, würde irgendeine Form der Sinnstiftung und Orientierung sein können.

Wenn, wie Adorno in seiner „Ästhetischen Theorie“ sibyllinisch bemerkt, eine ästhetische Verhaltensweise die Fähigkeit ist, „mehr an den Dingen wahrzunehmen, als sie sind“,[18] ist Deutung auch das Zur-Sprache-Bringen dieser Wahrnehmung. Literatur enthält sowohl eine Vergangenheit, eine Zukunft, Möglichkeitswelten sowie Wunschformen. In diese temporären Konstellationen vorzustoßen ist das genuine ästhetische Privileg von Literatur. Es bedarf nun solcher Fragestellungen, die in Texten in diese Konstellationen eindringen und vermögen, Zeithorizonte mit den subjektiven Reaktionen in Verbindung zu setzen.

Literatur ist als Medium anti-realistischer Gefühle dazu prädestiniert, eine Spiegelungsfläche zu bieten für jene Emotionen, die sich immer gegen die Zumutungen der Wirklichkeit sperren. Im Sinne Alexander Kluges lässt sich sagen, dass die Realität nicht realistisch ist, wenn sie den im Subjek-

17 Dan Diner (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M. 1988.
18 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt/M. 1988; Zygmunt Baumann: Die Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 2002.

tiven permanent provozierten „Anti-Realismus der Gefühle“[19] ausschließt. Die antirealistischen Gefühle von Heranwachsenden etwa gegenüber dem Grauen der Geschichte können nur mittels intensiver Beziehungsarbeit versachlicht werden und in realistische Einstellungen und sozialen Nähesinn umgewandelt werden. Der Umgang mit Literatur erlaubt es, antirealistische Gefühle kommunizierbar zu machen. Wichtiger als die Opposition von Utopie und Wirklichkeit sind insofern für das Verständigen über den Holocaust die Kategorien Heterotopie und Heterochronie. Denn diese Kategorien unterstützen die Aufmerksamkeit des Lesers für den Möglichkeitssinn der Literatur und den Variantenreichtum möglicher Perspektiven.

Es bedarf nicht immer unbedingt vieler Voraussetzungen, um der so geschehenen oder so vorgestellten Geschichte und ihrer Wirklichkeit durch das Ahnungsvermögen der Literatur eine mitunter ganz andere Wendung zu geben. Gerade für die literarische Beschäftigung mit dem Holocaust ist es eminent wichtig, gegenüber der brachialen Wucht des faktisch Geschehenen im Medium der Literatur durch deren Ressource an Alternativen eine Ahnung dafür wachzuhalten, dass ein Geschehenes immer auch einen ganz anderen Verlauf hätte nehmen können. In diesem konjunktivischen Modus berühren sich dann jeweils ethische mit ästhetischen Fragen und dem Problem, wie all das zu einer medial affizierten Erinnerung verdichtet werden kann.

VI. Die Perspektive Erinnerung und Gedächtnis

Aus einer literaturdidaktischen Perspektive betrachtet ist Erinnerung vor allem als eine ethisch orientierte Suchbewegung an Texten aufzufassen.[20] Erinnerung unterscheidet sich einerseits vom Gedenken, andererseits vom fundierten Wissen über Geschichte dadurch, dass um die Bedeutung (Sinnhaftigkeit) und Moralität (Ethik) des Erinnerns an den Holocaust gewusst wird. Für die junge Generation ist es jedoch nicht mehr hinreichend, zwischen kollektivem und kulturellem Gedächtnis zu unterscheiden, weil ein medienkritisches Gedächtnis vom Erinnernden verlangt, sich in vielfältigen medialen Codierungen zu orientieren und sicher durch das rapide anwachsende Signifikantenmeer zu navigieren. Angemessener wäre insofern statt von einem kulturellen allmählich von einem sekundären medienkritischen Gedächtnis als Diskursgedächtnis zu sprechen, das drei Dimensionen zu unterscheiden und zu reflektieren hätte: (1) die Medialität der Angebote; (2) die Regeln der vorherrschenden Diskurse und (3) die Kompetenz zur Decodierung der unterschiedlichen kulturellen Holocaustnarrative.

19 Jan Philipp Reemtsma: Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne, Hamburg 2008.

20 Vgl. hierzu Martin Seel: Die Macht des Erscheinens. Texte zur Ästhetik, Frankfurt/M. 2007; Martin Seel: Theorien, Frankfurt a. M. 2009; Josef Früchtl: Ästhetische Erfahrung und moralisches Urteil. Eine Rehabilitierung, Frankfurt/M. 1996.

Ich gehe hierbei von der Annahme aus, dass eine genuin durch literarische Texte stimulierte Erinnerung an den Holocaust als eine Ethik des fragenden Suchens beschrieben werden kann.[21] Ihr praktisches Ziel besteht u.a. darin, sukzessive Diskursfähigkeit zu erlangen, die nicht mehr alleine auf Betroffenheitsaffekte angewiesen sein darf, die ohnehin meist nur von kurzer Dauer sind. Es gilt vielmehr, die methodischen Schritte im pädagogischen Feld nicht bloß aus der Perspektive der Aufklärungsabsicht, Wissensvermittlung und Verantwortungsethik zu formulieren, sondern Literatur mit ethischen Sinn- und Handlungsfragen zu verbinden. Literaturdidaktisch heißt Erinnerung nicht bloß einen ethischen Diskurs über, sondern auch anhand von Literatur zu führen. Unter einer Ethik des Suchens ist hier aber nicht allein die Dimension moralischer Inhalte in Texten gemeint. Vielmehr geht es um jene ästhetischen Wirkungen und Effekte literarischer Darstellungen, durch die ethische Reflexionen ausgelöst, moralisch-diskursive Anschlüsse an den Text ermöglicht und in dieser Hinsicht Erinnerungspotentiale freigesetzt werden können.[22]

Juliane Köster hat in diesem Zusammenhang zu Recht auf die Notwendigkeit neuer Frageperspektiven im Unterricht aufmerksam gemacht und verweist vor allem auf jene Leerstellen in Texten mit indirekten Darstellungen des Holocaust, die aufgrund ihrer narrativen Arrangements Nachfrageangebote liefern und Vorstellungsbildung befördern.[23] Neben diesem Verzicht auf didaktische Unmittelbarkeit ist aber noch ein weiterer Aspekt zu bedenken. Zur Dialektik des Erinnerns in posttotalitären Gesellschaften gehört, dass Geschehenes sowohl dokumentiert, imaginiert, ästhetisch repräsentiert als auch vergessen, übersehen und übergangen wird, d. h., dass der Holocaust tendenziell immer auch hinter dem kulturellen Ausdruck und Produkt zu verschwinden droht.

Diesen Antagonismus an Texten wahrzunehmen und mit zu bedenken, ist die Voraussetzung dafür, einen ethischen Diskurs nicht nur über die Literatur, sondern eben auch anhand der Literatur zu beginnen. Zu fragen ist z.B. danach, woran sich innerhalb des Textes ablesen lässt, dass er nicht eine bereits ohne ihn gewusste Realität repräsentiert, sondern ein narratives Modell generiert? Welche ethischen Fragen entstehen im Anschluss an die Beobachtung, dass etwa Jugendliteratur tendenziell das Sinnlose der Shoah sinndeutend und damit u.U. auch versöhnlich modellieren will? Eine Ethik des Suchens könnte hier eine Grundlage des ästhetischen Erinnerns begründen. Damit ist auch in den Blick genommen, dass es im Hinblick auf

21 Theodor W. Adorno: Ästhetische Theorie. Hg. von Gretel Adorno und Rolf Tiedemann, Frankfurt a. M. 1973, 488.

22 Alexander Kluge: In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod. Texte zu Kino, Film, Politik, Berlin 1999; vgl. hierzu Jens Birkmeyer: Das Gedächtnis der Emotionen. Alexander Kluges „Chronik der Gefühle" als verborgene Erinnerungstheorie. In: Judith Klinger/Gerhard Wolf (Hg.): Gedächtnis und kultureller Wandel. Erinnerndes Schreiben – Perspektiven und Kontroversen, Berlin 2009, 257-276.

23 Jens Birkmeyer: Ethik des Suchens. Jugendliteratur zum Holocaust als eine Ästhetik des Erinnerns, in: Inge Hansen-Schaberg/Ulrike Müller (Hg.): „Ethik der Erinnerung" in der Praxis. Zur Vermittlung von Verfolgungs- und Exilerfahrungen, Wuppertal 2005, 76–87.

Literatur darum geht, ethisch aufmerksam zu sein, um das moralisch Problematische des Faschismus nicht allein in den monströsen Verbrechen zu sehen, sondern bereits in der moralisch legitimierten Selbstermächtigung der Herrschenden gegenüber dem Humanen. Das zentrale moralische Problem ist nicht das Böse allein, mit seinen Ursachen, Ausmaßen und Vorgehensweisen. Es ist auch das System des Bösen, in dem sich der Täter berechtigt glaubt, böse sein zu dürfen und das Unmoralische in die jeweilige Normalität eingepasst wird.

nter einer Ethik des Suchens ist hierbei nicht ausschließlich die Dimension moralisierender Inhalte in Texten gemeint. Vielmehr geht es um jene ästhetischen Wirkungen und Effekte literarischer Darstellungen, die ethische Reflexionen auslösen können, moralisch-diskursive Anschlüsse an den Text erlauben und in dieser Hinsicht Erinnerungssequenzen ermöglichen, denn die „ästhetische Erfahrung hat eine reflexive Dimension, insofern sie uns mit möglichen Sichtweisen der Welt, mit Erlebnisweisen und Empfindungsqualitäten konfrontiert."[24] Die hier angedeutete Perspektive einer narrativen Ethik sieht in Erzählungen jene Räume repräsentiert, in denen „moralische Theoretisierungen überhaupt erst sinnvoll ansetzen können".[25]

Vier Aspekte lassen sich resümieren, die für den hier angesprochenen Kontext relevant sind:

1. Narrative Strukturen weisen einen inhärenten Bezug zur Moral auf. Kulturtheoretisch gesehen sind Menschen per se moralisch, weil sie mit Sinn operieren, Symbole verwenden und Geschichten erzählen müssen.
2. In Erzählungen stabilisieren und problematisieren sich genuin personale und kollektive Identitäten.
3. Symboltheoretisch handelt es sich bei Erzählungen um eher präsentative als um diskursive Symbolisierungen, die hoch emotionale und moralische Bedeutungen ausbilden können.
4. Narrative initiieren zudem Reflexionen, weil gerade im fiktionalen Raum moralische Bewertungen imaginiert und variiert werden können.

Die historische Wirklichkeit ist selbst ein umkämpftes Gebilde aus Narrativen, wobei das Faktische nur eine Dimension ausmacht, das Imaginäre eine weitere. Um diese Zusammenhänge didaktisch transparent zu machen, gilt es nicht bloß fundierte historische Kenntnisse in den Deutschunterricht einzuspeisen, sondern die Beschäftigung mit Literatur als eine philosophierend-fragende Denkbemühung aufzufassen.

Ein wahrer Philosoph beantwortet keine Fragen, sondern sieht die Welt bereits voller Antworten. Seine Aufgabe ist es, die Fragen zu erfinden, die

24 Birkmeyer (Hg.): Holocaust-Literatur und Deutschunterricht, 61ff.
25 Jens Birkmeyer: Erinnerung als didaktische Kategorie? Ethische Zugänge im Literaturunterricht, in: Birkmeyer (Hg.): Holocaust-Literatur und Deutschunterricht, 61-78.

uns die Welt als Antwort erkennen lassen. Die Welt ist nicht ein Rätsel, für das wir die Antwort noch finden müssen. Antworten gibt es mehr als genug, Fragen sind das wahre Rätsel![26]

Dieser Gedanke des slowenischen Philosophen Slavoj Žižek macht auf den Punkt aufmerksam, der auch für schulische Lernkontexte von Belang ist. Ein philosophierender Literaturunterricht zielt in besonderem Maße darauf ab, Fragen aufzufinden, zu erfinden, zu formulieren und zu beantworten, nicht allein, um Antworten, welcher Art auch immer, zu generieren, sondern vor allem, um abermals Fragen hervorzubringen. Erst wenn die Welt und ihre Phänomene als eine zu erfragende Sphäre begriffen wird, erhalten Fragen einen hinreichenden Eigenwert. Philosophierender Literaturunterricht meint hier eine Lernumgebung, in der kontinuierlich gehaltvolle und verunsichernde Frageperspektiven nicht allein zu Texten, sondern viel stärker mit und durch Literatur verhandelt werden. Entscheidend ist, systematisch zugleich inspirierende und irritierende frageorientierte Denk- und Lesehaltungen einzuüben. Der philosophierende Literaturunterricht will primär dabei helfen, die Weltbezüge metaphorisierend herzustellen und vor allem die gedachte Welt mit Literatur komplizierter zu machen als sie jeweils erscheint. Sinn-, Wahrheits- und ethische Fragen müssen aber erst einmal formuliert und als produktive Verunsicherung in den Alltag überführt werden, bevor der sinnsuchende Umgang mit Literatur überhaupt Sinn machen kann.

Es wird hier die normative These stark gemacht, dass Literatur im Unterricht wie ein Ensemble von Antworten gelesen werden kann, deren Fragen erst noch formuliert werden müssen. Literatur ist als erklärungsbedürftiges Phänomen nicht so zu behandeln, als sei sie vor allem ein Symptom, das Fragen stelle, auf die im Akt einer im Unterricht stets ungeklärten Interpretationsbewegung Antworten zu finden seien. Stattdessen wären Texte ihrerseits als Antworten auf erst noch zu findende und zu erprobende Fragen zu rezipieren. Wer Fragen zu Texten findet, vermag deren Latenz explizit zu machen, und diese Denkbewegung ist nicht identisch mit jener, die Antworten auf Fragen gibt, die der Text vermeintlich stellt. Besonders wichtig scheint mir hierbei die ästhetische Aufmerksamkeit zu sein, die es als eine fragegestützte heuristische Fragehaltung auszubilden gilt. Texte sind Antworten, deren Fragen uns abhanden gekommen sind und die suchend rekonstruiert werden müssen.

Ein didaktisch-theoretisch gehaltvoller Literaturunterricht über den Holocaust ist Bestandteil einer selbstreflexiven Erinnerungskultur, die sich kritisch gegen memoriale Pathosformeln wendet und damit befasst, fortlaufend die Gültigkeitsansprüche der eigenen Erinnerungspraxis zu thematisieren und zu überprüfen, weil es keine überzeitliche Richtigkeit oder Angemessenheit der lernenden Erschließungsweisen geben kann. Es muss zudem auch geklärt werden, inwiefern sich Erinnerung auf die Bedürfnisse

26 Juliane Köster: Archive der Zukunft. Der Beitrag des Literaturunterrichts zur Auseinandersetzung mit Auschwitz, Augsburg 2001, 207ff.

und Erfordernisse der jeweiligen Gegenwart richtet und der Vektor der Erinnerung nicht nur in die Vergangenheit, sondern vor allem in die Zukunft weist. Es sind die prospektiven Wünsche und projektiven Erwartungen an ein Zukünftiges, die die Modi des Erinnerns maßgeblich determinieren. Wenn sich der Literaturunterricht diese Zusammenhänge als Selbstverständnis zu Eigen macht, dann ist er auch in der Lage, die Krise der Erinnerungspolitiken mit der Krise des Unterrichtens in Verbindung zu setzen.

Vor dem Erfahrungshorizont einer doppelten Krisensymptomatik, einer Krise der Erinnerungskultur und einer Legitimationskrise des Literaturunterrichts selbst ist folgender Befund relevant.[27] Die Krise dieser Erinnerungskultur resultiert auch aus der unübersehbar aufgestauten Überforderung unserer Gesellschaft, die den dauerhaften Stimulus: *Du sollst Dich erinnern!* nicht ohne eigentümliche Gegenreaktionen erfüllen kann, zumindest nicht ohne den penetranten Imperativ, sich der verheerenden Vergangenheit anhaltend zu stellen, auch unterlaufen zu wollen. Die Krise des Literaturunterrichts ist hingegen nicht alleine eine anhaltende Legitimationskrise, sondern in aller erster Linie auch eine kulturelle Adaptionskrise, da es im schulischen Unterrichtsmilieu immer weniger zu gelingen scheint, die kommunikativen und medialen Anschlüsse an gesellschaftliche Diskurse und Prozesse zu gewährleisten.

Wenn es so sein sollte, dass die Erinnerungskultur per se von einer Krise der konditionellen Überforderung bedroht ist, der Literaturunterricht zum Holocaust hingegen von einer Krise der kulturellen Anschlussfähigkeit gegenüber dominanten Diskursformen der Gesellschaft, dann drängt sich rasch die Frage auf, wie beide Erfahrungen in eine angemessene Balance gebracht werden können. Beantwortet werden kann sie aber immer nur vorläufig und im Kontext der jeweiligen Generationenverständigung. Denn die Zugänge zur Geschichte und die Beschäftigung mit Literatur, Kunst und Medien werden sich nicht nur mit der Geschichte jeder Generation verändern, sondern stets selbst Teil dieser Geschichte sein.

27 Marcus Düwell: Ästhetische Erfahrung und Moral, in: Dietmar Mieth (Hg.): Erzählen und Moral. Narrativität im Spannungsfeld von Ethik und Ästhetik, Tübingen 2000, 11-35, 21.

Britta C. Jung

Der Holocaust in der Kinder- und Jugendbuchliteratur

In totaler Finsternis? Deutsche Jugendbücher zwischen Erinnerung und Zumutbarkeit

Zwischen 1933 und 1945 fielen (ohne die Kriegsopfer hinzuzählen zu wollen) mehr als zwanzig Millionen Menschen den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes zum Opfer, unter ihnen über fünf Millionen europäische Juden.[1] Erstaunlich und umso schmerzhafter ist, dass es oft keine Fremden, sondern die eigenen Nachbarn waren, die zunächst als „Kriminelle" und „Parasiten" diskreditiert, dann ausgegrenzt und schließlich abtransportiert wurden. Zumindest in kleinen Städten kannte man sich – man ist zusammen zur Schule gegangen, hat beieinander eingekauft, gemeinsam Feste besucht, gelacht, geweint und getrauert. Die öffentliche Rede über diese Vorgänge setzte in Deutschland jedoch erst mit wachsendem zeitlichem Abstand ein. Zeichneten sich die ersten zwei Jahrzehnte nach Kriegsende noch durch einen allgemeinen „Gedächtnisschwund des gerade Gewesenen" aus, kehrte „jene verschollene Gedächtniszeit" in den späten 1960er Jahren, spätestens aber mit dem Übergang der 1970er zu den 1980er Jahren wieder in den gesellschaftlichen Wahrnehmungshorizont zurück und entwickelte sich in den 1990er Jahren sukzessiv zu einer „negative[n] Ikone der Epoche".[2] In westlichen Kulturen werden Nationalsozialismus und Holocaust dabei vor allem als Topoi des „destruktiven Potenzials der Moderne"[3] gedeutet. Sie sind Sinnbilder menschlicher Grenzüberschreitung, stehen für uferlosen Rassenwahn und Vernichtungswillen, für die Industrialisierung des Grauens und gelten als Mahnung für eine „bessere" Zukunft.[4]

1 Unter dem Konzept des „Demozids", des intentionalen Tötens unbewaffneter Menschen oder Volksgruppen seitens einer Regierung, beziffert R.J. Rummel die Zahl der Menschen die dem nationalsozialistischen Regimes zum Opfer gefallen sind mit 20.946.000. Vgl. dazu R.J. Rummel: Death by Government, New Brunswick 1995, 112.

2 Dan Diner: Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust, Göttingen 2007, 7.

3 Ebd. 18.

4 Inwieweit diese Mahnung tatsächlich sozio-politische Früchte trägt und zu einer „besseren" Zukunft beisteuert, sei mit Blick auf die Ereignisse in Ruanda, dem Balkan und dem

Auf dieser Folie verwundert es nicht, dass sich das Thema „Nationalsozialismus und Holocaust", zumal in Deutschland, als Zerreißprobe eines autonomisierten Literatursystems erwiesen hat. So konstatieren etwa die Literaturwissenschaftler Stephan Braese und Holger Gehle über das Verhältnis von historischem Ereignis und seiner literarischen Inszenierung:

> **Die Gesamtheit aller Texte „über den Holocaust" [und die soziopolitischen Strukturen, die ihn hervorbrachten,] bildet ein Archiv politischer Projekte. Die meisten Texte dieses Archivs folgen der Maxime, die Adorno so formulierte: „Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz sich nicht wiederhole.. Literatur „über den Holocaust" hat also meist eine relativ genau bestimmbare ethisch-moralische Disposition, die sie aus dem Corpus der Literatur im Ganzen hervorhebt.**[5]

Gerade mit Blick auf Deutschland ist das dauerhafte Einschreiben des historischen Ereignis' ins kulturelle Gedächtnis eine der wichtigsten Aufgaben der kollektiven Identitätsversicherung. Im Anschluss an Braeses und Gehles Gedanken stellt sich daher zwangsläufig auch die Frage nach einer normativen Funktion, die die Texte aufgrund dieser empfundenen ethisch-moralischen Disposition übernehmen. Inwieweit geben sie dem Leser Raum eigene Gefühle und Gedanken zu erkunden, eigenen Sinn zu stiften und eine eigene Lesart der Vergangenheit zu entwickeln? Inwieweit können die Texte noch als experimenteller Erfahrungsraum, als „literarisches Labor"[6] gedeutet werden? Oder anders formuliert: Wie „autonom" sind Autor und Leser im literarischen Umgang mit der Vergangenheit?

Elrud Ibsch kommt am Schluss ihrer Studie *Die Shoah erzählt: Zeugnis und Experiment in der Literatur* (2004) zu der Schlussfolgerung, dass „[d]ie Spannung zwischen den systeminternen Regeln der Literatur einerseits und dem politischen Engagement und der historischen Wahrheitssuche andererseits […] oftmals bestehen" bleibt.[7] Zwar werde, so Ibsch, literarischen Texten – gerade wenn sie anstelle stabilisierter Kenntnisse, sprachli-

---

Sudan – um nur einige humanitäre Grenzüberschreitungen der letzten zwei Jahrzehnte zu nennen – an dieser Stelle offen gelassen.

5 Stephan Braese/Holger Gehle: Literaturwissenschaft und Literaturgeschichte nach dem Holocaust, in: Text + Kritik. Zeitschrift für Literatur (Heft 144: Literatur und Holocaust), München 1999, 79-95, 79.

6 Das Konzept des literarischen Labors wird u.a. von Martien Scheurs weiter ausgearbeitet, der darin eine Möglichkeit sieht die klassische Bildungsidee auch in einer Zeit praktizieren zu können, in der die täglichen Erfahrungen durch technische Entwicklungen und Migration immer mehr fragmentiert werden. Nach Scheurs ist das literarische Labor vor allem durch die Anwesenheit verschiedener Visionen, Stimmen und Weltbildern geprägt. In diesem Konglomerat ist es weitestgehend dem Leser überlassen sich zurecht zu finden, Sinn zu stiften, eine eigene Lesart zu entwickeln und diese dann im literarischen Erfahrungsraum zu überprüfen. Vgl. dazu Martien Scheurs: Literair laboratorium: Rushdie & Mulisch als postmoderne opvoeders, Amsterdam 2006, 60.

7 Elrud Ibsch: Die Shoah erzählt. Zeugnis und Experiement in der Literatur, Tübingen 2004, 175.

cher Codes und weithin akzeptierter ethischer Prämissen eigensinnige und herausfordernde Perspektiven setzen – häufig eine beachtliche kognitive und emotionale Funktion bescheinigt, doch bleibe Voraussetzung, dass die „reale" Lebenswirklichkeit, die „Wahrheit" der Opfer, nicht verletzt werde.

Der Fall Wilkomirski hat auf eindrucksvolle Weise vor Augen geführt, was passiert wenn die systeminternen Regeln der Literatur mit dem politischen Engagement und der historischen Wahrheitssuche kollidieren und welche Unsicherheit im Umgang mit Vergangenheitsdarstellungen daraus entwachsen kann. 1995 wurden die Memoiren *Bruchstücke* des KZ-Überlebenden Binjamin Wilkomirski national wie international als literarische Offenbarung gefeiert; drei Jahre später – nachdem der fiktive Ursprung der Erinnerungen aufgedeckt war – nahm ein Gros der Kritiker jedoch den Standpunkt ein, dass Wilkomirskis Pseudomemoiren ohne die historisch verbürgte Zeugenschaft keinerlei literarischen Wert besitze. Ohne nun auf die Frage nach dem literarischen Wert von *Bruchstücke* näher einzugehen und vor allem ohne das Täuschungsmanöver Bruno Doessekkers – so Wilkomirskis richtiger Name – beurteilen zu wollen, zeigt die Neubewertung des Werkes durch die Kritik eines mehr als deutlich: „Qualitätskriterien [gründen] nirgendwo auf derart unsicherem Boden […] und [bedürfen] der außerästhetischen Rückversicherung […] wie im Bereich der Literatur zum Holocaust."[8]

Spielen Gestaltungsprinzipien wie Authentizität, Wahrhaftigkeit und moralische Integrität gemeinhin keine oder nur eine marginale Rolle in der Literatur, sind sie – wie der Skandal um Wilkomirski gezeigt hat – im Bereich der Holocaustliteratur nicht selten das Zünglein an der Waage – umso mehr wenn es um die so genannte ‚Legitimität' von Inszenierungen geht. Nationalsozialismus und Holocaust sind nämlich seit den späten 1960er Jahren – zumal in der Nachwirkung von Adornos berühmten Radiobeitrag *Erziehung nach Auschwitz* von 1966Đ – fest im deutschen Moraldiskurs verankert. Mit einem ästhetischen Urteil geht auf diese Weise immer auch eine moralische Bewertung einher. Matías Martínez konstatiert dabei, dass sich gerade mit Blick auf die Legitimität eines Werkes die analytischen und moralischen Argumente auf oft „unbefriedigende Weise ineinander verwirren" und einen faden Beigeschmack hinterlassen.[9] Der Rezeptionsumschwung im Fall Wilkomirski dürfte dafür wohl eines der markantesten Beispiele der letzten Jahre sein, denn

8 Jan Strümpel: Im Sog der Erinnerungskultur. Holocaust und Literatur – ‚Normalität' und ihre Grenzen, in: Text + Kritik. Zeitschrift für Literatur (Heft 144: Literatur und Holocaust), München 1999, 9-17, 15f. Im Zusammenhang mit dem Fall Wilkomirski sei zur weiteren Lektüre empfohlen Stefan Mächler: Aufregung um Wilkomirski. Genese eines Skandals und seine Bedeutung, in: I. Diekmann/J.H. Schoeps (Hg.): Das Wilkomirski-Syndrom. Eingebildete Erinnerungen oder Von der Sehnsucht Opfer zu sein, Zürich/München 2002, 86-131.

9 Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz, in G. Kadelbach (Hg.): Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main 1971, 88 – 104.

> **[o]hne daß sich ein einziger Buchstabe des Textes geändert hätte, führte das neue Wissen über seinen Autor zu einer höchst negativen Bewertung – nicht nur in moralischer, sondern auch in ästhetischer Hinsicht. Was zunächst als intensive und bewegende Darstellung einer schrecklichen jüdischen Kindheit auf der Flucht vor den Deutschen und in Konzentrationslagern gelobt worden war, wurde nun als klischeebeladene und verfälschte Darstellung des Holocaust verurteilt.**[10]

Eine Neuklassifikation des Werkes als Fiktion und eine literarische Rehabilitation der zunächst als intensiv und bewegend empfundenen Darstellung des Holocaust war für den Literaturbetrieb des ausgehenden 20. Jahrhunderts (noch) völlig unvorstellbar, sodass *Bruchstücke* in nur wenigen Jahren weitestgehend der Vergessenheit anheim gefallen ist.

Dass es sich aber bei der Verquickung ästhetischer und moralischer Argumente keineswegs um ein spezifisch deutsches Phänomen handelt, zeigt ein ähnlicher Fall im fernen Australien, wo die Erinnerung an das Vergangene eigentlich anders gelagert und weniger brisant ist als in Deutschland.[11] Fand Helen Demidenkos Holocaustroman[12] *The Hand that Signed the Paper* 1994 wegen seines explosiven Inhalts[13] und „exzellenten Schreibstils"[14] zunächst großen Beifall beim australischen Publikum und wurde mit den Worten „ein Buch, das gelesen werden sollte, damit wir nicht vergessen"[15] gefeiert, fiel der Text nach der Enthüllung von Demidenkos wahrer Identität ein Jahr später in Ungnade und wurde literarisch neubewertet: „Wie im Fall

10 Matías Martínez: Zur Einführung. Authentizität und Medialität in Künstlerischen Darstellungen des Holocaust, in: M. Martínez (Hg.): Der Holocaust und die Künste. Medialität und Authentizität von Holocaust-Darstellungen in Literatur, Film, Video, Malerei, Denkmälern, Comic und Musik, Bielefeld 2004, 7-21, 10.

11 Ebd. 13f.

12 Die australische Erinnerung kreist in erst Linie um die eigene Rolle im Zweiten Weltkrieg und konzentriert sich auf den Mittelmeerraum, den mittleren Osten und den Süd-West-Pazifik. Die Erinnerung knüpft an die Erinnerung des als weitaus dramatischer empfundenen Ersten Weltkrieges an. Mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg hat sich v. a. die Kriegsgefangenschaft als wichtiges Thema erwiesen, wobei sich dieses auch dazu eignet den nationalen Gründungsmythos Goldgräbernation fort zu schreiben, der Qualitäten wie Kameradschaft, Erfindungsgeist, lakonischen Humor und Überlebenswillen feiert, vgl. hierzu Joan Beaumont: World War II, in: G. Davison/J. Hirst/S. Macintyre (Hg.): The Oxford Companion to Australian History. Oxford 2001 [elektronische Ausgabe].

13 Anders als Wilkomirskis *Bruchstücke* handelte es sich bei Demidenkos *The Hand that Signed the Paper* erklärtermaßen um einen Roman. Die Autorin, die anglo-irische Studentin Helen Darville, suggerierte jedoch „mit Hilfe verschiedener Signale in- und außerhalb ihres Textes einen autobiographischen Hintergrund der Geschichte". Martínez, 14.

14 Demidenkos Roman spürt der Frage nach warum einfache Menschen, in diesem Fall einfache Ukrainer, die nicht dem Bild des ideologisch verblendeten Nazi-Monsters entsprechen, ein so menschenverachtendes System mittragen. Weitaus explosiver ist jedoch Demidenkos Suggestion, dass Kriegsgerichte keine Bewältigung erzeugen, sondern vielmehr den Kreislauf von Brutalität und Rache fortschreiben.

15 B. Patterson: Death Threats Haunt Writer. Sunday Herald Sun, 18. Juni 1995.

Wilkomirski verkehrte sich auch hier die moralische und ästhetische Einschätzung des Texts [...] schlagartig ins Gegenteil."[16]

Wenngleich Wilkomirskis und Demidenkos gefälschte Vergangenheitsdarstellungen heute – zumindest in literarischer Hinsicht – vergessen sind, so dokumentieren sie doch die Mühelosigkeit, mit der moralische Entrüstung das literarische Fachurteil überschreiben, die Legitimität von Werken in Frage stellen und die ideelle Autonomie des literarischen Systems beschneiden kann. Die Texte passen sich also der normativen Lesweise an und tradieren diese. Sie übernehmen eine normative Funktion.

Indes hat sich in der Erwachsenenliteratur in den letzten zwei Jahrzehnten eine erste Wende der literarischen Erinnerung vollzogen. Mit dem Sterben der Zeitzeugen entfällt bei der Inszenierung zunehmend die Voraussetzung, dass die reale Lebenswirklichkeit, die „Wahrheit" der Opfer nicht verletzt werde. Aus „memory wird unweigerlich „postmemory"[17] werden, d. h. eine ausschließlich durch Medien vermittelte Erinnerung, was sich auch in dem zunehmenden Rekurs auf die eigene „unvermeidliche Künstlichkeit"[18] äußert: Erzähltechnische Innovation ersetzt die ehemals „moralisch selbstsicher[e], anklagend[e] Perspektive".[19]

Erweist sich der Themenkomplex „Nationalsozialismus und Holocaust" bereits in der Erwachsenenliteratur diesbezüglich als problematisch, überrascht es nicht, dass die Verarbeitung im Bereich der Jugendliteratur, die auch heute noch mit ihrem eigenen Selbstverständnis und ihrer erinnerungskulturellen Verortung ringt, lange umstritten war. Bezweifelte man zunächst, dass harte Problemthemen, zumal in der Dimension eines staatlich organisierten Massenmords, überhaupt dazu geeignet wären die Bücherregale der Jugendzimmer zu erobern, sind nun, da Nationalsozialismus- und Holocaustdarstellungen ein fester Bestandteil der Jugendliteratur geworden sind, vor allem gestalterische Fragen der Stein des Anstoßes.[20] Die Diskussionen kreisen dabei immer wieder um die Frage: Was kann und muss Jugendliteratur in der Erinnerungskultur leisten?[21]

---

16 Miriam Cosic: The Evil within: Blind Revenge of the Victims. Sydney Morning Herald, 20. August 1994 [Spätausgabe].

17 Martínez: Zur Einführung, 14.

18 Nach der amerikanischen Literaturwissenschaftlerin Marianne Hirsch unterscheidet sich „postmemory" von „memory" über den generationellen Abstand, und von „history" über einen tiefen persönlichen Bezug zum Vergangenen, vgl. dazu Marianne Hirsch: Family Frames. Photography, Narrative, and Postmemory, Cambridge 1997, 22.

19 Martínez: Zur Einführung, 10.

20 Barbara Beßlich: Unzuverlässiges Erzählen im Dienst der Erinnerung, in: B. Beßlich/K. Grätz/O. Hildebrand (Hg.): Wende des Erinnerns? – Geschichtskonstruktionen in der deutschen Literatur nach 1989, Berlin 2006, 35-52, 35.

21 Für einen kurzen literaturhistorischen überblick über die Darstellung des „Dritten Reichs in der deutschen Jugendliteratur sei empfohlen: Rüdiger Steinlein: Brückenschläge über den „Abgrund der Vergangenheit" (Erich Kästner). Die Darstellung des Holocaust in der deutschsprachigen kinder- und Jugendliteratur, in: N.O. Eke/H. Steinecke (Hg.): Shoah in der deutschsprachigen Literatur, Berlin 2006. Sowie Malte Dahrendorf: Die Darstellung des Holocaust im Kinder- und Jugendbuch der Bundesrepublik, in: ders. (Hg.): Die Darstellung des Holocaust in der Kinder- und Jugendliteratur, Weinheim 1999.

Bei der Suche nach möglichen Antworten ist davon auszugehen, dass vor allem die Beziehung der Erwachsenenkultur zur NS-Vergangenheit eine wichtige Rolle spielt, schreibt sich doch die erwachsene Standortbestimmung in den jugendliterarischen Texten fort. Man könnte sogar sagen, dass sich nirgendwo anders das Selbstverständnis einer soziokulturellen Gemeinschaft deutlicher widerspiegelt, als in jenen Texten, die Erwachsene speziell für ihre Kinder schreiben. Doch was sagt nun eine Erwachsenenbeziehung, die oft noch von Unsicherheiten geprägt ist und literarische Argumente in Abhängigkeit von moralischen Bewertungen setzt, über die Beziehung der Jugendliteratur zur Vergangenheit aus? Wie soll die Jugendliteratur ihr Verhältnis zu der brisanten und hochsensiblen Gedächtniszeit des Nationalsozialismus und Holocaust klären, wenn die Erwachsenenkultur selbst noch strauchelt?

Kann man in der Erwachsenenliteratur noch von einer Verquickung von ästhetischen und moralischen Prinzipien sprechen, muss man bei der Jugendliteratur fast schon von einer Dominanz der Moral sprechen, da sich auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts vielerorts ein noch auffällig moraldidaktischer Ansatz attestieren lässt. Die moraldidaktische Ausrichtung vieler Bücher lässt sich dabei freilich aus den der Jugendliteratur historisch zugewachsenen Funktionen einerseits und der schwierigen Thematik andererseits erklären.

Zwar ist die Jugendliteratur Teil des Literatursystems, doch nimmt sie – wie Zohar Shavit trefflich bemerkt – innerhalb des literarischen Systems einen Sonderstatus ein, der nicht zuletzt mit ihrer besonderen Nähe zum pädagogischen System zusammenhängt.[22] Diese Nähe ergibt sich dabei aus der besonderen Kommunikationssituation zwischen erwachsenem Autor und intendierter, jugendlicher Leserschaft: Ein ungleiches Niveau an Sprachvermögen, Welterfahrung und Gesellschaftsposition erzeugen eine Asymmetrie, die sich erst mit zunehmenden Alter der Leser verringert.[23] Es überrascht denn auch nicht, dass bei der Jugendliteratur von Beginn an deren „Gebrauchswert für Erziehung und Sozialisationszwecke im Vordergrund“[24] stand. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sie daher eine sehr stark erzieherische und antizipatorische Funktion inne, sollte ihre Leser auf deren spätere Rolle in der Gemeinschaft nicht nur vorbereiten, sondern eichen.

Erst in den 1970er Jahren – unter dem Einfluss eines „freien“ Erziehungsideals (Bertrand Russel, A.S. Neill) und neuer Erkenntnisse der Kinder- und

22 Dass die Antwort keine uneingeschränkte Gültigkeit haben kann, sondern von einer Vielzahl von Einzelfaktoren abhängt, ist dabei selbstredend.

23 Zohar Shavit: Poetic's of Children's Literature, Athens 1986, 33. Siehe auch Zohar Shavit: Beyond the Restrictive Frameworks of the Past. Semiotics of Children's Literature – A New Perspective for the Study of the Field, in: H.-H. Ewers/G. Lehnert/E. O'Sullivan (Hg.): Kinderliteratur im interkulturellen Prozeß. Studien zur allgemeinen und vergleichenden Kinderliteraturwissenschaft, Stuttgart 1994, 11.

24 Vgl. dazu Emer O'Sullivan: Comparative Children's Literature, London/New York 2005, 14.

Jugendpsychologie – wurden die pädagogischen Prinzipen der Jugendliteratur neu verhandelt. Zentraler Gedanke ist es nunmehr zu sozialisieren und enkulturieren, vor allem aber auch die Erfahrungen und Verständnisbedürfnisse der jungen Leser auf unterhaltsame Weise zu klären. Dabei konkurrieren die verschiedenen Autoren „um die richtige Weltdeutung" und bieten sich als „Wegweiser durch Welt und Leben" an.[25] Anders formuliert, liegt es nun verstärkt an den Lesern, das Angebot des Textes anzunehmen, Leerstellen zu füllen und Sinn zu stiften. Mit diesem Paradigmenwechsel hat die Jugendliteratur ein wesentliches Merkmal der Erwachsenenliteratur übernommen und für sich – in Form einer neuen, zurückgenommenen pädagogischen Haltung – fruchtbar gemacht.

Intensiviert wird diese Entwicklung zusätzlich durch den Boom der audio-visuellen Medien, insbesondere des Films, während der letzten Jahrzehnte, da die Jugendlichen hier im weit stärkeren Maße als im literarischen Bereich auf dieselben Bilder zugreifen (müssen) wie Erwachsene.[26] Insbesondere der Aufstieg des World Wide Web zum Massenphänomen hat den Umgang mit den Medien revolutioniert: Jeder – gleich ob Erwachsener oder Jugendlicher – kann Informationen einstellen und darauf zugreifen, auf Gesehenes reagieren und mit anderen Nutzern interagieren. In dem Nebeneinander der Informationsangebote liegt es allein in den Händen der Nutzer einzelne Informationen zu kontextualisieren und zu beurteilen. Jugendliche Nutzer sind also zwangsläufig gezwungen eine aktive Rolle zu übernehmen, sich medial zu emanzipieren. Und eben diese mediale Emanzipation schreibt sich in einer jugendliterarischen Emanzipation fort. Denn wer gewöhnt ist, selber Leerstellen zu füllen und Sinn zu stiften, wer die Freiheit kennt eigene Lesarten zu entwickeln, der lässt sich nur ungern vorschreiben wie er Welt und Leben zu deuten hat.

Dass es in dieser Entwicklung freilich auch Ausnahmen gibt, zeigt sich bei der jugendliterarischen Verarbeitung der NS-Zeit, einem Thema, das insbesondere in Deutschland stark emotional besetzt ist. Hier dominiert weitgehend noch immer das traditionell erzieherische und antizipatorische Prinzip. Der schwierige Umgang der deutschen Erwachsenkultur mit Nationalsozialismus und Holocaust – dem eigenen menschlichen Versagen und Verfall in die Barbarei – spiegelt sich in der Pädagogisierung jugendliterarischer Inszenierungen der Vergangenheit. Wie bereits erwähnt hängt die jugendliterarische Beziehung zur NS-Zeit zu einem nicht unwesentlichen Teil von der Beziehung der Erwachsenkultur zu dieser Zeit ab. Die Erinnerung wach zu halten, das historische Ereignis mitsamt der Strukturen, die dieses ermöglichten, und den Konsequenzen, die diese nach sich zogen, dauerhaft in das kulturelle Gedächtnis einzuschreiben wird gemeinhin als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Identitätsversicherung

25 Bettina Kümmerling-Meibauer: Kinderliteratur, Kanonbildung und literarische Wertung, Stuttgart 2003, 33.

26 Zitate sind entnommen aus Siegfried J. Schmidt: Die Selbstorganisation des Sozialsystems Literatur im 18. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1989, 24.

wahrgenommen. Auf diese Weise kommt der „Erziehung nach Auschwitz" ein besonderer Stellenwert zu. Dabei wurde Adornos Plädoyer – einer der Referenzpunkte deutscher Vergangenheitsbewältigung – lange Zeit auf ein Schlagwort reduziert, das die inhaltliche Quintessenz vernachlässigt. Erziehung wurde und wird oftmals im traditionellen antizipatorischen Sinn gedeutet. Adorno weist allerdings ausdrücklich darauf hin, dass „[d]ie einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz […] die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen" ist[27] – mit anderen Worten: genau jene pädagogische Idee, die seit dem Paradigmenwechsel in den 1970er Jahren die Jugendliteratur dominiert. Dieser Wechsel scheint jedoch in der Jugendliteratur zum Nationalsozialismus und Holocaust noch nicht stattgefunden zu haben. Der freie, fiktionale Umgang mit der historisch brisanten und hoch sensiblen Gedächtniszeit beunruhigt jene, die Erinnerung – auch in ihrer literarischen Form – in erster Linie als Mittel sehen, eigene Lesarten und Denkbilder an die folgende Generation weiterzureichen. Denn jemandem ein bloßes Angebot an Lesarten zu bieten, ihm die Freiheit zu lassen selber Sinn zu stiften und eine eigene Perspektive zu entwickeln, verlangt ein weitaus größeres Vertrauen in dessen Fähigkeiten als ihm eine normative Deutung vorzugeben. Zudem setzt es Vertrauen in die eigene Fähigkeit voraus, der nachfolgenden Generation das Rüstzeug mitzugeben dieser Aufgabe der selbstständigen Sinnstiftung und Perspektiventwicklung gerecht zu werden. Ein Vertrauen, das angesichts des oftmals noch immer unsicheren Umgangs mit der Vergangenheit, auf wackeligen Beinen steht.

Allerdings – und dies sei an dieser Stelle betont – stellt sich auch die Frage, ob sich nicht doch ein erster, langsamer Wandel abzeichnet. Im Anschluss an die Erinnerungswende in der Erwachsenenliteratur, bei der es weniger um eine Bestandsaufnahme der nationalsozialistischen Wirklichkeit, sondern vielmehr um das Erzählen spannender, erzähltechnisch innovativer Geschichten geht, zeigt auch die Jugendliteratur erste Ansätze aus dem moraldidaktischen Korsett auszubrechen und die pädagogischen Prinzipien einer literarischen „Erziehung nach Auschwitz" neu zu verhandeln. Ein größeres Problem als die Unsicherheit im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit stellt daher die Frage dar, wie viel dem jungen Leser zugemutet werden kann. Die Idee der Angemessenheit oder Zumutbarkeit der Texte kollidiert zwangläufig mit der literarischen Inszenierung

27 Schon aufgrund höherer Produktionskosten und beschränkter Sendekapazitäten ist das Verhältnis zwischen Erwachsen- und Jugendfilm ein ganz anderes als jenes zwischen Erwachsenen- und Jugendliteratur. Es gibt schlicht weniger Filmbilder, die sich primär an jugendliche Zuschauer richten, als literarische Bilder. In diesem Zusammenhang erklärt sich auch, warum gerade von den Hollywoodstudios oftmals der Begriff des „Familienfilms" dem des „Kinder- und Jugendfilms" vorgezogen wird. Bettina Kümmerling-Meibauer und Thomas Koebner weisen darauf hin, dass viele Filme von vorneherein so produziert werden, dass „sie sich an die ganze Familie wenden und damit die Interessen der Kinder/Jugendlichen ebenso berücksichtigen wie diejenigen der Erwachsenen/Eltern" (B. Kümmerling-Meibauer/T. Koebner (Hg.): Filmgenres. Kinder- und Jugendfilm, Stuttgart 2010, 11).

der nationalsozialistischen Horrormaschinerie. Die Texte müssen zwangsläufig in die totale Finsternis, an einen Ort jenseits jedweder Humanität führen, sie müssen versuchen, ihren jungen Lesern Leseweisen eines uferlosen Rassenwahns und Vernichtungswillen anzubieten. In diesem Sinne konstatiert zum Beispiel Katrien Vloeberghs:

> **Es existiert keine einzige andere Literaturgattung, die sich a priori so stark dieser Thematik widersetzt wie die Literatur für […] Jugendliche. Sowohl wegen ihrer eigenen Prinzipien als auch wegen den ihr historisch zugewachsenen Funktionen und Konventionen passen […] Jugendliteratur und Auschwitz nicht zusammen. Dass sie dennoch häufig miteinander in Verbindung gebracht werden, was an sich nur ermutigt werden kann, hat spezifische Folgen für diese Literatur und für die Lesart des Holocaust. Auschwitz steht in der Realität und im übertragenden, metaphorischen Sinne für die radikale Vernichtung, für einen irreparablen Riss in der historischen Erfahrung, für den totalen Untergang, für die Menschheit, die in Barbarei verfällt. Die traditionelle Jugendliteratur kennt dahingegen ganz andere Prinzipien; und ihr Leser hat daher auch entgegenlaufende Erwartungen.**[28]

In der Inszenierung von Nationalsozialismus und Holocaust stößt Jugendliteratur an epistemologische, psychologische und ethische Grenzen.[29] Unzureichendes Grundwissen, emotionale Verwundbarkeit und der Wunsch den fundamentalen Optimismus der jungen Leser nicht zu tief greifend zu erschüttern, stehen im direkten Widerspruch zum Versuch das Gräuel jener Jahre zu verbalisieren und ihm eine literarische Form zu geben – vom Anspruch auf Authentizität, Wahrhaftigkeit und moralischer Integrität, die ja noch stets eine wesentliche Rolle im öffentlichen Diskurs spielen, einmal ganz abgesehen.

is vor wenigen Jahren bestand in der Jugendliteratur „eine Tendenz, Realität auszusparen, zu beschönigen, Härten zu harmonisieren, Unglück zu bagatellisieren oder in einem guten Ende aufgehen zu lassen".[30] Aus diesem Grund haben Jugendbuchautoren im Laufe der Zeit bestimmte Strategien entwickelt, um die Spannungen zwischen den jugendliterarischen Konventionen und der themenbedingten Grenzüberschreitung zu mildern. Zu den konventionellen Strategien gehört es Informationen zu geben, gleichzeitig aber auch die Wahrheit zu beschönigen und ein Gefühl von Kontinuität zu vermitteln. Im Unterschied zur Erwachsenenliteratur, die „sich zum Ziel

28 Adorno, Erziehung nach Auschwitz, 93.
29 Katrien Vloeberghs: Pedagogie van de herinnering. De Holocaust in de jeugdliteratuur vandaag, in: Les cahiers de la mémoire contemporaine – Bijdragen tot de eigentijdse herinnering 5 (2004/05), 63-82, 64 [Übersetzung d. Verf.].
30 Vgl. dazu Katrien Vloeberghs: ‚Que les enfants deviennent des vivants'. De inzet van kinder- en jeugdliteratuur over de Holocaust, in: De Leeswelp. Door boeken gebeten 11/2 (2005), 92-95.

setzt, fundamental eingreifende und traumatische Erfahrungen so intensiv wie möglich wiederzugeben",[31] bleiben die schrecklichen Details der Vergangenheit in der Jugendliteratur oftmals entweder unausgesprochen oder werden nur schemenhaft dargestellt. Vor diesem Hintergrund ist in den vergangenen Jahrzehnten ein Repertoire an literarischen Motiven entstanden, die die vergangene Lebenswirklichkeit emotional erfahrbar machen, ohne jedoch die jungen Leser zu verstören: der wachsende Einfluss der Nürnberger Gesetze, die Erlebnisse untergetauchter Kinder, das Leben im Ghetto und die Silhouetten von Zügen und Stacheldraht.[32] Erzähltechnisch kann etwa die Wahl einer retrospektiven Erzählsituation eines Ich-Erzählers, eine Rahmenerzählung oder aber ein Paratext das Überleben des Protagonisten garantieren und die narrativ erzeugte Atmosphäre der Angst erzähltechnisch konterkarieren.

Betrachtet man jedoch die Grenzen, an welche die Jugendliteratur bei der literarischen Inszenierung der deutschen Vergangenheit stößt, dann ist es durchaus angebracht zu fragen, ob sie gerechtfertigt sind, wer diese festgelegt hat und welche Interessen dahinter stehen. Sind Jugendliche in der Tat emotional so zerbrechlich wie ihnen vonseiten der Erwachsenenkultur unterstellt wird? Grenzen verschieben sich, da sich zum einen die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen und zum anderen unser Bild von Kindheit und Jugend verändert. So sind Jugendliche des frühen 21. Jahrhunderts – wie bereits erwähnt – anders mediensozialisiert als in den 1970er und 1980er Jahren. Gewaltdarstellungen haben eine nicht weg zu diskutierende Präsenz in ihrem Medienalltag, so dass man sich fragen muss, warum bei der jugendliterarischen Verarbeitung der NS-Zeit gewisse Aspekte bagatellisiert oder gar tabuisiert werden. Eine wichtige Frage ist deshalb auch, wo der Schutz der jungen Leser aufhört und der der Erwachsenen anfängt. Grenzen können nämlich auch dazu dienen belastende Wahrheiten zu verdrängen und unbequeme Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Allerdings deutet sich auch der literarischen Gestaltung – ebenso wie bei der Frage den pädagogischen Prinzipien – ein erster Wandel an. Man beginnt den jungen Lesern mehr zu zumuten und sie mehr und mit anderen Aspekten der Vergangenheit zu konfrontieren. Gerade in den vergangenen Jahren haben einige Autoren gezeigt, dass Jugendliteratur – auch jene über systematische Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung – kein Schonraum sein muss, sondern die Leser den Realitäten der vergangenen Lebenswirklichkeit auszusetzen und dazu anregen kann, mit dieser in eine intellektuelle und emotionale Beziehung zu treten. Indem sie sich über die Konventionen und die festgelegten Darstellungsgrenzen in der Jugendliteratur hinwegsetzen, verlangen sie ihren Lesern eine kognitiv wie emotional aktive Auseinandersetzung mit dem Thema ab. Jugendromane wie *Reise im August* (1992)

31 Peter Härtling: über die Schwierigkeiten und das Vergnügen beim Schreiben für Kinder, in: H.-J. Gelberg (Hg.): Peter Härtling. Reden und Essays zur Kinderliteratur, Weinheim 2003, 27-32, 29.

32 Vloeberghs, Pedagogie van de herinnering, 72 [Übersetzung, d. Verf.].

von Gudrun Pausewang, einer Vorreiterin auf diesem Gebiet, Mirjam Presslers *Malka Mai* (2001) oder Klaus Kordons *Julians Bruder* (2004) zeigen, dass Jugendliteratur nicht nur die Schatten-, sondern auch die „Nachtseiten"[33] der menschlichen Existenz erforschen kann. Die Romane sparen nichts aus, beschönigen und bagatellisieren nicht. Stattdessen zeigen sie, dass es keine hoffnungsvolle und sinnstiftende Lesart für die Geschehnisse im „Dritten Reich" geben kann. Sie wagen es, ihre Leser in die totale Finsternis zu führen. Auf diese Weise sind die Jugendlichen mit einer der vielleicht essentiellsten „Wahrheiten" des Nationalsozialismus und Holocaust konfrontiert: der Sinnlosigkeit. Äls „Nacht-Literatur bezeichnet Christine Knödler jene Texte, in denen nicht nur die dunklen, sondern die tiefschwarzen Seiten des Lebens zentral stehen:

> **Wo andere [jugendliterarische Texte] wegschauen, schaut sie hin. Ihr Blick ist kein versöhnlicher und manchmal kennt sie keine Gnade. Sie attestiert Sinnlosigkeit, indem sie genau davon erzählt. Weil im Zentrum der Nacht-Literatur die Katastrophe steht, womöglich die fundamentale Ausweglosigkeit, geht es nicht primär um Bewältigung. Die kann der Leser allenfalls mitdenken.[…] Wovon auch immer sie handelt, von einem erzählt sie ganz gewiss nicht: von der Normalität.**[34]

Wenn Mirjam Pressler die siebenjährige Titelfigur ihres Romans Malka Mai aus der Normalität reißt, eine Odyssee erleben lässt, die vor allem von Einsamkeit, Hunger, Gewalt, Schmerzen und Angst geprägt ist, dann hinterlässt dies Spuren – und dies wird auch der Leserschaft bewusst. Denn selbst als Malka mit ihrer Mutter, die ihre Tochter auf der Flucht vor den Nazis zurücklassen musste, wiederfindet, der „Normalzustand" also wiederhergestellt wird, kann von einer Rückkehr in die Normalität nicht die Rede sein. Malka ist nach den Monaten, die sie auf sich selbst gestellt war, ein gebrochenes Kind, das seine frühere Identität – sowohl äußerlich als auch innerlich – vollständig verloren hat. Die eigene Mutter ist nur noch eine Fremde für sie, vielleicht eine Erinnerung aus einem Traum wie Malkas Gleichgültigkeit im Schluss des Romans zeigt:

> **Und da saß sie, die Frau Doktor, die sie das letzte Mal in Ungarn gesehen hatte, in der Mühle, als sie krank im Bett lag. Malka ließ sich rückwärts vom Ofen rutschen, packte die alte Frau, die sie hierher gebracht hatte, am Arm und sagte: „Wo ist Teresa? Ich will zu Teresa."**

33 Vloeberghs, Que les enfants deviennent des vivants, 93.
34 Vgl. dazu Christine Knödler: In tiefster Nacht ist der Tag so fern. Schattenseiten der Kinder- und Jugendliteratur, in: Tausend und ein Buch. Das österreichische Magazin für Kinder- und Jugendliteratur 4 (2004), 4 – 13.

> **Die alte Frau legte die Hand auf Malkas Kopf, eine kalte, schwere Hand. Sie atmete schwer. Die Frau, die am Tisch saß [Malkas Mutter], stieß einen erschrockenen Ton aus. Ihr Gesicht war kaum zu sehen. Die Petroleumlampe flackerte, Schatten krochen über den Fußboden. Es war still, sehr still. Als Malka die Frau oben, auf dem Ofen, weinen hörte, hob sie verwundert den Kopf.**[35]

In Malka Mai spürt Pressler der menschlichen Natur nach, zeigt die Gnadenlosigkeit des Systems, das auch vor unschuldigen Kindern, goldblonden Engeln wie Malka, kein Halt macht. Sie entwickelt ein Bild davon, wie sich Menschen unter einem unmenschlichen System verhalten, um zu überleben – was in Malkas Fall vor allem eine Degeneration des Selbsts gleichkommt: von einem bildungsbürgerlichen Ich zu einem instinktgesteuerten Es, dem Verlust der Identität.

Es sind Jugendbücher wie dieses, die unmissverständlich deutlich machen, dass im Bereich der jugendliterarischen Nationalsozialismus- und Holocaustdarstellungen ein Wandel vonstatten geht. Während die Romane moraldidaktische Prinzipien neu verhandeln, rücken sie die literarischen Argumente mehr und mehr in den Vordergrund. Ebenso wie in anderen jugendliterarischen Genres ist der zentrale Gedanke nunmehr zu sozialisieren und enkulturieren, vor allem aber – ganz im Adornoschen Sinne – die „Kraft der Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen" zu fördern, indem die Texte die jungen Leser dazu auffordern, Denk- und Weltbilder nicht einfach nur übernehmen, sondern selbständig zu entwickeln.[36] Differenziertheit, Komplexität, Vielschichtigkeit und Offenheit – auch im Umgang mit der NS-Zeit – sind nicht nur für allgemein- sondern auch für jugendliterarische Texte von großer Bedeutung. Auf diese Weise kann die Auseinandersetzung mit Jugendliteratur dazu befähigen, Komplexitäten und Widersprüchlichkeiten auszuhalten und präexistierende (Geschichts-)Bilder zu hinterfragen; sie kann den Heranwachsenden anregen, sich aktiv mit der Vergangenheit (Nationalsozialismus und Holocaust) und der Gegenwart (rassistisch-antisemitische Tendenzen) auseinanderzusetzen. *Reise im August*, *Malka Mai* und *Julians Bruder* führen an den menschlichen Abgrund, in die totale Finsternis, doch können sie auch gerade dadurch zur deutschen Identitätsversicherung beitragen. Denn wer in den Abgrund geblickt, die Finsternis gespürt hat, für den gewinnen die Worte „daß Auschwitz sich nicht wiederhole" eine neue Dimension.

35 Ebd., 5.
36 Mirjam Pressler: Malka Mai, Weinheim/Basel 2004 [Erstausg. 2001], 322.

Piet Mooren

Kinderbücher, Holocaust und das Kollektivgedächtnis

Ich präsentiere hier einige Bausteine zur komparativen Analyse oder anders gesagt: einen Suchscheinwerfer auf das große Thema Kinderliteratur und Holocaust. Die Bausteine sind teils strukturell, teils thematisch angeordnet.

1. Strukturelle Bausteine: Denomination, Generation und politische Positionen

1.1 Kontext und Generation

Hilberg (1985, 1992) macht die historiographische Vorstellung des Zweiten Weltkrieges an der jeweiligen Perspektive von Täter, Opfer und Beteiligten fest. Diese Perspektiven nehmen auch Gestalt an in literarischen Texten, geschrieben aus der Sicht eines Kindes oder Heranwachsenden oder als Text für ein jugendliches Publikum. Dabei soll hier aber auch eingegangen werden auf die Aspekte Generation, Denomination, Gattung sowie die möglichen Einflüsse von alltäglichen oder zeitgeschichtlichen Zeitbegriffen auf die Vorstellung vom und Reflexion über den Zweiten Weltkrieg.

Täterkontext	Opferkontext	Beteiligtenkontext
Joop Pollmann (k) (1922) Kraut (2000) (Peter Pollman, 1951)	**Gerhard Durlacher** (j) (1928) Ertrinken. Eine Kindheit im Dritten Reich (1987; 1993)	**Anne De Vries** (e) (1904) Im Schatten der Gewalt (1960)
Charlotte Mutsaers (k) (1942) Rachels Röckchen (1994, 1997)	**Anne Frank** (j) (1929) Das Tagebuch (1947; Schütz, 1949; Pressler, 1991)	**Willem Wilmink** (s) (1936) Die Gasse (1982) Ein Foto (1994)
Erwin Mortier (k) (1965) Marcel. Roman (1999, 2001)	**Carl Friedman** (k/j) (1952) Vater. Erzählung (1991; 1997)	**Anne Provoost** (k) (1964) Flutzeit (2001; 2003)

k = katholisch; j = jüdisch; k/j = katholisch-jüdisch; e = evangelisch; s = sozialistisch

Der größte Teil der Texte, auf die ich hier eingehen möchte, stammt von niederländischen und flämischen Autoren aus verschiedenen Generationen, deren Bücher bereits auf Deutsch erschienen sind.[1]

Können die Aspekte Denominationen, Generationen und politische Positionen als relevante universalistische narrative und nationalspezifische Perspektiven bezeichnet werden, die auch in Zukunft als „heiße Erinnerungen" ins transnationale deutsch/hebräisch/niederländische Kollektivgedächtnis einzuschreiben sind? Stützen solche Kriterien das potentiell komparative Bild eines deutschen, hebräischen und niederländischen Textkorpus in Jugendbüchern über den Holocaust? Macht eine solche Annäherung einen Vergleich zwischen zwei Täterpositionen notwendig, z.B. zwischen Autoren und Titeln wie Peter Polmans *Kraut* (2000) und Gudrun Pausewangs *Ich war dabei. Geschichten gegen das Vergessen* (2004)? Oder beim Thema Untertauchen eine komparative Analyse von Opferpositionen, beispielsweise von Ron Langenus' *Het verborgen dorp* (Das verborgene Dorf, 1998), Uri Orlevs *Die Insel in der Vogelstraße* (1981) und Inge Deutschkrons *Ich trug den gelben Stern* (1985)? Können Zuschauerpositionen wie bei Anne de Vries' *Im Schatten der Gewalt* (1960), Mirjam Presslers Die *Zeit der schlafende Hunde* und Uri Orlevs *Das strickende Mütterlein* (1981) verglichen werden und welche Rolle spielt der Denominations- und Generationsunterschied?

1.2 Scham als moralische Kategorie: Der Beteiligtenkontext

Der Soziologe Zygmunt Bauman (1989) hat Auschwitz keine Aberration der Geschichte, sondern ein Exponent der Modernität genannt mit dem u.a. die natürliche Solidarität zwischen Bevölkerungsgruppen bürokratisch und juristisch Schritt für Schritt eliminiert wurde. Zu Recht fragt er sich, wie einer Wiederholung solcher bürokratischer Praktiken vorgebeugt werden könne. Die Soziologie ist seiner Meinung nach zu funktional orientiert, um dabei eine Rolle zu spielen. Weitaus mehr Vertrauen setzt er in moralische Wertbegriffe wie sie in der Bibel oder in der Literatur zu finden sind. Dabei gilt ihm die Scham über das, was stattfinden konnte, als zentrale moralische Kategorie. Aber um diese Scham zu Wort kommen zu lassen, haben Autoren extreme Anstrengungen unternehmen müssen.

Anne de Vries ist der Augenzeuge, der in Im Schatten der Gewalt erzählt wie ein Transport Juden unter strenger Bewachung vom Bahnhof Beilen nach Westerbork gebracht wird:

> **In endlosen Reihen zogen sie- vorbei, die reichen Bankiers und die Apfelsinenverkäufer aus Amsterdam, die Frau des Altwaren-**

1 In der Übersicht verweisen die Jahreszahlen nach dem Namen des Autors auf sein Geburtsjahr und nach dem Titel auf das Jahr der Erstveröffentlichung in den Niederlanden und in Deutschland.

> **händlers und des Schiffsreeders. Sie trugen alle den Judenstern auf der Brust, Männer und Frauen, Greise und Junge und Mütter mit Kindern an der Hand. Eine Frau hielt einen Säugling im Arm, ein schäbig gekleideter alter Mann wurde von zwei andern gestützt. Alle waren beladen mit Koffern und Bündeln und aufgerollten Decken, alle hatten graue Gesichter, und alle schlurften niedergeschlagen über die Straße […]. Den Schluß bildete ein Bauernwagen mit Bündeln und Koffern und Kleidern und, zuoberst zwischen zwei lachenden SS-Männern, die es sich bequem gemacht hatten, ein altes Frauchen, dessen grauhaariger Kopf auf dem schwankenden Wagen hin und her wackelte. Und am Wagen angekettet ein etwa fünfzehnjähriger Junge, ein hübscher schwarzhaariger Jude mit gefesselten Händen […].**

De Vries musste an Joseph denken, der von seinem Brüdern verkauft und hinter einem Kamel fortgeschleppt worden war.

1.3. Generationelle Scham aus doppelter Position

Das folgende Gedicht von Willem Wilmink erinnert an die Razzia, bei der am 22. und 23. Februar 1941 als Vergeltungsmaßnahme für Unruhen im Amsterdam das Jüdische Viertel rund um den Jonas Daniël Meijerplein abgesperrt wird und 425 junge Leute festgenommen, gequält und schließlich deportiert wurden. Festgehalten wurde der Terror durch ein Fotopresseagentur im Auftrag der deutschen Polizei, die Fotos sind Pressers *Der Untergang* abgebildet und haben, so die Ironie der Geschichte, Willem Wilmink zu dem Gedicht *Ein Foto* inspiriert. Der Perspektivwechsel in dem Gedicht zeigt Empathie sowohl mit den Kindern der Täter als auch den Kindern der Opfer.

> **Ein Foto**
>
> **Von den Razzien gibt es Fotos.**
> **Jonas-Daniel-Meijer-Platz,**
> **Deutsche, wie sie Menschen quälten,**
> **während dieser Judenhatz.**
>
> **Ein ängstlicher Mann mit gepflegten Schuhen,**
> **langer Mantel, schwarzer Fliege,**
> **wird quer über den Platz getrieben,**
> **wie zum Viehmarkt, auf der Stiege.**
>
> **Stehen mit spöttischen Gesichtern,**
> **die Soldaten, da die drei.**
> **Doch da steht auch noch ein Vierter,**
> **und der schaut beschämt vorbei.**

Stell dir vor, du sahst das Foto
dieser Mann, mit Fliege zwar
und du würdest plötzlich sehen,
das es dein eigener Vater war.

Manchmal muss ich daran denken,
wie's dem anderen Sohn ergeht,
sieht den lachenden Soldaten:
„das ist mein Vater, der da steht".[2]

1.4 Kommunikatives und kulturelles Gedächtnis

Auf den Terror vom 22. und 23. Februar wurde am 26. und 27. Februar mit Streiks reagiert. Alle jungen Leute wurden nach Mauthausen deportiert und die meisten dort ermordet. (Bild 7) Dem Februarstreik wird auch heute noch jedes Jahr rund um den den Dokwerker (Dockarbeiter, Bild 8) gedacht. Denkmäler, Museen und Gedenkstätten wie der Dokwerker halten die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg wach und formen die Geschichte, die mit ihren Geschichten auch in der nationalen Gedächtniskultur und der (Jugend-)Literatur Spuren hinterlassen hat. Dabei sind im Lauf der Jahre deutliche Veränderungen zu bemerken sowohl in den Gedenkstätten wie den Lagern Vught oder Westerbork als auch in den Texten der literarischen Zeitzeugen. Mit diesen Transformationen werden aber auch diachron in einer Langzeit-Perspektive, Konstanten sichtbar, die einzuordnen sind in Assmanns Paradigma über das Verhältnis zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis: Vught stand im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg ausschließlich im Zeichen des Gedenkens an den Widerstand im Krieg. Das erste Denkmal, das 1947 in Vught unter Königin Wilhelmina errichtet wurde, hatte zwar ein Kreuz als Symbol, aber nicht als Symbol für alle Verstorbenen aus dem Lager Vught. Auf dem Denkmal stehen, in Stein gemeißelt, die Namen aller niederländischen Widerstandskämpfer, die in Vught erschossen wurden (Bild 9). Es gab jedoch auch andere Opfer: die vielen Menschen, die in Zügen in die Vernichtungslager abtransportiert wurden. Daran erinnert dann, zehn Jahre später, der 1957 enthüllte Gedenkstein am Bahnhof Vught. Er trägt (in niederländischer Sprache) die Inschrift:

Von diesem Ort
Sind 1943-44
14 000 mehrheitlich jüdische
Männer und Frauen
mit 1 800 Kindern

2 Übersetzung: Truus Grotz-Kurvers.

in Vernichtungslager abgeführt worden.

Das Lager Westerbork ist 1939 als Zentrales Flüchtlingslager für die Aufnahme aus Deutschland geflohener Juden errichtet worden. Nach dem Krieg bestand in jüdischen Kreisen lange Zeit wenig Interesse, das Lager zur Gedenkstätte zu machen. Erst 1970 wurde die inzwischen berühmte Skulptur von Ralph Prins errichtet, welche die Deportation der Juden in die Lager als eine zum Himmel gebogene Bahnlinie thematisiert. (Bild 10)

Das Bedürfnis an eigenen Gedenkstätten wurde durch autobiographische Texte von in Vught und Westerbork Internierten genährt. Sie sind mit ihren lebensechten Erinnerungen und gelebten Erfahrungen sowohl Teil des kommunikativen als auch des kulturellen Gedächtnisses, überlassen den Zeitgenossen informell das Reden über das alltägliche Leben, sprechen vier Generationen an und rufen mythische Urgeschichten in formellen, symbolisch kodierten Ausdrucksformen, auf.

So entlehnen sie der Bibel den souveränen Anspruch, sich über die Macht und den Wahn des Nationalsozialismus zu erheben. Ihr Berufen auf moralische Wertbegriffe aus der Bibel drückt dem kommunikativen und dem kulturellen Gedenken in Jan Assmanns Schema den Stempel von zwei kommunizierenden Röhren auf.[3]

	Kommunikatives Gedächtnis	Kulturelles Gedächtnis
Inhalt	erlebte Erfahrungen	mythische Urgeschichte
Formen	informell, wenig geformt, in Interaktion im Alltag entstanden	gestifteter, hoher Grad
Medien	lebendige Erinnerungen auch von Hörensagen	feste Objektivationen, traditionelle symbolische Kodierung/Inszenierung
Zeitstruktur	Zeithorizont von 3-4 Generationen	absolute Vergangenheit einer mythischen Urzeit
Kulturträger	Zeitzeugen einer Erinnerungsgemeinschaft	spezialisierter Traditionsträger

2. Thematische Bausteine: Untertauchen, Nein oder Ja

2.1 Untertauchen

Die Niederlande und Belgien haben kaum unwegsame Bergregionen oder unerschlossene Gebiete. Die einzige Möglichkeit des Entkommens lag daher

3 Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München, C.H.Beck, 1992, 56.

im Untertauchen. Clara Asscher-Pinkhoff weist in ihren Memoiren *Tänzerin ohne Beine* darauf hin, dass jemand mit einem reinen Gewissen eigentlich nicht untertaucht. Viele Juden waren genau so gelähmt, wie der Hund in dem Bilderbuch *De Diamant van opa* (Opas Diamant) von Ceseli Josephus Jitta, in dem Kinder entscheiden müssen, ob sie mit dem Diamanten, den Opa für sie in einem Tresor in London deponiert hat, auswandern.

Asscher-Pinkhof erzählt in *Sterrekinderen* (Sternenkinder), die Geschichte von Clara, die nicht untertauchen kann. Sie unterrichtet Schülerinnen im Amsterdamer Ghetto und ist zunehmend verzweifelt wegen der Razzien in Amsterdam, die immer roher und brutaler werden. Ein befreundeter jüdischer Musiker rät ihr, sich in die Kunst zu flüchten und auf diesem Weg zu befreien. Am 1. Januar 1943 hat sie eine Vision und verspricht den Sternenkinder fortan ihr Mund zu sein. Sie hilft ihnen in den nächtlichen Stunden im Holländischen Schauspielhaus, in dem die jüdischen Kinder vor ihrer Deportation zusammengepfercht wurden, und beschließt, sie auf ihrem Weg in die Lager zu begleiten. Als Kapiteltitel wählt sie folgende Haltestellen: Sternstadt (Amsterdam), Sternhaus (das Holländische Schauspielhaus), Sternwüste (Westerbork) und Sternhölle (Bergen Belsen). Im Sternhaus widersetzt sie sich den Verfolgern, hat ein Ohr für das spontane Mundharmonikaspiel eines kleinen Jungen und hat ein Auge für das So-tun-als-ob-Spiel zweier Mädchen, die wie Erwachsene darüber reden, wie es wohl Mann und Kindern geht. Die eine sagt, es ginge ihrem Mann in Polen gut, die andere meint, ihre seien Kinder eingesperrt. Clara erzählt ihnen alttestamentarischen Geschichten, feiert mit ihnen die jüdischen Feste und Rituale, schreibt für sie neue jüdische Lieder und sieht wie sie in Bergen Belsen in der Pesach-Geschichte die Sklaverei der Konzentrationslager wieder erkennen:

> **Als unsere Männer vor einen Mistwagen gespannt wurden, an Stelle von Pferden, und [...] als der SS-Aufseher brüllte: „Faulpelze seid ihr", dann war es als ob sie eine biblische Sprache sprachen.**

Auch wenn das schon 1946 erschienene Buch *Sternkinder* nicht für, sondern über Kinder geschrieben wurde, erhielt es trotzdem 1962 den Deutschen Jugendbuchpreis.

Demgegenüber steht die sehr bewusste Entscheidung unterzutauchen mit einer Vielzahl von überlieferten Geschichten sowie ebenso vielen nationalen Varianten: Anne Franks *Het Achterhuis* (Das Hinterhaus, 1947), Johanna Reis' *De schuilplaats* (Das Versteck, 1974); Ida Vos' *Wie niet weg is, wordt gezien* (Wer nicht weg ist, wird gesehen,1981); Els Pelgroms *De kinderen van het achtste woud* (Die Kinder vom achten Wald, 1984); Theo Engelens *Schimmen uit het verleden* (Schemen aus der Vergangenheit, 1993), Ron Langenus' *Het verborgen dorp* (Das verborgene Dorf, 1998) oder internationale Varianten wie die (bereits erwähnten) Jugendromane von Uri Orlev *Die Insel in der Vogelstraße* (1981) und Inge Deutschkron *Ich trug den gelben Stern* (1985) sowie Uwe Jens Jensens Theaterstück *Ab heute heißt du Sara*

(Grips Theater Berlin, 1989) und das Bilderbuch von Inge Deutchkron und Lukas Ruegenberg *Papa Weidt. Er bot den Nazis die Stirn* (1999).

2.2 Generationsbruch, Euthanasie, Arisierung und Raub

Aleida Assmann (2007) hat auf die Notwendigkeit eines Generationsbruches zur Wiederanknüpfung an nationale Traditionen hingewiesen. Von einem solchen Generationsbruch ist die Rede in den folgenden drei sehr unterschiedlichen Büchern: *Kartoffelkäferzeiten*, *Das strickende Mütterlein* und *Die Zeit der schlafenden Hunde*. Paul Maar hat den Bruch mit seinem Vater und der autoritären Gesellschaft in der Figur des Sams vollzogen. Als Repräsentant der antiautoritären Erziehung will er ohne Befangenheit und aus kindlicher Sicht schreiben können, in einem leichtfüßigen Ton und auf eine Art, die den von ihm bekannten dadaistischen Scherzen, Launen, Rätseln, Tierabecedaria und ABC-Reimen verwandt sind. Dafür kam ihm die Figur Sams außerordentlich gut zupass in einem Land wo, laut Adorno oder Alice Miller, die autoritäre Persönlichkeit unmittelbar mit der Hitler-Zeit verbunden ist. Erst viel später ist er in *Kartoffelkäferzeiten* die Konfrontation mit seinem Vater direkt angegangen. Es war also eine Kombination von schriftstellerischer und persönlicher Entwicklung notwendig sowie die Hilfe einer Figur wie dem Sams, um das so dominante Bild der autoritären Persönlichkeit vom Sockel zu stoßen, ehe er mit seiner Autobiographie die Konfrontation mit der Innenwelt seiner Familie und der Außenwelt der anderen Leute in seinem Geburtsort beginnen konnte. In seinem autobiografischen Rückblick auf seine Jugend gibt Paul Maar ein eindringliches Bild von fünf Frauen ohne Männer in einem Wirtshaus, mit einer Tochter Johanna als seinem Alter Ego. Ihr Vater ist in russischer Kriegsgefangenschaft, beide Omas sind Witwen und der Verlobte von Tante Fanni wird vermisst. Das Leben dieser Frauen ist geprägt durch viele Sorgen und Streitereien, zahlreiche feste, tägliche und andere zeitgebundene Rituale, aber auch viel Humor. Die Rituale beim Aufstehen, die Sorge um das Essen, die Kleidung und die Kunden in der Wirtschaft, um die Heizung und das Schwein, das gefüttert werden muss oder um die Männer, die nicht da sind oder von denen man nicht wissen darf.

Johanna schließt Freundschaft mit Manni und die beiden möchten herausfinden, warum die „Dolle Kuni" ganz alleine lebt und ihr Hund Sultan jeden verjagt. Ihr Mann ist im ersten Kriegsjahr gefallen und im Dorf hat man sich gefragt, was sie in ihrem Haus verborgen hielt. Einen Bomberpiloten vielleicht? Aber auch drei Jahre nach dem Krieg verbirgt sie immer noch etwas. Johanna trotzt dem gefährlichen Sultan und sieht dann im Haus ein Kind mit sehr großen Augen. Plötzlich steht die Dolle Kuni mit aufgerissenen, erschrockenen Augen vor ihr, schaut auf das Fenster, lässt ihre Schulter hängen und sagt tonlos: „Du weißt es. Du hast ihn gesehen." Johanna nickt stumm. Die Dolle Kuni fängt an zu weinen, greift Johannas Hände, küsst sie immer und bittet sie, es niemand zu sagen, es nicht zu verraten: „Sie holen ihn sonst ab, sie bringen ihn doch um! Bitte nicht! Bitte!" Johanna versucht

die Dolle Kuni zu beruhigen und verspricht ihr, es nicht weiter zu erzählen. Dolle Kuni bittet sie, mit drei Fingern auf ihrem Herzen zu schwören und flüstert: „Es weiß nur der alte Doktor Brander, sonst niemand. Sie holen ihn nämlich sonst ab, das ist doch bekannt." „Der alte Brander ist schon gestorben, als ich noch in der ersten Klasse war", sagt Johanna und verspricht abermals, es für sich zu behalten und sagt tatsächlich auch ihrem Freund Manni kein Wort darüber. Inzwischen versteht der Leser, dass die Dolle Kuni ihr behindertes Kind gegen die Euthanasiemaßnahmen des Hitlerregimes geschützt hat und ihr dabei der Zeitbegriff verloren gegangen ist (Mooren, 2007).

Uri Orlev: Das strickende Mütterlein

Uri Orlev überlebte als jüdisches Kind das Warschauer Ghetto, wie in seinem Meisterwerk *Die Insel in der Vogelstraße* nachzulesen ist. Er wanderte nach Israel aus und beförderte mit einer Vielzahl von Kinderbüchern die Integration von Neuankömmlingen in seinem neuen Vaterland. Das Gedicht *Das strickende Mütterlein* von Judith Herzberg übersetzt und illustriert von Jan Jutte, zeigt, wie die Gesellschaft quer durch alle Ränge und Stände auf das Andere reagiert. Das Gedicht fängt an mit der Ankunft des strickenden Mütterleins in einer fremden Stadt, in der sie nirgends ein Haus finden kann, in dem sie wohnen kann. Sie weigert sich, es dabei bewenden zu lassen und strickt mit ihren zwei Stricknadeln und einem Knäuel Wolle Pantöffelchen, einen Teppich, einen Boden, ein Bett, einen Schrank, eine Matratze, einen Bettüberwurf, eine Decke, einen Nachttopf und Gardinen und zuletzt ein Haus um darin zu wohnen. Als sie das Häuschen fertig gestrickt hat, verlangt es sie nach mehr Leben in der Bude.

> **Ze breide een jongen ze breide een meisje**
> **en allebei kregen een sterke draad**
> **voor verdriet en voor pret en voor kattekwaad.**

Das strickende Mütterlein strickt Bücher und Hefte, bringt ihre Unerzogenen in die Schule:

> **Maar toen de meester de kinderen zag**
> **was hij vreselijk verontwaardigd:**
> **kinderen van wol vervaardigd!**
> **Waar ziet u deze school voor aan?**
> **Ik verzoek u: gaat u hier gauw vandaan!**

Das strickende Mütterlein wünscht eine Zweitmeinung und lässt ihre Augensterne testen:

> **Zo werden de kinderen grondig bekeken**
> **op rechtse en averechtse steken.**
> **De meesters en juffen die fluisterden,**
> **toen zei een juf met een strenge stem:**

mevrouw moet u eens luisteren;
we hebben niets tegen u, tegen haar of hem,
maar de leerlingen hier zijn van vlees en bloed
dit is geen school voor mensen van goed.

Das strickende Mütterlein beklagt sich beim Gemeinderat:

Daar zat de raad al te overleggen
en liet door de burgemeester zeggen:
de burgers hier zijn van vlees en bloed,
dit is geen stad voor mensen van goed.
Kinderen gemaakt van wol
zien we hier niet aan voor vol.
Ik zal dit de overheid laten weten.
En toen ging hij verder een broodje eten. (Bild 24)

Das strickende Mütterlein geht in Berufung beim Ministerrat persönlich. Inzwischen hat sich die Mär von dem Häuschen aus Wolle weit verbreitet, Touristen strömen herbei, Kassen klingeln, aber es ist alles zu spät. Das strickende Mütterlein kapituliert und zieht eines Nachts ihr ganzes Strickwerk auf um mit ihrem Wollknäuel und ihren zwei Stricknadeln irgendwo anders ein neues Leben zu beginnen

En als de mensen daar aardig zijn
en de wollen kinderen hebben het fijn
dan zit ze daar nu en breit en breit
en breit tot in de eeuwigheid.

Mirjam Pressler: Raub und Arisierung

Mirjam Pressler ist die erste deutsche Kinderbuchautorin die in den Niederlanden, und zwar an der Universität von Groningen, einen Ehrendoktortitel erhalten hat. Sie schrieb mehr als 30 Jugendbücher und übersetzte mehr als 200 Bücher, darunter viele aus dem Niederländischen und aus dem Hebräischen. Auch ihr Beitrag als Autorin und Übersetzerin zu dem Thema Holocaust ist immens. Ihre Bücher *Malka Mai* und *Die Zeit der schlafenden Hunde* handeln von, wie sie mir in einem Interview erzählte (Mooren/Kurvers, 2005) über zwei Seiten der Judenverfolgung die sich mehr an der Oberfläche der Gesellschaft abspielen. In *Malka Mai* muss die jüngste Tochter einer polnischen Ärztin während der Flucht nach Ungarn krank zurückbleiben, sie verliert ihre Mutter und ihre Schwester und muss versuchen, alleine in einem jüdischen Ghetto zu überleben. Es ist ein bitteres Beispiel einer beschädigten Kinderzeit in der ein Kind unter solchen Umständen plötzlich versuchen muss, Überlebensstrategien zu entwickeln. Am Anfang der Geschichte bekommt sie eine Puppe, um sich an irgend etwas festhalten zu können. Doch sie verliert die Puppe.

Die Zeit der schlafende Hunde handelt von einem Nazi-Parteitier, der Eigentümer von einem großen Modegeschäft wird. Wegen der Maßregeln

gegen Juden („Kauft nicht bei Juden") sahen sich viele Juden, die auswandern wollten, in den 1930er Jahren dazu gezwungen, ihr Eigentum für einen Bruchteil des Marktwertes aus der Hand zu geben. Auf diese Weise kamen viele Deutsche in den Besitz von ursprünglich jüdischen Firmen. Zwischen 1985 und 1990 feierten viele Firmen in Deutschland ihr fünfzigjähriges Bestehen, so als ob in der Periode zwischen 1935 und 1940 auf einmal viele neue Firmen gegründet worden wären. Von vielen Firmen wissen die Leute oft nicht mal, dass sie einmal jüdisch waren. Das Buch spielt in einer willkürlich ausgewählten süddeutschen Kleinstadt, die repräsentativ ist für alle Orte, denn die Firmen gab es überall. Das große Thema der Betriebe, die ihr fünfzigjähriges Bestehen feiern, ist in dem Buch Teil eines Geschichtsprojektes, wobei eine Lehrerin, die selbst in einer Familie aufwuchs in der geschwiegen wurde, die Schüler auf die Fährte bringt das, was damals geschehen ist, genauer zu erkunden. Die Botschaft des Buches ist, dass es nicht totgeschwiegen werden darf.

Man kann nicht so tun als ob die Geschichte nicht existiert hat; das Verschweigen dieser jüdischen Geschichte würde nämlich das Ende der jüdisch-deutschen Geschichte sein. Das Verschweigen hat aber all zu oft doch stattgefunden. Eine Schlüsselszene des Buchs ist der Besuch des Friedhofs. Das jüdische Ritual der Steine ist ein besonders gutes Bild wie etwas vergessen oder im Gedächtnis behalten wird. Das umfasst nicht nur eine Familiengeschichte von drei Generationen, sondern betrifft auch die Geschichte einer Stadt, die symbolisch steht für alle deutschen Städte und die ökonomische Seite der Judenverfolgungen. Ohne Zweifel ist Pressler für diese Thematik besonders empfindsam, weil sie selbst nur zu gut weiß, was Verschweigen bedeutet und wie es ein Leben prägen kann.

In *Die Zeit der schlafenden Hunde* sieht die Hauptperson den Großvater das letzte Mal als er Unkraut jätet. Er hat keinen Blick dafür, wie schön Unkraut manchmal sein kann. Er vernichtet was schön ist, ohne sich dabei etwas zu denken, ohne zu schauen. Das erinnert an den Soziologen Zygmunt Bauman, der das Ideal der Eugenik im „Dritten Reich" mit der Perfektion, mit dem ein Gärtner das Unkraut in seinem Garten jätet, vergleicht. Alles was nicht in das Ganze passt, muss herausgerissen werden. Der Großvater tut das auch und anscheinend mit Freude.

3 ? 4 Fazit

Wie ich zu Anfang sagte, habe ich einige strukturelle und thematische Bausteine herangetragen, als Suchscheinwerfer für die weitere Wahl und Erkundung des Textkorpus. Bei dieser Wahl wird die Repräsentativität eines Autors und eines bestimmten Titels für die Rezeption des Zweiten Weltkrieges ohne Zweifel von großer Bedeutung sein. Bei manchen strukturellen und thematischen Aspekten werden die Wahlmöglichkeiten fast unbegrenzt, bei anderen die Titel an einer Hand aufzuzählen sein. Über ein Thema wie Euthanasie ist z. B. wenig erschienen. *De Uitverkorene* (Der Auswerwählte) van Luc van Tolhuyzen und *Kartoffelkäferzeiten* von Paul Maar

lassen sich thematisch tatsächlich vergleichen, aber hat auch ein hebräischer Autor hierüber geschrieben? Geht es um das Gegenstück zu einer Autorin mit einer Wirkung wie Anne Frank, dann scheinen multimediale Bearbeitungen der Überlebensgeschichte der jüdischen Inge Deutschkron zu einem Theaterstück, einem Bilderbuch und einem Museum zu zeigen, dass ihre Geschichte viele berührt hat. Klassische Texte wie die von Anne Frank, Inge Deutschkron und Uri Orlev haben mit ihrer immer noch „Heißen Erinnerung" aus Amsterdam, Berlin und Warschau jedenfalls einen festen Platz gefunden in dem deutsch/hebräisch/niederländischen Kollektivgedächtnis.

- Asscher-Pinkhof, Clara: Sterrekinderen, Amsterdam: P. H. Leopolds Uitgeversmaatschappij 1946. Asscher-Pinkhof, Clara: Sternkinder, Hamburg: Cecilie Dressler Verlag 1961.
- Pressler, Mirjam: Malka Mai, Weinheim/Basel: Beltz & Gelberg 2001
- Pressler, Mirjam: Die Zeit der schlafenden Hunde, Weinheim/Basel: Beltz & Gelberg 2004.
- Asscher-Pinkhof, Clara: Sterrekinderen.,Amsterdam, P. H. Leopold 1946.
- Asscher-Pinkhof, Clara: De danseres zonder benen [Die Tänzerin ohne Beine], Ort: Kok 2005
- Josephus-Jitta, Ceseli: De diamant van opa [Opas Diamant], Ort: Zirkoon 2004
- Maar, Paul: Kartoffelkäferzeiten, Ort: Oetinger 1990
- Orlev, Uri: Het eiland in de Vogelstraat [Die Insel in der Vogelstraße], Ort: Fontein 1985.
- Orlev, Uri: Das strickende Mütterlein, **Ort**: Atlantis 1981
- Vries, Anne de: Reis door de Nacht [Reise durch die Nacht], Nijkerk: Callenbach 1960.
- Vries, Anne de: Schatten der Gewalt. Konstanz 1960.
- Wilmink, Willem: Een Foto [Ein Foto], in: Ernstig Genoeg [Ernst genug], Amsterdam: Bert Bakker 1995.

Sekundärliteratur

- Adorno, Theodor W., Erziehung nach Auschwitz, in: Stichworte. Kritische Modelle 2, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1969, 85-112 [auch in: Opvoeding tot mondigheid, Spectrum (1971), 77-90].
- Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München: C.H. Beck 1992.
- Assmann, Aleida: Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung, München: C.H. Beck 2007, 28.
- Bauman, Zygmunt: Modernity and the Holocaust, Cambridge 1989.
- Hilberg, Raoul: The Destruction of the European Jews, New York 1985.
- Hilberg, Raoul: Perpetrators Victims Bystanders: The Jewish Catastrophe, 1933-1945, New York 1992.
- Miller, Alice: Am Anfang war Erziehung, Suhrkamp 1980.
- Mooren, Piet: Tussen hel en hemel. Auschwitz in het historiografisch en literair werk van Anne de Vries [Zwischen Himmel und Hölle. Auschwitz im historiografischen und literarischen Werk von Anne de Vries], in: Jacques Dane und George Harink (Hg.): Bouwsel voor 't leven. De traditie van protestantse kinderliteratuur [Bauwerk fürs Leben. Die Tradition der protestantischen Kinderliteratur], Ort: Meinema 2003, 178-197.
- Mooren, Piet: Auschwitz aus drei Perspektiven, In: Gabriele von Glasenapp/Gisela Wilkending (Hg.) Geschichte und Geschichten, Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang 2005, 175-198.
- Mooren, Piet/Jeanne Kurvers: Littekens omsmeden tot literatuur. Het literaire engagement van Mirjam Pressler [Narben zu Literatur umschmieden. Das literarische Engagement von Mirjam Pressler], in: Literatuur zonder leeftijd, 65 (najaar 2004), 73-84.
- Mooren, Piet: Sams oder die späte Geburt der antiautoritären Persönlichkeit. Über intermediale und deutsch-niederländische Beziehungen, in: Franz-Josef Payrhuber und Gudrun Schultz (Hg.), Lesen-Hören-Sehen. Kinder-und Jugendbücher in anderen Medien und Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung. Schriftenreihe der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur. Band 36, Ort: Schneider Verlag 2007, 168-181.
- Mooren, Piet: Das Kind als Augenzeuge. Kriegs- und Nachkriegszeit in der niederländisch-historischen, -pädagogischen und -literarischen Öffentlichkeit, in: Gabriele von Glasenap/

Hans-Heino Ewers (Hg.) Kriegs-und Nachkriegskindheiten. Studien zur literarischen Erinnerungskultur für junge Leser. Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang 2008, 267-280.

- Mulder, Dirk: Een vormgegeven verwerking. De geschiedenis van de herinnering van Kamp Westerbork [Eine Form gegebene Verarbeitung. Die Geschichte der Erinnerung an Lager Westerbork], in: Dirk Mulder und Ben Prins (Hg.): Bronnen van Herinnering [Quellen der Erinnerung] Hooghalen, Herinneringscentrum Kamp Westerbork [Gedenkzentrum Lager Westerbork] 1989.
- Presser, J.: Ondergang. De Vervolging en Verdelging van het Nederlandse Jodendom 1940-1945 [Untergang. Die Verfolgung und Vernichtung des Niederländischen Judentums], 's Gravenhage, Staatsdrukkerij (1965), dl II.

GLOBAL-REGIONAL

Gisela Diewald-Kerkmann

Macht, Ohnmacht, Gegenmacht

„Nicht dass Menschen getötet werden, ist das Spezifikum des Terrors … sondern der frontale Angriff gegen unseren Staat" – Reaktionen des Staates auf den bundesdeutschen Terrorismus

Unbestritten wurde die RAF von der Bundesregierung und der Opposition, staatlichen Instanzen, aber auch von Medien – wenn auch in unterschiedlichen Ausformungen – schon relativ früh als wachsende Bedrohung eingeschätzt und die „öffentlichen Feinderklärungen"[1] immer lauter. An der öffentlichen Debatte beteiligten sich maßgebliche Politiker bis hin zum Bundeskanzler. Relativ früh – noch vor der Fahndungsaktion im Mai 1972 – wurden die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe zum „Staatsfeind Nr. 1" erklärt und ihrer Aktionen als Auslöser einer „Staatskrise" und die „Herausforderung des Rechtsstaats" gesehen.[2] Oder, wie der Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel ausführte:

> Nicht daß Menschen getötet werden – so furchtbar das auch ist – ist das Spezifikum des Terrors. Sein Spezifikum ist der frontale Angriff gegen unseren Staat, gegen das Vertrauen der Bürger in den Staat, gegen die Wertordnung unserer Gesellschaft und gegen den Grundkonsens der geistigen und politischen Kräfte, auf dem unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung steht.[3]

Etwas später stellte Vogel fest, dass mit dem herkömmlichen Kriminalitätsbegriff das Phänomen des Terrorismus weder vollständig noch zureichend erfasst werde. Dieser Angriff sei mit strafrechtlichen und strafprozessualen Mitteln allein nicht zu parieren.[4] In der Erklärung der Bundesregierung zur inneren Sicherheit am 7. Juni 1972 formulierte der Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, dass die Nennung der Banden-

1 F Heinrich Hannover: Terroristenprozesse. Erfahrungen und Erkenntnisse eines Strafverteidigers. Terroristen & Richter 1, Hamburg 1991, 26.
2 Herta Däubler-Gmelin: Im Zweifel für die Grundrechte oder Kontaktsperre im Parlament, in: Michael Sontheimer/Otto Kallscheuer (Hg.), Einschüsse. Besichtigung eines Frontverlaufs. Zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst, Berlin 1987, 99-116, 106 f.
3 Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte – 8. Wahlperiode – 53. Sitzung, 28.10.1977, Bonn, 4092.
4 Hans-Jochen Vogel: Strafverfahrensrecht und Terrorismus – eine Bilanz, in: Neue Juristische Wochenschrift, 31/1978, Heft 25, 1217-1228, 1218.

mitglieder die Breite und Schwere des Problems nicht wiedergeben würden. Die Terroristen legten es „darauf an, unseren Staat und unsere Demokratie als ‚Papiertiger bloßzustellen'", um zu beweisen, „daß ein demokratischer Rechtsstaat nicht in der Lage ist, mit den Mitteln des Rechtsstaates den Terror einer kleinen Gruppe von Fanatikern zu brechen"Đ. Ihre Taten seien nicht Ausdruck der Verzweiflung einer Gruppe von Idealisten, die durch hysterische Reaktionen eines Teils der Öffentlichkeit und unangemessenen Einsatz polizeilicher Mittel in eine Notwehrsituation getrieben wurden. Vielmehr seien sie die Konsequenz eines planvollen Handelns, eines eiskalten revolutionären Kalküls, das auf die gewaltsame Beseitigung unserer Verfassungsordnung ziele.

Bereits im Februar 1971 hatte der Bundesinnenminister öffentlich davor gewarnt, „unter Hinweis auf die Gewalttaten der Baader-Mahler-Bande […] diese Verbrecher in irgendeiner Weise zu unterstützen"[5]. Noch deutlicher wurde es in der von der Bundesregierung am 29. November 1974 – also vor Beginn des Hauptverfahrens gegen führende Mitglieder der RAF – herausgegebenen „Dokumentation über die Tätigkeit anarchistischer Gewalttäter" formuliert. Hier hieß es:

Die Mitglieder der kriminellen Baader-Meinhof-Vereinigung streben den radikalen Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik an […] Die Terroristen sind davon überzeugt, daß auch die gültige Rechtsordnung, über die sie sich bedenkenlos hinwegsetzen, nur Ausdruck der „volksfeindlichen Gewaltverhältnisse" in der Bundesrepublik Deutschland ist.[6]

Während die sozial-liberale Koalition die RAF als „Herausforderung des Rechtsstaates" verstand, beurteilten die Oppositionsparteien CDU/CSU die Rote Armee Fraktion pauschaler als „eine Bedrohung der Bundesrepublik".[7] Der Oppositionsführer Helmut Kohl beschrieb im Juni 1972 die Mitglieder als „Anarchisten, brutale Terroristen" und konstatierte, dass es sich um eine Gruppe handele, die zwar mit einem intellektuellen Anspruch angetreten, jedoch in der „brutalen Barbarei geendet" sei.[8] Dass die terroristischen Gruppen im politischen Machtkampf instrumentalisiert wurden, spiegelte sich in der Äußerung des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß wider, wonach die Baader-Meinhof-Gruppe dem Rechtsstaat einen Krieg erklärt habe, für dessen Dimension es in der Bundesrepublik keine rechtlichen Vorschriften gebe.[9]

5 Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte – 6. Wahlperiode – 188. Sitzung, 07.06.1972, Bonn, 10979.
6 Bild-Zeitung, 15.02.1971.
7 Dokumentation über Aktivitäten anarchistischer Gewalttäter in der Bundesrepublik Deutschland, hg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1974, IV.
8 Otthein Rammstedt: Die Instrumentalisierung der Baader-Meinhof-Gruppe, in: Frankfurter Hefte 1975, Heft 3, 27-38, 29.
9 Zit. nach: Otto Schily: Antrag zur Einstellung des Verfahrens in Stammheim (überarb. Fassung der Gerichtsmitschrift), in: Politische Prozesse ohne Verteidigung, hg. von Wolfgang Dressen, Berlin 1976, 66 f.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt mit dem „Deutschen Herbst" im Jahre 1977, wobei die Szenarien einer gefährdeten Bundesrepublik immer stärker heraufbeschworen wurden. Angesichts der Eskalation der Gewalt galt nach Auffassung des Bundesjustizministers Hans-Jochen Vogel der staatliche Abwehrkampf einem „frontalen Angriff gegen unseren Staat".[10] Der Oppositionsführer Helmut Kohl wies im Kontext der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer in einer Erklärung am 6. September 1977 im ZDF darauf hin: „Wir alle müssen jetzt begreifen, daß es fünf Minuten vor zwölf ist, daß wir alle Machtmittel unseres demokratischen Staates anwenden müssen, um diese unerträgliche Gefahr für unsere innere Freiheit endlich zu beenden."[11] Und der Historiker Golo Mann schlussfolgerte: „Man befindet sich in einer grausamen und durchaus neuen Art von Bürgerkrieg [...] auch nur zwölfhundert zu allem entschlossene Mörder, fähige, schlaue, phantasiebegabte Menschen [...] sind stark genug, den Staat zu zerbrechen [...] Wir befinden uns im Krieg."[12]

Die Stellungnahmen der Bundesregierung und der Opposition korrelierten mit der Berichterstattung der Medien. Diese bauten das Szenario einer „terroristischen Bedrohung" bzw. von „Top-Terroristinnen und Terroristen" auf, wobei Schlagzeilen wie „Die blutige Provokation richtet sich gegen uns alle"[13] oder „Killer-Krieg gegen den Staat"[14] dominierten. Dass die Medien die Funktion einer politischen Deutungsmacht hatten oder – wie Volker Hummel schreibt – „auch Kameras schießen"[15], belegen die von ihnen vorgenommenen Zuschreibungen. Die Frauen und Männer der RAF und der Bewegung 2. Juni wurden von durchaus verschiedenen Medien als „Anarchisten"[16] oder „Staatsfeinde"[17] bezeichnet. Während des Hauptprozesses in Stuttgart-Stammheim wurden sie dargestellt als „Rechtsbrecher, die in elitärer Selbstüberschätzung ihren utopischen Vorstellungen freien Raum ließen"[18] oder als „Fratze des gemeinen und hinterhältigen Terrorismus".[19] Darüber hinaus besaßen terroristische Aktionen einen „außerordentlichen Unterhaltungswert",[20] der aus den Medien nicht herauszuhalten war. Sie

10 Vgl. Frankfurter Rundschau (im Folgenden: FR), 05.12.1974. Welche Formen die Auseinandersetzung annahm, lässt sich daran ablesen, dass der „Bayernkurier" Helmut Schmidt riet, er möge sich „erinnern, was aus dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund geworden ist, dessen langjähriger Vorsitzender er in den Gründerjahren war", vgl. Der Spiegel, Nr. 41/1977, 32.
11 Bundestagsdebatte, 28.10.1977, 4091 ff.
12 Zit. nach: PZ Nr. 13, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1977, 7.
13 Die Welt, 07.09.1977.
14 Frankfurter Allgemeine Zeitung (im Folgenden: FAZ), 05.09.1977.
15 Der Spiegel, Nr. 38/1977, 17 ff.
16 Volker Hummel: Auch Kameras schießen. Der Terror und die Medien, in: Vorgänge 31/1978, H. 1, 16-20.
17 Der Tagesspiegel, 15.12.1973; Bundesarchiv Koblenz (im Folgenden: BArch), ZSg 148/3.
18 FAZ, 05.02.1974; BArch, ZSg 148/5.
19 FAZ, 06.10.1976.
20 Abendpost, 07.10.1976.

waren aber auch „sehr wirkungsvolle Unterstützer terroristischer Strategie [...] [und wurden] von ihnen auch [...] ausdrücklich mitkalkuliert".[21]

„Kriegszustand"

Die Auseinandersetzung um die „Innere Sicherheit" entwickelte sich zum zentralen innenpolitischen Topos und zur Richtschnur für staatliches Handeln. Die Grenze zwischen Freund und Feind markierte dabei der Begriff des Sympathisanten. Auf der Basis von pauschalen Verdächtigungen und Mutmaßungen über ein massenhaftes Unterstützer-Heer wurde die Öffentlichkeit – so der Historiker Andreas Musolff – in einen „Kriegszustand" versetzt, in dem Staats- und Gesellschaftskritiker als „Terrorismus-Sympathisanten" etikettiert und als Feinde bekämpft wurden.[22] Nach Meinung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel konnte schon Sympathisant sein, „wer Baader/Meinhof-Gruppe statt -Bande sagt"[23]. Hier sei allein an die Diffamierung des Schriftstellers Heinrich Böll erinnert, als er im Jahre 1972 die Hetztiraden gegen Ulrike Meinhof öffentlich verurteilte und auf den „Krieg von 6 gegen 60 Millionen"[24] hinwies. Aber nicht nur Schriftsteller wurden angegriffen. Die Pressekampagnen richteten sich auch gegen Theologen oder Journalisten, überhaupt gegen Personen, die eine differenzierte Auseinandersetzung mit der RAF forderten.

Seitens der terroristischen Gruppen wurden wie seitens der politischen Repräsentanten und der Medien zunehmend Kriegsmetaphern verwendet und Kriegsszenarien entworfen, so dass sich der Konflikt zwischen RAF und Staat immer mehr zum „Krieg" entwickelte. Dass die Kriegsterminologie auch nach der Verhaftung der Gründungsmitglieder der RAF im Jahre 1972 fortgesetzt wurde, belegen Prozesserklärungen der Angeklagten und Hungerstreikerklärungen der Inhaftierten. Es wurde von der „Vernichtungshaft", der „Aussageerpressungsfolter im Gefängnis" und „Verschleppung [...] in die Bunker"[25] gesprochen.

Die „Kriegserklärung" der RAF und die Selbstdeutung der RAF als Kriegspartei wurden von einzelnen Politikern und Teilen der Medien aufgenommen, die „ihrerseits zur innenpolitischen Kriegsführung"[26] übergingen. Selbst neun Jahre nach dem „Deutschen Herbst" – also im Jahre 1986

21 Friedhelm Neidhardt: Grosse Wirkungen kleiner Reize – symbolisch vermittelt. Zur Soziologie des Terrorismus, in: Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund 1984, hg. von B. Lutz, Frankfurt/M. 1985, 322-331, 326 f.
22 Ebd.
23 Vgl. Andreas Musolff: Terrorismus im öffentlichen Diskurs der BRD: Seine Deutung als Kriegsgeschehen und die Folgen, in: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt: Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren, Frankfurt/M. 2006, 302-319.
24 Der Spiegel, 41/1977, 28.
25 Vgl. Der Spiegel, 3/1972, 54 ff.
26 Hungerstreikerklärung, 13.09.1974; in: ID-Verlag, Rote Armee Fraktion, 191.

– erklärte der damalige FDP-Vorsitzende Martin Bangemann, man befinde sich mit der RAF im Kriegszustand.[27] Dass dieser Krieg gegen den Terrorismus mittlerweile zu einem Universalbegriff geworden ist, „mit dem sich vieles verstecken und manches rechtfertigen"[28] lässt, sei hier nur kurz erwähnt. Damit verbunden war ein Vokabular, das mehr militärischen als polizeilichen Denkmustern entsprach, angefangen von Begriffen wie „Scharfschützen", „Stoßtrupps" bis zur „Vernichtung" der Terroristen.[29] Das CSU-Mitglied Walter Becher fragte öffentlich, ob man sich nicht tatsächlich mit den Terroristen „im Krieg" befinde und ob nicht der Staat auf Geiselnahme und Geiselerschießung mit gleichen Mitteln antworten müsse. Nach seiner Auffassung solle bei weiterer Eskalation des Terrors dann auch „mit den Häftlingen von Stammheim kurzer Prozeß gemacht werden"[30]. Verband sich mit dem Topos, sich im „Krieg gegen den Terrorismus" zu befinden, nicht auch die Vorstellung, dass über Schritte gegen RAF-Mitglieder bzw. mutmaßliche Täterinnen und Täter primär die Politik, und nicht die Justiz zuständig war? Wie weit die Kriegsszenarien gingen, macht der frühere Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes Alfred Klaus – zuletzt in seinem Buch „Sie nannten mich Familienbulle"[31] – deutlich. So seien im Jahre 1977 nach der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer die Politiker im Krisenstab den „Regieanweisungen des BKA-Präsidenten" kritiklos und „bis zum bitteren Ende" gefolgt. Der CSU-Fraktionsführer Friedrich Zimmermann habe es mit dem Satz begründet: „Wir hatten dem Polizeiführer zu folgen."[32] Diese Haltung habe ungute Erinnerungen an Kriegszeiten erweckt. Faktisch sei die Kriegserklärung der RAF angenommen worden, wobei sich viele „wie vor einem Sturmangriff gefühlt" hätten. Die Mentalität der Leutnants und Oberleutnants des Zweiten Weltkrieges sei sichtbar geworden, für sie hätte ein „Nachgeben Feigheit vor dem Feind bedeutet – ohne Rücksicht auf Verluste". Damit hätten sie die Sprachregelung der Terroristen übernommen und sich mit ihnen auf eine Stufe gestellt. Im Ergebnis sei es so gewesen, dass alle von Horst Herold „inszenierten Fahndungsmaßnahmen – vom polizeilichen Massenaufgebot bei Kontrollen und Durchsuchungen bis zu den rechtswidrigen Abhöraktionen – angesichts des brutalen Vorgehens der RAF […] nicht nur vom Volk geschluckt, sondern von den verantwortlichen Politikern gedeckt"[33] worden seien.

---

27 Andreas Musolff: Terrorismus, 302-319, 308; vgl. ders.: Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und politischer Sprachgebrauch, Opladen 1996.
28 Vgl. Der Spiegel, 45/1986, 22.
29 Vgl. Wolfgang Günther Lerch, in: FAZ, 23.10.2003.
30 Vgl. Erik Krassmann: Terroraktionen: Zielsetzungen und Abwehr, in: Die Polizei, Heft 3/1973, 72-74, 74; AHIS, Publ./004, 001.
31 Der Spiegel, 38/1977, 20.
32 Alfred Klaus/Gabriele Droste: Sie nannten mich Familienbulle. Meine Jahre als Sondererermittler gegen die RAF, Hamburg 2008.
33 Alfred Klaus: Zum deutschen Herbst 1977. Einsichten eines Beteiligten, 20.08.1997; Privatbesitz des ehemaligen BKA-Mitarbeiters Kriminalhauptkommissar Alfred Klaus, 7.

Tatsächlich korrespondierte die staatliche Sicht mit den Intentionen und Selbstaussagen der terroristischen Gruppen. Der Jurist Gerhard Baum, von 1978 bis 1982 Bundesinnenminister, schrieb Jahre später:

Aufgeputscht von einem Teil der Presse war das Gefühl verbreitet, unsere Gesellschaft befinde sich im Kriegszustand mit den Terroristen [...]. Es kam zu hektischen Aktivitäten der Innenminister, des Bundeskabinetts und des Gesetzgebers. Vom Staatsnotstand war die Rede.[34]

Der Zweck habe plötzlich die Mittel geheiligt, die teilweise verfassungsrechtlich äußerst bedenklich waren: weitreichende Telefonüberwachung, Dauerobservation von Kontaktpersonen, Rasterfahndung, Einsatz des Bundesnachrichtendienstes, Kontaktsperre gegenüber Inhaftierten, Haftbedingungen, die geeignet gewesen seien, Märtyrer zu schaffen. Äußerst bedenklich sei gewesen, dass staatliche Maßnahmen weit in den Bereich unbeteiligter Personen ausgedehnt wurden.[35]

Beispielsweise hob der damalige Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel in der Bundestagsdebatte zum „Anti-Terror-Gesetzespaket" am 28. Oktober 1977 hervor, dass sich die Auswirkungen des Terrors nicht auf den unmittelbaren kriminellen Effekt beschränken würden. Wo sonst hätten bandenmäßig verübte Verbrechen beispielsweise bisher ethische, gesellschaftspolitische, sogar theologische Diskussionen dieser Breite ausgelöst, Diskussionen über legitime und illegitime Gewalt, über Bürgerkrieg und Staatsnotwehr, über die Realität des Bösen oder auch über eine Theologie der Gewalt? Keine andere Gruppe habe es bislang erreicht, dass Medien auch in verbündeten Ländern zumindest partielles Verständnis für die vorgeblichen Ziele des Terrors äußerten und die Ursachen der Gewalttaten eher im Zustand der Gesellschaft oder in der Art sehen würden, in der auf diese Herausforderung geantwortet werde. Aber auch im Inland hätten ihre Gewalttaten das „Dasein" verändert.[36] Noch deutlicher formulierte es der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß im Jahre 1978: „die Terroristen sind keine Täter, die mit dem normalen Strafrecht – vom Diebstahl bis zum Mord, von Betrug bis zur Erpressung – zu umreißen und zu erfassen sind".[37]

Im Gegensatz zu solchen Szenarien stellte der Bundesinnenminister im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1977 – also auf dem Höhepunkt der Gewalteskalation – nüchtern fest, dass keine konkrete Gefährdung der demokratischen Ordnung durch eine links- oder rechtsextremistische Organisation gegeben sei. Sein Ergebnis war: „Eine akute, ernsthafte Gefahr für den Bestand unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung geht auch gegenwärtig vom Linksextremismus nicht aus."[38]

---

34 Ebd, 8.
35 Gerhart Baum: Selbstbeschädigung. Bei der Bekämpfung des RAF-Terrors zeigte der Staat teilweise ein so hässliches Gesicht, wie es seine Gegner sehen wollten, in: Süddeutsche Zeitung, 24.11.1999. Baum übernahm am 8. Juni 1978 das Amt des Bundesinnenministers.
36 Vgl. ebd.
37 Ebd.
38 Franz-Josef Strauß: Die Zeit der Entscheidung ist da, in: R. von Voss, Die Herausforderung des Terrorismus, Bonn 1978, 126 ff.

Nicht nur Vertreter der Bundesregierung oder Oppositionspolitiker waren der Auffassung, dass es sich bei den Mitgliedern der RAF und der Bewegung 2. Juni um eine „besondere Art von Tätern" und keine „gewöhnlichen Kriminellen" handelte. Selbst Kurt Rebmann, seit dem 1. Juli 1977 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, hatte in einer Rede auf dem Deutschen Richtertag im Jahre 1979 festgestellt, der Strafrechtspflege sei eine neue Aufgabe erwachsen, nachdem Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Horst Mahler und andere versucht hätten, „in der Bundesrepublik eine bewaffnete Untergrundarmee aufzubauen".[39] Mit der Strafverfolgung terroristischer Gewalttäter würden Staatsanwaltschaften und Gerichte ihren Beitrag zur Gewährleistung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit im Staat leisten.[40] Sein Resümee Jahre später lautete, die „Rote Armee Fraktion (RAF)" sei 1970 mit dem Ziel angetreten, „Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland durch Morde und andere Gewalttaten im sozialistischen Sinne zu verändern".[41]

Kontrastiert man die öffentliche Terrorismusdebatte mit den Versuchen der Justiz, die Straftaten zu ahnden, werden unterschiedliche Sichtweisen von Politik, Medien und Justiz deutlich. Während die Handlungen der RAF auf der politischen und medialen Ebene als Frontalangriff gegen die Gesellschaftsordnung und auf den Rechtsstaat verstanden wurden, galten sie auf der juristischen Ebene als gewöhnliche kriminelle Straftaten, denen keine politischen Motive zugrunde lagen. Der Bundesanwalt Heinrich Wunder, einer der vier Anklagevertreter, hob beispielsweise im Prozess gegen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe vor dem Oberlandesgericht Stuttgart am 30. Juli 1975 hervor, dass es sich nicht um einen politischen Prozess handele. Vielmehr seien Delikte angeklagt aus dem Bereich des allgemeinen Strafrechts, also der allgemeinen Kriminalität.[42] In seinem Schlussvortrag am 5. Oktober 1976 – nach 149 Verhandlungstagen mit fast 400 Zeugen, Sachverständigen, 80 Richterablehnungsgesuchen und Tonbandniederschriften von 12.000 Seiten[43] – bezeichnete der Ankläger die Mitglieder der RAF als „Rechtsbrecher, die in elitärer Selbstüberschätzung ihren utopischen Zielen freien Lauf gelassen hätten. Sie seien keine Revolutionäre und keine politischen Straftäter, bestenfalls Revoluzzer, die kriminell geworden seien, weil sie die Durchsetzung ihrer Utopien hatten erzwingen"[44] wollen. Heinrich Wunder wies die Auffassung der Angeklagten und der Wahlverteidiger zurück, sie seien politische Straftäter. Vielmehr habe den Angeklagten Logik und Blick für die

39 Betrifft: Verfassungsschutz '77, hg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1978, 5 und 123.
40 Rede des Generalbundesanwalts Kurt Rebmann auf dem Deutschen Richtertag „Terrorismus und Rechtsordnung", September 1979, in: Deutscher Richterbund (Hg.), Kurskorrekturen im Recht, Köln 1980, 109
41 Vgl. ebd.
42 Vorwort von Prof. Dr. Kurt Rebmann, Generalbundesanwalt a.D., in: Klaus Pflieger: Die Rote Armee Fraktion – RAF – 14.5.1970 bis 20.4.1998, Baden-Baden 2004, 11.
43 Vgl. ebd., 78.
44 Vgl. Stuttgarter Zeitung, 06.10.1976.

Realität gefehlt. Ihr Versuch, eine revolutionäre Situation in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen, habe scheitern müssen.[45]

Aber es gab auch kritische Stimmen. So hatte der ehemalige Präsident des Oberlandesgerichts Stuttgart, Richard Schmid, Zweifel angemeldet, die festgenommenen RAF-Mitglieder als „rein kriminelle Verbrecher" darzustellen. In einem Interview im Süddeutschen Rundfunk am 2. Juli 1975 hatte er deutlich gemacht:

Wenn auch die Mittel gewiß kriminell sind, so ist doch trotzdem die Tat politisch motiviert, und darauf kommt es an. Das ist eine in der Geschichte des Strafrechts häufige Erscheinung, ebenso wie es bei solchen Taten auch unbeteiligte Opfer gibt. Gegen alle Logik daraus Stimmung mit dem populären Sinn des Wortes ‚kriminell' zu machen, ist einer Justizbehörde unwürdig.[46]

Die Bedeutung des Bundeskriminalamts

In der Auseinandersetzung mit der RAF und in der Bewertung ihrer Gefährlichkeit für den Staat spielte das Bundeskriminalamt eine entscheidende Rolle. Seine Relevanz ist angesichts der Tatsache zu bewerten, dass die Amtsführung dieser Behörde durch die nationalsozialistische Vergangenheit belastet war und beispielsweise die beruflichen Wurzeln von etwa 50 Beamten des leitenden Dienstes in der Sicherheitspolizei des nationalsozialistischen Regimes lagen.Đ Nach dem Vorbild des Reichssicherheitshauptamtes hatten sie das BKA aufgebaut, zwar die nationalsozialistische Weltanschauung ausgeklammert, nicht aber die alten Feindbilder, Diskriminierungs- oder Aussonderungsmechanismen. Bereits am 1. Februar 1971 war das BKA mit den Ermittlungen gegen die Mahler-Baader-Meinhof-Gruppe beauftragt worden, nachdem diese ihre Aktivitäten von Berlin in das Bundesgebiet verlagert hatte. Vor allem nach der Erschießung des Polizisten Norbert Schmidt durch RAF-Mitglieder im Oktober 1971 intensivierte die Sicherheitsbehörde ihre Ermittlungen. Zu diesem Zweck wurden bei der für Staatsschutzdelikte zuständigen Abteilung Sicherungsgruppe in Bonn die Sonderkommission Baader/Meinhof (SoKo B/M) und später regionale Sonderkommissionen in den Ländern gebildet.[47] Im Baader-Meinhof-Report wurde zur SoKo ausgeführt:

Die Sonderkommission des Bundeskriminalamtes (BKA) Wiesbaden, Abteilung III/SG, jagt von Bonn/Bad Godesberg aus die Baader-Mahler-Meinhof-Bande wegen Vergehens nach § 129 StGB und anderer Straftaten.[48]

45 Stuttgarter Zeitung, 06.10.1976.
46 Vgl. ebd.
47 Zit. nach: Pieter H. Bakker Schut: Stammheim. Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion, Kiel 1986, 50.
48 Vgl. hierzu Schenk: Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA, Köln 2001.

Am 24. Mai 1973 verabschiedete der Deutsche Bundestag das zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamt). Demnach nahm das BKA als Zentralbehörde, Informations- und Kommunikationszentrale für die deutsche Polizei, die polizeilichen Aufgaben auf dem Gebiet der Strafverfolgung selbst wahr, „1. in Fällen des international organisierten ungesetzlichen Handelns mit Waffen, Munition, Sprengstoffen oder Betäubungsmitteln […] 2. in Fällen von Straftaten, die sich gegen das Leben […] oder die Freiheit […] des Bundespräsidenten, von Mitgliedern der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesverfassungsgerichts […] richten, wenn anzunehmen ist, daß der Täter aus politischen Motiven gehandelt hat".[49]

Bereits am 7. Juni 1972 hatte der Bundesinnenminister angesichts der Bombenanschläge der RAF[50] auf die Probleme der inneren Sicherheit hingewiesen. Die „hochpolitische Dimension" zeige sich darin, dass es nicht nur um eine kriminelle, sondern vor allem um eine politische Bedrohung ging. Das Konzept der Bundesregierung zur Erhaltung und Verbesserung der inneren Sicherheit umfasste vier Bereiche: „Erstens die Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen des Bundes […], zweitens die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder auf allen Gebieten der inneren Sicherheit […], drittens die schnelle Verabschiedung schon im Parlament liegender Gesetzentwürfe […]. Viertens […] eine umfassende gesellschaftspolitische Zielprojektion, die darauf abgestellt ist, das demokratische Engagement des einzelnen Bürgers zu fördern und die gesellschaftlichen Bedingungen zu erkennen und zu verändern, unter denen Kriminalität und politischer Radikalismus entstehen oder sich ausbreiten".[51] Während die Landeskriminalämter und die lokalen Polizeibehörden zuvor oft „ohne Übersicht am eigenen regionalen Anarcho-Komplex herum (laborierten)",[52] wurde dem Bundeskriminalamt jetzt die nationale Führungsrolle übertragen. So hatte Bundesinnenminister Genscher am 7. Juni 1972 im Bundestag erklärt, dass das BKA in seiner zentralen Funktion bei der Fahndung nach den Bombenattentätern in unbürokratischer Weise Polizeikräfte der Länder unmittelbar in Anspruch nehmen könne.[53] Im Zentrum des Schwerpunktprogramms „Innere Sicherheit", das die sozialliberale Bundesregierung

49 Alfred Klaus: Zum deutschen Herbst, 1.
50 Der Baader-Meinhof Report, 133.
51 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes); Bundesrat. Drucksachen, Jg. 1973, Bd. 10 417/73, § 4, Abs. 2.
52 Es handelte sich um die Anschläge: 11.05.1972 in Frankfurt auf das Hauptquartier des 5. US-Corps (1 Toter, 13 Verletzte); 15.05.1972 in Augsburg und München auf das Polizeipräsidium Augsburg sowie das Bayerische LKA; 15.05.1972 in Karlsruhe auf den Bundesrichter Buddenberg (Ehefrau schwer verletzt); 19.05.1972 in Hamburg auf das Springer-Hochhaus (38 Personen verletzt) und am 24. Mai in Heidelberg auf das US Army-Hauptquartier Europe (3 Tote); vgl. Hans-Werner Hamacher: Tatort Bundesrepublik. Organisierte Kriminalität, Hilden/Rhld. 1986, 32.
53 Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte – 6. Wahlperiode – 188. Sitzung, 07.06.1972, 10975.

bereits am 22. März 1972 verabschiedet hatte, stand der Ausbau des Bundeskriminalamtes. Es wurde personell von 933 Stellen (1969), auf fast 1.600 Stellen (1972), 2.062 Stellen (1973), 2.425 (1975), 3.189 (1979), 3.289 Beamte und Angestellte (1981) ausgebaut. Die Kosten stiegen von 22,4 Millionen DM (1969), 122 Mio. DM (1973), 143 Mio. DM (1976), 256,2 Mio. DM (1979) auf 290 Mio. DM (1981).[54] Dem Bundeskriminalamt wurde die zentrale Koordinierung der polizeilichen Fahndungsmaßnahmen übertragen, ein Meldesystem zwischen BKA und Länderpolizeien installiert und die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung zur Verbrechensbekämpfung forciert. So fanden beispielsweise umfangreiche Exekutivmaßnahmen gegen Personen statt, die der Unterstützung anarchistischer Ziele verdächtig waren, sowie ein Großfahndungstag am 31. Mai 1972 im gesamten Bundesgebiet unter Einsatz von rund 16.000 Polizeibeamten.

Die neuen polizeilichen Methoden spiegelten sich in einer verstärkten Vorfeldkontrolle und Gefahrenabwehr wider: Telefonüberwachung, Dauerobservation und Erfassung von Kontaktpersonen unter der Bezeichnung BEFA-7-K, Datenverarbeitungssysteme bei der Rasterfahndung, das elektronische Informationssystem der Polizei (INPOL), Beobachtende Fahndung (BEFA), die Computerdatenbank PIOS (Personen, Institutionen, Objekte, Sachen), verdeckte Ermittler oder der Einsatz des Bundesnachrichtendienstes.[55] Zur Terrorabwehr wurden Mobile Einsatzkommandos (MEK) und Spezialeinsatzkommandos (SEK) aufgestellt. Der Etat des Bundeskriminalamtes versechsfachte sich in fünf Jahren, wobei die Länder ihre Ausgaben für die Polizei von 2,5 Milliarden (1969) auf 5,1 Milliarden DM (1974) verdoppelten.[56]

Unbestritten zeigten sich die Folgen des „Staatsnotstandes" in neuen polizeilichen Methoden. Das elektronische Informationssystem der bun-

54 Der Spiegel, Nr. 21/1975; 39.

55 Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 10976. Nach Meinung des damaligen Bundesinnenministers Baum (1978 bis 1982) wurde das Bundeskriminalamt vor allem von Genscher als Innenminister ausgebaut, vgl. Gerhart Baum: Beitrag zum Thema RAF, in: Tagesspiegel Berlin, 25.03.2007.

56 Ebd., 10975; Vgl. Dieter Schenk: Der Chef. Horst Herold und das BKA, München 2000, 122, 235, 407. Ferner auch „Sozialdemokrat". Magazin 10/1977, 10 f. Es handelte sich um die Anschläge: 11.05.1972 in Frankfurt auf das Hauptquartier des 5. US-Corps (1 Toter, 13 Verletzte); 15.05.1972 in Augsburg und München auf das Polizeipräsidium Augsburg sowie das Bayerische LKA; 15.05.1972 in Karlsruhe auf den Bundesrichter Buddenberg (Ehefrau schwer verletzt); 19.05.1972 in Hamburg auf das Springer-Hochhaus (38 Personen verletzt) und am 24. Mai in Heidelberg auf das US Army-Hauptquartier Europe (3 Tote); vgl. Hans-Werner Hamacher, Tatort Bundesrepublik. Organisierte Kriminalität, Hilden/Rhld. 1986, 32.
Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte – 6. Wahlperiode – 188. Sitzung, 07.06.1972, 10975.
Der Spiegel, Nr. 21/1975, 39.
Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 10976. Nach Meinung des damaligen Bundesinnenministers Baum (1978 bis 1982) wurde das Bundeskriminalamt vor allem von Genscher als Innenminister ausgebaut, vgl. Baum, Beitrag zum Thema RAF, in: Tagesspiegel Berlin, 25.03.2007.

desdeutschen Polizei hatte laut Herold im Jahr 1978 die Daten von ca. einer Million Straftätern gespeichert, wobei im Rahmen der Personenfahndung 195.000 Personen erfasst waren. Die für die Sachfahndung gespeicherten Daten waren noch umfangreicher: „100.000 verschwundene Kraftwagen, 30.000 gestohlene Waffen, 70.000 gestohlene PKW-Kennzeichen und 130.000 Ausweise".[57] Diesen Aktionen lag das Prinzip zugrunde, dass jeder in den siebziger Jahren als verdächtig galt, „der wie die Terroristen seinen Strom bar bezahlte und ein fremdes Telefon benutzte – das reichte für einen Durchsuchungsbefehl".[58] Zu Recht schreibt Peter-Alexis Albrecht, dass es bei der Rasterfahndung nicht um die Suche nach Straftätern wegen bereits begangener Straftaten gehe, sondern um Präventivmaßnahmen, mittels derer künftige Gewalttaten verhindert werden sollen. Es werde nicht aufgrund eines Verdachts oder einer konkreten Gefahr gehandelt, sondern schlicht vorbeugend. Damit verkehrt sich die rechtsstaatliche Unschuldsvermutung „in eine generelle Schuldvermutung".[59]

Dass trotz der Aufklärung, der umfassenden computergestützten Fahndung und neuer Technologien in der Polizeiarbeit die Ermittlungsfehler im Entführungsfall Hanns-Martin Schleyer nicht verhindert werden konnten, dokumentiert die Grenzen dieser Technologien. Relativ früh ging bei der Polizei der Hinweis auf das Versteck der RAF in einem Wohnblock in Erftstadt-Liblar bei Köln ein. Die konspirative Wohnung konnte jedoch nicht entdeckt werden, da der entscheidende Hinweis in der Flut der Informationen weder weitergeleitet noch bearbeitet wurde. Selbst der entführte Arbeitgeberpräsident Schleyer hatte auf einer Tonband-Kassette, die im September 1977 an den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl gerichtet war, darauf hingewiesen: „Man kann sich nicht nur auf Computer verlassen, man muß den Computer durch menschliche Gehirne speisen, wenn man richtige Erkenntnisse erwartet."[60] Nach seiner Meinung habe das Bundeskriminalamt bei den vorbeugenden Maßnahmen eindeutig versagt. Auch in einem von der Bundesregierung angeordneten Untersuchungsbericht hob der frühere CSU-Abgeordnete Hermann Höcherl heraus, dass die politische Führung es versäumt habe, die Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt und der übrigen Polizei ausreichend zu organisieren. Als „allgemeine Konsequenzen schlussfolgerte Höcherl:

> **Die Aufgaben von politischen ‚Krisenkommissionen' und polizeilichen (auch kriminalpolizeilichen) Führungsstellen sind klar voneinander abzugrenzen. Dies gilt auch für die personelle Besetzung. Ein Hineinregieren in Führungsstellen, wo zuvörderst**

57 FR, 04.08.1978. Ferner Peter-Alexis Albrecht: Kriminologie. Eine Grundlegung zum Strafrecht, München 2005, 123; Gerhart Baum: Selbstbeschädigung, in: SZ, 24.11.1999; Armand Mergen: Die BKA-Story, München 1987, 221f.

58 Spiegel, 21/1975, 36.

59 FR, 04.08.1978. Hier ist zu berücksichtigen, dass das BKA im Jahre 1979 über 37 Dateien verfügte, am 15.10.1991 waren es über 144 Dateien, vgl. Schenk, Der Chef, 396.

60 Spiegel, 43/2001, 46.

> **polizeilicher Sachverstand gefordert wird, muß unterbleiben. Die Verantwortungen dürfen nicht verwischt werden. Andererseits gehören die Leiter geforderter Polizeistellen nicht als ständige Mitglieder in Krisenkommissionen.[61]**

Bundesinnenminister Maihofer zog aus den Fahndungsfehlern die Konsequenzen und trat acht Monate nach der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten zurück.

Diese Aktionen und die organisatorische Ausweitung des BKA können nicht nur als adäquate Reaktionen auf eine akute Gefahrensituation erklärt werden. Selbst innerhalb des Bundeskriminalamtes gab es kritische Stimmen. Beispielsweise schreibt der BKA-Kriminalhauptkommissar Klaus Jahre später, man ließ sich provozieren und sei der revolutionären Strategie der RAF nach Verschärfung der Widersprüche in der Gesellschaft durch staatliche Überreaktionen entgegen gekommen.[62] Dass diese Position nur von einer Minderheit geteilt wurde, dokumentieren allein die Schwierigkeiten, die RAF-Mitglieder begrifflich zu fassen. Während sie zunächst als „anarchistische" oder „politisch motivierte Gewalttäter" und etwas später als „Baader-Meinhof-Gruppe" bezeichnet wurden, galten sie schließlich im offiziellen Sprachgebrauch als „Baader-Meinhof-Bande", womit sie nach Ansicht von Klaus „‚kriminalisiert' und ihr politisch-moralischer Anspruch negiert werden"Ð sollten. Allerdings darf nicht unterschätzt werden, dass zu Beginn der siebziger Jahre nicht nur die Sicherheitsbehörden Schwierigkeiten mit einer einheitlichen Sprachregelung hatten.

Das Bundeskriminalamt ging von einer permanenten Bedrohung des Staates durch terroristische Gruppen aus, wobei es aber zwischen Wahrnehmungen und Erklärungsversuchen des BKA-Präsidenten Herold und seiner Behörde eine Diskrepanz gegeben zu haben scheint. Er hatte es „zu einem nicht unerheblichen Teil mit einem Personal zu tun, das offenbar ganz anders"[63] dachte. Im Baader-Meinhof-Report, erstellt aus den Akten des Bundeskriminalamtes, wurden die Gründungsmitglieder der RAF als Psychopathen bezeichnet, wohingegen Herold versuchte,

> **die verzweifelten Motive dieser im Grunde genommenen hochmoralischen, intelligenten, jungen Leute zu verstehen. Die alles wegwarfen, auf alles verzichteten, nur um ihr Ziel zu erreichen, und schließlich Wege wählten, die natürlich kein Mensch billigen könne [...] man müsse doch sehen, daß das Getriebene seien,**

61 Albrecht, Kriminologie, 125. Auch nach Meinung des Vorsitzenden des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter, Lieberoth-Leden, stelle sich insbesondere bei der Rasterfahndung „angesichts der mageren Ergebnisse die Frage nach der Verhältnismäßigkeit [...] Die Kritik der Richter entzündet sich [...] an der Menge der ohne konkreten Verdachten gesammelten Daten", FAZ, 08.05.2004, 4.

62 Spiegel, Nr. 45/1977, 26.

63 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Drucksachen – 8. Wahlperiode – 07.06.1978, Drucksachen 8/1811 – 8/1930 (Höcherl-Bericht), Bonn 1978, 25.

> daß die sich gegen dieses verhärtete Bewusstsein aufbäumten und meinten, man könne es nur auflockern, indem man Bomben schmeiße. Bomben in diese verhornten Hirne, die die sozialen Probleme nicht sehen wollen.[64]

Laut Herold könne die RAF als Indikator, „als ein Signal für die weltgeschichtlichen Veränderungen"Đ verstanden werden. Am 22. August 1975 hatte er in der Fernsehsendung *Tatort Bundesrepublik* auf die Frage nach den Ursachen ausgeführt:

> Ob [...] der Terrorismus ein Produkt der Hirne ist, ein Produkt des Denkens der Baaders und Meinhofs, was dann zu der Annahme führen würde: wenn Baader und Meinhof eliminiert sind, wäre auch die Erscheinung eliminiert. Dem ist nicht so. Sondern die Ursachen liegen in den gewissen Widersprüchen unserer hochindustrialisierten Gesellschaft, überhaupt der westlichen und östlichen Welt.[65]

Es seien objektive Bedingungen, die „die Baaders und die Meinhofs" auf den Plan riefen. Ihre Auffassung von der augenblicklich historischen Phase sei die, dass es unerträglich erscheine, dass in der Bundesrepublik eine Welt des Wohlstands auf Kosten der Dritten Welt aufgebaut werde.[66] Auf dem „Hessen-Forum" erklärte er, der Terrorismus reflektiere lediglich die Probleme, die objektiv bestünden. Dabei sei zu erörtern, wer vorrangig den Terrorismus zu bekämpfen habe, die Polizei oder die Politik. „Meiner Meinung nach sind es die politischen Mächte, die die Verhältnisse zu ändern haben, unter denen Terrorismus entstehen kann und solche Gewaltakte überhaupt ermöglichen."[67]

Dass der Präsident Horst Herold die RAF als Politikum bewertete, dokumentiert auch seine Aussage im Juni 1972 im Kontext der Verhaftungen der Gründungsmitglieder Ensslin, Baader und Meinhof: „Wir haben es mit einem gesellschaftspolitischen Problem zu tun. Wir müssen dem Anarchismus den Boden entziehen".[68] Nach seiner Auffassung könne dies nur gelingen, wenn längst fällige Reformen in der Bundesrepublik durchgesetzt würden, denn: „Wenn die Revolution in der nächsten Zeit nicht von oben kommt, dann kommt sie mit Sicherheit in kurzer Zeit von unten."[69] Der „Terroristenfahnder" Alfred Klaus erklärte fast 25 Jahre später, zu Beginn der siebziger Jahre habe Unsicherheit darüber geherrscht, wie die Baader-Meinhof-Mitglieder im Untergrund zu bezeichnen seien. Zunächst wurden

64 Klaus: Zum deutschen Herbst, 8.
65 Ebd.
66 Interview mit Horst Herold, in: Wolfgang Kraushaar, Die RAF und der linke Terrorismus, 2 Bde., Hamburg 2006, 1375.
67 Zit. nach: Schenk: Der Chef, 155.
68 SZ, 09.05.07.
69 Zit. nach: Pieter Bakker Schut: Stammheim. Der Prozess gegen die RAF, Kiel 1986, 50.

sie beschrieben als anarchistische oder politisch motivierte Gewalttäter. Dann sei die Weisung ergangen, sie im offiziellen Sprachgebrauch „Baader-Meinhof-Bande" zu nennen. In Diskussionen mit Kollegen habe er versucht, deutlich zu machen, dass

> **politisch motivierte Gewalttaten eine andere Qualität hätten; ihre Zielrichtung (Herbeiführung einer revolutionären Situation) schließlich die Zuständigkeit der Staatsschutzorgane begründete; es sich um einen grundsätzlich anderen Tätertypus handele und für eine effektive Bekämpfung die Aufdeckung der persönlichen Hintergründe, ihrer Organisationsstrukturen sowie ihres Strategie- und Taktikkonzeptes notwendig sei(en).**[70]

Das BKA räumte ein, über die Gründung und Organisationsstruktur der Gruppe „Baader-Mahler-Meinhof" keine sicheren Erkenntnisse zu haben. Der Entschluss, in den Untergrund zu gehen und den „Kampf gegen das System" mit den Mitteln kriminellen Unrechts und bewaffneter Gewalt aufzunehmen, sei vermutlich Anfang 1970 gefasst worden.[71] Genauso wenig bekannt sei die Arbeitsteilung der Frauen und Männer in der Gruppe, die zunächst in Berlin in kommuneähnlichen Gemeinschaften gelebt, aber – so die Position des BKA – die Straftaten gemeinsam geplant und je nach Angriffsobjekt in kleineren oder größeren Gruppen ausgeführt hätten. Entsprechend ihrer politischen Überzeugung schlossen sie sich zur „Begehung strafbarer Handlungen" zusammen, um „die staatliche Ordnung zu stören und eine revolutionäre Solidarisierung der ‚proletarischen Linken' herbeizuführen". Als Endziel sollte „die gewaltsame Beseitigung der auf dem Grundgesetz beruhenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland"[72] erreicht werden.

Auch in der Kontroverse zwischen Verteidigung und Justiz nahm das Bundeskriminalamt eine wichtige Rolle ein. Die Verteidigung kritisierte immer wieder, dass die Auswahl der Aktenteile aus den Ermittlungsakten, die dem Gericht zugänglich gemacht wurden, durch das Bundeskriminalamt vorgenommen worden sei. Überhaupt seien durch gezielte Indiskretionen aus zurückgehaltenen Akten bestimmte Presseveröffentlichungen zur psychologischen Beeinflussung der Bevölkerung herbeigeführt worden. Herold habe im Jahre 1972 mit dem Journalisten Eduard Zimmermann einen Beratervertrag abgeschlossen, um ihn vor Fehlern „in der Öffentlichkeitsarbeit gegen Anarchisten" zu bewahren. In „Ausführung dieses Beratervertrages (überließ) er dem Journalisten erhebliche Teile aus den Ermittlungsakten gegen die Rote-Armee-Fraktion".[73] Unter diesen Unter-

70 Ebd.
71 Zit. nach: Schenk: Der Chef, 153.
72 Interview mit Herold im Stern, zit. nach: Groenewold: Die Verteidigung, in: Dressen, 35-40, 36.
73 Zit. nach: Groenewold: Die Verteidigung, 36.

lagen befanden sich auch solche, die als „VS-vertraulich" gekennzeichnet waren. Joachim Wagner hebt hervor, dass in der Geschichte des deutschen Rechtsstaates Polizei und Staatsanwaltschaft die Medien noch nie so massiv und rücksichtslos für Fahndung, Prozessführung und Verurteilung eingespannt hätten wie im Kampf gegen die Rote Armee Fraktion. Eine der Maximen von Generalbundesanwalt Buback sei gewesen: „Offensive Information über die Baader-Meinhof-Bande".[74] Die publizistische Vorwärtsstrategie amtlicher Stellen habe die großzügige und bedenkenlose Weitergabe von Aktenteilen aus den Ermittlungsakten an Presseorgane eingeschlossen ohne Rücksicht auf laufende Verfahren.[75]

Dass das Bundeskriminalamt eine Deutungshoheit in der Terrorismusbekämpfung, überhaupt in der Beurteilung der Gefährlichkeit der RAF für den Staat erlangen konnte, hing vor allem mit der fehlenden Differenzierung zwischen polizeilichen Führungsaufgaben und politischen Entscheidungen zusammen.Ð Die Aktenauswertung zeigt, in welchem Maße die Exekutive im Kampf gegen die terroristische Bedrohung ihre Bedeutung ausbauen konnte. Auch nach Auffassung des ehemaligen Bundesinnenministers Baum entwickelte sich das Bundeskriminalamt zur entscheidenden, teilweise nicht mehr kontrollierbaren Instanz. Dabei sei der Primat der Politik verloren gegangen, vor allem die Notwendigkeit der Kontrolle und das kritische Hinterfragen von Maßnahmen seien zunehmend entfallen.[76]

Die Erklärungsmodelle und Analysen des BKA beeinflussten auch die vom Generalbundesanwalt beauftragten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sowie die Bewertungen der Bundesanwalt- und Staatsanwaltschaften – was ist vor dem Hintergrund der Kooperation zwischen Bundeskriminalamt und Generalbundesanwalt zu sehen ist. Tatsächlich erlangte die Behörde des Generalbundesanwalts in den 1970er Jahren – wie das BKA – eine Schlüsselstellung im „Krieg" gegen den Terrorismus und erfuhr eine starke Aufwertung. Sie bildete die Schnittstelle zwischen Polizeiapparat und der Justiz, was das enge Verhältnis zwischen Bundesanwaltschaft und BKA einerseits und vielen Richtern andererseits erklärt.

Bei den neuen polizeilichen Methoden ist vor allem relevant, dass es nicht mehr nur um die Suche nach Straftätern wegen bereits begangener Straftaten ging, sondern – exemplarisch kann die Rasterfahndung angeführt werden – um Präventivmaßnahmen, mittels derer künftige Gewalttaten verhindert werden sollten. Nicht aufgrund eines Verdachts oder einer konkreten Gefahr wurde gehandelt, sondern vorbeugend.[77] Gerade in Zeiten terroristischer Bedrohungen kommen die unterschiedlichen Perspektiven zum Tragen, dann, wenn sich der politische Druck auf Sicherheitsbehörden und Strafverfolgungsorgane erhöht, aber auch die Rivalitäten untereinan-

74 Ebd.
75 BKA-Bericht, Soko, 19.02.1971; BArch, Bestand 362/3158, Bl. 83ff.
76 Vorläufiger BKA-Schlussbericht, Vorbemerkungen; BArch, B 362/6246, Bd. VI, Teil 1, 59f.
77 Schreiben des RA Schily an das OLG Stuttgart, 18.01.1977; BArch, B 362/3386, Bd. II. Der Präsident des BKA wurde am 15. März 1977 als Zeuge geladen.

der – so beispielsweise zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Generalbundesanwalt – sichtbarer werden. Dass es sich hierbei um allgemeine Phänomene handelt, belegen die Reaktionen nach dem 11. September 2001. So musste sich Kay Nehm (Generalbundesanwalt von 1994 bis 2006) „energisch gegen eine faktische Eingliederung der Bundesanwaltschaft in die Sicherheitsbehörden" wehren und darauf hinweisen: „Wir sind nicht die Exekutivabteilung der Nachrichtendienste."[78]

Es bestätigt sich, dass das Bundeskriminalamt in der Konfrontation und in der Beurteilung der Gefährlichkeit der RAF für den Staat eine zentrale Rolle spielte. Gerade in Zeiten terroristischer Bedrohungen erhöht sich der politische Druck auf die Sicherheitsbehörden, Strafverfolgungsorgane und nicht zuletzt auf den Generalbundesanwalt, aber auch der Druck untereinander. Dass es sich hierbei um allgemeine Phänomene handelt, belegen die Reaktionen nach dem 11. September 2001. Beispielsweise übten die Sicherheitsbehörden Druck aus auf Kay Nehm (Generalbundesanwalt von 1994 bis 2006), ein Ermittlungsverfahren gegen einen deutsch-syrischen Kaufmann einzuleiten, der unter Terrorverdacht stand. Als Nehm auf die Rechtslage hinwies[79] und deutlich machte, dass es keinen Anfangsverdacht gebe, sei die Atmosphäre „völlig vergiftet"[80] gewesen. Enttäuschend sei für ihn gewesen, dass man von ihm forderte, es mit den gesetzlichen Regelungen nicht so genau zu nehmen. Die Spitzen der Geheimdienste hätten auch bei anderer Gelegenheit gefordert, in Terrorismusfällen auf den für den Beginn von Ermittlungen erforderlichen Anfangsverdacht zu verzichten. Nach Ansicht des Generalbundesanwalts läge es in der Natur der Sache, dass die Dienste den Anfangsverdacht anders beurteilen.[81] Zuvor hatte er bereits einige Politiker – selbst die Bundesjustizministerin – daran erinnert, dass er aufgrund gesetzlicher Bestimmungen tätig werde und nicht aufgrund Wünsche anderer. Insoweit scheint das Verhältnis zwischen Politik und Justiz, zwischen Legislative und Judikative, in Zeiten realer oder mutmaßlicher Bedrohungen, hier durch terroristische Gruppen, auf eine harte Probe"[82] gestellt.

Fazit

Insgesamt muss stärker als bisher die Aufmerksamkeit auf das Wechselverhältnis von Staat und RAF, auf die Haltung der Strafverfolgungs- und Justizorgane und nicht zuletzt auf das Verhalten der Medien gelenkt werden. Die gesellschaftlichen Reaktionsmuster und die Sanktionsinstanzen selbst, die Verbrechen ahnden – hier Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht und Straf-

78 Joachim Wagner: Strafprozessführung über Medien, Baden-Baden 1987, 26f.
79 Ebd.
80 Vgl. die Aussage des Staatssekretärs im Bundesinnenministeriums, Siegfried Fröhlich, zit. nach: Schenk: Der Chef, 285.
81 In Gesprächen mit der Autorin (23. 01.2006, 26.02.2007 und 11.07.2007) hob Baum diese Position hervor.
82 Albrecht: Kriminologie, 125.

vollstreckung – müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Konzentration auf Täterinnen und Täter sowie die von den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten vorgebrachten Deutungen reichen nicht aus, wenn man der Komplexität des Gegenstandes gerecht werden will. Betrachtet man die Terrorismusdebatte in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik Deutschland, dann zeigt sich, in welchem Maße die Tatsache vernachlässigt wurde, dass es sich bei der RAF um eine verschwindend kleine Gruppe handelte. Gerade im internationalen Vergleich wird ihre zahlenmäßige Schwäche deutlich. Selbst nach Auffassung der Sicherheitsbehörden und der Gerichte waren es nicht mehr als 50 bis 100 Personen. Nach einer Übersicht des Generalbundesanwalts aus dem Jahre 1982 wurden seit 1974 380 Personen wegen linksextremistisch orientierter terroristischer Straftaten verurteilt.[83] Kontrastiert man diese Ergebnisse mit weiteren Untersuchungen des Bundesinnenministeriums und des Bundesjustizministeriums[84] und versucht, die Unterstützer herauszunehmen, liegt die Vermutung nahe, dass tatsächlich nur gegen ca. 150 Mitglieder der RAF und der Bewegung 2. Juni Strafverfahren abgeschlossen wurden.

Treffend hebt der Terrorismusforscher Friedhelm Neidhardt hervor, dass sich „Überreaktionswahrscheinlichkeiten […] allerdings auch unabhängig von kollektiver Reizbarkeit aus den Reizen des Terrorismus selber“[85] ergeben. Habe ein politisches System die Herausforderung von Terroristen angenommen, dann gewinne deren Verfolgung sehr schnell den Anschein von Unverhältnismäßigkeit. Dies resultiere aus dem Sachverhalt, dass Terrorismus ein Kleingruppenphänomen sei, wobei sich hieraus für die Reaktion die Tendenz ergebe, nicht nur mit so genannter Zielfahndung, sondern mit jenem Typus der Rasterfahndung zu antworten, der an Rollkommandos erinnert. Zahlreiche Unbeteiligte gerieten in Verdacht und unter Druck. Weiter hebt Neidhardt am Phänomen des Terrorismus die allgemeine Dominanz des Symbolischen heraus. Da sein Skandal sich weniger aus Kriminalität denn aus den Gesinnungen ergebe, die an diese Kriminalität gekoppelt sind, liege die Versuchung nahe, „nun auch Gesinnungen zur Spurensuche zu verwenden, mehr noch: sie selbst schon für kriminell zu halten“.[86] Somit wächst die Wahrscheinlichkeit, dass sich politische Systeme unter dem Druck von Terroristen dem Bilde anzunähern beginnen, das diese zur Begründung ihres Angriffs schon entworfen hätten. Dass das Bundeskriminalamt eine Deutungshoheit in der Terrorismusbekämpfung, überhaupt in der Beurteilung der Gefährlichkeit der RAF für den Staat erlangen konnte, hing vor allem mit der fehlenden Differenzierung zwischen polizeilichen Führungsaufgaben und politischen Entscheidungen zusammen.[87] Die Aktenauswertung zeigt, in welchem Maße die Exekutive im Kampf gegen

83 FAZ, 08.05.2006.
84 Zu diesem Zeitpunkt war die Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung noch nicht strafbar.
85 FAZ, 08.05.2006.
86 Ebd.
87 FAZ, 31.05.2006.

die terroristische Bedrohung ihre Bedeutung ausbauen konnte. Auch nach Auffassung des ehemaligen Bundesinnenministers Gerhart Baum entwickelte sich das Bundeskriminalamt zur entscheidenden, teilweise nicht mehr kontrollierbaren Instanz. Dabei sei der Primat der Politik verloren gegangen, vor allem die Notwendigkeit der Kontrolle und das kritische Hinterfragen von Maßnahmen seien zunehmend entfallen. Aufgrund der Sicherheitssituation dieser Jahre war es zu einer Verschiebung der Rollen zwischen Bundesinnenminister Werner Maihofer und BKA-Präsident Horst Herold – so Gerhart Baum – gekommen, sodass eher kriminalistische als politische Vorgaben dominierten. Oder, wie Rupert von Plottnitz, der frühere RAF-Anwalt und spätere Landesjustizminister in Hessen, feststellt: „Es war grotesk, dass die langfristigen Überlegungen von Herold und die kurzfristigen von der Politik kamen."[88] Vor allem während der Schleyer-Entführung im Jahre 1977 wuchs dem Bereich der Exekutive eine überragende Bedeutung zu, die sich beispielsweise in dem alle Macht konzentrierenden großen politischen Beratungsstab der Bundesregierung widerspiegelt. Der frühere Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht Stuttgart, Eberhard Foth, schreibt, dass der Krisenstab „vermutlich ohne weiteres davon aus(ging), Krisensituationen wie diese seien die Stunde der Exekutive".[89] Aber ungeachtet dessen kann nicht davon gesprochen werden, dass die Entscheidungsbefugnis auf der Ebene des Bundeskriminalamtes lag, respektive hier die Vorgaben der Terrorismusabwehr getroffen wurden.

Genauso wenig kann das Bundeskriminalamt als „Herrin des Verfahrens" bezeichnet werden. Eine solche These würde der Komplexität des Wechselverhältnisses zwischen Legislative, Exekutive, Judikative, Medien und der Dynamik in Zeiten realer oder mutmaßlicher Bedrohung nicht gerecht. Darüber hinaus erfuhr nicht nur das BKA, sondern auch die Behörde des Generalbundesanwalts in den siebziger Jahren eine Aufwertung und erlangte eine Schlüsselstellung im „Krieg" gegen den Terrorismus. Sie bildete die Schnittstelle zwischen Polizeiapparat und der Justiz, was das enge Verhältnis zwischen Bundesanwaltschaft und BKA einerseits und vielen Richtern andererseits erklärt. Die Kooperation zwischen BKA und Bundesanwaltschaft erhält ihre Relevanz vor dem Hintergrund der Stellung des Generalbundesanwalts als „politischer Beamter", der sich „in Erfüllung seiner Aufgaben in fortdauernder Übereinstimmung mit den für ihn einschlägigen grundlegenden kriminalpolitischen Ansichten und Zielsetzungen der Regierung"[90] befindet.

---

88 Vgl. Einleitungsreferat des Generalbundesanwalts, gehalten auf einer Kurztagung für leitende Beamte der Justizvollzugsanstalten und der Aufsichtsbehörden des Strafvollzugs vom 7.-9. Juni 1982; BArch Koblenz, 106/626020/18.

89 Vgl. Richard Blath/Konrad Hobe: Strafverfahren gegen linksterroristische Straftäter und ihre Unterstützer, hg. vom Bundesministeriums der Justiz, Bonn 1982.

90 Friedhelm Neidhardt: Grosse Wirkungen kleiner Reize – symbolisch vermittelt. Zur Soziologie des Terrorismus, in: Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund 1984, hg. von B. Lutz, Frankfurt/M. 1985, 322-331, 327.

Die Auseinandersetzung mit dem bundesdeutschen Terrorismus hat aber auch neue Fragen aufgeworfen, beispielsweise nach den wiederkehrenden Konstruktionen, Rückwirkungen und grundsätzlichen Mechanismen demokratischer Ordnungen im Umgang mit der terroristischen Herausforderung oder dem Phänomen, dass im „Deutschen Herbst" 1977 der Topos einer Gefährdung des Staates durch die RAF seine Wirkung – hier vor allem auf Legislative, Exekutive, Judikative und Medien – verloren zu haben scheint. Oder, wie Prantl konstatiert: „Aber auf einmal, als die schwersten Delikte verübt wurden, interessierte sich niemand mehr dafür. Der Terrorismus starb in der dritten Generation daran, dass kaum einer mehr auf ihn achtete."[91] Tatsächlich steht die Auseinandersetzung mit dem bundesdeutschen Terrorismus in der Geschichtswissenschaft, überhaupt eine zeitgeschichtliche Erforschung des Phänomens Terrorismus noch am Anfang. Aber sie ist notwendig, da erst eine Historisierung Raum für eine sachliche Analyse und Einordnung der Ereignisse bietet. So könnte ein internationaler und historischer Vergleich – ähnliche Entwicklungen gab es zur gleichen Zeit in Italien (Roten Brigaden), Japan (Japanische Rote Armee) und auch in den Vereinigten Staaten (Weatherwomen) – dazu beitragen, Polarisierungen entgegenzuwirken. Dass darüber hinaus für Deutschland eine systematische Erfassung und Untersuchung sämtlicher existierender Ermittlungs- und Prozessakten gegen Mitglieder der RAF und der Bewegung 2. Juni sinnvoll wäre, ist unbestritten. Das gilt selbst vor dem Hintergrund, dass es vielleicht „nur darum gehen (kann), den Prozeß des Verstehens von Entwicklungen, die zur Entstehung und Verfestigung kollektiver Feindbilder und zu militanten Formen politischen Handelns führen, ein Stück voranzubringen und undifferenzierten, affektiv besetzten Fehlvorstellungen wie auch unzulässig simplifizierenden Deutungen […] entgegenzuwirken".[92]

91 Ebd, 328.
92 Vgl. die Aussage des Staatssekretärs im Bundesinnenministeriums, Siegfried Fröhlich, zit. nach: Schenk, Der Chef, 285.

Constant Hijzen

Nationale Sicherheit und Nachrichtendienste in den Niederlanden[1]

Einleitung

Im vorgestellten Dissertationsprojekt geht es um eine Darstellung und Analyse der Arbeit der niederländischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste, die, allgemein gesprochen, einen Teil der Sicherheitsinstrumente moderner Nationalstaaten darstellen. Die Entwicklung der westlichen parlamentarischen Demokratien ist bereits häufig Gegenstand akademischer Untersuchungen gewesen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei in der Regel auf dem Aspekt des Wohlstandsstaats, Gegenstände wie Vorstellungen über (nationale) Sicherheit oder die kulturell-ideologische Dimension von Sicherheitsbeschlüssen werden hingegen selten behandelt. Studiert man Sicherheitsfragen, so sind es vor allem die „harten Seiten" der ergriffenen Maßnahmen, d. h. die Mittel, über die Behörden verfügen, um Bedrohungen der nationalen Sicherheit zu bekämpfen oder abzuwenden. Man kann Verhaltensformen unter Strafe stellen, Organisationen verbieten, die Polizei einschalten, die Armee mobilisieren oder den Notstand ausrufen. Die „weiche Seite" der Angelegenheit, d. h. die Auffassungen, die sich hinter der Verordnung solcher Maßnahmen verbergen, sind jedoch nur selten Gegenstand der Forschung. Gerade diese Meinungen und Vorstellungen sind aber für spezifische Reaktionen im Bereich der Sicherheit verantwortlich. Mit anderen Worten: Der Umgang mit den Sicherheitsinstrumenten wird nicht alleine durch eine bestimmte Bedrohung (Kommunismus/Terrorismus) determiniert, sondern vor allem durch die Wahrnehmung der Bedrohung durch die betroffenen Akteure. Diese wird wiederum durch zahlreiche externe Faktoren beeinflusst, so beispielsweise die politischen und kultureller Eigenheiten des Landes, bereits erfahrene Bedrohungen und schließlich durch den Charakter der betroffenen Akteure. Zwischen Bedrohungen und Sicherheitsmaßnahmen besteht in diesem Sinne also keine eindeutige Beziehung. Der Terrorismus als solcher führt nicht zur Invasion des Irak, sondern es sind vielmehr eine ganze Reihe von Variablen zur Erklärung solcher Phänomene in Betracht zu ziehen.

1 Der Artikel entstand im Anschluss an die Präsentation des Projektes im Graduiertenkolleg des DIA am 17. September.

Die Bestimmung dieser Variablen bildet den Ausgangspunkt des Forschungsprojektes „Enemies of the State: the Making of the National Security 1945-2001" unter Leitung von Beatrice de Graaf, mein Promotionsprojekt ist ein Teil davon. Die Überlegungen gründen sich auf der Beobachtung, dass nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in der ganzen Welt, einschließlich den Niederlanden, Anti-Terror-Maßnahmen ergriffen und neue Gesetze zur einfacheren Bekämpfung des Terrorismus beschlossen wurden. Geheimdienste bekamen höhere Etats und mehr Befugnisse, man startete öffentliche Kampagnen, um die Bevölkerung für die terroristischen Gefahren zu sensibilisieren. Mit welcher Begründung geschah dies und wie unterscheiden sich die Argumente beispielsweise in den Niederlanden, den USA und Großbritannien?

Den Zustand und die Beschaffenheit der nationalen Sicherheit solcher Art zu untersuchen bedeutet, die Praxis der „securitization" mittels des Zustandekommen und der Umsetzung nationaler Sicherheitsbestimmungen darzustellen. „Securitization" – ein durch die Kopenhagener Schule geprägter Begriff – ist dort anzutreffen, wo sich Vertreter der Regierung und andere Politiker ein bestimmtes Problem zu einer nationalen Sicherheitsfrage erklären. Sie reagieren in strategisch wichtigen Momenten auf die Missachtung oder Bedrohung der nationalen Sicherheit, um so mit öffentlicher Unterstützung Maßnahmen treffen zu können, die ihren eigenen Zielen entsprechen. Bedrohungen werden auf diese Weise etwas ernster genommen, als sie wirklich sind, und mögliche Folgen dramatisiert, der Bedarf nach Prävention wird in Regierungskommuniqués stark betont und eine Kampagne gestartet, um mehr Gefahrenbewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. In all diesen Bereichen setzen die Akteure spezifische Strategien ein. Davon betroffen sind die Machthaber ebenso wie Parlamentarier, Lobbyisten oder Vertreter von NGOs, die versuchen auf nationale Sicherheitsüberlegungen Einfluss zu nehmen. Je überzeugender es Politikern oder anderen Akteuren gelingt ein Ereignis oder eine bloße Bedrohung als Gefahr darzustellen, umso größer wird die Bereitschaft verschiedener Akteure die Kosten mit zu tragen und umso mehr Unterstützung und Mittel werden die Politiker für ihre Sicherheitsmaßnahmen erhalten.

Wissenschaftler, welche die Steuerung von Sicherheit als einen Prozess der „securizatiton" begreifen, wählen sogenannte „key moments", also Schlüsselmomente nennenswerter Bedrohung, aus, um den „speech act" (Welche Worte und Bilder werden verwendet?) spezifischer Akteure (Wer bestimmt die Abläufe von Maßnahmen gegen Bedrohungen?) mit einer „positional power" (Welche Macht ist dem Akteur durch die Position, die er bekleidet, gegeben?) zu analysieren und in Bezug zu setzen mit dem jeweiligen spezifischen Diskurs (Wer ist das Publikum, an das sich der „speech act" wendet und welche Begriffe können benutzt werden bzw. welche nicht?).[2]

2 T. Balzacq: The three faces of securitization: political agency, audience and context, in: European journal of international relations, 2005, 11, 171-201; M. McDonald: Securitization and the Construction of security, in: European Journal of International Relations 2008, 14,

Diese Art der analytischen Unterscheidung bietet eine Möglichkeit, um herauszufinden, welche Variablen auf die Sicherheitspolitik entscheidenden Einfluss nehmen.

In dem hier vorgestellten Forschungsprojekt wird dieser Zusammenhang aus der Perspektive eines dieser Sicherheitsinstrumente, nämlich dem Nachrichten- und Sicherheitsdiensten, beleuchtet. Ausgehend von diesem institutionellen Behältnis soll beschrieben werden, in welcher Weise sich die unterschiedlichen Faktoren in bestimmten Momenten gegenseitig beeinflussen und zu welchem Verhalten der spezifischen Akteure im nationalen Sicherheitsstaat dies führte. Es ist im Fall der Niederlande z. B. sehr interessant zu sehen, dass die Dienste im Laufe der Zeit einen anderen Charakter bekommen. Vor dem Zweiten Weltkrieg war die Arbeit des Nachrichtendienstes vor allem Sache der Ortspolizei. Auf nationalem Niveau wurden die Polizeiberichte damals von nur zwei Beamten zusammengetragen. Die Existenz des Dienstes wurde dem Parlament offiziell verheimlicht, stattdessen wird er institutionell als eine militärische Abteilung ausgegeben. Der Dienst stand in großem Abstand von der Exekutive, damit sich die jeweiligen Minister im Falle eventueller Spionageskandale jederzeit distanzieren konnten. Nach dem Krieg hat sich dies völlig verändert. Der Nachrichtendienst wandelt sich in eine stark zentral organisierte Behörde mit einem Dienststellenleiter und verfügte mit der Zeit schließlich über einige hundert Mitarbeiter. Wie ist dieser Umschlag zu erklären? Wann veränderten sich die Vorstellungen über die Aufgaben, die institutionelle Einbettung, die Organisation, die Beziehung zwischen dem Minister und dem Dienststellenleiter? Warum geschah dies und gab es einen bestimmten Augenblick für die Bereitstellung von mehr finanziellen Mitteln oder lagen allein praktische Gründe für die Einführung einer neuen Dienstoperation vor? Es kann sein, dass diese Transformation eine inzwischen vollzogenen Veränderung innerhalb der politischen Kultur spiegeln oder neuen gesellschaftlichen Vorstellungen über Sicherheit entsprechen; manchmal kann es sich aber auch lediglich um eine technische oder organisationsbedingte Anpassung handeln, die nichts mit veränderten Sicherheitsvorstellungen von zu tun haben.

Die Untersuchung geht aus von der Hypothese, dass solche Veränderungen mit einem oder mehreren entscheidenden Ereignissen, jenen „key moments", in Verbindung gebracht werden können, die in der Geschichte der Nachrichten- und Sicherheitsdiensten oder um sie herum zu suchen sind. Um zu verstehen, warum der niederländische Sicherheitsdienst sich (widerstrebend!) ab dem Ende der 1960er Jahre mit dem Aktionismus der Jugendlichen und der Studenten beschäftigte, kann nicht allein nach einer konkreten Bedrohung gesucht werden, sondern müssen auch die administrativen und institutionellen Gewohnheiten, die betroffene Akteure und die

563-587; H. Stritzel: Towards a theory of securitization: Copenhagen and beyond, in: European journal of international relations 2007, 13, 357-383; M.C. Williams: Words, images, enemies: securitization in international politics, in: International studies quarterly, 2003, 47, 511-531.

politischen Perioden sowie die gesellschaftlichen Veränderungen und die politischen Bedürfnisse zu berücksichtigen. All dies hat Einfluss genommen auf die Arbeit der Sicherheitsdienste.

Zur theoretischen und methodologischen Einführung in die Untersuchung beginne ich mit einer Analyse der Begriffe nationale Sicherheit und nationaler Sicherheitsstaat. Was lässt sich über die „weichen Seiten" der Sicherheitspolitik in Erfahrung bringen? Danach werden ich untersuchen, in welcher Weise Nachrichten- und Sicherheitsdienste in den nationalen Sicherheitsdienst eingebettet sind, um wichtige Veränderungen in den Einrichtungen beurteilen zu können. Abschließend werde ich ein Beispiel geben, wie man eine solche Untersuchung auf die historische Praxis anwenden kann.

Nationale Sicherheit

Der Begriff „nationale Sicherheit", ist schwierig zu definieren, da es kein allgemeines Richtmaß dafür gibt, was genau Sicherheit bedeutet und in welchem Maße sie gewährleistet werden soll oder kann. Wer in amerikanischen Nachrichtenquellen nach „threats to national security" sucht, stößt auf sehr verschiedenartige Bedrohungen der Sicherheit: *climate change*, *big government*, *North Korea*, *low birth rates* und *Wikileaks* – um nur einige Beispiele zu nennen. Nicht nur der Ursprung und das Objekt der Bedrohung variieren – von abstrakten Begriffen (unsere Eigenheit, unsere Kultur, unsere Werte), demografische Faktoren (Immigration, niedrige Geburtenrate) bis zu konkret benannten Personen und Organisationen (Abonnenten kommunistischer Zeitschriften, Besucher einer einschlägigen Website) –, sondern auch die Aktivitäten, die der Staat einsetzt, um die Bedrohung abzuwehren, zu neutralisieren oder zu bekämpfen: von Kriegsführung bis zur Niederschlagung von Aufständen, von der Streikbrechungen bis zur Deichverstärkungen, vom Ausspionieren von Bürgern bis zur strafrechtlichen Verfolgung von Terrornetzwerken.[3]

Diese Unterscheide ziehen sich durch die gesamte menschliche Geschichte und können auch gleichzeitig auftauchen. So kam es zu Beginn des kalten Krieges in den 1950er Jahren in West-Deutschland angesichts der kommunistischen Bedrohung zu einem Parteiverbot (staatsrechtliches Eingreifen), in Amerika hingegen zu einem virulenten Antikommunismus unter Joseph McCarthy (sozial-politische Maßregelungen). Auch in den Niederlanden wurden antikommunistische Maßregelungen getroffen, so der Ausschluss von kommunistischen Parlamentariern aus einzelnen Kammer-Kommissionen sowie einem Verbeamtungs-Verbot, aber die Maßregelungen gingen nicht so weit wie in der BRD oder den USA

3 Richard H. Ullman: Redefining security, International security, Vol. 8, Nr. 1, Sommer 1983, 129-153, 133.

Auch in jüngerer Zeit – nach den Anschlägen des 11. September – sind im Umgang mit der (terroristischen) Bedrohung nationale Unterschiede auszumachen. Der Kampf gegen die Radikalisierung muslimischer Jugendlicher, die in vielen westlichen Ländern als eine der Ursachen terroristischer Gewalt bezeichnet wird, wird z. B. in Großbritannien als ein Teil des Rassismusproblems gesehen, mit dem das Land zu kämpfen hat. In den Niederlanden sucht man die Gründe der Radikalisierung vor allem in ethnischen und kulturellen Kontexten und darauf richten die Behörden dann auch ihr Vorgehen aus. In Frankreich besitzt die Debatte eine mehr territoriale Dimension, bei der die Erfahrungen mit den Jugend-Unruhen in den Vorstädten eine wichtige Rolle spielt.[4]

Die Beispiele geben eine Übersicht über die angesprochene komplexe Beziehung zwischen dem, was als Bedrohung empfunden wird (eine Entwicklung, eine Gruppe, ein Individuum oder ein Ereignis) und den Maßnahmen, die in Reaktion darauf durchgeführt werden. Dass zwischen beiden Polen kein logisch deduzierbarer Zusammenhang besteht, resultiert aus der Tatsache, dass nicht auf alle Bedrohung in der gleichen Weise reagiert wird. Anders formuliert: Würden nur die inhärenten Eigenschaften einer Bedrohung bedingen welche Sicherheitsmaßregelungen daraus folgen, dann müssten die Reaktionen auf eine Bedrohung oder ein eingreifendes Erlebnis identisch sein. Das bedeutet natürlich nicht, dass die sachlichen Aspekte einer Gefahr (z. B. die Anzahl an Panzer, die Größe der Anhängerschaft einer extremistischen Organisation, die Anzahl der Sicherheitsoffiziere, die Anzahl der Toten und Verwundeten) keine Rolle spielen für die Entscheidung der betreffenden Akteure, welche Maßnahme sie ergreifen. Allerdings gibt darüber hinaus noch weitere Variablen, welche die Wahrnehmung einer Bedrohung und die daraus folgenden Sicherheitsmaßnahmen beeinflussen: die bestimmende administrative Kultur und die politische Tradition in einem Land, die historischen Erfahrungen mit vergleichbaren Bedrohungen und der Diskurs in Politik und Gesellschaft. Diese Dinge bestimmen die Art, wie über Bedrohungen gedacht wird sowie die Sicherheitsinstrumente, den Schutz der Privatsphäre und individueller Grundrechte, die demokratische Kontrolle des Geheimdienstes und das Budget für militärische Angelegenheiten.[5]

Um zu verstehen, warum die Reaktionen in West-Deutschland auf die Aktionen der Roten Armee Fraktion in den 1970er Jahren so heftig und ausufernd war, wird häufig auf die Diktatur zur Zeit des Nationalsozialismus und eine insgesamt schwache demokratische Tradition in Deutschland verwiesen. Die Gewalt der RAF wirkte dementsprechend destabilisierend und brachte die noch junge westdeutsche Demokratie ins Wanken. Der Effekt der politischen Gewaltausübung war daher aus der Perspektive der politi-

4 B.G.J. de Graaf: Hoe nationaal is nationale veiligheid eigenlijk nog?, in: Magazine nationale veiligheid en crisisbeheersing, Jg. 1, Nr. 10, november 2008, 44-45, 45.

5 Lene Hansen: Security as practice: discourse analysis and the Bosnian war, New York 2006, 25-28.

schen Verantwortungsträger, die sich frontal bedroht sahen, enorm bedrohlich: die Demokratie stand auf dem Spiel. Das erklärt zum Teil die Heftigkeit der staatlichen Reaktionen.[6]

Der nationale Sicherheitsstaat

Die übrigen Variablen, welche die Sicherheitspolitik beeinflussen, verorte ich im Begriff des „nationalen Sicherheitsstaats". Darunter verstehe ich nicht nur die Maßnahmen, Gesetze und Institutionen, die im Dienste der nationalen Sicherheit eines Landes stehen, sondern auch die dazu gehörigen Ideen und Vorstellungen darüber, was nationalen Sicherheit bedeutet und auf welchem Wege diese am besten gewährleistet werden kann. Machthaber besitzen die verschiedensten Instrumente, wie Gesetze, administrative Maßnahmen, politische Prozeduren und Instanzen. Die Einführung oder der Einsatz dieser Reglungen und Instrumente wird in demokratischen Rechtsstaaten damit legitimiert, dass das Zusammenleben im demokratischen Gefüge bedroht oder geschädigt wird bzw. in einer bestimmten Weise oder Maß unter Druck gerät. Diese Argumente basieren auf allgemeinen Vorstellungen und Annahmen über Sicherheit, über Bedrohung und darüber, wie die Bedrohung bekämpft werden soll. In vielen Fällen werden die Argumente für eine bestimmte Sicherheitspolitik nicht explizit gemacht, sondern sind Teil unausgesprochener Annahmen, Werten und Normen einer Kultur.

Diese unterschiedlichen Vorstellungen über Sicherheit führen zu verschiedenen Arten von „Sicherheitsstaaten". Das eine Land legt mehr Wert auf Gesetzgebung, das andere vertraut lieber auf einen Nachrichtendienst und wieder ein anderes wird versuchen, politische Organisationen mit undemokratischen Zielen zu verbieten. Einige wissenschaftliche Autoren unterscheiden aus diesem Grund die strategische Kultur von der Sicherheitskultur.[7] Dieses Modell, das in den Untersuchungen zum Kalten Krieg entwickelt wurde, geht davon aus, dass auch die Wahl eines Sicherheitsinstrumentes kulturell bestimmt ist. Im Kalten Krieg war die Frage, ob einige „Kulturen" schneller bereit waren, Atomwaffen einzusetzen. Wenngleich der Kalte Krieg heute beendet ist, ist die allgemeine Frage danach, wie innerhalb einer politischen Kultur mit Sicherheitsinstrumenten umgegangen wird, immer noch relevant. Bezüglich der Sicherheitspolitik haben Behörden unterschiedliche Vorlieben für bestimmte Sicherheitsinstrumente.[8]

6 Vgl. M. Walzer: Intellectuals, social classes, and revolutions, in: Th. Skocpol (Hg.): Democracy, revolutions, and history and history, Ithaca 1998, 127-142, 129; D. della Porta: Social movements, political violence, and the state: a comparative analysis of Italy and Germany, Cambridge 1995, passim.

7 M. Gariup: European security culture: language, theory, policy, Cornwall 2009, 41-43.

8 C. S. Gray: Strategic culture as context: the First generation of theory strikes back, in Review of international studies,1999, 25, 49-69.

Um zur Verdeutlichung ein Beispiel zu nennen: In der BRD wurde 1956 ein Parteiverbot gegen die Kommunistische Partei Deutschlands verhängt, in England hat es so etwas nicht gegeben. Die westdeutsche Regierung wird als „streitbare Demokratie" bezeichnet, eine Demokratie also, die über verschiedene verfassungsrechtliche Möglichkeiten verfügt, antidemokratische Kräfte zu bekämpfen – bis hin zur Möglichkeit eines Parteiverbotes. Dem gegenüber steht der englische „free market of ideas"; die Sicherheitskultur ist hier gekennzeichnet durch die Idee, dass die Demokratie selber inhärent einen Schutz gegen antidemokratische Strömungen besitzt. Wohlgemerkt muss dies unterstützt werden (und hierfür sind juristische und politische Institutionen sowie Sicherheitsdienste notwendig), aber innerhalb der angelsächsische Sicherheitspolitik wird es entsprechend nicht für nötig erachtet, verfassungsrechtlich gegen antidemokratische Bestrebungen vorzugehen. Bürger, die Meinungen vertreten, die für die Demokratie unhaltbar oder schädlich sind, müssen aus dieser Perspektive nicht durch staatsrechtliches Eingreifen aus dem demokratischen Prozess ausgeschlossen werden. Sie werden dadurch neutralisiert, dass sie sich automatisch mit Bürgern zu konfrontieren haben, die andere, nämlich demokratische Ansichten haben. Stattdessen verfügt das englische System über zwei Eigenheiten, die einen Schutz des Staates in anderer Hinsicht gewähleisten: ein bezirkabhängiges Wahlsystem (das so genannte *first past the post*-System) und eine hohe Prozenthürde für Parteien. Beide Merkmale sorgen dafür, dass kleine (und lokale) Parteien beinahe nie genug Stimmen erhalten, um ins Parlament zu kommen. Das englische System hält also andere Möglichkeiten bereit, extremistische Strömungen auszuschießen,[9] als das deutsche. Die häufig ideell begründeten Vorlieben bestimmter Strategien stehen dabei oft in Zusammenhang mit anderen Variablen, wie eben den historischen Erfahrungen mit politischer Gewalt.

Nachrichten- und Sicherheitsdienste

Nachrichten- und Sicherheitsdienst sind wichtige Instrumente, die Machthaber im System der nationalen Sicherheit einsetzen können, und sie verfolgen – zumindest in der Theorie – drei Ziele:

1. Verhinderung bedrohlicher Ereignisse und Entwicklungen, die das Bestehen des Landes gefährden könnten,
2. Aufbau von nachhaltigem Wissen auf dem Gebiet der nationalen Sicherheit
3. Unterstützung der ausführenden Macht (Entscheidungsträger, Minister, Präsident) durch die Umsetzung deren Ziele.

9 Vgl. Hugo Fernandes Mendes: Politieke organisatie en rechterlijke ontbinding, in: Documentatiecentrum Nederlandse politieke partijen, Jahrbuch 1988, 224-239, 229; J. Eskes: Verbied partij voordat die democratie ontwricht, in: Trouw, 11.8.2001; A. Dahl, On democracy, Yale 1998, 130.

In der Hauptsache geht es bei der Arbeit des Nachrichten- und Sicherheitsdienstes um die Sammlung geheimer Informationen zur Unterstützung der Exekutive, z. B. Hintergrund- und Kontextinformationen, Warnhinweise sowie die Einschätzung von Risiken, Nutzen und möglichen Hilfen. Es kann dabei um militärische oder politische Dienste gehen, aber auch um ökonomische, soziale oder kulturelle Institutionen oder sogar Einrichtungen aus dem Gesundheitsbereich. Zudem fallen hierunter Spionage sowie Spionageabwehr.[10]

Soviel zur Theorie. Die niederländischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste haben im 20. Jahrhundert tatsächlich aber auch viele andere Aufgaben erfüllt. Zudem konnte bis nach dem Zweiten Weltkrieg vom Aufbau nachhaltigen Wissens auf dem Gebiet der nationalen Sicherheit kaum die Rede sein. Auch von einer Unterstützung der Exekutive kann bis zum Ende der 1960er Jahre nicht ernsthaft gesprochen werden. Der Umgang mit den Sicherheitsinstrumenten ist wie der mit den Sicherheitsmaßnahmen abhängig von der Art, wie „nationale Sicherheit" wahrgenommen wird. Die verschieden Vorstellungen hierüber sorgen dafür, dass alle Nachrichtendienste in der Welt unterschiedlich arbeiten. Die Gestapo in Nazi-Deutschland, der KGB in Russland, die Stasi in Ost-Deutschland und der Binnenlandse Veiligheidsdienst, d. h. der niederländische Nachrichtendienst, sind allesamt Sicherheitsdienste, aber insofern nicht vergleichbar, als sich die ihnen zugrunde liegenden Vorstellungen von Sicherheit grundsätzlich unterscheiden. Darüber hinaus verändern sich die Dienste natürlich auch mit der Zeit: So wurde der niederländische Nachrichten- und Sicherheitsdienst von einer dezentralen, für das Parlament weitgehend unsichtbaren Einrichtung in eine zentral geleitete Institution transformiert, die sich mit der Handhabung der demokratischen Rechtsordnung und der Staatssicherheit beschäftigt.[11]

Auf der Suche nach der Veränderung

Wann und warum haben sich die niederländischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste in organisierter Form gebildet, wie haben sie sich verändert und welche Position nehmen sie im nationalen Sicherheitsstaat ein? Um den Veränderungen auf die Spur zu kommen, können wir drei Ansätze verfolgen: Der erste, der vor allem von komparatistisch arbeitende Historikern benutzt wird, begreift die Dienste als eine Informationsquelle, die Einsicht gewährt in Entscheidungsprozesse von Behörden wie dem diplomatischen Dienst oder dem Ministerrat. Bei dieser Herangehensweise liegt der Fokus auf den institutionellen Aspekten: Die Struktur des Behördenapparates und der Ort der Nachrichten- und Sicherheitsdienste darin sind von

10 Mark M. Lowenthal: Intelligence: from secrets to policy, Washington 2009, 2-4.
11 Vgl. NL-HaNA, AOK/AZ/KMP, 2.03.01, inv.nr. 1817, Rapport-Prinsen, 22.1.1949, 2.

großer Bedeutung, um zu verstehen, wie dieses Staatsorganisationen ihren Beitrag für den Entscheidungsprozesse der Regierung leisten.[12]

Der zweite Ansatz ist politisch orientiert. Hier wird vor allem auf die Art geschaut, nach der Nachrichten- und Sicherheitsdienste bei der Ausführung ihrer Aufgaben Erfolg haben oder scheitern. Die Faktoren die zu „intelligence failures" beitragen werden genau analysiert; im Mittelpunkt steht dabei die Entscheidungsfindung und weniger „weiche Aspekte" wie Organisationskulturen und Betriebsklima. Die Wissenschafter, die nach diesem Prinzip arbeiten, vermuten, dass persönliche, politische und institutionelle Vorurteile bei der Arbeit der Dienste eine zentrale Rolle spielen Daher widmen sie der Politisierung der Nachrichten- und Sicherheitsdienste viel Aufmerksamkeit.

Die dritte und letzte Kategorie richtet den Blick nicht auf die Dienste selbst, sondern die Umgebung, in welcher diese Dienste operieren: Bei diesem Ansatz wird der Fokus auf die politischen und sozialen Effekte, die das Vorgehen der Nachrichten- und Sicherheitsdienste nach sich zieht, gelegt. In diesen (oft historischen en politologischen) Untersuchungen spielt die wechselseitige Beeinflussung zwischen den Diensten und der politischen Leitung sowie dem gesellschaftliche System eine wichtige Rolle; es geht vor allem die Manifestation von Ideologien und Staatsmacht im politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben.[13]

In dem hier vorgestellten Forschungsprojekt sollen die wichtigsten Aspekte aus allen drei Ansätzen herausgezogen und miteinander kombiniert werden. Es geht also gleichermaßen um die Veränderungen in den institutionellen und politischen Einrichtungen der Sicherheitspolitik, die Ausführung der Aufgaben (und Erreichung der Ziele) der niederländischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste sowie die gesellschaftspolitische Umgebung dieser Organisationen. Auf diese Art ist es möglich, die Vorgehensweisen der Akteure in einen kulturell-ideologischen Rahmen zu setzen. Veränderungen, die Einfluss genommen haben auf die Ausführung der Aufgaben der Dienste, können in drei verschiedenen Bereichen auftreten: administrativ/institutionell (1), organisatorisch/intern (2) oder gesellschaftspolitisch (3).

Im erstgenannten Bereich geht es um die Position von Nachrichten- und Sicherheitsdienste im entsprechenden politischen System, die formalen Bedingungen also. Mögliche Fragen beziehen sich beispielsweise auf das Ansehen von Nachrichten- und Sicherheitsdienste unter Entscheidungsträgern und Politikern sowie die Rolle, welche die Dienste bei politischen Entscheidungsprozessen spielen. Sind die verschiedenen Nachrichten- und Sicherheitsorganisationen bereit zusammenzuarbeiten? Ist die Evaluation der Dienste eine politisch relevante Frage (wie in Großbritannien) oder inte-

12 L. Scott en P. Jackson: The Study of Intelligence in Theory and Practice, Intelligence and National Security, 19: 2, 2004, 139-169, 143.
13 Ebd., 143-144.

ressiert dies allein die Organisationen intern? Welche Institutionen sind Teil der Sicherheitspolitik?

Der zweite Bereich betrifft die organisatorischen Aspekte der Nachrichten- und Geheimdienste. Hierunter fällt nicht allein die Art, wie die Arbeit der Dienste organisiert ist, sondern vor allem deren Zielsetzung und Aufgabenerfüllung. Verändert die Art und Weise, wie hier gearbeitet wird, auch die Struktur der Spionageabwehr? Gibt es merkbare Veränderungen im Bereich der operationellen Praxis?[14] Ist eine Bedrohung Auslöser für eine bestimmte Gruppe aktiver zu werden? Muss der Dienst in einem solchen Fall seine Arbeitsstrukturen neu organisieren?

Der niederländische Geheimdienst (BVD) hat beispielsweise am Ende der 1950er Jahre mit der Taktik einer psychologischen Kriegsführung begonnen. Dabei wurde versucht, die internen Machtkämpfe und Meinungsverschiedenheiten in der Communistischen Partij Nederland (CPN) zu vergrößern, u. a. indem man abweichlerische Briefe an die Parteiführung verschickte und eine alternative Partei ins Leben rief, um Mitglieder der CPN abzuwerben.[15] Auch Veränderungen bei der Koordination und Steuerung von Nachrichten- und Sicherheitsdiensten können als Beleg für veränderte Auffassungen bzw. eine andere Sicherheitskultur gelten. Schließlich haben mitunter auch internationale Entwicklungen Auswirkungen auf die nationale Sicherheitspolitik und begründen das Entstehen neuer Vorstellungen. So stehen z.B. Länder, die internationale Abkommen abschießen, im ständigen Spannungsfeld zwischen den eigenen nationalen Sicherheitsinteressen und denen des Kollektivs. Ein souveräner Staat wird versuchen die eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen und über die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes seine Verfügungsgewalt zu bewahren, er muss gleichzeitig aber die Mitsprache einer anderen Macht akzeptieren. In diesem Kontext ist beispielsweise der niederländische NATO-Beitritt 1949 zu erwähnen, der dafür sorgte, dass der BVD im Bereich der Abwehr viel Verantwortlichkeit hinzugewann.[16]

Der dritte Bereich betrifft die Analyse der Veränderungen im gesellschaftspolitischen Sinne. Hier geht es nicht um die formelle, institutionelle, sondern die „weiche" Seite der Sicherheitspolitik, d. h. die Vorstellungen von Sicherheit auf nationalem Niveau. Wenn diesbezüglich Veränderungen auftreten und Sicherheit z.B. plötzlich wichtiger als andere Werte eingestuft wird, so nimmt dies auch Einfluss auf die allgemeine politische Kultur

14 C.W. Hijzen/D.W.D. Meijer: Draaien, opbouwen, runnen en afbouwen: human intelligence in de Nederlandse context, in: B.A. de Graaf/E.R. Muller/J.A. van Reijn (Hg.): Inlichtingen- en veiligheidsdiensten (Alphen aan de Rijn: Kluwer 2010), 407-440.

15 D. Engelen: De geschiedenis van de Binnenlandse Veiligheidsdienst, Den Haag 1995, 218-246.

16 Klinkert en G. Teitle: Nederland van neutraliteit naar bondgenootschap: het veiligheids- en defensiebeleid in de twintigste eeuw in B. de Graaff/D. Hellema/B. van der Zwan (Hg.): De Nederlandse buitenlandse politiek in de twintigste eeuw, Amsterdam 2003, 9-36, 9-10; B. de Graaff: From security threat to protection of vital interests: changing perceptions in the Dutch Security service 1945-1991, Conflict Quarterly, Vol. 12, Nr. 2, Frühling 1992, 9-35, 11-13.

eines Landes. Auch die Frage der Verfügbarkeit neuer Technologien kann eine Veränderung in der Sicherheitspolitik mit sich mitbringen, insofern hiervon die Benutzung der Sicherheitsinstrumente betroffen ist. Anpassungen auf diesem Gebiet *können* Einfluss nehmen auf die Sicherheitskultur, müssen aber nicht unbedingt. So strich der BVD die kommunistischen Organisationen erst in den 1980er Jahren von ihrer Liste der zu beobachtenden Vereinigungen, obwohl man inzwischen kaum noch Gefahr von den Kommunisten zu befürchten hatte. Während die kommunistische Bedrohung in der Gesellschaft bereits neuen Gefahren Platz gemacht hatte, blieb der BVD dennoch darauf fokussiert. Ein anderes Beispiel belegt hingegen die Möglichkeiten wechselseitiger Beeinflussung: Als sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahren der Studentenprotest ausweitete, beauftragten die politischen Verantwortungsträger den BVD sich dieser Angelegenheit anzunehmen. Der Sicherheitsdienst war der Meinung, dass er in „gutartige" (d. h. hier nicht-kommunistische) Organisationen nicht infiltrieren müsse, während einige Minister der Leitung des Dienstes hingegen verkündeten, dass sie die Studentenproteste als eine Bedrohung der demokratischen Rechtsordnung ansahen. Dem mussten sich die Sicherheitsbehörden dann fügen.[17]

Es geht hier aber auch um die gesellschaftliche Wahrnehmung des Nachrichten- und Sicherheitsapparats: Ist die Bevölkerung der Meinung, dass die Dienste mehr Aufmerksamkeit oder ein umfangreicheres Budget verdienen oder gibt es gar Proteste gegen ihre Arbeit? In diesem Kontext ist auch die parlamentarische Kontrolle von Bedeutung. Vor dem Zweiten Weltkrieg erhielt das Parlament, wie beschrieben, keinerlei offizielle Informationen über die Existenz und die Arbeit des zentralen Sicherheitsdienstes, 1952 wird hingegen eine große Kommission zur Kontrolle des BVD (und später aller übrigen Nachrichten- und Sicherheitsdienste) eingerichtet. Hinter dieser Art von Maßnahmen stecken auch neue Vorstellungen darüber, wie die Arbeit der Geheimdienste in einer parlementarisch-demokratischen Ordnung zu funktionieren hat.[18]

Die Auswahl der zu untersuchenden Momente

Hier stellt sich die Frage: Wie sind die Veränderungen in den drei Bereichen zu beurteilen? Nicht jede Veränderung weist unbedingt auf eine Transformation der Auffassungen gegenüber dem Nachrichten- und Sicherheitsbereich. So schreibt z.B. der 1946 eingerichtete Zentrale Sicherheitsdienst, der Centrale Veiligheidsdienst (CVD), Vorläufer des BVD, am 17. April 1948 an die kommunalen Polizeikorps (d. h. das Netzwerk), dass die Wochenprotokolle, die das Netzwerk dem CVD schicken, in denen über die politischen

17 D. Engelen: Frontdienst: de BVD in de Koude Oorlog, Den Haag 2007, 79.
18 Vgl. B. de Graaff: From security threat to protection of vital interests: changing perceptions in the Dutch Security service 1945-1991, Conflict Quarterly, Vol. 12, Nr. 2 (Frühling 1992), 9-35, 34-35.

Aktivitäten innerhalb der Gemeinde berichtet wird, zu umfangreich geworden seien. Die Korps werden daher gebeten die Berichte kürzer zu fassen. Es ist nicht so, dass Louis Einthoven, der Leiter dieses Dienstes, damit eine grundsätzliche Veränderung innerhalb der Einrichtung bezwecken will, es geht allein darum die Arbeit effizienter zu verrichten.[19] Wenn Louis Einthoven auf diesem Weg andere Vorstellungen hätte umsetzten wollen (beispielsweise die Auffassung, die Korps sollten weniger Zeit für die Arbeit verwenden und darum kürzer berichten), wären vermutlich auch in anderen Bereichen Veränderungen aufgetreten.

Dennoch können institutionelle oder organisatorische Umstellungen auch auf veränderte Auffassungen über nationale Sicherheitsfragen deuten. Um solche Momente aufzuspüren, wird von der prinzipiellen Annahme ausgegangen: Je mehr Dinge sich gleichzeitig verändern, umso wahrscheinlicher ist es, dass es sich um einen wichtigen Umschlagsmoment in der Sicherheitspolitik handelt. Um diese Umschlagsmomente zu analysieren, ist es notwendig, erst einmal festzustellen, warum spezifische Veränderungen aufgetreten sind. Der Grund kann in einem eingreifenden Ereignisses liegen, die Veränderung kann aber auch z. B. das Ergebnis eines Machtkampfes sein, auf die die Verordnung einer amtlichen Kommission oder den Antritt eines neuen Machthabers bzw. mehrerer dieser Faktoren gleichzeitige zurückgehen. Es ist daher notwendig, mehrere dieser Momente in der Geschichte der niederländischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste zu analysieren. Eine solche Untersuchung wird unser Verständnis über die konstituierenden Faktoren eines Sicherheitssystems, in dem Nachrichten- und Sicherheitsdienste nur einen Teil bilden, erweitern.[20]

Unter welchen Kriterien können diese Momente aber auswählt werden und auf welche Weise sind sie zu analysieren? Bezüglich der Auswahl bedienen wir uns eines historisierenden bzw., genauer gesagt, eines praktisch-historischen Ansatzes und suchen nach Perioden, in denen die niederländische Sicherheitskultur (d. h. das Nachrichten- und Sicherheitssystem inklusive der dazugehörenden Vorstellungen) in den meisten Bereichen keine großen Veränderungen aufweist.

Auf Grundlage der bereits existierenden Forschungsliteratur ist es möglich, eine Anzahl konstanter Perioden auszumachen. So lässt sich in der Zeit nach dem Entstehen eines ersten organisierten Geheimdienstes in den Niederlanden 1912 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1940 eine mehr oder minder konstante Organisation der Dienste konstatieren. Mit dem Überfall der Deutschen, der Besatzungszeit und den Spätfolgen kam es zu eingreifenden Veränderungen: Nach dem Krieg wurden die Nachrichten- und Sicherheitsdienste unter dem Einfluss veränderter Sicherheitsvorstellungen völlig anders strukturiert. In der Zeit zwischen 1940-1949

19 NL-HaNA, AOK/AZ/KMP, 2.03.01, inv.nr. 305, Centrale Veiligheidsdienst aan alle verbindingen, d.d. 17. April 1948, nummer 33036.

20 S. Berman: Ideas, norms, and culture in political analysis, in: Comparative politics, Vol. 33, Nr. 2, Januar 2001, 231-250, 237.

entwickelte sich so ein anderer Sicherheitsapparat, der unter dem Einfluss des Kalten Krieges bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre zunächst stark auf die kommunistische Gefahr konzentriert blieb – sowohl national wie auch international. Alle Aktivitäten waren auf die Neutralisierung der kommunistischen Gefahr gerichtet. Unter dem Einfluss der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in den späten 1960er und den 1970er Jahren vervielfältigten sich dann die Aufgaben der Nachrichten- und Sicherheitsdienste. Bis zum Fall der Berliner Mauer bleibt der Apparat in dieser Form bestehen, um sich selber in den 1990er Jahren grundsätzlich neu zu erfinden.

Die hier vorgestellte grobe Charakterisierung der Perioden ist genauer zu analysieren. Welche Ereignisse in diesen Zeitabschnitten führten zu Veränderungen, welche hingegen nicht und aus welchem Grund? Welche Faktoren sind verantwortlich für den Systemwechsel? Gab es veränderte Vorstellungen, die nicht zu Veränderungen in der Organisation der Dienste führte? Wie ergänzten die Nachrichten- und Sicherheitsdienste ihre Aufgaben? Welche Vorstellungen über ihre Aufgaben hatten die betreffenden Akteure selber? Gab es hinsichtlich dieser Vorstellungen Meinungsverschiedenheiten? Welche Feindbilder existierten und wie wurden diese von den Akteuren beschrieben? Welche Aktivitäten trugen ihrer Meinung nach bei zur Bekämpfung der Gegner? Welche Mittel waren davon zulässig und welche nicht? Welchen Einfluss nahmen die Akteure auf die getroffenen Vorkehrungen? Was war letztlich das Resultat?

Arthur Docters van Leeuwen und die grosse Wende

Um die vorgestellte methodische Herangehensweise anschaulich zu machen, schließe ich mit der Beispiel-Analyse eines folgenreichen Moments in der Geschichte der niederländischen Sicherheitsdienste.

Es handelt sich um den Antritt eines neuen Leiters des BVD, im November 1988: Arthur Docters van Leeuwen.[21] Bei dem Amtsantritt handelte es sich zunächst einmal um eine bloß administrative Veränderung, bei genauerer Betrachtung erweist sich dieser Leitungswechsel jedoch als bedeutsam, da die unter Van Leeuwens Leitung durchgeführten Umstellungen eben in eins gingen mit grundsätzlichen Veränderungen in institutioneller sowie gesellschaftspolitischer Hinsicht. Wie funktionierte dies im Einzelnen? Van Leeuwen fand bei seinem Antritt eine nur auf sich selbst bezogene, kaum von außen kontrollierte und völlig eingerostete Behörde vor. Die Führungsriege bestand hauptsächlich aus Mitarbeiter, die zur Hochzeit des Kalten Krieges – als die kommunistische Bedrohung noch eine zentrale Bedeutung besaß – Karriere gemacht hatten. Sie waren ganz auf die Konsolidierung der bestehenden Aufgaben konzentriert und hielten nichts von Veränderungen.

21 D. Engelen: Mars door de tijd van een institutie: beknopte geschiedenis van de AIVD, in: B.A. de Graaf/E.R. Muller/J.A. van Reijn (Hg.): Inlichtingen- en veiligheidsdiensten.

Die personellen Faktoren waren übrigens ein Grund, warum der BVD so lange auf die kommunistische Gefahr fokussiert blieb und die CPN erst 1987 offiziell von ihrer Liste der zu beobachtenden Objekte nahm. Als dann im November 1989 auch noch die Berliner Mauer fiel und der Kalte Krieg damit unwiederbringlich zu Ende ging, war es Zeit für Veränderung. Docters van Leeuwen veränderte nicht allein die interne Organisation, die Arbeitsmethoden und die Aufgabenausführung des Sicherheitsdienstes, sondern er sorgte auch für eine bessere Sichtbarkeit nach außen – beispielsweise durch einen Jahresbericht sowie gute Beziehungen zu Politikern, Vorständen und Beamten. Produzierte der Dienst zuvor vor allem „raw intelligence", beispielsweise Berichte über die Beschlüsse des Parteivorstands der CPN, muss er nun die „Abnehmer" seiner Ergebnisse in zunehmendem Maße beraten, welche Aktionen sie auf der Grundlage der analysierten Informationen zu treffen hatten.

Unter Docters van Leeuwen entstand eine grundsätzlich andere Sicherheitskultur, die sich nicht länger auf die Bedrohungen im Allgemeinen, sondern den Schutz spezifischer Interessen konzentrierte, was die Arbeitsweise des Dienstes gewissermaßen auf den Kopf stellte. Doch damit nicht genug: Da der Kalte Krieg tatsächlich zu Ende war, musste nach außen auch neue Existenzgründe für die Dienste kommuniziert werden. Im gesellschaftlichen und politischen Kontext wurde die Frage aufgeworfen, ob ein Nachrichten- und Sicherheitsdienst eigentlich überhaupt noch nötig sei, die Bedeutung der nationalen Sicherheit und die Rolle des Nachrichtendienstes müssten neu definiert werden. Der Leiter des BND war an dieser Neudefinition maßgeblich beteiligt. Im Gesetz über die Funktion der Nachrichten- und Sicherheitsdienste aus dem Jahr 1987 war die Aufgabe des BVD deutlich begrenzt und bezog sich auf das Sammeln von Daten über Organisationen und Personen, die durch die Ziele, die sie verfolgen, oder ihre Aktivitäten eine potentielle Gefahr für den Fortbestand der demokratischen Rechtsordnung, die Staatssicherheit oder andere wichtige andere gewichtige Interessen darstellen. Aber Docters van Leeuwen verstand es Akten über organisierte Kriminalität oder die Informationssicherheit der öffentlichen Verwaltung so zu klassifizieren, dass diese ein Eingreifen des BVD verlangten und der Dienst auf diese Weise in diesen Bereichen aktiv werden konnte. Fast alle Mitarbeiter, die sich zuvor in der Bekämpfung des Kommunismus bewährt hatten, konnten so im Dienst bleiben. Sie mussten sich allerdings anderer Methoden bedienen und mit anderen Bedrohungen beschäftigen.[22]

Wie ist diese entscheidende Wende zu erklären? Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass es irgendwie „logisch" sei, dass in der Nachphase des Kalten Krieges der Sicherheitsbereich geschrumpft sei. Ministerpräsident Ruud Lubbers und sein Finanzminister Wim Kok kämpften 1992 mit dem Argument „Wir kassieren Friedensdividende" als sie beschlossen dem

22 Buro Jansen en Janssen: De snuffelstaat: Nederland en de BVD, Amsterdam 2002, hoofdstukken 1, 2, 3 en conclusie; vgl. 200; Justitiele verkenningen 3/04 (WODC), Beitrag von Abels und Willemse.

Inlichtingendienst Buitenland (Nachrichtendienst Ausland), der niederländischen Organisation, die außerhalb der Landesgrenzen Informationen sammelt, aufzulösen. Auch innerhalb des BVD war man der Meinung, dass dieser Dienst ein institutionelles Überbleibsel des Kalten Krieges sei, das überflüssig geworden sei.[23]

Das Argument suggeriert, dass der „Friede" nach dem Kalten Krieg eine Verminderung der Ausgaben für Sicherheit (sowie für Verteidigung) rechtfertige. Dieses Bild ist nicht unbedingt falsch, aber unvollständig: Natürlich brachte das Ende des Kalten Krieges neue Vorstellungen über nationale Sicherheit und Unsicherheit hervor und stellte die Verantwortlichen vor die Frage, in welcher Weise Sicherheitsinstrumente zukünftig ihren Beitrag zur allgemeinen Sicherheit zu liefern hätten. Aber die Tatsache, dass der Sicherheitsdienst des Inneren tatsächlich begann anderen Aktivitäten im Namen der nationalen Sicherheit zu verrichten, wurde nicht allein durch den Fall der Mauer verursacht, sondern hing auch von anderen (z. B. personellen und politischen) Faktoren ab – wie beispielhaft Docters van Leeuwens Ersetzung der Führungsebene des Dienstes zeigt. Docters van Leeuwen verstand es eigenständig eine Veränderung der Kultur zu initiieren und umzusetzen, ohne dass dabei zu viele Mitarbeiter hätten entlassen ontslagen werden müssen. Darüber hinaus spielten breitere politische Themen eine einflussreiche Rolle bei der Umwandlung des Dienstes: So war Kok als Finanzminister mit einer großen „Efficiency-Operation", d. h. der Umsetzung eines großen Reform- und Sparprogramm im öffentlichen Sektor, beschäftigt, die auch Einsparungen im Nachrichtendienst nötig machte. In allen drei Bereichen traten fundamentale Veränderungen auf (institutionell, organisatorisch und gesellschaftspolitisch), die eine eingreifende Transformation des Sicherheitsdienstes nach sich zogen und schließlich zu veränderten Auffassungen über nationale Sicherheit und die Art und Weise, wie diese zu gewährleisten seien, führten.[24]

Übersetzung aus dem Niederländischen: Nicole Colin

23 P.H.A.M. Abels/R. Willemse: Veiligheidsdienst in verandering: de BVD/AIVD sinds het einde van de Koude Oorlog, in Justitiele verkenningen 3/04 (WODC) 2003, 83-98, 89; Engelen: Mars door de tijd van een institutie, 67-68.

24 P.H.A.M. Abels/R. Willemse: Veiligheidsdienst in verandering, 89-91; J.G.A. van Mierlo: Grote operaties in de publieke sector: bestuurlijke vernieuwing of politieke symboliek?, in: J.M.H.J. Hemels u.a. (Hg.): Bestuur en innovatie: handboek voor bestuurders en managers, Maastricht 1993, 9-10.

Christie Miedema

Missverständnisse

Osteuropäische Exilanten und die Westeuropäische Linke in den 1980er Jahren

Im Jahr 2003 wurde der ehemalige polnische Dissident Adam Michnik von der Zeit zu seiner positiven Grundhaltung gegenüber der amerikanischen Invasion im Irak befragt. Die Interviewer konfrontierten den polnischen Journalisten damit, dass ihm in Deutschland vorgeworfen wurde, sein „moralisches Gewicht als Dissident und ehemaliger politischer Häftling" zu missbrauchen. Michnik war anderer Meinung: „Ich sehe diese Angelegenheit aus der Perspektive eines politischen Gefangenen in Bagdad, Basra oder Kirkuk", begründete er seine Befürwortung der Invasion und beschrieb im Gegenzug die Kritik an seiner Position in Deutschland als ein Missverständnis:

Vaclav Havel, György Konrád und mich hat man in der deutschen Presse sogar als Verräter bezeichnet, weil wir einen Sturz von Saddam Hussein auch mit militärischen Mitteln befürworteten. Der Vorwurf lautete, wir würden nicht mehr auf die Selbstbefreiung der Zivilgesellschaft setzen, sondern die Demokratie nun herbeibomben wollen. Ich habe darauf erwidert, dass wir für diesen Krieg waren, eben weil wir uns treu geblieben sind. Im Irak hatte die Zivilgesellschaft alleine nicht die geringste Chance, das Regime zu beseitigen.[1]

Dass gerade so wichtige Ikonen wie Michnik, Havel und Konrád sich in der Streit um die Invasion im Irak hinter die amerikanische Regierung stellten, war für die westeuropäische Linke schwer zu begreifen und wurde als Missbrauch ihrer Position als ehemalige Dissidenten verstanden – anstatt als Folge daraus.

Zur gleichen Zeit wütete in der wichtigsten niederländischen Friedensbewegung IKV (Interkerkelijk Vredesberaad) ein ähnlicher Konflikt. Der bekannteste niederländische Friedensaktivist der achtziger und neunziger Jahre, Mient Jan Faber, stellte die Menschenrechte über den Frieden und befürwortete aus diesem Grund die Invasion zur Befreiung der irakischen

1 Jörg Lau/Thomas E. Schmidt: Polen hat keine Angst vor Europa. In: Die Zeit, 28.05.2003.

Bevölkerung. Letztendlich wurde im Mai 2003 eine Umstrukturierung des IKVs angekündet, der u. a. auch Fabers Amt des allgemeinen Sekretärs, das er seit 1974 innegehabt hatte zum Opfer fiel. Auch diese Galionsfigur der westeuropäischen Friedensbewegung wurde von radikaleren Aktivisten als Verräter beschimpft.[2]

Die Enttäuschung über den plötzlichen „Verrat" dieser Intellektuellen wäre indes vermeidbar gewesen, wenn man sich in den betroffenen linken Kreisen an die achtziger Jahre erinnert hätte, als genau diese Debatte mit großenteils den gleichen Protagonisten in einem anderen Kontext geführt wurde. Missverständnisse und unterschiedliche Auffassungen über die Bedeutung von so wichtigen Themen wie Frieden und Menschenrechte spalteten nämlich schon damals die Friedensbewegung. Das Thema spielt eine wichtige Rolle in meinem Forschungsprojekt über Ost-West-Kontakte im letzten Jahrzehnt des Kalten Krieges, das ich hier vorstellen und mit einigen Beispielen zum Spannungsverhältnis von Frieden und Menschenrechten erläutern möchte.

Opposition im Exil und die westliche Haltung gegenüber Osteuropa

Im Kalten Krieg wurde die Kommunikation zwischen Ost und West nicht nur durch physische Hindernisse erschwert, sondern auch und vor allem durch die verschiedenen Denkweisen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Eine Brückenfunktion für diese mentalen Differenzen spielten Grenzgänger von Ost nach West und von West nach Ost wie osteuropäische Exilanten und westeuropäische Besucher im Osten. Diese Grenzgänger, die aus eigener Erfahrung vom Leben auf der andere Seite des geteilten Kontinents berichten konnten, bilden den Ausgangspunkt meines Projekts. Ich untersuche die Rolle dieser Exilanten bei der Mobilisierung westlicher Hilfe und der Weiterleitung von osteuropäischen Ideen. Mein Interesse gilt dabei vor allem den Missverständnissen, die es zwischen Ost und West gab sowie dem Dialog, der in den achtziger Jahren von unten über den Eisernen Vorhang hinweg entstand.

Im Mittelpunkt meines Projekts stehen Exilanten aus Polen und der DDR, aus Ländern also, in denen in den achtziger Jahren ein starker Anstieg an oppositionellen Kräften zu konstatieren ist. Im August 1980 entstand in Polen die unabhängige Gewerkschaft SolidarnoĐĐ, die trotz der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 und ihres Verbotes 1982 dem Jahrzehnt ihren Stempel aufdrückte. In der DDR entstand Ende der 1970er Jahre eine eigenständige Friedensbewegung, die weniger öffentlich und sys-

2 Frank van Zijl: Wel of niet ten oorlog: vredesbeweging verscheurd, in: De Volkrant, 15.02.2003; Marc van den Eerenbeemt: Mient Jan Faber verlaat IKV na twintig jaar met grote tegenzin, in: De Volkskrant, 21.05.2003.

temsprengend operierte, dennoch aber zunehmend auf sich aufmerksam machte, vor allem in der Bundsrepublik und der westeuropäischen Friedensbewegung. Bei den Gastländern geht es ebenfalls um zwei Länder, die ein außerordentliches Maß an gesellschaftlicher Aktivität in den achtziger Jahren aufwiesen: die Bundesrepublik und die Niederlande. Die Friedensbewegung in den Niederlanden, die in den Jahren 1981 und 1983 400.000 bzw. 550.000 Menschen gegen die Stationierung von Atomwaffen auf der Straße brachte, hatte eine Vorbildfunktion in Europa und löste in konservativeren Kreisen die Furcht vor dem „Neutralismusvirus Hollanditis" aus.[3] Die Bundesrepublik wurde ebenfalls, als „Frontstaat" des Kalten Krieges, durch die Nachrüstungsfrage zerrissen. Außerdem nahm die Bundesrepublik durch ihre geopolitische Lage Osteuropa gegenüber eine sehr komplizierte Position ein, die sich in der Zurückhaltung der westdeutschen Ostpolitik spiegelt. Die Bundesrepublik war zudem Zielort der meisten emigrierten Ostdeutschen und Polen. Die Niederlande, die den kommunistischen Regimes in Osteuropa wesentlich distanzierter gegenüber auftreten konnte,[4] bilden eine interessante Vergleichsgrundlage.

Allerdings stehen nicht die jeweiligen Regierungen im Mittelpunkt, sondern die gesellschaftlichen Aktivitäten verschiedener, vor allem linker sozialer Bewegungen. Hier sind zunächst die Friedensbewegungen bedeutsam, die in diesen Jahren in beiden Ländern eine wichtige gesellschaftliche Kraft darstellten: in den Niederlanden die führende Friedensorganisation IKV, in Westdeutschland die der Friedensbewegung nahestehende neue politische Partei Die Grünen. Des Weiteren spielen die Gewerkschaften beider Länder, vor allem in der westlichen Auseinandersetzung mit SolidarnoĐĐ, eine wichtige Rolle.[5] Schließlich sollen auch das Vorgehen der sozialdemokratische Parteien untersucht werden, die oft ein ambivalentes Verhältnis zur Opposition in Osteuropa hatten, das sich aber letztlich komplexer gestaltete als oft angenommen wird. Um diese politischen Entscheidungen aus der richtigen Perspektive beurteilen zu können, werde ich darüber hinaus einen Exkurs über die christlich-demokratischen Erwägungen in beiden Ländern einfügen. In diesen Organisationen wurden ost-west-bezogene Fragen wie Frieden, Détente, Abrüstung und Solidarität mit der Opposition in Osteuropa diskutiert. In diese gesellschaftlichen und organisatorischen Diskussion mischten sich manchmal auch osteuropäische Exilanten ein, die z.T. versuchten, die Vertreter der sozialen Bewegungen in ihren Gastländern zu veranlassen, die Opposition in Osteuropa aktiv zu unterstützen und einen Dialog mit ihnen anzustreben. Das Spannungsverhältnis zwischen den Interessen und Vorstellungen der (linken)

3 Vgl. Remco van Diepen: Hollanditis. Nederland en het kernwapendebat 1977-198, Amsterdam 2004, 10, 13.

4 Vgl. Floribert Baudet: Het heeft onze aandacht. Nederland en de rechten van de mens in Oost-Europa en Joegoslavië, 1972-1989, Den Haag 2001, 21-23, 57-97.

5 Vgl. Idesbald Goddeeris (Hg.): Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980-1982, London u.a. 2010.

Organisation und den Erfahrungen und Forderungen der Exilanten, ist das Hauptthema meines Projekts.

Bei den Exilanten handelte es sich im Falle der SolidarnoĐĐ meistens um Personengruppen, die sich während der Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 im Ausland aufhielten und sich bald in einer internationalen Struktur mit einem Koordinationsbüro in Brüssel zusammenschlossen. In Amsterdam gründete der Emigrantensohn Jan Minkiewicz zusammen mit drei SolidarnoĐĐ-Mitgliedern Anfang 1982 ein Informationsbüro mit finanzieller Hilfe der Gewerkschaften.[6] In der Bundesrepublik bildete sich mit Unterstützung des DGB eine Gruppe von Exilpolen in Bremen. Auch in anderen Städten in der Bundesrepublik engagierten sich exilierte Polen in Polenkomitees für das Heimatland.[7] Ausgereiste aus der DDR schlossen sich nur selten zu Gruppen zusammen: Diejenigen, die Hilfe leisteten, taten dies meist individuell. Viele ehemalige DDRler weigerten sich zudem aufgrund der gleichen Sprache und ihrer automatischen bundesrepublikanischen Staatsbürgerschaft überhaupt von Exil zu sprechen.[8] Einige, wie Wolf Biermann und Jürgen Fuchs, benutzten jedoch bewusst diesen Begriff. Gerade diejenigen, die sich auch in der Bundesrepublik noch explizit als DDR-Bürger verstanden, engagierten sich häufig für die Opposition hinter der Mauer. Die wichtigsten Unterstützter der DDR-Opposition im Exil waren Jürgen Fuchs und Roland Jahn, die seit 1977 bzw. 1983 in West-Berlin lebten.[9]

Die Exilanten trafen in ihren Bemühungen, die Vertreter der sozialen Bewegungen in Westeuropa für Osteuropa zu engagieren, oft auf Missverständnisse und Differenzen bei der Interpretation grundlegender Begriffe beider Bewegungen. Im Folgenden möchte ich zunächst auf die generellen Verständigungsschwierigkeiten sowie zwei Hauptunterschiede eingehen und diese anhand von zwei Beispielen erläutern. Daran anschließend werde ich dann den Ost-West-Dialog, der in den Achtzigern zwischen den westlichen Bewegungen und Gruppierungen in Osteuropa entstand, darstellen.

---

6 Interview Jan Minkiewicz, 8 April 2010, Amsterdam.

7 Małgorzata Đwider: Das Informationsbüro der SolidarnoĐĐ in Bremen im Spiegel von Archivmaterialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Inter Finitimos 7 (2009), 203-216. Alexander Zajac: Die Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen durch die Polonia in der Bundesrepubluik Deutschland, Inter Finitimos 6 (2008), 232-245.

8 Günter Kunert: Deutsch-deutsches Exil, in: Günter Kunert (Hg.): Aus fremder Heimat. Zur Exilsituation heutiger Literatur, München, Wien 1988, 100-112, 100. Damian van Melis/Henrik Bispinck: „Republikflucht". Flucht und Abwandering aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006, 121. Hans Joachim Schädlich: Deutsche im deutschen Exil?, Kassel 1988.

9 Günter Kunert: Deutsch-deutsches Exil, 101. Jürgen Serke: Das neue Exil. Die verbannten Dichter, Frankfurt/M. 1985, 46, 70-71. Jürgen Fuchs/Claudia Kleinschmidt: „Und dir möchte ich dringend raten, nicht weiter den Marxismus-Leninismus zu verdrehen", in: Frank Goyke/Andreas Sinakowski (Hg.): Jetzt wohin? Deutsche Literatur im deutschen Exil, Berlin 1990, 26-33, 33.

Ost-West Debatte in den Gastländern

Die Exilanten, die versuchten sich im Gastland politisch für die Opposition im Heimatland zu engagieren, wurden in ihrem Handlungsspielraum wesentlich bestimmt durch die Auffassungen, die über Osteuropa in den Organisationen herrschten, an die sie sich wandten. Die westlichen Auffassungen über links und rechts, Ost und West, wurden maßgeblich durch die gesellschaftliche Realität in Osteuropa und vor allem das Entstehen von SolidarnoĐĐ auf die Probe gestellt.

Viele Westeuropäer beobachteten fasziniert die Entstehung von SolidarnoĐĐ in Polen als unabhängiger Gewerkschaft, die allerdings nicht ganz den Erwartungen der westeuropäischen Linken entsprach. Linke Bewegungen wie die Gewerkschaften, sozialdemokratische Parteien und Teile der Friedensbewegung waren verwirrt über den angeblich katholischen, nationalistischen und pro-kapitalistischen Charakter der SolidarnoĐĐ. Zunächst wurde SolidarnoĐĐ im Westen selbstverständlich als klassische Arbeiterbewegung eingestuft – mit dem Ziel einer Verbesserung des Sozialismus. Sie waren enttäuscht, als klar wurde, dass viele Mitglieder der SolidarnoĐĐ eher westliche Freiheiten anstrebten.[10] In den westlichen linken Bewegungen herrschte oftmals eine deutlich kritischere Haltung der Supermacht USA gegenüber als im Osten.[11] Außerdem gab es Empörung über die laut geäußerte Unterstützung von SolidarnoĐĐ durch den amerikanischen Präsidenten Roland Reagan sowie die Popularität Reagans in Polen. Reagan war aufgrund seiner Rhetorik des Kalten-Krieges und seiner unbeugsamen Haltung in den Abrüstungsverhandlungen sehr unbeliebt in linken Kreisen – sowohl in den Niederlanden als auch in Westdeutschland. Dies bewirkte Zurückhaltung bei möglichen SolidarnoĐĐ-Unterstützern des linken Spektrums und machte SolidarnoĐĐ zu einem Thema der Rechten. Sogar in Polenkomitees, die sich eindeutig für SolidarnoĐĐ ausgesprochen hatten, mündete dies in Schwierigkeiten: „Müssen wir etwas gegen die Reagan-Show tun?“ wurde auf einem Treffen von Polenkomitees im April 1982 gefragt.

Wir lehnen es ab, dass auf solche Weise mit Polen umgegangen wird und vor allem, dass das, was in Polen passiert ist, entpolitisiert wird, dass die Rechte die polnischen Situation missbraucht, dass sich die Rechte einmischt und sich die Linke dabei ‚unglücklich' fühlt.Đ

10 Paul Kalma, Marnix Krop: Polen: een „interne aangelegenheid“ voor het democratisch-socialisme, in: Socialisme en democratie 49 (1982) 2, 48-57, 54. Einige Beispiele der Zurückhaltung gegenüber der SolidarnoĐĐ in linken Gruppierungen: Werkgroep antimilitarisme overal! Groningen, Oost-oost- en Oost-West-contacten in Polen, Archief SolidarnoĐĐ Nederland (Sol NL), 47, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam. OVB, SolidarnoĐĐ, Een visie naar aanleiding van een bezoek van het onafhankelijkverbond van bedrijfsorganisaties op uitnodiging van Solidarnosc aan Polen, Sept/Okt. 1981, Sol NL, 33, IISG. Idesbald Goddeeris: Introduction. Solidarity, Ideology, Instrumentality and Other Issues, in: Goddeeris: Solidarity with Solidarity, 1-18, 13.

11 Van Diepen: Hollanditis, 159-160, 210, 241-242.

Auch der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Lukas Beckmann, wollte sich nur mit SolidarnoĐĐ verbünden, wenn deutlich gemacht werden könnte, dass dies keine Zustimmung für die rechten Unterstützer der SolidarnoĐĐ bedeutete. So rief er Anfang 1982 dazu auf, bei der SolidarnoĐĐ-Demonstration Ende Januar, die im amerikanischen Fernsehen gesendet werden sollte, nicht nur Transparente für die SolidarnoĐĐ mitzuführen, sondern auch zu verdeutlichen, wie man über die USA dachte.[12]

Neben diesen Missverständnissen zwischen Basisbewegungen in Ost und West darüber, wer von wem unterstützt wurde und ob man sich links oder rechts im politischen Spektrum zuordnen lassen wollte, zeichneten sich zwei große Gegensätze ab, über die keine Einigung erzielt werden konnte: Die Frage nämlich, ob man nur auf Détente und Abrüstung setzen oder auch die Opposition in Osteuropa unterstützten sollte bzw., allgemein formuliert, die Problematik des Verhältnisses zwischen der Forderung nach Frieden und den Menschenrechten.

Détente versus Solidarität – Frieden versus Freiheit

Die Uneinigkeit über das Verhalten von Ronald Reagan in den sozialen Bewegungen in Ost und West impliziert größere Differenzen als nur die Frage der Zuordnung nach links oder rechts. Reagan war in linken Kreisen in den Niederlanden und der Bundesrepublik alles andere als populär, da er als Bedrohung für die angestrebte Entspannung oder Détente in Europa gesehen wurde. Die Sozialdemokratie und die Friedensbewegung im Westen betrachteten die Annäherung zwischen Ost und West seit den 1960er Jahren durch die deutsche Ostpolitik und das Helsinki-Abkommen als lebensnotwendig für die Erhaltung des Friedens in Europa. Obwohl die Détente seit Ende der 1970er Jahre schwer unter der Sowjet-Nachrüstung, dem NATO-Doppelbeschluss und der Sowjetinvasion in Afghanistan litt, hofften viele, vor allem in den sozialdemokratischen Parteien, die guten Beziehungen mit Osteuropa beibehalten zu können. Détente und Abrüstung galten dabei oft als wichtiger als die Unterstützung der osteuropäischen Opposition oder Anprangerung von Menschenrechtsverletzungen im Ostblock. Interne Destabilisierung der Regimes durch die Opposition oder Streit über Menschenrechtsfragen konnten die Ost-West-Beziehungen nur belasten. Bessere Beziehungen und ein Ende der Rhetorik des Kalten Krieges würden hingegen helfen, Osteuropa aus der defensiven Position zu befreien und gesellschaftliche Liberalisierung und Abrüstung zu ermögli-

12 Solidair met SolidarnoĐĐ, Solidariteit met SolidarnoĐĐ, Sol NL, 35, IISG. Verslag van bijeenkomst van Polen Komités, 15-4-82, Amsterdam 11.051982, Joram Krozer, Sol NL, 28, IISG [Übersetzungen, wenn nicht anders angegeben, stammen von der Verfasserin]; vgl. hierzu auch Van Diepen: Hollanditis, 143, 374.

chen.[13] Einseitige westliche Abrüstungsschritte bedeute z. B. ein Abbau an westlicher Bedrohung für Osteuropa und gab den Ländern die Möglichkeit dem guten Beispiel zu folgen.[14] Oppositionelle im Osten, vor allem in Polen, betrachteten solche Vorstellungen als hoffnungslos naiv.[15] Entsprechend forderten die Vertreter der osteuropäischen Oppositionsbewegungen im Westen gemeinsam mit einigen, wenige Fraktionen der linken Bewegungen in Westeuropa Solidarität mit den osteuropäischen Völkern und mehr Aufmerksamkeit gegenüber der Verletzung von Menschenrechten statt einer Détente um jeden Preis und versuchten andere westeuropäischen Bewegungen hiervon zu überzeugen.

Das zweite Missverständnis zwischen den Basisbewegungen in Ost und West drehte sich um den Begriff Frieden. Im Westen konnte dieser Begriff Hunderttausende auf die Straßen bringen. Im Osten war Frieden ein vom Regime besetztes Propagandathema, dem die Oppositionellen misstrauten und das von ihnen gemieden wurde. Die intensive westeuropäische Beschäftigung mit diesem Thema wurde lange skeptisch betrachtet.[16] Nur in der DDR entstand bereits Ende der siebziger Jahre eine eigenständige Friedensbewegung, die das Propagandathema aufgriff und das Regime sozusagen beim Wort nahm. In anderen Teilen Osteuropas setzte man sich mit dem Thema durch Einführung des Konzepts der Unteilbarkeit des Friedens auseinander, in dem der innere, gesellschaftliche Frieden und der äußerer untrennbar mit einander verbunden sind. Das bedeutet: Frieden zwischen Ländern ist nur möglich, wenn diese die Menschenrechte im eigenen Land respektieren.[17] Im Westen, wo die Menschenrechte oft als rechte Waffe der „Kalten Krieger" instrumentalisiert wurden, war dies für die linken Bewegungen oft schwer zu akzeptieren. Frieden war das wichtigere Thema und

13 Lukas Beckmann: Die Grünen: An alle Kreisverbände, Bonn, den 27. Januar 1982, 44 A Wilhelm Knabe, Archiv Grünes Gedächtnis (AGG), Berlin.

14 Kalma/Krop: Polen: een „interne aangelegenheid", 48-52. Vgl. auch André Gerrits: Mensenrechten in Oost-Westperspectief, concept, WBS-conferentie, september 1988, Sol NL, 39, IISG; Horst Ehmke: Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik, Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 32, 1985. 11, 1003-1010.

15 IKV, Achter de IKV-campagne. Minibrochure 17 (Voorburg 1981) 8-9. Mient Jan Faber: Het IKV. Karakteristieken van een vredesbeweging, in: Mient Jan Faber u. a. (Hg.): Zes jaar IKV campagne, Amersfoort 1983, 8-17, 26.

16 Mient Jan Faber: A Neutral Zone in Central Europe? An interview with Jacek Kuron, in: Disarmament Campaigns 3, 1985, July/August, 3-6. Jan Zielonka: Political Ideas in Contemporary Poland, Aldershot u. a. 1989, 178. Christian Semler: East-West dialogue in Warsaw. Report on the Peace Seminar organized by the group „Freedom and Peace", in: May 1987, IKV, 460, IISG.

17 Dirk Visser/Jiri Dienstbier: „De contacten met het IKV waren zeer stimulerend", in: Dion van den Berg (Hg.): IKV 1966-2006: veertig jaar mobiliseren voor vrede, Den Haag 2006, 193-197. „Verklaring van Charta 77. 15 november 1981", „Verklaring van het Interkerkelijk Vredesberaad in Nederland" und „Open brief van Charta 77 aan het Vredesberaad IKV, Praag, 27 augustus 1982", in: Wim Bartels u. a. (Hg.): Tussen Oost en West Europa, Den Haag 1983, 88-100.

die Hauptaufgabe der Friedensbewegung.[18] Was nutzten Menschenrechte, wenn die Vernichtung der Welt drohte?

Die mühsamen Beziehungen zwischen den westeuropäischen Bewegungen in Ost und West und die Rolle der Exilanten möchte ich an zwei Beispielen näher erläutern. So illustrieren die Reaktion des Westens auf das Entstehen von SolidarnoĐĐ im August 1980 bis zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 das Verhältnis der Forderungen nach Détente bzw. Solidarität mit der Opposition in Osteuropa. Das Thema „Frieden oder Menschenrechte?" lässt sich sehr anschaulich anhand der deutschlandpolitischen Diskussionen bei den Grünen nachvollziehen.

Détente, Solidarität und Solidarność

SolidarnoĐĐ entstand in einer Zeit, in der die Détente durch die Sowjetinvasion in Afghanistan und den NATO-Doppelbeschluss 1979 einen schweren Schlag erlitten hatte. Die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 in Polen war der nächste. SolidarnoĐĐ war also unlösbar mit der Frage einer möglichen Détente verbunden: Stellte diese einen destabilisierenden Faktor in einem geopolitisch wichtigen Land dar oder war sie die demokratische Hoffnung für Osteuropa? Darüber war man sich unter den linken Bewegungen im Westen nicht einig, genauso wenig wie über den angeblich rechten Charakter der SolidarnoĐĐ. Anfänglich waren es also vor allem die westlichen Gewerkschaften, die, aufgrund der gemeinsamen Identität als Gewerkschaft, Kontakte mit SolidarnoĐĐ unterhielten. Vor allem die französische Gewerkschaft CFDT erklärte sich rasch solidarisch mit der SolidarnoĐĐ. Auch in Gewerkschaften gab es aber Zurückhaltung und geopolitische Erwägungen, vor allem in Ländern in der Nähe des Ostblocks wie die Bundesrepublik, Österreich und Dänemark.[19]

Vor allem aber die sozialdemokratischen Parteien fürchteten um die Errungenschaften der Détente und Abrüstungsverhandlungen und um die Kontakte mit den Kommunistischen Parteien in Osteuropa, die sie durch SolidarnoĐĐ gefährdet sahen. Im Wahlprogramm der niederländische Partij van de Arbeid (PvdA) 1977 stand zum Beispiel der Passus: „Im Ost-West-Dialog müssen Maßnahmen, welche eine Abrüstung befördern, gegenüber Themen wie dem freien Austausch von Nachrichten, Personen und Gedanken Vorrang haben."[20] Die außenpolitische Debatte in der Partei

18 Mient Jan Faber: De Invloed van Charta op IKV & Pax Christi. Lezing door Mient Jan Faber ter gelegenheid van de uitreiking van de Erasmusprijs aan Vaclav Havel, Den Haag1986, 1-2, 4-5. „Prager Aufruf". Kommune 3, 1985/5, 34-35.

19 Rüdiger Schlaga/Hans-Joachim Spanger: Die Friedensbewegung und der Warschauer Pakt: Ein Spannungsverhältnis. In: Reiner Steinweg (Hg.): Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung, Frankfurt/M. 1982, 54-86, 63, 66. Polenkomitee Amsterdam, Sol NL, 28, IISG. Heinrich Albertz: „Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden", in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Hamburg 1982, 18-24, 20.

20 Goddeeris: Solidarity with Solidarity, passim.

wurde in den späten Siebzigern und frühen Achtzigern von der Atomwaffenfrage beherrscht. Kritiker bemerkten, dass in der Partei in diesen Jahren keine Dissidenz in der Abrüstungsfrage möglich gewesen und dadurch eine Art „Entspannungsideologie" entstanden sei.[21]

Noch mehr als die PvdA aber haftet der SPD der Ruf an, sich ausschließlich um Entspannung und Annäherung mit dem Ostblock bemüht und nie Interesse an Kontakten zur Opposition im Ostblock gezeigt zu haben. Sowohl Mient Jan Faber des IKVs als auch der Grüne Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann berichten von Einmischungen Egon Bahrs gegenüber der Politik der „Entspannung von Unten" des IKVs und der Grünen.[22] Obwohl also generell in sozialdemokratischen Parteien weniger Interesse an Menschenrechten als dem Erhalt der guten Beziehungen mit dem Ostblock bestand und einige prominente westeuropäische Sozialdemokraten sogar die Verhängung des Kriegsrecht in Polen im Dezember 1981 als notwendigen Schritt begrüßten,[23] gab es innerhalb der sozialdemokratischen Parteien dennoch Ausnahmen. In der PvdA wurde zum Beispiel eine zweigleisige Politik geführt, wobei der zweite Teil, beispielsweise die Unterstützung von Seminaren der Charta 77, allerdings kaum in Erscheinung trat. Auch in der SPD gab es „Dissidenten" wie Gert Weisskirchen, die sich innerhalb der Partei um Osteuropakontakte „von unten" bemühten und die SPD davon überzeugen konnten, Ende der 1980er Jahre zusammen mit dem IKV einige Seminare mit osteuropäischen Teilnehmern von „oben" und „unten" zu veranstalten.[24]

Auch die Friedensbewegung zeigte vor 1982 kaum Interesse an SolidarnoĐĐ. Die größte niederländische Friedensorganisation IKV war fasziniert von der SolidarnoĐĐ, ging aber davon aus, dass der eigene Kampf gegen die Stationierung der amerikanischen Cruise Missiles der beste Beitrag für den Kampf der SolidarnoĐĐ in Polen sei. Das Ende der westlichen Bedrohung für die Sowjet-Union würde eine interne Liberalisierung in Osteuropa ermöglichen.[25] Dass die meisten Polen die amerikanischen Waffen eher als nützliche Zügelung Moskaus sahen, war im IKV bekannt, aber man

21 Programma PvdA Tweede-Kamer-Verkiezingen 1977, in: http://www.rug.nl/dnpp/themas/vp/perJaar/1977/pvda 77. pdf [1.3.2011].

22 Redactie jaarboek; Inleiding, in: Marnix Krop u. a. (Hg.): Oost-Europa en de sociaal-democratie. Identiteit, beleid, aanwezigheid. Het dertiende jaarboek voor het democratisch socialisme, Amsterdam 1992, 8-21, 14-15. Frans Becker: De jaren 1970-1994, in: J. Perry u. a. (Hg.): Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994, Amsterdam 1994, 238-295, 269-272. Kalma, Krop: Polen: een interne aangelegenheid', 48-57.

23 Mient Jan Faber: Vooruitgeschoven spionnen. Bevrijd uit de boeien van de Koude Oorlog, Utrecht 2007, 58-59, 208-211. Lukas Beckmann: Fuchs und die Grünen. Zentrale Nahtstelle zwischen Ost und West: Fuchs und Jahn, Gerbergasse 18, Sonderausgabe zum Fuchs-Symposium Dezember 2000, 56-62, 59.

24 Goddeeris: Introduction, 8-9.

25 Redactie jaarboek: Inleiding, 20-21. Interview Jan Marinus Wiersma, 7 September 2010, Leiden; vgl. auch PvdA-Archiv, IISG, sign. 2339-2342. Faber, Vooruitgeschoven spionnen, 208-211.

hoffte dies in zukünftigen Gesprächen aufklären zu können.[26] Erst die Verhängung des Kriegsrechts in Polen änderte diese Position des IKV.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts wurde im Westen durch Protesterklärungen und Demonstrationen Solidarität mit SolidarnoĐĐ bezeugt. Obwohl sich die meisten Bewegungen im Westen an diesen Solidaritätsbekundungen beteiligten – in den Niederlanden demonstrierte z. B. am 19. Dezember das ganze politische Spektrum von den Liberalen bis zu den Kommunisten[27] – war die Zurückweisung des Kriegsrechts nicht überall gleich scharf. Die erste Presseerklärung der Sozialistischen Internationale (SI), unterschrieben von SPD-Politiker Willy Brandt, war bemerkenswert zurückhaltend. Die Deklaration warnte vor „unwanted advice or strongly worded declarations", bat um Zurückhaltung und Zusammenarbeit „of those wanting peace", nahm Kenntnis von der polnischen Absicht den Reformprozess nicht zu unterbrechen und forderte auf, die Hilfe für Polen fortzusetzen. Der Erhalt der guten Beziehungen mit Polen hat in dieser Erklärung deutlich Priorität vor der Anklage der Menschenrechtsverletzungen nach der Verhängung des Kriegsrechts.[28] Eine solche starke Zurückhaltung war aber nicht für alle sozialdemokratischen Bewegungen in Westeuropa charakteristisch. Die PvdA zum Beispiel protestierte am 14. und 19. Dezember mit anderen politischen Parteien gegen der Verhängung des Kriegsrechts und stellte fest, dass die SPD zurückhaltender reagierte. Nach Protesten von Mitgliederorganisationen brachte die SI Ende Dezember eine schärfer gefasste Erklärung. Vor allem die italienischen und französischen Parteien, die an dem Wandel durch Annäherung der SPD wenig Interesse zeigten, hatten protestiert. Auch die PvdA wandte sich an Brandt mit Einwänden gegen die Erklärung. Der Gegensatz Détente oder Solidarität wurde also auch innerhalb sozialdemokratischen Kreisen diskutiert.[29]

Exilanten probierten in diesem Prozess eine vermittelnde Rolle zu spielen. In den Niederlanden mischten sich Mitglieder des SolidarnoĐĐ Informationsbüros in Amsterdam und des geografisch nahen internationalen Koordinationsbüros der SolidarnoĐĐ in Brüssel in die gesellschaftliche Diskussion über Entspannung oder Solidarität ein. Jan Minkiewicz aus dem Amsterdamer Büro und einige PvdA-Mitglieder polnischer Herkunft beteiligten sich am „Polenrat" in der PvdA und versuchten dort die Osteuropapolitik in eine von Ihnen gewünschte Richtung zu lenken.[30] Jan Min-

26 Ben ter Veer: Ook van Oost-Europa worden eenzijdige stappen verwacht, Hervormd Nederland 14 november 1981. 12. Ben ter Veer: Afzien van „modernisering" geeft de Polen een kans. Polen en de nieuwe kernwapens. Hervormd Nederland, 14.11.1981, 13. Vredeskrant 1981, blz 2, Verantwoording, in: Mient Jan Faber u. a. (Hg.): Zes jaar IKV campagne. Amersfoort 1983, 113-116, 114.

27 Ter Veer: Afzien van „modernisering", 13.

28 19 december Polendemonstratie, Nederland 7.1 Landencomités Polen, IISG.

29 Willy Brandt/Bernt Carlsson: Socialist International Press Release No. 3, 81, 17.12.1981, PvdA, 2642, IISG.

30 Socialist International Press Release No. 34, 1981, Paris, December 29, 1981, PvdA, 2642, IISG. Notulen van de 4e vergadering van het partijbestuur, gehouden op maandag 14 december 1981 te Amsterdam, aanvang 18.30 uur; Notulen van de 8e vergadering van het

kiewicz und das Mitglied des Brüsseler Büros Jan Zielonka richteten sich in Artikel an die niederländische Öffentlichkeit, um die polnische Position in der Frage Détente und Menschenrechte zu erklären.[31] Auch in der Bundesrepublik mischten polnisch-deutsche Polenkomitees sich in die politische Debatte ein und arbeiteten z. B. intensiv mit den Grünen zusammen.[32] Obwohl diese Exilanten in verschiedenen Organisationen enge persönliche Kontakte unterhielten, waren sie nur selten imstande, die Informationen zur Debatte über Ost-West, Frieden und Menschenrechte wesentlich zu beeinflussen bzw. zu verändern.

Frieden, Menschenrechte und die Debatten der Grünen

Das Konzept der Unteilbarkeit von Frieden und Menschenrechten wurde in der west-europäischen Friedensbewegung bekannt durch Aufrufe der tschechischen Oppositionsbewegung Charta 77 an die westliche Friedensbewegung.[33] Obwohl ein Teil der Friedensbewegung diese Verbindung ziemlich rasch befürwortete, stieß er bei anderen Teilen auf großes Unverständnis.

Die unterschiedlichen Meinungen der beiden Lager zeichneten sich bei den Grünen in der Bundesrepublik sehr deutlich in einer Diskussion 1986 in der parteinahen Zeitschrift Kommune ab. In einem u. a. von Klaus Croissant und Dirk Schneider (den man in der Fraktion scherzhaft als „die ständige Vertretung der DDR" bezeichnete) verfassten Beitrag, wurde die Verbindung zwischen den Begriffen Frieden und Menschenrechte heftig attackiert.[34] Der Artikel wurde in der Partei verstanden als ein Angriff auf die Deutschlandpolitik von jenem Teil der Grünen, dem als prominenteste Vertreter Petra Kelly, Lukas Beckmann und der tschechische Exilant Milan HoraĐek angehörten. Seit 1983 hatten sie u. a. mit einer Demonstration auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz und dem Unterschreiben eines persönlichen Friedensvertrages mit Erich Honecker auf sich aufmerksam gemacht und unterhielten zahlreichen direkte Kontakte zur ostdeutschen Opposition. Die Aktionen und vor allem das über viele Mitglieder der Grünen und

partijbestuur van de Partij van de Arbeid, gehouden op maandag 25 januari 1982 te Amsterdam, aanvang 18.00 uur, PvdA, 27, IISG. Oliver Rathkolb: Austria. An Ambivalent Attitude of Trade Unions and Political Parties, in: Goddeeris, Solidarity with Solidarity, 269-288; Besluitenlijst van de 5e vergadering van het dagelijks bestuur, gehouden op 21 december 1981 te Amsterdam, aanvang 14.30 uur, PvdA, 5, IISG.

31 Gina van Tijn aan Marcel Kienhuis, 26.11.1983, PvdA, 2339, IISG. Interview Jan Minkiewicz, 8 April 2010, Amsterdam. Interview Jan Minkiewicz, 15 Juni 2010, Amsterdam. Protokolle des „Polenrates": SolidarnoĐĐ in Nederland, IISG, sign. 37.

32 Vgl. z. B. Jan Zielonka: Pools Experiment, een visie op de gebeurtenissen van '80-'82. Leeuwarden 1982, 222-235. Zielonka, Political Ideas in Contemporary Poland, 171-182; Jan Minkiewicz: De Polen hun Polanditis, in: ikv-berichten 1981/1982 – Nr. 2, 1-2.

33 Zajac: Die Unterstützung, 232-245. Weitere Beispiele: Lukas Beckmann: Rundbrief Nr. 1, Bonn, den 13. Januar 1982; Polen Solidaritätstreffen 5.1.82; Solidarität mit SolidarnoĐĐ Dortmund, den 15.12.1981, Aufruf an die deutschen Bürger und polnischen Bürger in der Bundesrepublik, 1120 B.I.1 BuVo/BGSt, AGG.

34 Prager Aufruf', 34-35.

Alternativen Liste verhängte Einreiseverbot in die DDR, löste im anderen Lager der Grünen heftige Kritik aus. Um weitere Einreiseverbote in Zukunft zu vermeiden, sollte von zu lauten Hinweisen auf Menschenrechtsverletzungen abgesehen werden.[35]

In dem genannten Artikel von 1986 äußerte sich diese Kritik als Angriff auf die Verknüpfung von Frieden und Menschenrechten und die Kontakte mit der DDR-Opposition. „Ist es nicht zumindest naiv, sich über Einreiseverbote zu empören, wenn AL [Alternative Liste] und Teile der Grünen öffentlich erklären, ihre politische Freunde und Hauptansprechpartner seien Staatsbürger der DDR und anderer osteuropäischer Länder, die sich dort über staatliche Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen oder hinwegsetzen sollen?", fragten sich die Verfasser. Sie meinten, dass osteuropäische Friedensaktivisten keine Schwierigkeiten haben dürften mit den Abrüstungsvorschlägen der Regierungen und kritisierten dagegen die Menschenrechtslage im Westen. Frieden war das wichtigere Thema, das außerdem besser gesichert würde durch die osteuropäischen Staaten als die im Westen, behauptete Klaus Croissant auch nach 1989:

Ich habe die Position dieser Oppositionellen in der DDR für falsch gehalten. Die Raketenstationierung war eine große Gefahr für den Weltfrieden, und die DDR hatte dazu eine eindeutige Haltung. Deshalb habe ich mich gegen alle Versuchen gewehrt, die Friedensfrage mit der Menschenrechtsfrage zu verknüpfen.[36]

Die Vertreter dieser Friedens- und Menschenrechtspolitik bei den Grünen, sahen dies als einen Angriff auf den von ihnen vorausgesetzten „Grünen Grundkonsens". Vor allem die Kritik an den osteuropäischen Dissidenten empfanden sie als problematisch: Wie sollte man einen Dialog mit Basisbewegungen im Osten führen, wenn man nicht akzeptierten wollte, dass dort durch andere Erfahrungen auch andere Auffassungen entstanden waren?[37]

Die Diskussion über die Verknüpfung von Frieden und Menschenrechte ging über Grüne Kreise und sogar über die Bundesrepublik hinaus. Jürgen Fuchs und Roland Jahn leiteten in Westberlin einen alternativen Pressedienst, um Informationen der westlichen Medien auch für Oppositionelle in der DDR erreichbar zu machen. Diese „Kopierzeitschrift" genannt „Dialog" wurde unter anderem in den Büros von Abgeordneten der Grünen, die der Opposition in der DDR positiv gegenüber standen, vervielfältigt und konspirativ in die DDR eingeschleust. So fanden deren Auffassungen

35 Klaus Croissant u. a.: Zur Verknüpfung von Friedens- und Menschenrechtsfrage, in: Kommune 4, 1986, Nr. 5. 82-84.

36 Die Deutschlandpolitik der Grünen in den 80er Jahren, Dokumentation eines Diskussionsforums am 10. März 1994 in der Hessischen Landesvertretung Bonn, AGG, 17, 25-28; Dirk Schneider: An Petra, Marie-Luise, Gerd, Otto, Roland, Bonn, 7.1.84, A. Kelly, 350, AGG.

37 Klaus Croissant, Zur Verknüpfung von Friedens- und Menschenrechtsfrage, 82-84; „Da kommen mir die Tränen". Der inhaftierte Anwalt Klaus Croissant über Agenten, Stasi und Terrorismus, in: Der Spiegel, Nr. 46, 1992. 43, 148-152, 151.

trotz Einreiseverbote für die Grünen und ehemalige DDR-Bürger wie Fuchs und Jahn doch ihren Weg in die DDR. [38] Auf gleichem Wege kamen auch Reaktionen zurück. Nicht nur Jürgen Fuchs kritisierte in einem Leserbrief die Behauptung, die Friedensaktivisten im Osten dürften keine Schwierigkeiten haben mit den Vorschlägen der eigenen Regierung, wenn man im Westen doch auch die eigene Regierung kritisierte. Auch Mitglieder der DDR-Gruppe Initiative Frieden und Menschenrechte, die sich besonders durch den ersten Artikel angesprochen fühlten, schickten Leserbriefe.[39] Es war außerdem nicht das erste Mal, dass die Diskussion über die Deutschlandpolitik bei den Grünen über die Berliner Mauer hinweg geführt wurde. Vor allem deutschlandpolitische Aufsätze und DDR-Besuche von Schneider und seinen nahen Mitarbeitern provozierten durch Fuchs und Jahn vermittelte Reaktionen aus der DDR-Opposition.[40]

Wie eng Ost und West in der Bundesrepublik verknüpft waren, zeigt die Tatsache, dass die Wurzeln einiger westlicher Teilnehmer dieser Debatte im Osten lagen. Fuchs und Jahn traten als Exilanten für den Osten ein. Aber auch HoraĐek und Schneider kamen aus dem Ostblock, was offensichtlich also nicht unbedingt zu ähnlichen Haltungen gegenüber der ehemaligen Heimat führen musste. Außerdem könnten Schneider und Croissant, die nach 1989 beide als IM enttarnt wurden, auch vielleicht als Vertreter einer osteuropäischen Position bezeichnet werden – nämlich der offiziellen. Der Gegensatz zwischen DDR-regimefreundlicher und DDR-oppositions-freundlicher Politik bei den Grünen war aber reell und betraf nicht nur Informelle Mitarbeiter.[41]

Die Frage „Frieden oder Menschenrechte?" spielte eine Rolle in den linken Bewegungen in ganz West-Europa. Für den IKV war die Verhängung des Kriegsrechts in Polen der eye-opener, dass Frieden mehr sein müsste als der Abwesenheit von Krieg. Er erklärte öffentlich, sich dafür zu schämen, keinen Kontakt mit SolidarnoĐĐ aufgenommen zu haben, als es noch möglich gewesen wäre und versprach eine intensivere Beschäftigung mit den Oppositionellen in Osteuropa und ihren Wünschen. An der Basis wurde dieser Kurzwechsel in Richtung einer größeren Berücksichtigung der Menschenrechtsfrage oft nicht verstanden.[42] Viele andere Friedensbewegungen räumten auch nach 1981 dem Frieden Vorrang ein.[43] SolidarnoĐĐ-Vertreter

38 Uli Fischer u. a.: Was soll das Geholze. Croissant und andere (‚Kommune' 5/86) gefährden leicht einen grünen Grundkonsens,. In: Kommune 4, 1986, Nr. 6, 58-60.

39 Dialog 13/86, 1011 (1/5) B.II.3 Die Grünen im Bundestag 1994-1998, AGG. Beckmann, Fuchs und die Grünen, 60.

40 Briefe & Repliken, in: Kommune 4, 1986, Nr. 7, 80-81; Briefe & Repliken. in; Kommune 4, 1986, Nr. 9, 79-80.

41 Vgl. z. B. Ralf Hirsch/Peter Grimm/Reiner Dietrich: An Herrn Schnappertz, Berlin, den 2.02.1986, in: Dialog 5/86, 1011 (1/5) B.II.3 Die Grünen im Bundestag 1994-1998, AGG. Peter Grimm, Ralf Hirsch: Liebe Petra. Berlin, den 08.09.1985, 2244 A. Kelly, AGG.

42 Die Deutschlandpolitik der Grünen in den 80er Jahren, 45-48.

43 Van Diepen: Hollanditis, 175, 193-195, 344, 377-378, 389, 391. IKV, Mensenrechten en democratie in Europa. IKV-Minibrochure nr. 32 ('s Gravenhage 1986-1987) 14-18. Van den Berg, IKV, 27.

wie Minkiewicz und Zielonka versuchten also auch das osteuropäische Konzept der Unteilbarkeit von Frieden und Menschenrechten, was eines der Basiskonzepte des IKVs wurde, weitere Bekanntheit zu verleihen. „Frieden ist unteilbar", erklärte Minkiewicz in einer IKV-Publikation: „Wenn zwei streitende Nachbarn Frieden schließen, aber einer schlägt noch immer seine Kinder, dann besteht kein Frieden in der Straße."[44]

Ost-West Dialog

Vertreter der osteuropäischen Opposition im Westen versuchten sich in diese Diskussionen einzumischen und warben um Verständnis für die osteuropäische Sichtweise. Die Missverständnisse und Differenzen konnten aber am erfolgreichsten bekämpft werden in einem direkten Dialog zwischen Ost und West. Im Laufe der achtziger Jahre suchten mehr und mehr westliche Organisationen Kontakt zu osteuropäischen Oppositionsbewegungen, was eine intensive Auseinandersetzung mit dem Standpunkt des Anderen ermöglichte. Vor allem die westliche Friedensbewegung bemühte sich in den 1980er Jahren um eine Politik, die sie selbst „Entspannung von Unten" nannte. Nicht nur die Regierungen der Supermächte, sondern auch Menschen und Organisationen der beiden Blöcke sollten sich begegnen und austauschen, um auf diesem Wege die Spannungen und Feindbilder zwischen den Blöcken abzubauen.[45] Diese Ideen wurden in den Achtzigern von verschiedenen prominenten Vertretern der westlichen Friedensbewegung entwickelt, aber nicht von allen Mitgliedern geteilt.[46] Auch hier spielten verschiedene Ideen über Entspannung und Frieden eine wichtige Rolle. Der IKV und die Grünen waren zwei Vorreiter der westlichen Friedensbewegung in Sachen Ost-West-Kontakte und „Entspannung von Unten". Vor allem die Entwicklung des IKV, einer dominanten Organisation in der westlichen Friedensbewegung mit Vorbildfunktion, ist bemerkenswert.[47]

Bis zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 glaubte der IKV, dass der eigene Kampf gegen die amerikanische Raketenstationierung in Westeuropa die beste Unterstützung der osteuropäischen Opposition sei. 1982 aber begann der IKV eine inhaltliche Diskussion mit der Charta 77 zum Thema Frieden sowie über die bestehenden Missverständnisse[48] und stellte eine gemeinsame Erklärung mit dem SolidarnoĐĐ-Büro in Brüssel auf, welche die Gemeinsamkeiten, aber auch die Differenzen zwischen beiden

44 Schlaga/Spanger: Die Friedensbewegung und der Warschauer Pakt, 66-68.
45 Faber: De Invloed van Charta op IKV & Pax Christi, 1-2, 4-5. Minkiewicz, De Polen hun Polanditis, 1-2, 2. Weitere Beispiele: Zielonka, Pools Experiment, 222-235. Zielonka, Political Ideas, 171-182.
46 Mient Jan Faber: Strategieën voor de toekomst, in: Wim Bartels u. a. (Hg.): Tussen Oost en West Europa. Den Haag 1983, 102-121, 112. Van den Berg, IKV, 24.
47 Patrick Burke: A Transcontinental Movement of Citizens? Strategic Debates in the 1980s Western Peace Movement, in: Gerd-Rainer Horn, Padraic Kenney (Hg.): Transnational moments of change. Europe 1945, 1968, 1989. Lanham etc 2004. 189-206, 192-194.
48 Van Diepen, Hollanditis, 266, 278, 364, 366. Van den Berg , IKV, 21.

Organisationen klarmachte.[49] Auch stellte der IKV Kontakte zu kirchlichen Friedensgruppen in der DDR her, mit denen man sich sprachlich, religiös und thematisch verbunden fühlte.[50] Mit Oppositionsgruppen in Polen und der Tschechoslowakei bestanden größere Differenzen und hier spielten Vertreter der osteuropäischen Opposition im Westen wieder eine Rolle. Jan Minkiewicz, der Wert legte auf Kontakte zwischen der osteuropäischen Opposition und der westlichen Friedensbewegung, vermittelte bei der Gemeinsamen Erklärung von 1982 und arbeitete, als er später Vertreter der polnischen Friedensbewegung WolnoĐĐ i Pokój (WiP: Freiheit und Frieden) wurde, intensiv mit dem IKV zusammen.[51]

Neben Kontakten zu unabhängigen Basisgruppen bemühte der IKV, der sich mehr und mehr auch den politischen Dimensionen der Friedensfragen zuwandte, auch um Kontakte mit offiziellen Vertretern der Friedensbewegungen in diesen Ländern.[52] Solche zweigleisige Politik wurde von zahlreichen Bewegungen im Westen wie auch den Grünen und der PvdA einer endgültigen Entscheidung für eine der beiden Seiten vorgezogen. Die Grünen standen unter anderem in engen Kontakt mit der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR und unterstützten sie intensiv materiell. Fuchs und Jahn funktionierten als wichtige Verbindungslinien, wurden aber auch um Rat gefragt bei der Vorbereitung von Besuchen von offiziellen Stellen der DDR.[53]

Die Gewinnung großer Teile der Grünen und des IKV für die Idee der Unteilbarkeit des Friedens und die Unterstützung der Opposition in Osteuropa, galt nicht für die gesamte westeuropäische Friedensbewegung. Auf den internationalen Konferenzen des European Nuclear Disarmament Netzwerks END blieb der Streit darüber, welche Haltung man Osteuropa gegenüber einnehmen sollte, in den 1980er Jahre stets präsent.[54] Auf dem END Konvent in Perugia 1984 war Osteuropa nur durch offizielle Friedensräte und Aktivisten im Exil wie Roland Jahn vertreten. Obwohl die offiziellen Vertreter der Friedenspolitik des Ostblocks ohne Probleme in den Westen reisen konnten, wurde keinem der eingeladenen Vertreter der unab-

49 Verklaring van Charta 77. 15 november 1981; Verklaring van het Interkerkelijk Vredesberaad in Nederland; Open brief van Charta 77 aan het Vredesberaad IKV, Praag, 27 augustus 1982, in: Bartels: Tussen Oost en West Europa, 88-100.

50 First concept of a common declaration, Sol NL, 29. (END), Mient Jan Faber (IKV), Wim Bartels (IKV), Joint Communiqué, July 29, 1982 Brussels, Sol NL, 112, IISG. Gesprek in Brussel 29/7/'82, Mary Kaldor, MJF. WB en SolidarnoĐĐ, Christina (USA), Milewski, Jan, Janek (A'dam), IKV, 736, IISG. Interview Minkiewicz, 8 April 2010.

51 Beatrice de Graaf: Over de Muur. De DDR, de Nederlandse kerken en de vredesbeweging, Amsterdam 2004.

52 Piotr Niemczyk: Vrijheid en Vrede, Jan Minkiewicz, kontaktpersoon in Nederland, Vrede en vrijheid aan IKV/IKVOS, Amsterdam, 5 december 1985, IKV, 219, IISG. Jan Minkiewicz to the I.P.C.C., Amsterdam, 15.4.1986, IKV, 756, IISG. Interview Minkiewicz, 15 Juni 2010.

53 Faber, Strategieën, 113-114, 116-118. Bert van Duijn: Wij mogen de Polen niet opofferen aan de blokpolitiek. De nieuwe strategie van de vredesbeweging. Hervormd Nederland 9/1/82.

54 Beckmann, Fuchs und die Grünen, 60-62. Ulrike Poppe: „Die Unterstützung die wir brauchten." Petra Kelly und die Oppositionellen in der DDR, in: Ralf Fücks/Barbara Unmüßig (Hg.): Petra Kelly. Eine Erinnerung, Berlin 2007, 70-73.

hängigen Friedensbewegung die Ausreise genehmigt. Eine wachsende Minderheit war unzufrieden mit dieser Asymmetrie und gründete 1984 ein Netzwerk für den Ost-West-Dialog. IKV und die Grünen beteiligten sich nur als Beobachter am Netzwerk, aber einzelne Mitglieder beider Organisationen wurden auf eigene Verantwortung Teil des Netzwerks.[55] Das END Netzwerk selber bewegte sich aber in eine andere Richtung. Ein Teil der bei der END angeschlossenen politischen Parteien und größere Friedensbewegungen sahen ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal als Priorität. Dafür waren die osteuropäischen offiziellen Organisationen die besten Ansprechpartner. Für den Konvent in Coventry 1986 wurden also neben den offiziellen Friedensräten auch die osteuropäischen kommunistischen Parteien eingeladen. Die Mitglieder des Netzwerks für den Ost-West-Dialog im END protestierten.[56] Jan Minkiewicz vertrat sogar die Position von WiP in den Organisationstreffen des END und versuchte hier Einfluss zu nehmen. Letztendlich wurden die polnischen und tschechoslowakischen Parteien nicht eingeladen, um WiP und Charta nicht gegen sich auf zu bringen.[57] Die SED war aber willkommen und die eingeladenen Vertreter der inoffiziellen DDR-Friedensgruppen zogen aus Protest ihre, ohnehin nicht vom Staat genehmigte, Teilnahme zurück.[58] Im Dialog zwischen Ost und West konnten Exilanten und osteuropäische Bewegungen also in geringem Maße Einfluss nehmen, größere Entwicklungen waren jedoch nicht aufzuhalten. Mehr als zuvor konzentrierte sich die Bemühungen um eine „Entspannung von Unten" im END auf das Netzwerk für den Ost-West-Dialog.

Fazit

Anhand einiger Beispiele habe ich versucht, die Hauptthemen meines Promotionsvorhabens zu erläutern. Lässt man staatliche Grenzen und andere Hindernisse einmal außer Acht, so wurden anfänglich die Kontakte von unten zwischen Ost und West erschwert durch die Kontroversen über den Zusammenhang von Frieden, Freiheit und Détente sowie die Besetzung von Themen wie Menschenrechte und SolidarnoĐĐ durch die Rechte. Für einen Teil der linken Bewegungen war die Verhängung des Kriegsrechts in Polen der Auslöser, um sich mehr mit Osteuropa zu beschäftigen. In anderen Teilen der linken Bewegungen blieb die Zusammenarbeit mit Oppositionel-

55 Burke: A Transcontinental Movement of Citizens?, 192-193, 200-203.
56 Faber: Vooruitgeschoven spionnen, 107-113. European Network for the East-West Dialogue. Vorstellung des Netzwerks und des Forums, IKV, 554, IISG.
57 Burke: A Transcontinental Movement of Citizens?, 189-190. European Network for East-West Dialogue, Protokoll des Netzwerk-Koordinationstreffens in Amsterdam am 14./15. Februar '87, GPo 14, Robert Havemann Gesellschaft (RHG), Berlin.
58 WolnoĐĐ i Pokój, Jan Minkiewicz: Dear Lena, Amsterdam, April 6th 1987, Sol NL 135, IISG. WolnoĐĐ i Pokój, Jan Minkiewicz: To the E.N.D. Liaison-Commitee, Warsaw, 2 April 1987, Sol NL, 139, IISG. Minutes of the meeting at Coventry, Wednesday 15 July, Sol NL, 113, IISG. Minutes of the END Liaison Committee meeting in Brussels on 4/5 April 1987, PvdA, 2575, IISG.

len aufgrund von Differenzen bezüglich Entspannungs- und Abrüstungsfragen umstritten. Allerdings intensivierte sich in den 1980er Jahren der Austausch von Ideen zwischen Ost und West, wobei die eigenen Standpunkte über Frieden, Freiheit, Abrüstung und Entspannung in Frage gestellt wurden. Ein Teil der westlichen Friedensbewegung ließ sich von der osteuropäischen Idee der Unteilbarkeit des Friedens überzeugen, ein anderer Teil blieb kritisch. Auf jeden Fall entstand auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs bei den Aktivisten, die sich diesen Fragen gegenüber offen zeigen, ein größeres Verständnis für die Hintergründe und Ursachen der Verschiedenheit der Auffassungen zu diesen Themen.

Exilanten haben versucht, auf die osteuropäische Sichtweise aufmerksam zu machen. Auch vertraten sie auf internationalen Veranstaltungen die Friedens- und Menschenrechtsbewegungen im Heimatland. Dabei konnten sie durch persönliche Kontakte individuelle Mitglieder überzeugen, aber nie die gesamte Ost-West-Debatte in einer Organisation bestimmen. Erfolgreicher waren sie als Vermittler direkter Kontakte zwischen der Friedensbewegung und den Bewegungen im Heimatland. Fuchs, Jahn und Minkiewicz haben hier u. a. eine sehr wichtige Rolle gespielt. Damit haben diese Einzelpersonen zum Entstehen eines Ost-West-Dialogs und zu einem besseren Verständnis zwischen den Blöcken über die Mauer hinweg beigetragen.

Nichtsdestotrotz verloren die Gegensätze Frieden oder Freiheit und Entspannung bzw. Solidarität nicht an Aktualität und kehr(t)en in jeder internationalen Krise zurück. Die Trennungslinien aus dem letzten Jahrzehnt des Kalten Krieges sind größtenteils gewahrt geblieben: „Ich glaube, der alte Konflikt zwischen einer Denkweise der deutschen Sozialdemokratie und der polnischen Opposition ist beim Streit um das Vorgehen in Irak wieder zum Vorschein gekommen“, erkannte Michnik 2003. Dass in den 1080er Jahren bei einigen Westeuropäern mehr Verständnis für die osteuropäische Auffassung aufkam, zeigt die Ausnahmeposition von Mient Jan Faber. Die Differenzen zwischen Ost und West, die weit in die Vergangenheit zurück griffen, waren damit aber noch nicht überwunden: „Die SPD hatte immer diese Idee, man könne die Despoten weich machen“, Michnik zufolge: „Ich habe diese Politik immer für einen intellektuellen und politischen Fehler gehalten.“[59]

59 Gerd Poppe: Vorbemerkung, Berlin (DDR), d. 22.6.87, OWK 10, RHG. To Liaison Committee of the European Nuclear Disarmament Convention, Lieber Jan Turf, 28. Mai 1987, RJ 20, RHG.

Julia Metger

„Die sieben noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe forderten am Donnerstag ...“[1]

Auslandskorrespondenten und Dissidenten in Moskau, 1966-1980

Als Andrej Sacharow, Atomphysiker und Friedensnobelpreisträger, am 22. Januar 1980 in Moskau verhaftet und – wie sich nach anfänglicher Unklarheit schon in den folgenden Stunden und Tagen herausstellte – zusammen mit seiner Ehefrau, Elena Bonner, in die für Ausländer gesperrte Stadt Gorki verbracht wurde, meldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung dies am nächsten Morgen in einem langen Artikel auf Seite 1. Am Tag darauf, dem 24. Januar, galt beinahe die gesamte erste Seite diesem Ereignis. Auch an den folgenden Tagen waren die vorderen Seiten des Politikteils der FAZ von Berichten des Moskauer Korrespondenten Leo Wieland geprägt. Wieland hatte bereits am Tag nach der Verhaftung an der Pressekonferenz von Sacharows Schwiegermutter teilgenommen und dort neben Neuigkeiten über das Ehepaar eine schriftliche, an die Weltöffentlichkeit gerichtete Erklärung Sacharows erhalten, in der dieser unter Berufung auf sowjetisches Recht und Gesetz sowie auf die international verbürgten Menschenrechte einen fairen Prozess anstelle einer heimlichen Entführung forderte. Die Korrespondenten der Times aus London und der New York Times berichteten auf der gleichen Quellenbasis und mit dem gleichen, den bürgerrechtlichen Forderungen Sacharows breiten Resonanzboden bietendem Tenor.[2]

1 AP/dpa/Reuter: Zwei weitere Mitglieder der georgischen „Helsinki-Gruppe“ verurteilt, in: FAZ, 20. Mai 1978, 5.

2 Leo Wieland: Nobelpreisträger Sacharow in Moskau verhaftet, in: FAZ, 23. Januar 1980, 1; Leo Wieland: Als er mit dem Fahrstuhl unten ankam sah Andrej Dmitrijewitsch den Polizeiwagen, in: FAZ, 24. Januar 1980, 3; Michael Binyon: Dr. Sakharov stripped of honours and exiled to closed city, in: Times, 23. Januar 1980, 1; Craig Whitney: Sakharov Arrested by Soviet and Sent to Restricted City, in: NYT, 23. Januar 1980; vgl. ausführliche Berichterstattung am 24. und 25. Januar 1980 in der FAZ, der Times und der New York Times. In den direkten Zitaten der angloamerikanischen Zeitungen erscheinen die Namen in der gängigen englischsprachigen Transkription, in den direkten Zitaten der deutschen Zeitung in der deutschsprachigen Transkription. Letztere übernimmt die Verfasserin in ihrem Text,

Die Intensität der Berichterstattung deutet darauf hin, dass sie sich an eine interessierte, mit den Dissidenten vertraute westliche Leserschaft wandte. Sie lässt vermuten, dass Nachrichten schnell und zuverlässig von Ost nach West flossen und dass es als gemeinsames Ziel galt, die Bürger- und Menschenrechte zu wahren und die im KSZE-Prozess formulierten Werte einzufordern. Eine solche Offenheit und Einhelligkeit war aber während des Ost-West-Konflikts bei weitem keine Selbstverständlichkeit. Daher stellt sich die Frage nach der Entwicklung des Informationsübermittlung und der Verflechtung zwischen den beiden Teilen Europas während der späteren Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts, die im Folgenden am Beispiel einer Mikrostudie zur Presseberichterstattung aus Moskau in den späten 1960er und 1970er Jahren untersucht wird.

Die Geschichtswissenschaft widmet dem Umstand, dass der Ost-West-Konflikt die transnationale Vernetzung Europas über den „Eisernen Vorhang" hinweg nicht zum Erliegen brachte, zur Zeit einige Aufmerksamkeit. Neben komparativen Analysen richtet sich das Augenmerk auf rezeptions-, transfer- und verflechtungsgeschichtliche Fragestellungen.[3] Vor dem Hintergrund der internationalen Détente, der Neuen Ostpolitik der Bundesregierung und ihren Ostverträgen, des Prager Frühlings und der prägenden Ereignisse von 1968 in Ost und West waren die Gesellschaften Osteuropas wieder in das Blickfeld der westlichen Öffentlichkeiten gerückt. Schlüsselereignisse wie der Sinjawski-Daniel-Prozess von 1966, der Prager Frühling und seine Niederschlagung 1968 sowie der durch Solschenizyns Veröffentlichungen und Exilierung verursachte „Gulag-Schock" lösten in den westlichen Gesellschaften Auseinandersetzungen und Denkprozessen aus.[4] Zwar untersuchen mehrere Studien die transnationale Kommunikation mittels der westlichen Medien oder des aus Osteuropa kommenden Tamizdat und Samizdat, nehmen aber zum einen nur selten eine präzise zeitliche Verortung vor und konzentrieren sich zum anderen auf Ostmitteleuropa.[5] Auf einen zeitlich eingrenzbaren Entwicklungsprozess weist hingegen der Begriff vom „Helsinki-Effekt" hin, der prägnant eines der dominierenden, wenn

obwohl sie von der wissenschaftlichen Transkription abweicht, da diese Schreibweise aus der Presse geläufig ist.

3 Vgl. die Beiträge der Konferenz des ZZF Potsdam und DHI Warschau: Opposition transnational. Die Menschenrechts- und Demokratiebewegungen Mittel- und Osteuropas aus transfer- und verflechtungsgeschichtlicher Perspektive. Warschau 17.-19. September 2010; Beiträge zum Rahmenthema „West-Ost-Verständigungen im Spannungsfeld von Gesellschaft und Staat seit den 1960er Jahren", Archiv für Sozialgeschichte 2005.

4 Ulrike Ackermann: Sündenfall der Intellektuellen. Ein deutsch-französischer Streit von 1945 bis heute, Stuttgart 2000; Sonja Hauschild: Propheten oder Störenfriede? Sowjetische Dissidenten in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich und ihre Rezeption bei den Intellektuellen (1974-1977), Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa 2007; Robert Horvath: „The Solzhenitsyn Effect": East European Dissidents and the Demise of the Revolutionary Privilege, in: Human Rights Quarterly 2007/4, 879-907.

5 Christian Domnitz/José Faraldo/Paulina Gulińska-Jurgiel (Hg.): Europa im Ostblock. Vorstellungen und Diskurse (1945-1991), Köln 2008.

auch häufig implizit bleibenden Narrative abbildet:[6] Nachdem 35 Staaten aus Nordamerika und Europa, einschließlich der Sowjetunion, am 1. August 1975 in Helsinki die KSZE-Schlussakte unterzeichnet hatten, erlangte diese eine vorher ungeahnte Wirkung. Im transnationales Zusammenspiel zwischen den östlichen oppositionellen Bewegungen und der westlichen Politik einerseits sowie der westlichen Öffentlichkeit andererseits forderten sie die in der Schlussakte verbürgten Werte von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und internationalem Informationsfluss gegenüber den sozialistischen Regierungen ein. Dadurch entwickelte sich ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ein unerwarteter Wandel in den internationalen Beziehungen sowie ein politisch-gesellschaftlicher Wandel innerhalb der Staaten im östlichen Europa. Die Wirkung dieses Helsinki-Prozesses war in den Ländern besonders stark, in denen sich bereits zuvor in dem jeweiligen osteuropäischen Land eine sich für Bürger- und Menschenrechte engagierende Basis herausgebildet hatte. Dies war vor allem in Polen, in der Tschechoslowakei und in der Sowjetunion seit den späten 1960er Jahren der Fall.

In der Sowjetunion entwickelte sich nach dem Ende der Chruschtschowschen Tauwetterphase ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ein neues Phänomen politischer Dimension. Für die Herausbildung des sowjetischen Dissens[7] zu einem sichtbaren, bürger- und menschenrechtszen-

6 Daniel C. Thomas: The Helsinki Effect. International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism, Princeton 2001; Sylvia Rohde-Liebenau: Menschenrechte und internationaler Wandel. Der Einfluss des KSZE-Menschenrechtsregimes auf den Wandel des internationalen Systems in Europa, Baden-Baden 1996. Diejenigen Fragestellungen, die grassroots-Ansätze verfolgen und eher auf die zivilgesellschaftlichen Bewegungen blicken, argumentieren ähnlich, wenn auch vor allem für die 1980er Jahre. Sie sprechen zwar der KSZE nicht allzu viel unmittelbaren Einfluss zu, aber sie gehen von einer „Entspannung von unten“ aus, wie sie sinnbildlich in der Forderung von 1986 „Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben füllen“ zum Ausdruck kam. Dieses Bestreben führte die zivilgesellschaftlichen Bewegungen aus beiden Teilen Europas zusammen, vgl. z.B. Christian Domnitz: Das Europa der Bürgerrechtler., in: Themenportal Europäische Geschichte 2007, www.europa.clio-online.de/2007/Article=212.

7 Während – wie das hier untersuchte Beispiel zeigt – sich die Begrifflichkeit des Dissens für das in der Sowjetunion zu beobachtende Phänomen in der zeitgenössischen Medienberichterstattung erst allmählich ausprägte, wird sie heute in der deutsch- und der englischsprachigen Forschungsliteratur mit einer klaren Bedeutung verwendet. Pollack und Wielgohs diskutieren die Begrifflichkeiten „Dissens“ und „Dissidenten“ und „politische Opposition“. Ihr Text ist zwar in englischer Sprache verfasst, die Übersetzung der Begriffe ins Deutsche ist jedoch unproblematisch, da jeweils korrespondierende Begriffe existieren, die ohne relevant abweichende Konnotationen verwendet werden. Dissens bezieht sich demnach vor allem auf das intellektuelle Hinterfragen der offiziellen ideologischen Doktrin der Partei, häufig von einer Position aus, die zunächst auf das Abweichen der sozialistischen Herrscher von ihren eigenen Idealen reagierte. Der Begriff soll jedoch nicht von sich aus eine bestimmte ideologische Orientierung implizieren, sondern die Artikulation von intellektueller Kritik aus verschiedenen Geisteshaltungen heraus umfassen, die eine Gegenöffentlichkeit zur staatlichen kontrollierten Kommunikationssphäre ermöglichten. Der Begriff „Opposition“ bezieht sich hingegen auf Gruppen, die durch organisierte gemeinsame Aktivitäten nicht nur ihre persönlichen Freiheiten innerhalb der bestehenden Ordnung ausweiten, sondern auch öffentlich die Legitimität des bestehenden Regimes in Frage stellen wollten. Der Übergang von Dissens und Opposition war inhaltlich und zeitlich fließend. Pollack und Wielgohs heben hervor, dass die wissenschaftlichen Kategorien oft den Selbstzuschreibungen der Akteure nicht entsprachen. Viele Gruppierungen sahen

trierten Phänomen wird im Allgemeinen der Schriftstellerprozess gegen Sinjawski und Daniel von 1966 als Ausgangspunkt gesehen.[8]

Trotz der wichtigen Rolle, die sie den frühen bürgerrechtsbasierten Bewegungen zusprechen, fokussieren die Studien zum Helsinki-Effekt auf die Jahre nach 1975. Eine präzise Untersuchung der blockübergreifenden Interaktionen in den Vorjahren beinhalten sie nicht, obwohl sie nicht verkennen, dass die dissidentischen Entwicklungen nicht erst nach der Unterzeichnung der KSZE-Akte sondern bereits in den Jahren zuvor die westlichen Gesellschaften mit der Frage nach Recht und Gerechtigkeit in den östlichen Staaten konfrontiert und zu heftigen Diskussionen und Denkprozessen geführt hatten.

Um konkrete Aspekte des transnationalen Zusammenspiels „vor Helsinki" zu beleuchten, richtet sich hier der Blick auf die Presseberichterstattung der westlichen Auslandskorrespondenten in Moskau, mit der sie die breitere westliche Öffentlichkeit über die Entwicklungen in der Sowjetunion informierten. Die Auslandskorrespondenten arbeiteten an einer Schnittstelle zwischen Ost und West, denn sie waren einerseits in die westlichen Diskurse zur Détente und zur Rezeption der verstörenden Veröffentlichungen über den Archipel Gulag eingebunden, welches ihre Perspektive und ihre Berichterstattung prägte. Andererseits nahmen sie so intensiv wie nur wenige andere westliche Ausländer an den Moskauer Diskussionen teil. Sie waren praktisch ebenso wie in die Kommunikationsnetzwerke auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs eingebunden – wobei sie sich dies für die östliche Seite erst, und immer wieder aufs Neue, erarbeiten mussten. Mit Blick auf ausgewählte Momente in der Berichterstattung über den Dissens wird im Folgenden herausgearbeitet, auf welche Informations- und Kontaktnetzwerke sich die Journalisten beriefen und wie sie die sowjetischen Protagonisten und deren Forderungen charakterisierten. Als Kristallisationspunkte können die immer wieder stattfinden Gerichtsverfahren gegen einzelne Dissidenten und Bürgerrechtler gelten, denn hier berichteten die verschiedenen Auslandskorrespondenten zeitgleich über dasselbe Ereignis, wobei ihnen ihre Sonderstellung als westliche Ausländer vor Ort

---

sich selbst nicht als oppositionell, handelten aber de facto so. Andere sahen sich als oppositionell, waren aber Teil des Staatsapparats, von dessen harter Linie sie allerdings abwichen. Detlef Pollack/Jan Wielgohs: Introduction. In: dies. (Hg.): Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition, Aldershot u. a. 2004, IX-XVIII.

8 Vgl. z.B. zuletzt Wolfgang Eichwede: „Entspannung mit menschlichem Antlitz". Die KSZE, die Menschenrechte und der Samizdat, in: Osteuropa 2010/11, 59-83. Für einen Überblick zum Phänomen des Dissens vgl. Dietrich Beyrau: Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985, Göttingen 1993; Wolfgang Eichwede (Hg.): Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa, Bremen 2000; Detlef Pollack/Jan Wielgohs (Hg.): Dissent and Opposition in Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition, Aldershot u.a. 2004; Hans-Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März (Hg.): Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975-1989, Köln u.a. 2007. Für einen bibliographischen Überblick siehe ferner Forschungsstelle Osteuropa (Hg.): Das Andere Osteuropa in den 1960er bis zu den 1980er Jahren. Berichte zur Forschungs- und Quellenlage, Bremen 2008.

eine besondere Deutungs- und Multiplikatorenwirkung gab. Diese Analyse bezieht die Wahrnehmung und das In-Worte-Fassen durch die Korrespondenten in Moskau ein, nicht aber die Rezeption und die Reaktionen in den westlichen Öffentlichkeiten. Grundlage der folgenden Analyse sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die New York Times (NYT) und die Times aus London. Die drei Zeitungen hatten durchgängig eigene Korrespondenten in der sowjetischen Hauptstadt positioniert. Sie gelten international als „newspapers of reference“, ohne in ihrer politischen Ausrichtung deckungsgleich zu sein. Durch diesen präzisen Blick auf die Mikroebene wird die Entwicklung einer signifikanten tragfähigen Vernetzung in Moskau bereits in den Jahren „vor Helsinki“ deutlich.

1966 – „Die unbequemen Autoren – Gerüchte um die sowjetischen Schriftsteller Sinjawski und Daniel“[9]

Im Februar 1966 fand in Moskau der später so bezeichnete „Erste Schriftstellerprozess“ gegen die sowjetischen Autoren Andrej Sinjawski und Juli Daniel statt. Sinjawski und Daniel hatten in den Vorjahren unter den Pseudonymen Abram Tertz und Nikolaj Arschak literarisch-satirische Texte im Westen veröffentlicht, weshalb sie nun unter der Anschuldigung, antisowjetische Propaganda verbreitet zu haben, vor Gericht standen. Die Nachricht über die Inhaftierungen hatte schon längst den Protest internationaler Schriftsteller hervorgerufen, als die Moskauer Korrespondenten sie Wochen nach dem Ereignis im Herbst 1965 als zutreffend bestätigten konnten. Der FAZ-Korrespondent Hermann Pörzgen berichtete noch am 10. November 1965:

> **Seit einigen Wochen hält sich in Moskauer literarischen Kreisen hartnäckig das Gerücht, es sei den zuständigen sowjetischen Stellen gelungen, einen Autor zu entlarven, der unter dem Decknamen Abram Terz seit 1959 verschiedene antisowjetische Schriften ins Ausland geschmuggelt und dort veröffentlicht hatte. […] Ende September soll nun der vierzigjährige Moskauer Literaturkritiker Alexej Sinjawski verhaftet worden sein. Angeblich hat er gestanden, mit Terz identisch zu sein. […] Gleichzeitig mit Sinjawski soll unter ganz ähnlichen Vorwürfen Ende September auch der Schriftsteiler Jury Daniel verhaftet worden sein.**[10]

Eine offizielle Mitteilung über den Fall lag Pörzgen nicht vor. Ihm schien bedenklich, „daß sich ständig neue Informationen über das schwebende

9 Hermann Pörzgen: Die unbequemen Autoren – Gerüchte um die sowjetischen Schriftsteller Sinjawski und Daniel, in: FAZ, 10. November, 24 (Feuilleton).
10 Ebd.

Verfahren gegen [Sinjawski] gerüchteweise verbreiten".[11] Dass sich Pörzgen bei beiden Vornamen irrt, zeigt, wie wenig die beiden Autoren zu diesem Zeitpunkt bekannt waren. Im Dezember meldeten die NYT und die Londoner Times, ein sowjetischer Regierungssprecher habe die Inhaftierungen der beiden Schriftsteller bestätigt, aber keine Auskunft über ein anstehendes Gerichtsverfahren gegeben.[12] Als keine zwei Wochen später, am 5. Dezember, dem „Tag der sowjetischen Verfassung", ungefähr zweihundert Demonstranten ein öffentliches Gerichtsverfahren für die beiden Schriftsteller und die Respektierung der Verfassung forderten, berichtete die NYT hierüber ausführlich, wobei sie sich allerdings vage und geheimnisvoll auf „reliable sources" und „authoritative sources" berief.[13]

Die Distanz zu den Ereignissen und den betroffenen Personen, die Unbestimmtheit in den Nachrichtenquellen und das Zögern, diesen zu vertrauen, lässt sich im Herbst 1965 bei allen drei Zeitungen beobachten. Dies veränderte sich in den folgenden Monaten, als die beiden Schriftsteller vor Gericht standen. Die Verhandlung begann am 10. und endete am 14. Februar 1966, als der Oberste Gerichtshof der sowjetischen Russischen Föderation (RSFSR) die beiden Anklagten der „antisowjetischen Propaganda und Agitation" für schuldig befand. Das Gericht verurteilte Sinjawski zu sieben und Daniel zu fünf Jahren Arbeitslager. Die Urteile stießen auf vehemente Kritik von westeuropäischen und nordamerikanischen Schriftstellern. Vehemente Kritik kam gleichzeitig von Seiten kritischer sowjetischer Intellektueller, die ihren Protest international publik machen ließen. Einige Woche nach dem Prozess, im März, 1966 unterschrieben über vierzig junge sowjetische Schriftsteller einen Protestbrief an ihre Regierung, der in der westlichen Presse abgedruckt wurde. Eine andere Gruppe junger Sowjet-Bürger ließ über eine britische Zeitschrift einen „Hilferuf" veröffentlichen, der einen Appell an „die freie Welt" beinhaltete und die „Sorge um die Kultur in Russland" formulierte.[14] Eine Reihe von westlichen Zeitungen veröffentlichte im Laufe des Frühjahrs Protokolle des Prozesses. Alexander Ginsburg stellte eine Dokumentation des Gerichtsverfahrens zusammen, die 1967 unter anderem auf Deutsch in der Bundesrepublik erschien. Die Übermittler der sowjetischen Dokumente blieben in der Regel anonym, stammten aber vermutlich zumindest zum Teil aus dem Netzwerk der Pariser Zeitschrift „Kultura".[15]

Innerhalb Moskaus begleitete eine Reihe von beispiellosen Ereignissen die Gerichtsverhandlung. Vor dem Gerichtsgebäude versammelten sich Familienangehörige und Freunde der beiden Angeklagten, ferner rund dreißig Studierende, die Passanten in Diskussionen über die literarische Freiheit

11 Ebd.
12 Reuters: Investigation of 2 Writers Goes On, Soviet Aide Says, in: NYT, 9. Dezember 1965.
13 Peter Grose: Noted Poet Detained In Moscow Protest, in: NYT, 18. Dezember 1965.
14 AP-Meldung: Ein Hilferuf, FAZ, 11. Februar 1966, 28.
15 „Sinyavsky's defence speech quoted by newspaper", Rom-Korrespondent, Times vom 25. Februar 1966, 10; „40 Russian writers protest", Monitor, Times, 16. März 1966, 11; The Trial of Sinyavsky and Daniel, in: NYT, 17. April 1966.

zu verwickeln versuchten. Ob derartige Unterstützung bereits bei früheren Gerichtsverfahren in den 1960er Jahren stattfand, konnten die Auslandskorrespondenten nicht sagen, denn bis zum Sinjawski-Daniel-Prozess war keiner von ihnen dabei gewesen, der darüber hätte berichten können.[16] Nun jedoch waren westliche Pressevertreter anwesend und bemühten sich, Zugang zur Verhandlung zu erhalten. Dies verweigerten die sowjetischen Beamten mit der fadenscheinigen Begründung des Platzmangels. Wie in den folgenden Jahren mussten die Journalisten daher vor dem Gerichtsgebäude ausharren, welches ihre Berichterstattung entscheidend prägte. Sie standen nun am gleichen Ort wie die Unterstützer der jeweiligen Angeklagten, beobachteten die Proteste und kamen allmählich mit den Protestierenden ins Gespräch. Schon am ersten Verhandlungstag ließ der NYT-Korrespondent Peter Grose erkennen, dass er als Augenzeuge vor Ort war:

> **About 30 young people, many of whom had been students in Mr. Sinyavsky's classes at the Institute of World Literature, paced in the freezing cold outside the five-story yellow courthouse in a side street. They openly expressed their sympathy for the popular 40-year-old lecturer on trial inside.[17]**

Die Nachricht, dass die beiden Angeklagten sich nach dem Verlesen der Anklageschrift für nicht schuldig erklärt hatten, sprach sich schnell unter den Korrespondenten herum, als Quelle konnten sie jedoch nur „word of mouth“ angeben.[18] Für die Beschreibung dessen, was sich im Verhandlungsraum abspielte, verließen sie sich weiterhin auf die Mitteilungen der staatlichen sowjetischen Journalisten und Nachrichtenagenturen. Am folgenden Verhandlungstag überlagerte die Beschreibung der Diskussion vor dem Gebäude diejenige über die Vorgänge drinnen. Grose hörte Bruchstücke aus den Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der beiden Schriftsteller und den Komsomolmitgliedern.[19] Am dritten Verhandlungstag schließlich standen die protestierenden Studierenden klar im Zentrum und nicht mehr am Rande der Aufmerksamkeit. Groses Beschreibung begann so, wie diejenige von den Tagen zuvor, nahm dann aber eine deutliche Wendung:

> **On several days this week a shivering band of youths congregated in a Moscow sidestreet, gazing with apprehension at the**

16 Grose gibt Hinweise sowjetischer Intellektueller darauf wider, dass der Sinjawski-Daniel-Prozess immerhin die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit gefunden habe, während viele andere unbekannt geblieben seien, vgl. Peter Grose: Two Score Writers' Trial, in: NYT, 21. Februar 1966.

17 „2 Soviet Writers Plead Not Guilty“, Peter Grose, in: NYT vom 11. Februar 1966, 1.

18 Peter Grose: Soviet Reported Tightening Surveillance Over Nonconformist Intellectuals, in: NYT, 17. Februar 1966.

19 Peter Grose: Accused Soviet Writers Appeal at Trial for Artistic Freedom, in: NYT, 12. Februar 1966.

> **heavily curtained windows of a Soviet courtroom. […] Presumably there were police informers outside the courtroom too, carefully noting the identity of the students who dared to express their sympathy for a man who stood up and defied Soviet law. But the students were there anyway, and they were unambiguous in telling reporters where their sympathies lay.[20]**

Nach der Urteilsverkündung verhinderten Komsomolmitglieder das Gespräch zwischen den Ehefrauen der Angeklagten, die aus dem Gerichtssaal kamen, mit den wartenden Korrespondenten.[21] Dies überschattet das Novum jedoch nicht, dass sich beim Schriftstellerprozess im Jahr 1966 einige Korrespondenten als Augenzeugen am Ort des Geschehens einfanden, in Kontakt zu protestierenden sowjetischen Bürgern traten und erste Gesprächsverbindungen zu Familien und Unterstützern der Angeklagten knüpften.

Die Berichterstattung der drei Zeitungen lag weit auseinander und lässt erkennen, dass neben den politischen Schwerpunktsetzungen der Zeitungen ihre personelle Besetzung in Moskau und deren Engagement maßgeblich waren. Am intensivsten, wenngleich mit einigen Redundanzen, berichtete der NYT-Korrespondent Peter Grose, am dünnsten fiel die Berichterstattung in der FAZ aus, deren Korrespondent Hermann Pörzgen in den entscheidenden Wochen nicht im Moskau war. Die FAZ druckte daher vor allem Agenturmeldungen der Deutschen Presseagentur (dpa), der Associated Press (AP) oder United Press International (UPI), die Detailwissen aufgriffen, das ihre Mitarbeiter nur vor dem Gerichtsgebäude erwerben konnten.[22] Erst eine Woche nach Ende des Gerichtsverfahrens fand sich in der FAZ ein namentlich gezeichneter Artikel vom Frankfurter Feuilletonchef Karl Korn – jedoch nicht im Politikteil der Zeitung sondern im Feuilleton.[23] Inhaltlich fällt auf, dass die Zeitungen die beobachteten Ereignisse unterschiedlich werteten. Dabei verwandte die NYT ein Vokabular von „liberal intellectuals" und „new rebels", die Times sprach von „coercion to silence akward voices" und „police action against dissident intellectuals", die FAZ von einem Gerichtsverfahren gegen „unbequeme Autoren" und „Schriftsteller". Obwohl die angloamerikanischen Korrespondenten bereits jetzt den Begriff des Dissens verwendet – „Russians Can Dissent, But" lautete die Überschrift in Groses prozessbegleitendem Artikel vom 13. Februar[24] – so entsprach dieser nicht dem späteren Sprachgebrauch der Sym-

20 Peter Grose: Russians Can Dissent, But, in: NYT, 13. Februar 1966.
21 Peter Grose: 2 Soviet Authors are Convicted, in: NYT, 15. Februar 1966.
22 dpa/AP: Der Moskauer Literaturprozess, in: FAZ, 11. Februar 1966, 28
23 Karl Korn: „Der Prozess beginnt" – Vermutungen über die Hintergründe des Prozesses gegen Sinjawskij und Daniel, in: FAZ, 21. Februar 1966, 24 (Feuilleton).
24 Peter Grose: Russians Can Dissent, But.

bolfigur des Dissidenten, sondern bezog sich auf die Abweichung von der normsetzenden Parteilinie.[25]

1968 – „Crowd Argues the Case as Litvinov Stands Trial“[26]

Im Laufe des Jahres 1967 erfolgten mehrere Verhaftungen im Zusammenhang mit den Protesten von Studenten, Wissenschaftlern und Literaten gegen die Verurteilung von Sinjawski und Daniel. Auf die Demonstrationen und Appelle, die diese Verhaftungen begleiteten und sich auf sowjetisches Recht und Gesetz beriefen, reagierten die Behörden wiederum mit weiteren Festnahmen.

Das Gerichtsverfahren gegen Pawel Litwinow, Physiker und Enkel des früheren sowjetischen Außenministers, und Larissa Bogoras-Daniel, Philologin und Ehefrau des 1966 verurteilten Juli Daniel, sticht durch seine Medienwirksamkeit hervor. Obwohl insgesamt fünf Intellektuelle angeklagt waren, konzentrierten sich die westlichen Medien auf „Litwinow und Frau Daniel“, wie die Korrespondenten sie nannten. Beide hatten bereits Anfang des Jahres einige Aufmerksamkeit erhalten, als sie gegen den damaligen Prozess gegen Alexander Ginsburg, Herausgeber der Dokumentation zum Sinjawski-Daniel-Prozess, protestierten. Litwinow sandte Ginsburgs Schlussplädoyer in den Westen und übergab wenig später den Moskauer Auslandskorrespondenten eine Protestresolution zur Veröffentlichung, welche die Neuaufnahme des Prozesses unter Einhaltung der gesetzlichen Normen und im Beisein internationaler Beobachter forderte. Am 25. August 1968 demonstrierten dann Pawel Litwinow, Larissa Daniel und fünf weitere Personen vor der Basilius-Kathedrale auf dem Roten Platz gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei. Ihre Verhaftung erfolgte umgehend, die ausländischen Pressevertreter wussten bereits am folgenden Tag davon und ab dem 27. August veröffentlichten ihre Zeitungen die Nachricht. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen „antisowjetischer Agitation“ in Verbindung mit „Gruppenaktivität, die zu grober Störung der öffentlichen Ordnung führte“. Mitte Oktober verkündete das Moskauer Gericht die Urteile und verhängte fünf Jahre Verbannung gegen Litwinow und vier Jahre Verbannung gegen Larissa Daniel. Die Gerichtsverhandlung fand wie zuvor unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der westlichen Journalisten statt. Familie, Freunde und Unterstützer der Angeklagten, insgesamt weit über hundert Personen, protestierten vor dem Gerichtsgebäude.

25 Monitor: Russian Writers Declare Their Innocence, in: Times, 11. Februar 1966, 12; Monitor: Russian Writers Say They Had No Political Motives, in: Times, 12. Februar 1966, 7; Monitor: Labour Camp For Writers, in: Times, 15. Februar 1966, 10; Monitor: Silent Russian Witness To Be Prosecuted, in: Times vom 17. Februar 1966, 11.

26 Kyril Tidmarsh: Crowd argues the case as Litvinov stands trial, in: Times, 10. Oktober 1968, 6.

Für die FAZ übernahm Claus Gennrich, Redakteur in Frankfurt, den Hauptteil der inhaltlichen Berichterstattung. Als Quellen nutzte er die Meldungen der internationalen Nachrichtenagenturen („Agenturen berichteten, dass […]"), Auskünfte des in Frankfurt arbeitenden russischsprachigen Verlags Possev und allgemeines Wissen („Man hört […]", „Wie weiter bekannt wurde […]").[27] Dies ergänzte die FAZ durch Agenturmeldungen, vor allem der amerikanischen UPI, aus denen deutlich wird, dass deren Korrespondent als Augenzeuge vor Ort war. Die Meldungen hoben Generalmajor Grigorenkos und Pjotr Jakirs Beteiligung an den Protesten prominent hervor. Dadurch fand deren Erklärung – „Die Aktion von Bürgern, die ihre verfassungsmäßigen Rechte wahrnehmen, wird eine Verletzung der öffentlichen Ordnung genannt. Gerechtigkeit!" – wörtlich Eingang in die FAZ-Berichterstattung.[28]

Die Times berichtete erneut ausführlicher als die FAZ. Sie druckte schon am 29. August den Protestbrief einer der Demonstrantinnen, den diese an tschechoslowakische und mehrere westliche Zeitungen gesandt hatte. Die Times hatte den an sie adressierten Brief zwar noch gar nicht erhalten, konnte jedoch das vom NYT-News Service bereitgestellte Exemplar verwenden.[29] Als der Prozess begann, widmete die Times den Umständen vor dem Gericht große Aufmerksamkeit, mehr noch als dem eigentlichen Gerichtsverfahren. Nicht ein Photo der Angeklagten, sondern eines von Generalmajor Grigorenko, der mit der Menschenmenge vor dem Gebäude diskutierte, wurde prominent gedruckt. Die Informationen schienen nun aus erster Hand zu kommen, als der Korrespondent Kyril Tidmarsh über die Menschenmenge berichtet, die sich gegen Mittag versammelte.[30] Die Beschreibungen lassen einen aufmerksamen Augenzeugen erkennen:

> **Gathered in a tumbledown garden pavilion in a square opposite the court, Major-General Pyotr Grigorenko, a retired officer, and other sympathizers were preparing a protest petition against**

27 Vgl. neben der auf Agenturmeldungen basierenden Berichterstattung im Herbst 1968 vor allem Claus Gennrich: Prozess in Moskau gegen Oppositionelle – Litwinow und Frau Daniel angeklagt – Furcht vor Solidarisierung mit Prag, in: FAZ, 13. September 1968, 3; Claus Gennrich: Prozess im Moskauer Stadtgericht gegen Demonstranten – Litwinow und Frau Daniel unter den Angeklagten, in: FAZ, 7. Oktober 1968, 3; Claus Gennrich: Auseinandersetzungen beim Prozess gegen Demonstranten, FAZ, 11. Oktober 1968, 3; sowie Foto mit Kommentar, in: FAZ, 11. Oktober 1968; FAZ Moskau: Die Urteile im Moskauer Prozess, in: FAZ, 12. Oktober 1968, 1, 6; vgl. vor allem Carl Gennrich: Prozess in Moskau gegen Oppositionelle, in: FAZ vom 13. September 1968, 3; Carl Gennrich: Prozess im Moskauer Stadtgericht gegen Demonstranten, in: FAZ vom 7. Oktober 1968, 3; Carl Gennrich: Auseinandersetzung beim Prozess gegen Demonstranten, FAZ, 11. Oktober 1968, 3.

28 S. vor allem UPI: Handgemenge vor Moskauer Gericht, in: FAZ, 10.10.1968, 5.

29 NYT News Service Russian: Poet's Freedom Letter, in: Times, 29.8.1968, 4. Das gleiche geschah, als die Times am 15. Oktober die Transkripte der mündlich vorgetragenen Schlussplädoyers von Litwinow und Frau Daniel, einschließlich Zwischenfragen von Gericht, Verteidigung und Zwischenrufe aus dem Publikum veröffentlichte – bereitgestellt vom New York Times News Service.

30 Kyril Tidmarsh: Five Years o Exile As Sentence For Litvinov, in: Times, 12.8.1966, 5.

> their exclusion from the trial when a young man […] tore the document from their hands. After a long altercation, the tall general, who has become a familiar figure calling for justice at the scene of the political trials of the last three years, turned to a small uniformed militiaman: „Major“, he said, „I demand that you establish the identity of this man who pushed me and tried to cause a disturbance.' […] The ubiquitous general loudly argued to all comers that if one were to look inside an encyclopaedia one would soon see that the Soviet presence in Czechoslovakia was, indeed, an occupation in the strict sense of the word.[31]

Zudem weisen seine Bemerkungen aber auch auf weitergehende Kontakte hin:

> Miss Tatyana Litvinov, Dr. Litvinov's aunt, said there would be appeals against all the sentences. […] A friend of the three accused pointed out that their exile might in fact be longer than the sentences. […] Relatives were obviously pleased, however, by the comparative lightness of the sentences. […] Friends quoted Dr. Litvinov as saying in his final plea: „Freedom is important for all of us. The freer each of us is in a large socialist country like ours the better it will be for all of us.[32]

Für die NYT berichteten Henry Kamm und Raymond H. Anderson sehr intensiv. Sie waren als Augen- und Ohrenzeugen vor dem Gerichtsgebäude. Ihre Beschreibungen illustrierten am ausführlichsten das dortige Geschehen.[33] Sie bemerkten:

Observers could not recall a previous occasion when radical opposition views had been so loudly pronounced. The friends of the regime did little to discourage Russians from speaking freely with foreigners.[34]

> Einzelheiten erhielt Kamm von „relatives of the defendants who attended [the trial]“ und erfuhr so das Schlusswort eines der Angeklagten, in den drei Minuten auf dem Roten Platz habe er sich als freier Mensch gefühlt – ein Satz, den die NYT an den folgenden Tagen immer wieder wiederholte.

31 Kyril Tidmarsh: Crowd Argues the Case As Litvinov Stands Trial, in: Times, 10.10.1968, 6.
32 Kyril Tidmarsh: Litvinov Trial Threat of Exile“, in: Times, 11. Oktober 1966, 1, mit einem Photo von Frau Daniel; Reuter-Meldung im Anhang zum Artikel Kyril Tidmarsh: Five Years o Exile As Sentence For Litvinov“, in: Times, 12. Oktober 166, 5
33 Henry Kamm: Prosecutor Asks Exile for Three in Trial of Pro-Czechs in Moscow, in: NYT, 11. Oktober 1968.
34 Henry Kamm Five Who Staged a Pro-Czeck Protest in Rad Square Go on Trial in Moscow“, in: NYT, 10. Oktober 1968.

Dass sich die Situation vor dem Gericht und im Umfeld der Prozesse seit dem Ersten Schriftstellerprozess verändert hatte, zeigt sich zum einen darin, dass die Presseabteilung des Außenministeriums sich nun gedrängt sah, einen Pressesprecher zu schicken, der bereits vor der Eröffnung der Verhandlung mit den Korrespondenten sprach. Andererseits wird die Veränderung darin deutlich, dass Freunde und Verwandte der Angeklagten nun durchgängig als zuverlässige Quellen genutzt wurden. Das inzwischen etablierte Informationsnetzwerk ist in dem Artikel des dritten NYT-Korrespondenten, Peter Grose, deutlich zu erkennen, als er die Aufmerksamkeit auf ein anderes Gerichtsverfahren lenkte, das im Westen keine große Bekanntheit erlangt hatte. Litwinow und andere hatten versucht, den Westen auf den Fall aufmerksam zu machen, und zwar mit einem weiteren Protestbrief:

> **The leaflet and Mr. Marchenko's own letter are part of a steady flow of protest documents that have been reaching the West. No longer smuggled out, as such manuscripts were only a year ago, letters and petitions are now openly mailed and delivered to foreign embassies and news media. They are signed and are specifically intended for publication, despite the risk of almost certain arrest.**[35]

Im Vokabular lässt sich eine zwischenzeitlich veränderte Einstellung gegenüber den Angeklagten erkennen. Die FAZ schrieb von einem Prozess gegen „Oppositionelle" und wertete die Proteste als Teil einer innersowjetischen Auseinandersetzung um die Meinungsfreiheit. Die Londoner Times charakterisierte: „Both have been active in a dissident movement among Soviet intellectuals."[36] Diese Beschreibungen enthalten bereits die Schlüsselbegriffe der folgenden Jahre, allerdings noch ohne größere symbolische Signalwirkung, wie der adjektivische Gebrauch des Wortes „dissident" und die unbestimmten Artikel zeigen. Während Tidmarsh die Relevanz, die alle beteiligten Seiten dem Wort des Gesetzes zuschrieben, hervorhob,[37] betonte Anderson den dissidentischen Aspekt. Für ihn und die NYT stand bereits fest, dass es Dissidenten waren, die hier verurteilt wurden, und hob ihr Insistieren auf „civil liberties" hervor.[38]

35 Peter Grose: Sovete Dissident Ashamed for Country, in: NYT, 14. Oktober 1968.
36 Raymond Anderson Arrests at Soviet protest rallies , in: Times, 27. August 1968, 1.
37 Kyril Tidmarsh Crowd argues the case as Litvinov stands trial, in: Times, 10. Oktober 1968, 6.
38 Henry Kamm: 3 Soviet dissidents exiled and 2 jailed, in: NYT vom 12. Oktober 1968; Soviet trial of 5 pro-Czeck is termed the most „political" case", Henry Kamm, NYT, 15. Oktober 1968.

1972 – „Moskau warnt ausländische Journalisten – Bukowski-Urteil eine Einschüchterungsmaßnahme"[39]

Die Serie von politischen Verfolgungen setzte sich fort. Die Verurteilungen ausreisewilliger sowjetischer Juden und der Skandal um die Übergabe des Literaturnobelpreises an Alexander Solschenizyn fanden international große Beachtung.[40] Viele Gerichtsverfahren gegen Oppositionelle erlangten allerdings nie Bekanntheit in der westlichen Öffentlichkeit, weil sie heimlich und in abgelegenen Städten der Sowjetunion stattfanden. Außerdem verzichteten die staatlichen Behörden häufig auf offizielle Anklagen und verbrachten die Betroffenen ohne Gerichtsurteil in die Psychiatrie.[41] Ein Prozess, der viel Aufmerksamkeit erhielt, war der gegen den Philologen Wladimir Bukowski. Bukowski hatte zusammen mit einigen anderen jungen Intellektuellen Anfang 1967 auf dem Puschkin-Platz zugunsten von Sinjawski und Daniel demonstriert und war im Herbst desselben Jahres zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Bereits zuvor hatten die sowjetischen Behörden ihn wegen seines Aktivismus zweimal festgenommen und in Gerichtspsychiatrien verbracht, welches zwar damals die westliche Öffentlichkeit nicht erreichte, nun aber immer wieder charakterisierend hervorgehoben wurde. Durch die Reportage eines amerikanischen Korrespondenten im Sommer 1970 gelangten Bukowskis Beschreibungen, wie in den sowjetischen Psychiatrien Intellektuelle misshandelt wurden, an eine breitere Öffentlichkeit im Westen – und brachten Bukowski nach seiner erst kürzlich erfolgten Entlassung sehr schnell wieder in Untersuchungshaft. Anfang Januar 1972 verurteilte das Moskauer Gericht Bukowski zu zwei Jahren Gefängnis, fünf Jahren Arbeitlager und weiteren fünf Jahren Verbannung. Wiederum begleiteten Proteste die Verhandlungen. Der Atomphysiker Andrej Sacharow appellierte unter Verweis auf sowjetisches Recht und Gesetz an KP-Generalsekretär Breschnew. Rund fünfzig Intellektuelle riefen den UN-Generalsekretär Waldheim unter Berufung auf die international geltenden Menschenrechte mit der Bitte um Intervention an. Zeitgleich erschien nun auch in der Bundesrepublik eine deutschsprachige Übersetzung von Bukowskis Dokumentation über die politischen Inhaftierten in sowjetischen Psychiatrien.

Die FAZ deckte den Prozess über Agenturmeldungen ab. Diese allerdings vertraten einen klaren Standpunkt. Sie berichteten detailliert über die Anschuldigungen, den Prozess, das Urteil und die Proteste.[42] Die Korrespondenten der internationalen Nachrichtenagenturen verfügten inzwi-

39 AFP: Moskau warnt ausländische Journalisten, in: FAZ, 8. Januar 1972, 6.
40 Manfred Wilke: Solschnizyn und der Westen, in: Hans-Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März (Hg.): Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975-1989, Köln u.a. 2007, 149-172.
41 Vladimir Bukovski: Opposition. Eine neue Geisteskrankheit in der Sowjetunion? München 1971.
42 AP: Sacharow appelliert an Breschnew, in: FAZ, 22. Januar 1972, 6; AP: Sowjetbürger rufen Waldheim im Fall Bukowski an, in: FAZ, 25. Januar 1972, 4.

schen über zuverlässige Quellen, die sie als Belege in ihren Meldungen nannten, so „die Mutter des als politischer Dissident geltenden 28jährigen, Frau Nina Bukowski".[43] Außerdem erfuhren sie über die Umstände des Gerichtsverfahrens „aus Moskauer Oppositionellenkreisen". So wussten sie wörtlich von Bukowskis Äußerungen vor dem Richter, mit denen er gegen die verfahrensrechtlichen Verstöße protestierte und ankündigte, weiterhin für Recht und Gerechtigkeit zu kämpfen.[44] Über diese Kreise erhielten sie Kopien der an Breschnew und Waldheim gerichteten Protestschreiben.[45] Vor allem aber bekannten sich die Korrespondenten zu ihren Kontakten zu Bukowski, der der „einst wichtigste Informant westlicher Journalisten in Moskau" gewesen war. Und sie werteten das Gerichtsurteil und dessen Darstellung in der sowjetischen Presse als Warnung an sich selbst, ihre Kontakte zu den sowjetischen Regimegegnern nicht aufrechtzuhalten.[46]

Für die Times bezeichnete David Bonavia das Gerichtsverfahren als „cause célèbre among Moscow dissidents."[47] Der Ausdruck des cause célèbre fiel im Laufe der Monate so häufig und die Berichterstattung Bonavias aus Moskau sowie die vertiefenden Analysen des Politikwissenschaftlers Peter Reddaway waren so dicht, dass der Fall auch für die Times ein solcher gewesen zu sein scheint. Familienangehörige und Freunde waren nun zuverlässige Ansprechpartner, so dass Bonavia Bukowskis Äußerungen vor Gericht mit den Worten zitieren konnte:

> **However long I have to spend in jail, I will never renounce my convictions, and will express them, using the right [i.e. freedom of speech, press, meetings, and demonstrations] guaranteed me by article 125 of the Soviet constitution, to all who want to listen to me. I shall struggle for legality and justice.[48]**

Aus Sicht Bonavias war es offensichtlich, dass Bukowski verurteilt wurde, weil er westlichen Journalisten Informationen über die politischen Häftlinge in den Psychiatrien gab.[49] In der NYT beschrieb Hedrick Smith den Fall als „cause célebre among Soviet dissidents and intellectuals concerned with human rights."[50] Im Kommentar des NYT-Korrespondenten Theodore

43 AP: Bukowski jetzt im Gefängnis, in: FAZ, 11. November 1971, 7.
44 AP/AFP: Bukowski heute vor Gericht, in: FAZ, 5. Januar 1972, 3; dpa: „ich bleibe bei meinen Überzeugungen", FAZ, 8. Januar 1972, 6.
45 AP: Sacharow appelliert an Breschnew, FAZ, 22. Januar 1972, 6; AP: Sowjetbürger rufen Waldheim im Fall Bukowski an, FAZ, 25. Januar 1972, 4.
46 AFP: Hartes Urteil gegen Bukowski, in: FAZ, 6. Januar 1972, 5; AFP: Moskau warnt ausländische Journalisten, FAZ, 8.1.1972, 6.
47 David Bonavia: Young Dissident Faces Anti-Soviet Charges, in: Times, 11.11.1971, 6; ders.: Bukovsky Sentence Shocks Russians, in: Times, 6.1.1972, 1.
48 David Bonavia: Defiant Bukovsky told court that spiritual enlightenment of Soviet society has begun, in: Times, 8.Januar 1972, 5.
49 Ebd.
50 Hedrick Smith: Soviet Said to Plan Trial Soon for Dissident Held 7 Months, in: NYT, 11.11.1971.

Shabad spiegeln sich sowohl die engen Verbindungen zwischen Korrespondenten und Dissidenten als auch die Strategie eines aufmerksamkeitserregenden Einsatzes prominenter Persönlichkeiten:

> **Friends of Mr. Bukovsky circulated petitions among Western newsmen during the legal pretrial activities in the hope of stirring foreign interest in the case. […] The Bukovsky case aroused the interest of Dr. Andrei D. Sakharov, the physicist, and his associates in the unofficial Committee of Human Rights which seeks to protect Soviet citizens against civil rights violations.“**[51]

Auch die NYT-Korrespondenten werteten den Fall als Warnung an sie selbst wie an die sowjetische Bevölkerung, den Kontakt zueinander zu vermeiden.[52] Zu den Dissidenten, ihren Familienangehörigen und Freunden hatten die Korrespondenten zuverlässige Beziehungen aufgebaut. Bonavia zum Beispiel erwartete ausdrücklich, dass diese bald nach Bukowskis Verurteilung ein zuverlässiges Protokoll erstellen und verteilen würden.[53] Weder Warnungen noch Verhöre der sowjetischen Behörden verhinderten diese Beziehungen. Internationale Verflechtungen wurden darüber hinaus in der Erwartung deutlich, dass Bukowskis Fall in der westlichen Öffentlichkeit präsenter sein würde als in der sowjetischen Gesellschaft, welche, wenn überhaupt, aus westlichen Radiosendungen darüber erfahren könnte.[54]

Den Überblicksdarstellungen der drei Zeitungen nach zu schließen, war inzwischen der Dissens in der Sowjetunion 1972 ein etabliertes Phänomen und das Samizdat eine etablierte Erscheinung, an der die westliche Öffentlichkeit teilhatte.[55] Die Beteiligung von Angeklagten und Unterstützern an der Untergrundpublikation *Chronik der laufenden Ereignisse* oder ihre Mitgliedschaft in der Initiativgruppe zum Schutz der Menschenrechte in der UdSSR, dem Komitee für Menschenrechte oder der sowjetischen Sektion von Amnesty International wurde nun prominent hervorgehoben und verliehen den so charakterisierten Personen an Glaubwürdigkeit. Das Konzept der „civil rights advocacy“ wurde in den englischsprachigen Zeitungen durchgängig verwendet, Bukowski galt ihnen als Symbolfigur des „opposition movement“ und als Angehöriger der „community of Soviet political

51 Theodore Shabad: Soviet Dissident Convicted; Gets 7 Years and 5 in Exile“, NYT, 6.1.1972.
52 Special to the NYT: A US TV Interview Used in Soviet Trial, in: NYT, 7.1.1972. Vgl. auch Reuters „Our Society Is Still Sick“, in: NYT, 13.1.1972; Hedrick Smith: Tighter Soviet Internal Security Is Seen, in: NYT, 19.1.1972.
53 David Bonavia: Defiant Bukovsky told court, 5.
54 David Bonavia: The high price of intellectual freedom, in: Times, 10. Januar 1972, 12. Für einen langen Überblicksartikel von Bonavia und Auszüge aus dem Protokoll des Prozesses, dass „dissident circles“ zusammengestellt haben, vgl. David Bonavia: How Soviet justice dealt with a dissident, in: Times, 7. Februar 1972, S.1ff.
55 Vgl. z.B. Anatole Shub: The Escalation of Soviet Dissdent – and of Soviet Repression, in: NYT, 10. September 1972 (Gastbeitrag).

dissidents".[56] Alle drei Zeitungen schrieben von sowjetischen Dissidenten, auch wenn dieses Vokabular in die FAZ vor allem über die verwendeten internationalen Agenturmeldungen einfloss. Dennoch zeigte sich in der FAZ in den anschließenden Jahren, dass der Begriff des Bürgerrechtskämpfers, den sie zuvor vor allem für kommunistisch orientierte Protagonisten im amerikanischen Civil Rights Movement verwendet hatte, nun in einem eindeutig positiven Sinn für sowjetische Regimekritiker benutzt wurde.[57]

Als zwischen 1973 und 1975 die Verhandlungen um die KSZE begannen, Solschenizyns *Archipel Gulag* im Westen veröffentlicht wurde, man ihn aus der Sowjetunion auswies und Sacharow den Friedensnobelpreis erhielt, hatte sich die Verflechtung zwischen Korrespondenten und Dissidenten bereits ausgeprägt. Es bestand ein Kontaktnetzwerk, über das Informationen schnell und zuverlässig zu erhalten waren, ein Vertrauensverhältnis, das diesen Informationsfluss stützte, und ein Wortschatz, mit dem die Zeitungen sowjetische Regimekritiker schnell und unterstützend charakterisieren konnten.

1978 – „Mrs Orlov says her husband's trial in Moscow is ‚a circus'"

Nach einigen weiteren, zum Teil aufsehenerregenden Verurteilungen sowjetischer Dissidenten 1973/74 sank die Zahl der Verhaftungen Mitte der 1970er Jahre vorübergehend und die Dissidentenszene schien trotz des Friedensnobelpreises, den Sacharow im Herbst 1975 erhielt, zerschlagen. Ab Mai 1976 gründeten sich – für die internationale Politik überraschend – so genannte Helsinki-Gruppen, die Verstöße der Sowjetunion gegen die KSZE-Vereinbarungen dokumentierten und bekannt machten. Ihr Fokus lag vor allem auf sowjetischen Verstößen gegen die in der Helsinki-Akte verbürgten Menschenrechte und auf dem ebenfalls verabredeten freieren Informationsfluss zwischen Ost und West. 1977 setzte eine neue Welle von Verhaftungen ein, die sich gegen den Kreis der Helsinki-Aktivisten richtete. Die prominentesten betroffenen Dissidenten waren Juri Orlow, Alexander Ginsburg und Anatoli Scharansky. Orlow war der Leiter der Moskauer Helsinki-Gruppe. Im Januar 1977 wurde seine Wohnung durchsucht, er selbst vorübergehend festgenommen und verhört, bevor er dann im Februar 1977 verhaftet und im Mai 1978 vor Gericht gestellt wurde.

Die Nachricht der Wohnungsdurchsuchung bestätigte die staatliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS noch am gleichen Tag gegenüber den westlichen Pressevertretern. Orlow wollte am folgenden Tag den

56 Vgl. Berichterstattung in der Times vom Herbst und Winter 1971/72, vor allem die Artikel von David Bonavia: Defiant Bukovsky told court, 5; ders.: The high price of intellectual freedom, 12.

57 Vgl. z.B. Hermann Pörzgen: Sacharow widerspricht Kissinger, in: FAZ, 17. September 1973, 1.

ausländischen Korrespondenten ausführlich von der Wohnungsdurchsuchung berichten, wurde aber auf dem Weg zu dieser Pressekonferenz vorübergehend festgenommen und verhört.[58] Hierüber gaben er und später nach seiner Verhaftung seine Ehefrau den Korrespondenten persönlich Auskunft. Dies berichteten die Zeitungen ganz offen, was einerseits dazu diente, die Nachrichten aus Moskau zu legitimieren, andererseits aber auch das selbstbewusste Auftreten der sowjetischen Dissidenten verdeutlichte, die sich offensichtlich nicht hinter anonymisierenden Beschreibungen verstecken wollten, und ihre nicht weniger selbstbewusste Verwendung des Helsinki-Vokabulars:

> **Der Atomphysiker [Orlow] sagte […] später vor Journalisten, er sei bei seinem Verhör durch die Staatsanwaltschaft unter anderem nach der Herkunft westlicher Zeitungen befragt worden, die man in seiner Wohnung gefunden hatte. Er habe darauf erklärt, nach den Beschlüssen der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) dürfe er ausländische Presse-Erzeugnisse kaufen oder erwerben.[59]**

Besonders deutlich werden die engen Verbindungen in David K. Shiplers NYT-Meldung über die Verhaftung Orlows am 10. Februar 1977:

> **[Orlow] was taken into custody a day after he had emerged from a week of hiding to tell Western reporters that the United States had made the situation safer by declaring its support of another dissident, Aleksandr I. Ginzburg, arrested last week.“[60]**

In Reaktion auf die Verhaftung sandte eine Gruppe von Dissidenten den Unterzeichnerstaaten der Helsinki-Akte folgendes Telegramm: „We regard this arrest as an event of international significance, as a challenge to the governments and public opinion of all the countries that signed the Final Act of the agreement in Helsinki.“[61]

Auch die Verhaftung bestätigte die TASS gegenüber der ausländischen Presse – die inoffiziellen Netzwerke hatten diese Nachricht allerdings schon am Vortag bekannt gemacht.[62] Nicht mehr die Auskunft aus Dissidentenkreisen war das Besondere – dass dieser Kommunikationsweg funktionierte, erschien selbstverständlich – sondern die Tatsache, dass die TASS

58 UPI: Mrs Orlov says her husband’s trial in Moscow is „a circus“, in: Times, 17. Mai 1978, 6.
59 Reuters Leading Moscow Dissident Is Questioned“, in: NYT, 6. Januar 1977.
60 Dpa: Regimekritiker Orlow nach Festnahme freigelassen, in: FAZ, 6. Januar 1977, 1; vgl. auch Reuter: Orlow wegen „Verleumdung“ unter Anklage gestellt, in: FAZ vom 8. Juni 1977, 4.
61 David K. Shipler: Soviet Seizes a Dissident Who Saw Safety in US Statement of Support, in: NYT, 11. Februar 1977.
62 Ebd.

sich unter dem Druck der ausländischen Medienvertreter dazu drängen ließ, derart unbequeme Wahrheiten umgehend auszusprechen.

Die von der FAZ gedruckten Agenturmeldungen beruhten wie zuvor auf Augenzeugenbeobachtungen der Agenturmitarbeiter.[63] Sie schilderten die Szene vor dem Gericht lebhaft und zitierten den Kommentar von Irma Orlow, die Verhandlung sei ein „Zirkus und eine Schau" gewesen.[64] Als am folgenden Tag das Urteil gegen Orlow (sieben Jahre Arbeitslager und fünf Jahre Verbannung) verkündet wurde, stammte die dichte Beschreibung in der FAZ aus einer Zusammenstellung einer Reihe von Agenturmeldungen, deren Korrespondenten als Augenzeugen von der protestierenden Menge vor dem Gerichtsgebäude berichteten. Sie beschrieben, wie Friedensnobelpreisträger Sacharow und seine Ehefrau sich um Zugang zur Verhandlung bemüht hatten, wie sie in ein Handgemenge mit der Polizei gerieten und schließlich vorübergehend inhaftiert wurden. Sie gaben wieder wörtlich die Äußerungen der Dissidenten wider:

> **Professor Meiman, der jetzige Sprecher der Moskauer „Helsinki"-Gruppe, und andere Bürgerrechtler bezeichneten das Urteil gegen Orlow als eine „Herausforderung für die Öffentlichkeit und die Unterzeichnerstaaten der Schlussakte der europäischen Sicherheitskonferenz.[65]**

Die Artikel über die Moskauer Dissidenten gingen inzwischen nur noch zum Teil aus Moskau ein. Die Korrespondenten aus Bonn, Belgrad (wo die KSZE-Nachfolgekonferenz stattfand) und die Redaktion aus Frankfurt berichteten gleichfalls, wenn dort Briefe von Gruppen sowjetischer Dissidenten oder von Friedensnobelpreisträger Sacharow eingingen und von westlichen Politikern öffentlich beantwortet wurden.[66] Die Kommentare aus der Redaktion in Frankfurt waren eindeutig:

„Orlows ‚Verbrechen' war, Informationen zu sammeln, ob die sowjetische Führung ihre eigene Unterschrift unter die Schlußakte von Helsinki desavouierte. Orlow wußte, auf was er sich einließ. […] Er und seine Freunde suchten die westliche Publizität. Sie mußten es. Das anonyme Leiden von Millionen kann nicht dargestellt werden. Er braucht Namen

63 AFP: TASS bestätigt Verhaftung des Regimekritikers Orlow, in: FAZ vom 12. Februar 1977, 2.

64 Dpa: Prozess gegen Orlow soll am Montag beginnen, in: FAZ, 13. Mai 1978, 6; dpa: Prozess gegen sowjetische Regimekritiker begonnen, dpa, FAZ vom 16. Mai 1978, 1; dpa: „Schärfere Absperrungen beim Orlow-Prozess", in: FAZ 17. Mai 1978, 3.

65 dpa/AP: Höchststrafe für den Bürgerrechtler Orlow beantragt, in: FAZ, 18. Mai 1978, 6.

66 Reuter/AP/dpa/AFP: Orlow zur Höchststrafe verurteilt, in: FAZ vom 19. Mai 1978, 3; vgl. auch AP/dpa/Reuter: Zwei Mitglieder der georgischen „Helsinki-Gruppe" verurteilt, in: FAZ vom 20. Mai 1978, 5. Hier findet sich auch der Satz: „Die sieben noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe forderten am Donnerstag in einer gemeinsamen Erklärung Wissenschaftler, Schriftsteller, Staatsoberhäupter und Regierungen der KSZE-Teilnehmerstaaten auf, sich öffentlich für Orlow auszusprechen."

und Gesichter. Orlow geht nun dafür aufs Neue ins Gefängnis – mit bewundernswertem Mut.“[67]

Der Times-Korrespondent Michael Binyon berichtete weniger intensiv als sein Vorgänger Bonavia.Đ Viel Aufmerksamkeit erhielt der Fall in der Times dennoch, nämlich durch den „shadow trial“ in London von Rechtsanwalt John Macdonald, dessen unerhörter Antrag, Orlows Verteidiger im tatsächlichen Gerichtsverfahren zu sein, vom Moskauer Gericht abgelehnt worden war. Die Berichterstattung in der NYT über die Ereignisse in und vor dem Gericht war ausführlich wie zuvor. Hauptinformationsquelle waren die Ehefrau und die beiden Söhne Orlows, die an der Verhandlung anwesend sein durften, aber daran gehindert wurden, Notizen zu machen oder ihre Tonbandgeräte mit hineinzunehmen. Vergeblich versuchten die sowjetischen Polizisten den Kontakt zu den Journalisten zu unterbinden. Wie eng und wie offen die Kontakte waren, zeigt sich daran, dass amerikanische Korrespondenten Frau Orlow nach der Urteilsverkündung ins Stadtzentrum zu einer Pressekonferenz fuhren. [68]

Einhellig stellten die Zeitungen einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Verurteilung Orlows und seinem Einsatz für die Helsinki-Werte her. Im Gegensatz zu den beiden europäischen Zeitungen legte die NYT den Fokus stärker auf die Anknüpfungspunkte zur Menschenrechtspolitik der Carter-Administration und deren Thematisierung in den bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion.

Die Kontakte zwischen Korrespondenten und Dissidenten hatten sich inzwischen derart intensiviert, dass sie nicht nur die sowjetischen Behörden beängstigten. Auch aus der Perspektive der Korrespondenten waren die Kontakte gelegentlich zu eng und sie bemühten sich um Abgrenzung:

> **Most Western correspondents [...] try to maintain a mix in their reporting that puts coverage of dissident affairs in some normal proportion to issues like Soviet-United States relations, Communist Party pronouncements, cultural or economic news or East-West trade. This often causes impatience among dissidents, who feel that their protests have more news value than Western reporters give them.**[69]

67 FAZ Bonn: Unauflösliche Verbindung von Sicherheit und Offenheit, in: , FAZ vom 5. Oktober 1977, 6.
68 Günther Gillessen Orlow und die Zahllosen“, in: FAZ 19. Mai 1978, 12.
69 Michael Binyon: Orlov trial date set in Moscow despite international protests, in: Times, 13. Mai 1978, 4; UPI: Mrs Orlov says her husband’s trial in Moscow is „a circus”, in: Times, 17. Mai 1978, 6.

Fazit – „Die sieben noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe forderten am Donnerstag …"[70]

Neben außen- und sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen, regierungsinternen Entwicklungen und allgemeinem gesellschaftlichen Leben meldete und analysierte die westliche Presse immer wieder und vor allem immer präziser die sowjetischen Gerichtsverfahren gegen die Dissidenten. Diese veränderten sich in diesem Zeitraum kaum, so dass der Prozess gegen Sinjawskij und Daniel von 1966 emblematisch für die späteren Verfahren wurde. Die (Untersuchungs-)Haftbedingungen, Anklagegründe und Prozessführung, Urteilverkündung und -begründung blieben die gleichen, wie auch Protestformen und -forderungen konstant blieben. Die Protestierenden forderten faire Gerichtsverfahren unter Berufung auf die verfahrensrechtlichen Bestimmungen des sowjetischen Rechtswesens sowie Rede-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit unter Berufung auf die sowjetische Verfassung und die international verbürgten Menschenrechte. Letzteres ergänzten sie nach 1975 mit den in der Helsinki-Akte zum Ausdruck gebrachten menschenrechtlichen Normen.

Die zeitgenössische Human-Rights-Forschung belegte 1980 empirisch, dass die hohe Zahl der Protestaktionen in den Jahren ab 1975 lediglich wieder das Niveaus der Jahre zwischen 1966 und 1971 erreichte.[71] Hingegen widmeten die westlichen Medien den Menschenrechtsaktionen ab 1975 deutlich mehr Aufmerksamkeit als in den Vorjahren.[72] Wie die hier untersuchten Beispiele gezeigt haben, erfolgte der entscheidende qualitative Wandel in der Berichterstattung dennoch schon in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren, während die Jahre nach „Helsinki" eine Intensivierung der Berichterstattung brachten. Ein dichtes Netzwerk zwischen Auslandskorrespondenten und Dissidenten, in dem sie zuverlässig Nachrichten und Meinungen austauschten, hatte sich in der Zeit zwischen dem Ersten Schriftstellerprozess Anfang 1966 und dem Verfahren gegen Bukowski Anfang 1972 entwickelt und intensiviert. 1966 war allein schon die Tatsache bedeutend, dass die Auslandskorrespondenten als Augen- und Ohrenzeugen anwesend waren. Aus diesem erstmaligen, flüchtigen Aufeinandertreffen entstand die Grundlage für eine tragfähige Kommunikation in den folgenden Jahren.[73] Anonyme Andersdenkende wurden zu vertrauten Personen, die Nachrichten an die Korrespondenten weitergaben und ihre Meinung ihnen gegenüber offen äußerten. Genauso verkürzte sich der Weg, den Protestschreiben, Appelle und Dokumentationen nahmen, die sich schließ-

70 David K. Shipler: Dissident in Moscow Gets a 7-Year Term, in: NYT, 19. Mai 1978; Craig R. Whitney: Outside a Moscow Court, a Moment of Open Debate, in: NYT, 19. Mai 1978.
71 Hedrick Smith: Few but Resolute – The Dissidents Cast a Long Shadow, in: NYT, 20. Februar 1977.
72 AP/dpa/Reuter: Zwei weitere Mitglieder der georgischen „Helsinki-Gruppe" verurteilt, in: FAZ, 20. Mai 1978, 5.
73 David Kowalewski: Human Rights Protest in the USSR. Statistical Trends for 1965-78, in: Universal Human Rights 1980/1, 5-29.

lich in der förmlichen Übergabe von Dokumenten oder Dokumentationen um 1974 festigte und sich in der Praxis der Moskauer Helsinki-Gruppe, ihre Erklärungen bei inoffiziellen Pressekonferenzen zu verkünden, etablierte.

Diese Verdichtung war verbunden mit der Selbstorganisation der Moskauer Dissidenten im Netzwerk der *Chronik der laufenden Ereignisse*, der Initiativgruppe für die Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR, dem Komitee für Menschenrechte und ähnlichen Gruppen um 1968/69 sowie den „Helsinki-Gruppen“ ab 1976. Diese Selbstorganisation und die mit ihr verbundene, vertrauensbasierte Kommunikationsinfrastruktur richtete sich zum einen nach „innen“, machte es zum anderen den Auslandskorrespondenten aber auch leichter, mit ihnen zu kommunizieren und sie in ihrer Berichterstattung fest zu verankern. Neben der Tatsache, dass einzelne Protagonisten zu Symbolfiguren wurden und das Ehepaar Sacharow spätestens seit der Verleihung des Friedensnobelpreises 1975 die westliche Aufmerksamkeit auf sich zog, entwickelte sich insbesondere der Rahmen von Helsinki zu einem Magneten für die westlichen Beobachter. Daher scheint „Helsinki“ die Interaktionen zwischen Korrespondenten und Dissidenten weniger inhaltlich verändert als vielmehr die Rezeption intensiviert zu haben. Dies spiegelt sich in den klaren unterstützenden Worten der FAZ-Meldung vom Mai 1978:

> **Die sieben noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe forderten am Donnerstag in einer gemeinsamen Erklärung Wissenschaftler, Schriftsteller, Staatsoberhäupter und Regierungen der KSZE-Teilnehmerstaaten auf, sich öffentlich für Orlow auszusprechen.**[74]

Zunächst stand die Berichterstattung in dem Spannungsverhältnis, einerseits die Relevanz des Dissens’ zu erkennen und realistisch einzuschätzen und andererseits im Bann dessen, dass die Korrespondenten für viele Informationen auf die Dissidenten angewiesen waren, von ihnen fasziniert waren und für sie politische Sympathie hegten. Anfang 1977 bestand die Herausforderung für die Times und die NYT dann eher darin, sich nicht von Dissidentenangelegenheiten überfluten zu lassen und die notwendige journalistische Distanz zu wahren. In der FAZ allerdings wurde die Berichterstattung erst jetzt, ab Sommer 1978, mit Leo Wielands Tätigkeitsbeginn in Moskau dichter.[75]

74 Vgl. Online-Datenbanken von FAZ, Times und NYT.

75 Vgl. zum Vertrauensverhältnis zwischen sowjetischen Dissidenten und amerikanischen Journalisten Barbara Walker: Moscow Human Rights Defenders Look West. Attitudes toward U.S. Journalists in the 1960s and 1970s, in: Kritika 2008/4, 905-927. Walker arbeitet heraus, wie die amerikanischen Journalisten in die Insider-Outsider Wahrnehmung der Dissidenten verwickelt wurden und zum Teil als die „Ihren“ akzeptiert wurden. Auch Walker hebt den Sinjawski-Daniel-Prozess als Schlüsselmoment, als relevanten Encounter hervor.

Die Moskauer Korrespondenten waren sowohl von Entwicklungen in den internationalen Beziehungen und den westlichen Gesellschaften in den 1960er und 1970er Jahren geprägt, als auch von ihren Moskauer Erfahrungen und Kontakten. Dies spiegelt sich ebenso darin wider, auf welche Ereignisse und Kontakte sie sich konzentrierten, wie in der Begrifflichkeit, mit der sie ihre Beobachtungen und Erfahrungen in Worte fassten. 1966 unterschieden sich die drei untersuchten Zeitungen stark in ihrer Wortwahl, wobei alle in ihren Wertungen sehr zurückhaltend blieben. Sie werteten die Schriftstellerprozesse als nicht genau einzuordnende Auseinandersetzung des Kremls mit eigentlich staatlich akzeptierten, nun aber unbequem gewordenen Autoren. In den Jahren zwischen 1968 und den frühen siebziger Jahren lässt sich ein Wandel im verwendeten Vokabular beobachten, bei dem sich die drei Zeitungen mit unterschiedlichem Tempo von ihren bisherigen Darstellungen zu einer Einschätzung von politischer Opposition, Dissens und Bürgerrechtseinsatz hinbewegten. Bereits vor dem „Gulag-Schock" und dem Helsinki-Prozess arbeiteten alle drei Zeitungen mit den Konzepten von Dissidenten und Bürgerrechtlern. Dabei benutzten die beiden englischsprachigen Zeitungen deutlich früher als die FAZ die Wortwahl des Dissens, die NYT eher als die beiden europäischen Zeitungen das Vokabular von „civil rights advocacy". Über die Agenturmeldungen floss dieses Vokabular schnell in die FAZ-Berichte über Moskau ein. So etablierte sich das Bild des unterstützungswürdigen, menschenrechtsengagierten Dissidenten bereits deutlich vor der Unterzeichnung der KSZE-Akte.

Mit Blick auf den osteuropäischen Erfahrungsraum zeigt sich also eine Entwicklung, die diejenigen in der Außen-, Sicherheits- und Entspannungspolitik sowie in der Rezeption der westlichen Gesellschaften von Sinjawski-Daniel-Prozess, Gulag-Schock und Solschenizyn-Effekt ergänzte. Hier, an der Intersektion Moskau, spiegelte sich das überwölbende Thema der Bürger- und Menschenrechte und bekam durch die Moskauer Ereignissen und Erfahrungen neue Impulse. Die Auslandskorrespondenten waren eine Personengruppe, die bereits vor „Helsinki" die Ost-West-Abschottung überwand und schon vor 1975 in einem grenzüberschreitenden Erfahrungsraum in Osteuropa arbeitete. Die Erfahrungen, die sie hier machten, und die Einsichten, die sie hier gewannen, prägten ihre Berichterstattung über die innersowjetischen Entwicklungen. Sie gaben sie mit einem Vokabulargemisch aus Dissens, Bürger- und Menschenrechten sowie „Helsinki" an ihre Leserschaften im Westen weiter. Durch diese transnationale Vernetzung entstand in Moskau eine Schnittstelle zwischen Ost und West, an der die sowjetischen Ereignisse ihren Niederschlag in der durch den westlichen Blick geprägten Wortwahl fanden und eine spezifische Konzeptualisierung eingeübt wurde, mit dem den Leserschaften die beobachteten Entwicklungen erklärt werden sollten. Die westlichen Medien hatten ihre vielfach benannte Schlüsselstellung bei der Mobilisierung des internationalen Protests und bei der Erweiterung der Möglichkeiten innergesellschaftlicher Kommunikation nicht nur dadurch inne, dass sie Informationen transportierten, sondern auch durch die spezifische Art und Weise, wie sie dies taten.

Für die Untersuchung der politiknahen zivilgesellschaftlichen Verflechtungen in Europa bedeutet dies, den osteuropäischen Erfahrungsraum mit seinen Kontakten, Interaktionen und Herausforderungen nicht erst ab 1975 ernstzunehmen. Der Blick auf die Mikroebene zeigt, dass sich hier gängige Diskurse abbildeten, wobei die in Moskau gemachten grenzüberschreitenden Interaktionen und Erfahrungen den Blick wie auch die Versprachlichung prägten. „Helsinki“ war ein Katalysator, der den bis dahin fragmentierten sowjetischen Dissens zusammenführte und ihnen international anschlussfähige Forderungen ermöglichte. Darüber hinaus scheint es, als ob „Helsinki“ auch dem Westen ein Gedankenmodell anbot, mit dem er die Ereignisse und Forderungen der osteuropäischen Bewegungen besser verstehen und einordnen konnte.

Gründung des Arbeitskreises Deutsch-Niederländische Geschichte (ADNG)

Werkgroep Duits-Nederlandse Geschiedenis (WDNG)

Am 19. Februar 2010 fand am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin ein Workshop zur Deutsch-Niederländischen Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts statt. Ein Ergebnis des internationalen Workshops war die Gründung des „Arbeitskreises Deutsch-Niederländische Geschichte", den wir im Folgenden kurz vorstellen möchten.

Mit der deutschen Reichsgründung von 1871 änderten sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Westeuropa grundlegend. Die durch starke Asymmetrien geprägten Beziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande und dem Deutschen Reich hatten sich auf außenpolitischer und wirtschaftlicher Ebene umgekehrt. Im 20. Jahrhundert verstärkten sich Konflikte durch den Zweiten Weltkrieg und die Okkupation der Niederlande weiter. Nach 1945 näherten sich die verfeindeten Nationen im Zeichen des Kalten Krieges und der Europäischen Integration notgedrungen einander an. Obgleich die Erfahrungen der Besatzungszeit die Beziehungen zwischen beiden Ländern noch lange überschatteten, vollzog sich in zunehmendem Maße eine Normalisierung zwischen den Niederlanden und ihrem östlichen Nachbarn. Zugleich öffneten sich damit die Perspektiven bilateraler Wahrnehmungen hin zu breiteren europäischen und globalen Entwicklungen. Heute zählen beide Länder einander trotz teilweise spannungsreicher Asymmetrien politisch wie wirtschaftlich und kulturell zu den wichtigsten Partnern.

Innerhalb der Geschichtswissenschaften beschäftigen sich angesichts der fortschreitenden Transnationalisierung eine wachsende Zahl von Forscherinnen und Forschern aus beiden Ländern mit der Geschichte des jeweiligen Nachbarn, der gemeinsamen Beziehungsgeschichte, mit dem Vergleich spezifischer Teilaspekte der niederländischen und deutschen Gesellschaft sowie den wechselseitigen Transfers und Wahrnehmungen. Diesen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern will der Arbeitskreis ein Forum bieten. Der Arbeitskreis versteht sich als überinstitutionelle Schnittstelle für Historikerinnen und Historiker, die sich vorrangig mit der Geschichte der Niederlande und Deutschlands des langen 20. Jahrhunderts in vergleichender, transfer- sowie beziehungsgeschichtlicher Perspektive befassen. Damit

sollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Peripherie und den Zentren der deutsch-niederländischen Forschung stärker miteinander vernetzt werden. Der Arbeitskreis bietet seinen Mitgliedern und vor allem dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Chance, ihre Projekte vorzustellen und kritisch zu diskutieren. Dies geschieht zum einen über eine Internet-Plattform und zum anderen über zweimal jährlich stattfindende Treffen des Arbeitskreises an wechselnden Orten in den Niederlanden und Deutschland.

Der ADNG steht interessierten Forscherinnen und Forschern aus der Geschichtswissenschaft oder benachbarten Disziplinen offen, die sich mit der deutsch-niederländischen Geschichte des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen. Anfragen zur Mitgliedschaft können zusammen mit einer kurzen Projektskizze gerichtet werden an:

Christine Gundermann, Freie Universität Berlin
(christine.gundermann@fu-berlin.de)

oder

Dr. Krijn Thijs, Duitsland Instituut Amsterdam
(k.thijs@uva.nl)

Erstveröffentlichung
H-Soz-Kult: http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/

Autorinnen und Autoren

Nicole Colin (1966) ist DAAD-Fachlektorin am Duitsland Instituut Amsterdam. 1993 Promotion in Philosophie; 2010 Habilitation in Neuerer deutscher und vergleichender Literaturwissenschaft an der Universität Bielefeld zum Thema „Theater-Text-Transfer. Die Positionierung deutschsprachiger Dramatik im französischen Theaterfeld nach 1945". Neuere Veröffentlichungen u.a.: Täter und Tabu. Essen, im Druck (Hg. mit Matthias Lorenz und Joachim Umlauf); Der „Deutsche Herbst" und die RAF in Politik, Medien und Kunst. Nationale und internationale Perspektiven. Bielefeld 2008 (Hg. mit Beatrice de Graaf, Jacco Pekelder, Joachim Umlauf). Germanistik – eine europäische Wissenschaft? Der Bologna-Prozess als Herausforderung. München 2006 (Hg. mit Joachim Umlauf, Alain Lattard); Die Wahl der Waffen. Peter Weiss' Viet Nam Diskurs. In: Der Deutschunterricht, Nr. 1/2008, 33-42.
Neuere Veröffentlichungen: 9/11 und das Insistieren des Alltags. Pressefotografie und deutsche Gegenwartsliteratur, in: Sandra Poppe, Thorsten Schüller und Sascha Seiler (Hg.): 9/11 als kulturelle Zäsur. Repräsentationen des 11. September 2001 in kulturellen Diskursen, Literatur und visuellen Medien, Bielefeld 2009, Mythos Abraham. Texte von der Genesis bis Franz Kafka, Stuttgart: Reclam Verlag 2009 (Hg. mit Michael Niehaus).

FORSCHUNGSBERICHTE 2010 6

GLOBAL-REGIONAL

Kiran Klaus Patel
Transnationale Geschichte – Europäisierung
Europäische Integration in der Geschichte des 20. Jahrhunderts: Eine Annäherung

Katharina Garvert-Huijnen
Entscheidung für Europa
Die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und der Anfang des Europäischen Integrationsprozess

Rolf Parr
Von Schornsteinen, Stadtgrenzen und Metropolenträumen
Eine kleine Kulturgeografie des Ruhrgebiets seit den 1920er Jahren

THEMENSCHWERPUNKT: GELERNTE ERINNERUNG

Matthias Heyl
Der Holocaust im Unterricht
Entwicklungen der letzten 20 Jahre in Deutschland

Thomas Schaarschmidt
Geschichte als Last und Ressource
Die Erinnerungslandschaft der deutschen Hauptstadtregion

Marc van Berkel
Die Schweiz und die Ukraine: Eine doppelte Vergangenheitsbewältigung

Nicola Brauch und Jaron Sternheim (Mitarbeit)
Der Holocaust in Curricula und Schulgeschichtsbüchern nach PISA
Störfall oder Anlass historischen Lernens?

Jens Birkmeyer
Fakten und Fiktionen
Was vermag Literatur über den Holocaust im Unterricht?

Britta C. Jung
Der Holocaust in der Kinder- und Jugendbuchliteratur
In totaler Finsternis? Deutsche Jugendbücher zwischen Erinnerung und Zumutbarkeit

Piet Mooren
Kinderbücher, Holocaust und das Kollektivgedächtnis

MACHT, OHNMACHT, GEGENMACHT

Gisela Diewald-Kerkmann
Macht, Ohnmacht, Gegenmacht

Constant Hijzen
Nationale Sicherheit und Nachrichtendienste in den Niederlanden

Christie Miedema
Missverständnisse
Osteuropäische Exilanten und die Westeuropäische Linke in den 1980er Jahren

Julia Metger
„Die sieben noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe forderten am Donnerstag ...“
Auslandskorrespondenten und Dissidenten in Moskau, 1966-1980

DIA
DUITSLAND INSTITUUT